

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Gutachten - Politische Kultur im Freistaat Thüringen

Schreiben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 16. November 2000 an die Präsidentin des Landtags:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Gutachten - Politische Kultur im Freistaat Thüringen (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000) - des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Zur Information der Abgeordneten des Thüringer Landtags bitte ich, das Gutachten als Landtagsdrucksache möglichst zeitnah zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zu verteilen."

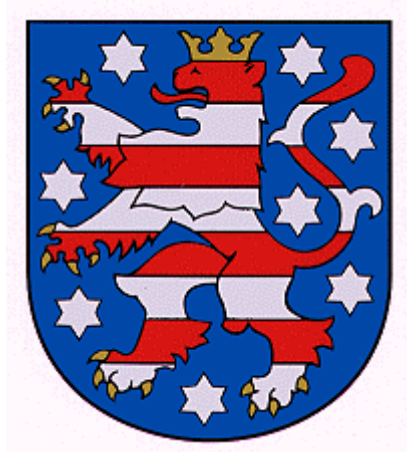
Gnauck
Minister

Hinweis der Landtagsverwaltung:
Das Gutachten wurde als Anlage übernommen.

Vorabdruck verteilt am: 16. November 2000

Druck: Thüringer Landtag, 17. November 2000

POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000

Klaus Dicke · Michael Edinger · Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

I.	Verfassungspatriotismus – Politische Kultur – Rechtsextremismus: Fragestellung und theoretische Grundlagen der Studie	7
1.	Verfassungspatriotismus und politisches Ethos	8
2.	Politisches Ethos unter Stress: Zur geistigen Lage in Deutschland und Thüringen	10
3.	Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	14
4.	Politische Kultur	15
II.	Politische Einstellungen, Wahrnehmung von Politik und politisches Handeln	17
1.	Bilanz 10 Jahre Deutsche Einheit	17
2.	Demokratiezufriedenheit	22
3.	Einstellungen zur Politik	26
3.1.	Politische Akteure	26
3.2.	Politischer Prozess	31
4.	Partizipation	34
5.	Thüringen-Identität	38
III.	Verhältnis zu Ausländern/Rechtsextremismus	41
1.	Einführung	41
2.	Erscheinungsformen des Rechtsextremismus	43
2.1.	Rechtsextreme Einstellungen	43
2.1.1.	Verhältnis zu Ausländern	43
2.1.2.	Ethnozentrismus	48
2.2.	Anhänger/Sympathisanten rechtsextremer Parteien	51
2.3.	Rechtsextreme Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft	53
2.4.	Autoritarismus	55
3.	Zusammenhänge zwischen Formen des Rechtsextremismus	57
4.	Erklärungsansätze des Rechtsextremismus im empirischen Test	61
4.1.	Kontakthypothese	61
4.2.	„Modernisierungsverlierer“-Hypothese	62
4.3.	Politische Deprivation und Entfremdung	65
4.4.	Das Konzept der autoritären Persönlichkeit	67
5.	Gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus	69
IV.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	71
1.	Zusammenfassung der Ergebnisse	71
2.	Empfehlungen	75
	Anhang I: Tabellarische Übersichten	A 1
	Anhang II: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Bestandsaufnahme und Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur	A 53

Verzeichnis der Abbildungen

- Abb. 1: Bewertung der deutschen Einheit nach Alter
- Abb. 2: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 und 2000
- Abb. 3: Einstellungen zur Demokratie I
- Abb. 4: Einstellungen zur Demokratie II
- Abb. 5: Anteil der Befragten nach dem Grad der Demokratiezufriedenheit
- Abb. 6: Institutionenvertrauen
- Abb. 7: Politikverdrossenheit nach Alter, Bildung und Erwerbsstatus
- Abb. 8: Politikverdrossenheit nach Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit
- Abb. 9: Thüringen-Identität
- Abb. 10: Einstellungen gegenüber Ausländern
- Abb. 11: Ausländerfeindlichkeit nach sozialstrukturellen Merkmalen
- Abb. 12: Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern: Gruppen mit Extremwerten
- Abb. 13: Ethnozentrismus nach Geschlecht und Bildungsabschluss
- Abb. 14: Rechtsextreme Parteien: Sympathie und mögliche Wahlabsicht
- Abb. 15: Autoritäre Einstellungen nach sozialstrukturellen Merkmalen
- Abb. 16: Sympathie für rechtsextreme Parteien nach Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft
- Abb. 17: Ausländerfeindlichkeit nach persönlicher wirtschaftlicher Lage und Bewertung der deutschen Einheit
- Abb. 18: Ausländerfeindlichkeit nach Institutionenvertrauen und Politikverdrossenheit
- Abb. 19: Ausländerfeindlichkeit und Ethnozentrismus nach Autoritarismus

Verzeichnis der Tabellen

- Tab. 1: Einstellungen zur DDR und zum Sozialismus nach Parteineigung
- Tab. 2: Parteineigung
- Tab. 3: Sympathiebekundungen gegenüber den Bundestagsparteien
- Tab. 4: Partizipationsbereitschaft und tatsächliche Partizipation
- Tab. 5: Partizipationsverhalten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen
- Tab. 6: Entscheidungskompetenz und Volksentscheid
- Tab. 7: Zustimmung zu den fünf Statements des Ethnozentrismus-Index
- Tab. 8: Ausländerfeindlichkeit nach ethnozentrischen Einstellungen
- Tab. 9: Parteisympathie nach Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft
- Tab. 10: Ausländerfeindlichkeit und ethnozentrische Einstellungen nach Kontakt zu Ausländern

Vorwort

Im Sommer 2000 hat die Landesregierung des Freistaates Thüringen ein Team des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Dicke und Prof. Dr. Karl Schmitt mit einem Forschungsprojekt beauftragt, als dessen Ergebnis erstmals im November 2000 eine Studie zur politischen Kultur und geistigen Lage Thüringens vorgelegt werden sollte. Ziel des Forschungsprojektes ist es, über mehrere Jahre hinweg auf der Grundlage einer Umfrage ("Thüringen-Monitor") die politischen Einstellungen der Thüringer generell sowie zu einem jährlich festzulegenden Schwerpunktthema zu erheben und einer politikwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen. Für den Bericht des Jahres 2000 wurde das Schwerpunktthema "Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit" vereinbart. Mit dem vorliegenden Band wird die Studie 2000 übergeben und der Öffentlichkeit unterbreitet.

Die Studie ist in vier Kapitel gegliedert: Zunächst wird in Kapitel I der normative und theoretische Rahmen dargestellt, der Fragestellung und Schwerpunktsetzungen der Studie im einzelnen leitet. Dabei sind allgemeine Aussagen sowohl zur politischen Kultur in Thüringen und Deutschland als auch zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu treffen, sind die geistigen Anforderungen an ein demokratisches Bürgerbewußtsein zu umreißen und ist auf die Notwendigkeit differenzierter und exakter Begriffe gerade im Umgang mit dem Thema "Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit" hinzuweisen. Kapitel II präsentiert und analysiert die Ergebnisse des "Thüringen-Monitors 2000" zu den allgemeinen politischen Einstellungen der Thüringer. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Themen Bewertung der Deutschen Einheit, Demokratiezufriedenheit, Einstellungen zur Politik generell, ihren Institutionen und Verfahren, und zu politischen Parteien im besonderen, den Partizipationswünschen der Bürger sowie ihren Urteilen über Thüringen, Deutschland, Europa und auch der DDR-Vergangenheit gewidmet. Im dritten Kapitel werden die Meinungen und Einstellungen der Bürger Thüringens zum Schwerpunktthema "Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit" behandelt. Hier wird eine Momentaufnahme zum Verbreitungsgrad rechtsextremer Einstellungsmuster und Verhaltensdispositionen vorgelegt. Das vierte Kapitel präsentiert eine Zusammenfassung der Ergebnisse der empirischen Erhebung, formuliert einige Schlußfolgerungen und gibt Empfehlungen für staatliche und politische Institutionen unter dem besonderen Blickwinkel ab, wie der Verfassungspatriotismus in Thüringen gestärkt werden kann.

Der Studie sind zwei Anhänge beigegeben: Im ersten Anhang werden die Daten der empirischen Erhebung präsentiert, die der Studie zugrunde liegen. Die Daten wurden mittels eines von der politikwissenschaftlichen Forschergruppe der Friedrich-Schiller-Universität Jena entwickelten Fragebogens von dem Institut "Infratest-dimap" in einer Telefonumfrage unter 1001 Thüringer Bürgern zwischen dem 19. und 25. September 2000 erhoben. Der zweite Anhang gibt einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland. Er versteht sich vor allem als ein Informationsangebot an die Politik und die Bürger Thüringens, das eine weitergehende Befassung mit dem Thema ermöglichen und erleichtern soll.

Sowohl der äußerst knappe zeitliche Rahmen, in dem die Studie entstand, als auch die besonderen Umstände des Umfragezeitpunktes erfordern einige zum Verständnis der Studie unerläßliche Vorbemerkungen. Zunächst ist zu betonen, daß sich die Anlage des Fragebogens weitgehend am Stand bisheriger empirischer Erhebungen zur politischen Kultur in den neuen Bundesländern orientiert hat, nicht zuletzt um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen anderer Studien zu ermöglichen. Insbesondere bei der Auswertung der Daten waren der Zeit-

Knappheit geschuldete Kompromisse erforderlich; zeitaufwendige Verfahren der Auswertung konnten nicht zur Anwendung kommen. Auch konnte die Auswertung nicht in dem gewünschten Umfang mit der bislang vorliegenden Forschungsliteratur abgeglichen werden, so daß nur an ausgewählten Stellen vergleichende Aussagen getroffen worden sind. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß insbesondere die Erhebungen zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu einem Zeitpunkt durchgeführt wurden, da aufgrund zahlreicher öffentlicher Kampagnen die Bevölkerung in hohem Maße sensibilisiert und mobilisiert war und sich deshalb möglicherweise nicht in der "Normallage" ihrer Einstellungen befand.

Neben den Autoren der Studie waren an den verschiedenen Forschungsschritten folgende Mitglieder des Instituts für Politikwissenschaft und des Instituts für Soziologie der FSU Jena beteiligt, denen wir hiermit unseren herzlichen Dank aussprechen: An der Entwicklung des Fragebogens war Herr Hallermann M.A. maßgeblich beteiligt; er hat auch die Graphiken erstellt. Herrn Dipl. Soz.-Wiss. Immo Wittig sei für die Unterstützung bei der Datenanalyse herzlich gedankt. Unser Dank geht auch an die Herren Schlinkert und Gotto von "Infratest dimap" für ihre außerordentliche Kooperationsbereitschaft in allen Phasen des Projekts.

Jena, den 5. November 2000

Klaus Dicke

Michael Edinger

Karl Schmitt

I. Verfassungspatriotismus – Politische Kultur – Rechtsextremismus: Fragestellung und theoretische Grundlagen der Studie

Als im ersten Jahr des Peloponnesischen Krieges *Perikles* mit der Aufgabe betraut wurde, die Totenrede auf die Gefallenen zu halten, wählte er als Thema den – wie wir heute sagen würden – Verfassungspatriotismus der Athener Bürger. Er schilderte in seiner Rede, warum die Athener stolz auf ihre Verfassung sind und sein können. In dieser Rede heißt es:

"Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus zugleich und unsere Stadt, und den verschiedenen Tätigkeiten zugewandt ist doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne Urteil. Denn einzig bei uns heißt einer, der daran keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter, und nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch" (*Thukydides* 1973: 142).

Wenn auch die Exklusivität, mit der *Perikles* hier den Stolz der Athener Demokratie formuliert, in einem Europa demokratischer Staaten nicht mehr angebracht erscheint, so bleibt doch seine Grundaussage auch nach fast zweieinhalb Jahrtausenden aktuell: Die Demokratie ist in starkem Maße auf das Ethos ihrer Bürger angewiesen, ja das Überleben einer Demokratie hängt vom politischen Ethos seiner Bürger ab. Deutschland hat diese Erfahrung in durchaus schmerzlicher Weise mit dem Untergang der Weimarer Republik machen müssen.

Was heißt "politisches Ethos"? Der Begriff "Ethos" bezeichnet ein sehr komplexes Geflecht aus Alltagsgewohnheiten, Denkweisen, Regeln, Wertorientierungen, Sitten und Haltungen der Gesellschaft, die sich durch drei Merkmale auszeichnen: Erstens prägen sie insgesamt das "Gesicht" einer Gesellschaft; so begehen z.B. Thüringen den 31. Oktober, andere Bundesländer den 1. November als Feiertag. Zweitens vermittelt das politische Ethos denen, die in dieser Gesellschaft leben, Orientierung und Handlungssicherheit: man erwartet bestimmte Handlungsweisen, und wer sich an solchen Erwartungen orientiert, kann sich "parkettsicher" in einer Gemeinschaft bewegen: Seine Ausbildung "entlastet den einzelnen von der Bedrängnis, in bestimmten Situationen auftretende Erfahrungs- und Handlungsprobleme immer wieder neu lösen zu müssen" (*Berger/Luckmann* 1995: 15). Und drittens werden die Normen, Regeln, Orientierungen, Haltungen und Institutionen, die ein politisches Ethos bilden, schon deshalb mit einer gewissen Wertschätzung belegt, weil sie in der Erziehung, in der Schule, im gesellschaftlichen Leben über Generationen hinweg weitergegeben werden. Sie sind generell mit einem Geltungsanspruch verbunden: ein Ethos fordert, es drückt ein Sollen aus.

Diese drei Merkmale eines Ethos machen jedoch zugleich auch drei Probleme sichtbar, mit denen jedes Ethos – das einer Familie, einer Kirche, eines Vereins, einer Gesellschaft oder eines Staates – grundsätzlich konfrontiert ist: Erstens wandelt es sich im Laufe der Zeit, es bilden sich neue Denkweisen, Wertorientierungen und Haltungen. Je rascher sich zweitens solcher Wandel vollzieht, desto schwieriger wird die orientierende Wirkung eines Ethos. Um ein Beispiel zu geben: Es ist durchaus fraglich, ob die heute geltenden Ladenöffnungszeiten den Gewohnheiten der Gesellschaft noch so angemessen sind, daß sie Orientierung und Handlungssicherheit vermitteln und Akzeptanz fordern können. In der Folge solcher Entwicklungen entstehen zumindest Diskussionen. Diese spitzen sich in aller Regel drittens auf die Frage zu, worin denn die "Wertschätzung" bzw. die Normativität eines bestimmten Ethos oder einer bestimmten Denkweise, Wert- oder Handlungsorientierung eigentlich

begründet ist. Welches ist sein "Sinn"? Warum soll man sich an ihm orientieren? Und schließlich: Wie geht man mit abweichendem Verhalten um?

Schon diese erste Überlegung führt mitten in das Kernproblem der geistigen Lage heutiger Gesellschaften, die durch einen *radikalen und umfassenden Pluralismus* einerseits und eine in der Tat *rasante Geschwindigkeit des Wandels* von Einstellungen, Denkmustern, Handlungsweisen und Orientierungen andererseits geprägt sind. Diese Prägungen haben ein so starkes Ausmaß erreicht, dass Fragen nach dem Ethos im oben erläuterten Sinn schnell in eine Defensivposition geraten, weil gerade das risikobereite Begehen neuer Pfade, weil gerade unangepasstes Verhalten, weil das Hinter-sich-Lassen und Abweichen von der Norm und auch Unkonventionalität mehr und mehr zum Leitbild werden. Die Frage, die damit an das spezifisch politische Ethos zu stellen ist, lautet deshalb, ob und in welchem Ausmaß die politischen Denkweisen, Orientierungen und Haltungen der Bürger moderner Demokratien mit Pluralismus und raschem gesellschaftlichem Wandel vereinbar sind.

1. Verfassungspatriotismus und politisches Ethos

Mit dem Begriff des "Verfassungspatriotismus" hat *Dolf Sternberger* (1990: 13 ff.; vgl. auch 17 ff. und 1970, bes. 28 ff. sowie *Gebhardt* 1993; 1999) die Besonderheit des politischen Ethos im demokratischen Verfassungsstaat und vor allem der Anforderungen, die es an den Bürger stellt, zum Ausdruck zu bringen versucht. Zu diesen Besonderheiten gehören vor allem die folgenden drei Elemente:

Erstens: Der demokratische Verfassungsstaat beruht auf einer *Rechtskultur*. In gesetzlichen Regelungen ist festgelegt, welche Kompetenzen der Staat und welche Rechte die Bürger haben. Das äußere Verhalten jedes Einzelnen wird durch strafrechtlich bewehrte Regelungen so eingeschränkt, dass freie Entfaltung und Sicherheit für jeden Rechtsunterworfenen in gleicher Weise gesichert sind. Dem Staat sind durch das Recht Grenzen gesetzt: Die grundrechtlich geschützten Freiheitsbereiche individueller und gemeinschaftlicher Lebensführung sind der Autonomie der Bürger überantwortet; sie dulden keine staatliche Bevormundung. Das gilt insbesondere für den Bereich persönlicher Gesinnung und Lebensführung. Deshalb kennzeichnet den Rechtsstaat eine besondere "Asymmetrie" (*Tödt* 1977: 106 ff.): er statuiert *Rechte* des Bürgers und damit zugleich Schranken staatlichen Handelns, unterstellt aber zugleich, daß die Bürger ihre *Pflichten* kennen und verantwortlich ausüben. Jegliche Art von "landesväterlicher" Bevormundung und paternalistischer Erstellung von "Kleiderordnungen" u.ä., die sich der Staat in Europa so lange und so intensiv hat angelegen sein lassen, ist damit ausgeschlossen. Die Gesinnung und das pflichtgemäße Verhalten der Bürger ist staatlicher Regulierung entzogen und gesellschaftlicher Eigenregie überantwortet. Konflikte der Bürger untereinander und Konflikte zwischen Bürgern und Staat werden nach gesetzlich festgelegten Regeln ausgetragen. Und es gehört zu den gesetzlich festgelegten Aufgabenbereichen des Staates, Bedingungen der Freiheitswahrung durch die Bürger sicherzustellen: durch die Bestandssicherung für sinnvermittelnde gesellschaftliche Institutionen, sozialstaatliche Vorkehrungen und Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt. Der Gewinn für den Bürger ist Sicherheit, ohne die eine Wahrnehmung von Eigenverantwortung nicht möglich wäre, die komplementäre Anforderung, die der demokratische Verfassungsstaat an ihn stellt, ist Rechtsbefolgung und Rechtlichkeit.

Zweitens: Zum Kern des politischen Ethos im demokratischen Verfassungsstaat zählt sodann das, was die Politikwissenschaft im Begriff der "*Legitimität* des politischen Systems" zusammenfasst. Darunter ist vor allem nicht allein die Akzeptanz, sondern die kritische,

bedachtsame, aber zugleich doch immer wohlwollende Pflege der Institutionen- und Ämterordnung des Staates zu verstehen. Diese macht das politische Leben in einem Staat, also das einvernehmliche, durch Vereinbarung und Kompromiss immer wieder neu zu bewirkende Lösen solcher Probleme, die alle angehen, erst möglich. Der zentrale Begriff dieses Elements des politischen Ethos im demokratischen Verfassungsstaat ist der der *Repräsentation*. Repräsentation bezeichnet die Anforderung an alle Entscheidungsträger vom Wähler und Teilnehmer an einer Abstimmung über "die Verwaltung", die Presse in ihrer Berichterstattung über politische Sachverhalte bis hin zu den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, politisch so zu handeln, dass die Institutionen- und Ämterordnung der Verfassung gewahrt und zugleich das Ergebnis von jedem Einzelnen verantwortet werden kann. Politik, so hat Rousseau dies ausgedrückt, muß am Gemeinwillen ausgerichtet sein; sie muß, so hat Kant ergänzend formuliert, den Grundsätzen und Maßstäben der Freiheit, Gleichheit und selbstverantwortlichen Mitwirkung jedes Bürgers standhalten. Kontrollmöglichkeiten der Politik wie die Verfassungsgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichte, die Opposition und eine freie kritische Presse sind in dieser Sichtweise unabdingbare Instrumente im Dienst des politischen Ethos.

Drittens: Der demokratische Verfassungsstaat ist die mit Abstand anspruchsvollste aller Regierungsformen; er verlangt den *mündigen Bürger*. Schon *Perikles* hatte gesagt, daß in der Demokratie der Desinteressierte, der den Dingen seinen Lauf lässt, aber um so kräftiger mosert, wenn es ihm ans Geld geht, als schlechter Bürger gilt; die Griechen nannten ihn den "idiotes", d.h. den auf seine persönlichen Vorteile starrenden "Privatmann" (*Maier/Vogel* 1995: 434). Die Demokratie verlangt mehr: Sie will nicht, daß man keine eigenen Interessen, keine eigene Meinung haben dürfe. Im Gegenteil: sie setzt geradezu voraus, dass man eigene Interessen und Meinungen einbringt, doch sie verlangt zugleich auch, dass man bei der Verfolgung und Durchsetzung seiner Interessen und bei der Bildung seiner Meinung immer auch das "Gemeinwohl" im Blick hat und ggf. seine Interessen und Meinungen auf Bedingungen der Gemeinverträglichkeit hin einschränkt. Dies setzt ein hohes Maß an politischen Kenntnissen sowie an kritischer Urteilsfähigkeit voraus und macht damit nicht zuletzt die eminente Bedeutung politischer Bildung und einer differenziert informierenden und verantwortlichen politischen Presse deutlich.

Bereits diese Kernelemente des politischen Ethos im demokratischen Verfassungsstaat – das damit keineswegs vollständig beschrieben ist – machen deutlich, dass eine moderne Demokratie kein "wertfreies" Unternehmen bloßer Konvention ist, kein bloßer Wahlmechanismus, der eine bestimmte Art der Elitenrekrutierung in einem dünnen Organisationsstatut institutionalisiert. Sie zeigen vielmehr, dass die Verfassung einer Demokratie eine normative und konkrete "Wertordnung" enthält, die ebenso konkrete Anforderungen an den Bürger formuliert. Jede demokratische Verfassung ist darauf angewiesen, dass sich ihre Bürger diesen Anforderungen stellen.

Nach Art. 44 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993 ist Thüringen "ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen verpflichteter Rechtsstaat". Die hierin enthaltenen Festlegungen auf eine der Freiheit und Würde des Menschen verpflichtete politische Verfasstheit ist weder formaljuristische Äußerlichkeit noch "Sonntagsrede" noch historische Belieblichkeit, sondern Auftrag an alle Thüringer, ihr politisches und gesellschaftliches Leben im Geiste der Verfassungswerte zu organisieren und zu führen. Dies findet nicht zuletzt Niederschlag in Art. 22 Abs. 1 der Verfassung, der als Aufgabe von Erziehung und Bildung festschreibt, "selbständiges Denken und Handeln, Achtung vor der Würde des Menschen und Toleranz gegenüber der Überzeugung anderer, Anerkennung der Demokratie und Freiheit, den Willen zu sozialer Gerechtigkeit, die Friedfertigkeit im Zusammenleben der Kulturen und Völker und

die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und die Umwelt zu fördern".

Das Gesagte wäre überflüssig, wenn ein politisches Ethos sich von selbst verstünde, sich sozusagen "urwüchsig" herausbilden würde. Dies ist zwar zu einem Teil aufgrund der prägenden Kraft von Institutionen der Fall, doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß das politische Ethos jeden Tag neu durch geistige Leistungen der Bürger errungen werden muss. Das in der Verfassung zum Ausdruck gebrachte politische Ethos des Freistaats Thüringen ist nun in seiner konkreten Umsetzung in starkem Maße jenen drei Problemen ausgesetzt, die oben als Herausforderung für jedes Ethos angesehen wurden: einem tiefgreifenden *Wertewandel*, einer *raschen Modernisierung* sowie einem Schwund an *selbstverständlicher Verbindlichkeit*. Um den Druck und den Streß, unter welchem das demokratische Ethos damit steht, fassen zu können, ist im folgenden ein Blick auf die Adressatenseite des politischen Ethos: auf die Thüringer und die ihr Denken und Urteilen prägenden gesellschaftlichen Bedingungen unter der Fragestellung zu werfen, wie zu- oder abträglich diese Bedingungen der Ausprägung und alltäglichen Erneuerung eines demokratischen Ethos mit den oben skizzierten Kernelementen sind.

2. Politisches Ethos unter Stress: Zur geistigen Lage in Deutschland und Thüringen

Das politische Ethos in Thüringen steht zweifelsfrei unter Stress. Zwar sind die meisten Gründe dafür weit davon entfernt, thüringenspezifisch zu sein, doch muß es angesichts der oben geschilderten Verfassungslage gerade auch ein Anliegen aller Thüringer sein, diesen Streß abzubauen und das demokratische Ethos zu stärken. Dies macht nun zunächst einen Blick auf die folgenden vier Syndrome von Stressfaktoren erforderlich.

Ein erstes Syndrom von Stressfaktoren resultiert aus den *Folgen der Wiedervereinigung* und dem nach wie vor *nicht abgeschlossenen Transformationsprozess* hin zu einem demokratischen politischen und einem marktwirtschaftlich organisierten gesellschaftlichen System. Unter diesem ersten Syndrom sind folgende einzelne Faktoren zusammenzufassen:

- a) In den jungen Ländern herrscht nach wie vor eine in seiner Intensität aus der Tradition des DDR-Sozialismus zu erklärende, im Blick auf ganz Deutschland überdurchschnittlich starke Erwartungshaltung an den Staat vor. Dies gilt insbesondere für die vom Staat erwarteten Garantien für soziale Sicherheit, die im übrigen für den "gelernten DDR-Bürger" weit mehr bedeutet als "nur" den Arbeitsplatz, was in den alten Bundesländern gelegentlich übersehen wird. Damit ist zugleich die Empfindlichkeit auch des politischen Ethos gegenüber sozialen Unsicherheiten größer als in der alten Bundesrepublik.
- b) Hinzu kommt, dass die pluralistische Gesellschaft ein völlig neues "Pflaster" für die in der DDR sozialisierte Bevölkerung darstellt, das in mehrfacher Hinsicht gewöhnungsbedürftig ist: Im geistigen Leben Thüringens und der anderen jungen Länder sind – wenn auch inzwischen sicher abgeschwächt – nach wie vor weitere Erblasten des DDR-Regimes präsent, welche eine Öffnung für das pluralistische und freiheitliche Ethos des demokratischen Verfassungsstaates zumindest erschweren (vgl. insgesamt *Kodalle 2000*). Ohne diese hier im einzelnen zu quantifizieren, seien doch folgende Hemmnisse benannt: Demokratie und Markt stellen beide Höchstanforderungen einerseits an die Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Interessen und andererseits an das Ertragen von Kontingenz: von widerstreitenden Auffassungen und Interessen, von chaotisch

anmutenden Verfahren, die in undurchschaubaren Instanzenwegen ebenso oft versanden wie zum Erfolg führen, von den Schwankungen, Unsicherheiten und Überraschungen des Marktes und von anderen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten, die das öffentliche Leben alltäglich hervorbringt – mit entsprechenden Klagen sind die Zeitungen ja voll. In jeder dieser Hinsichten war das DDR-Regime auf Abschottung und Berechenbarkeit aus; es suchte – in peinlich genauer Übereinstimmung mit der Ideologie des "wissenschaftlichen Sozialismus" – sehr bewusst den Eindruck zu vermitteln, daß der Lauf der Welt sich "gesetzlich" gestalte und unter voller Kontrolle von Staat und Partei stehe. Es suchte m.a.W. die Suggestion kontrollierter Geborgenheit aufrecht zu erhalten (vgl. *Poutrus/Behrends/Kuck* 2000: 18). Es ist deshalb ebenso verständlich wie unvermeidlich, daß das Hereinbrechen eines pluralistischen gesellschaftlichen Lebens mit all seinen Blüten (und auch Sumpflüthen) von dem zunächst als segensreich empfundenen, bald aber tägliche Entscheidungen verlangenden Warenangebot bis zur Wahl zwischen "Berlin aktuell", Woody Allen und "Big Brother" - Stress erzeugt.

- c) Mit besonderem Blick auf das Schwerpunktthema "Rechtsradikalismus" ist ferner von Bedeutung, dass die Abschottungsstrategie des DDR-Regimes sich vor allem auch gegen offene Diskussionen über die historische Verantwortung Deutschlands und gegen die Entwicklung eines geschichtlichen Bewußtseins generell richtete. Historische Epochen galten bestenfalls als Vorstufen auf dem Weg zur Vollendung in der kommunistischen Gesellschaft, zugleich aber als vom Sozialismus überwunden und damit nicht von allgemeinem Interesse. Auch die geistige Denkmalpflege der DDR-Bürger hat darunter erheblich gelitten. Hinzu kommt, daß die Erfahrung mit Fremden von der DDR-Bevölkerung systematisch ferngehalten wurde. Und der "antifaschistische Gründungsmythos" der DDR konnte bei seiner "aus der Externalisierung der historischen Verantwortung abgeleitete[n] Verweigerungspolitik ... von der Bevölkerung auch als Freispruch der (ost)deutschen Bevölkerung verstanden werden – ein attraktives Integrationsangebot gerade auch für diejenigen, die der SED sonst fern standen" (*Poutrus/Behrends/Kuck* 2000: 16). M.a.W.: wenn die – z.T. ja seit Ende der sechziger Jahre durchaus aggressiv geführten – Diskurse zur "Vergangenheitsbewältigung" in den neuen Bundesländern Platz greifen, entsteht – keineswegs nur, aber doch deutlich sichtbar: - Stress.

Diese drei Beispiele mögen genügen, um die besonders belastenden Bedingungen zu kennzeichnen, unter denen in einer Art "nachholenden Entwicklung" in den neuen Bundesländern und in Thüringen sich ein den Herausforderungen des Pluralismus gewachsen zeigendes demokratisches politisches Ethos herausbilden muß. Indessen wären diese Stressbedingungen nun doch relativ leicht zu bewältigen, träten nicht weitere Streßsyndrome hinzu, die ihre Ursachen in z.T. weit über Deutschland hinausgehenden allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen haben.

Das zweite näher zu behandelnde Syndrom wurde unter den Stichworten "*Pluralismus*" und "*Modernisierung*" bereits angesprochen. Es resultiert letztlich aus den Entwicklungstendenzen der modernen "Kommunikations-" und "Wissensgesellschaft" und soll ebenfalls in drei das politische Ethos beeinflussenden Faktoren zusammengefasst werden:

- a) Erstens hat die Veränderung und Modernisierung alltäglicher Abläufe in der Gesellschaft und gesellschaftlicher Handlungsmuster ein solches Tempo erreicht, dass heute ein generationenübergreifender gemeinsamer Erfahrungshorizont, aus dem sich ein verbindliches Ethos erneuern könnte, nicht mehr gegeben erscheint. "Es wird schwerfallen, in der heutigen Gesellschaft Eltern und Kinder zu finden, deren Verhältnis für beide Teile gleich verbindlich ist und wie selbstverständlich von *einem* festgefügten

- Wertesystem bestimmt wird" (*Berger/Luckmann* 1995: 19). Nicht nur bei den Renten ist der "Generationenvertrag" gefährdet, sondern auch in der noch weit grundlegenderen Frage des "geistigen Generationenvertrages". Damit entsteht zugleich die Notwendigkeit, in nachwachsenden Generationen die Kompetenz zu wecken, ausreichend wandelbare Wertorientierungen eigenständig zu finden.
- b) Ein zweiter Faktor ist in der Tatsache zu sehen, dass mit steigendem Pluralismus, also steigender Eigenständigkeit des Einzelnen in der Entwicklung der je eigenen Lebens- und Weltanschauung, die Anfälligkeit der Gesellschaft für Sinn- und Orientierungskrisen wächst. Man kann es auf folgende Formel bringen: Je weniger es einer Gesellschaft gelingt, durch verstärkte Anstrengungen vor allem im Bereich der Bildung die Kompetenz zu autonomer, d.h. selbstverantwortlicher Weltorientierung zu "bilden", desto wahrscheinlicher werden Sinn- und Orientierungskrisen, die in aller Regel in den Ruf nach der starken Stimme münden, die Orientierung herstellt. Idole bietet die pluralistische Gesellschaft in mehr als ausreichender Anzahl selbst; urteilssichere Bürger müssen mühsam und mit erheblichen Investitionen "herangebildet" werden.
- c) Drittens schließlich produziert die moderne Kommunikationsgesellschaft eine "Wissensfalle": Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das gesellschaftliche Wissen in den letzten zehn Jahren nahezu explosionsartig zugenommen hat. Als der Verfasser dieser Zeilen sein Abitur gemacht hat, gab es noch keine Taschenrechner; als die Mauer fiel, hatte noch kaum ein Deutscher das Wort "Internet" jemals gehört; in der Geschichtswissenschaft werden über Jahrzehnte heftig verteidigte Erkenntnisse heute über Bord geworfen, weil sie durch die in den letzten zwanzig Jahren gewonnenen, sehr detaillierten Kenntnisse einzelner Stadt- und Regionalgeschichten relativiert, wenn nicht falsifiziert werden (als Beispiel *Verhey* 2000), und man spricht heute davon, daß in einzelnen Fachgebieten der Wissensbestand eines Universitätsstudiums im Zeitraum von nur sieben Jahren komplett ausgetauscht werden muss. Dass mit dieser ja doch als explosionsartig zu bezeichnenden Wissenszunahme die Chancen für eine freiheitliche Daseinsbewältigung erheblich gesteigert werden, steht wohl außer Frage. Aber die Geschichte hat eine Kehrseite: Schon 1969 hat sie der Philosoph Karl R. Popper so formuliert: "Mit jedem Schritt, den wir vorwärts machen, mit jedem Problem, das wir lösen, entdecken wir nicht nur neue und ungelöste Probleme, sondern wir entdecken auch, daß dort, wo wir auf festem und sicherem Boden zu stehen glaubten, in Wahrheit alles unsicher und im Schwanken begriffen ist" (*Popper* 1969: 103). M.a.W.: Die Wissenszunahme unserer Gesellschaft will bewältigt werden, sie stellt eine Herausforderung gerade auch an das politische Ethos dar. Dies belegt schon der immer häufiger zitierte Satz: nicht alles was man kann, darf man. Dies heißt ja nichts anderes als dass die beständige Zunahme an Wissen auch ständig wachsende Anforderungen an ethisch verantwortliche Entscheidungen mit sich bringt. Ob indessen die dafür erforderlichen Fähigkeiten, die der für den gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandel sensible Philosoph Odo Marquardt vor Jahren bereits mit der ironischen Bezeichnung einer "Inkompetenz-Kompensationskompetenz" belegt hat, in ausreichendem Maße herangebildet werden, sei dahingestellt. Spät, aber nicht zu spät jedenfalls reagiert die Wissenschaft selbst, die ja letztlich für die explosive Wissenszunahme verantwortlich ist, durch Initiativen zur Einrichtung von Ethik-Zentren u.ä.
- Tragen schon die immanenten Entwicklungen der pluralistischen Gesellschaft zu einer doch recht starken Beeinträchtigung der Bedingungen bei, unter denen sich ein demokratisches politisches Ethos bilden kann, so gilt dies insbesondere für jene Entwicklungen, die unter dem Begriff der "*Globalisierung*" zusammengefasst werden. Auch sie erhöhen zweifelsfrei Freiheitschancen, nicht nur, aber doch besonders für Nutzer des Internet; mindestens ebenso

ernst zu nehmen sind aber die Unsicherheits-, ja Verunsicherungssignale, die von ihnen ausgehen, das dritte Syndrom von "Streßbedingungen".

- a) Hier ist zunächst die Erfahrung anzuführen, dass Politik immer großräumiger wird und damit die Erfahrung ihrer zunehmenden Anonymisierung einherzugehen scheint. Dies trifft namentlich auf die Europäisierung so zentraler Politikbereiche wie desjenigen der Währungspolitik zu. Dem politisch interessierten Fernsehzuschauer wird allabendlich die Relation von EURO und Dollar präsentiert; über zurechenbare Verantwortlichkeiten der europäischen Währungspolitik dürften die Kenntnisse in der Bevölkerung indessen noch geringer sein als dies für das deutsche Regierungssystem etwa zutrifft. Hier besteht durchaus die Gefahr des Entstehens einer Verantwortungslücke (dazu näher *Dicke* 2000), die sich in Unsicherheiten, wenn nicht Ängsten niederschlagen kann.
- b) Mit der zunehmenden Mobilität und Kommunikation wird "der Alltag in modernen Gesellschaften .. in zunehmendem Maße von .. 'Importen' geprägt" (*Berger/Luckmann* 1995, 16 f.). Solche Importe reichen von technischen Geräten über Kenntnisse bis hin zu Lebensweisen und -stilen. So sehr dies die Gestaltungs- und Lebensmöglichkeiten in einer Gesellschaft bereichert – es bringt zugleich auch Entfremdungsgefahren mit sich. Je größer das "Angebot" an Lebensstilen, desto mehr schwindet das Selbstverständnis eigener biographischer Prägungen und desto mehr steigen die Anforderungen an eine urteilssichere eigenverantwortliche Daseinsgestaltung. An einer der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen, derjenigen der Sprache, kann man solche Vorgänge studieren: wer heute eine Stereoanlage kauft, muß in aller Regel über nicht unerhebliche Kenntnisse im technischen Englisch verfügen, um die oft unbrauchbaren deutschen Gebrauchsanweisungen umgehen zu können. Und auch der Wissenschaft, der in diesen Zusammenhängen eine zunehmend wichtiger werdende gesellschaftliche Funktion zuwächst, gelingt es keineswegs immer, ihre Erkenntnisse in allgemeinverständlicher Sprache mitzuteilen.
- c) Zu den Konsequenzen der Globalisierung gehört es auch, dass sich – insbesondere in Europa – neue Tendenzen der Regionalisierung sowie die Konzentration auf die sog. "Identität" kleiner, überschaubarer Gemeinschaften zeigen. Regionen unterhalb der Ebene des Nationalstaates ("Wir im Südwesten"; "Der NDR – das Beste am Norden" lauten die Slogans zweier Rundfunkanstalten) werden zum Brennpunkt für die Ausprägung eines kleinräumigen "Wir-Gefühls", und wie stark diese Tendenz auch in Thüringen ausgeprägt ist, konnte man bei der Presseberichterstattung über die olympischen Spiele immer dann beobachten, wenn eine Medaille nach Thüringen ging. Auch diese Entwicklung ist indessen keineswegs frei von Ambivalenzen: regionale Identität kann exklusiv oder offen verstanden, propagiert und ausgebildet werden. Denn wer wird als Thüringer akzeptiert? Ist es der "natürliche" Thüringer, also der in Thüringen Geborene, oder sind es diejenigen Thüringer Bürger, die aus freiem Entschluss hier leben und zum Wohl und Gedeihen des Landes beitragen? Zwischen beiden Polen liegt eine breite Palette von Möglichkeiten, doch sei darauf hingewiesen, daß diese Frage – das Problem der "Mitgliedschaft" – im Zentrum eines internationalen, gelegentlich heftig ausgetragenen Theorienstreits in der Politikwissenschaft liegt, des Streits zwischen sog. "liberalen" und sog. "kommunitaristischen" Theorien (statt anderer *Honneth* 1993), und der eigentliche Gegenstand dieses Streits ist die Einstellung gegenüber Minderheiten und Ausländern aus normativer Sicht (näheres bei *Dicke* 1997). Schließlich ist ein viertes Syndrom von Bedingungen anzuführen, die die notwendige Herausbildung und Festigung eines stabilen politischen Ethos in Ostdeutschland beeinträchtigen können. In den Gesellschaften Europas zeigt sich – wie am Beispiel der

Sprache bereits angesprochen wurde – durchgehend eine Sinnkrise, wenn nicht hier und dort gar eine "*Delegitimierung*" von Institutionen (Dicke 1992). Sie folgt der Logik des Angebots: je mehr Alternativen zu bestehenden Institutionen bekannt sind, desto weniger können bestehende Institutionen von der Selbstverständlichkeit ihrer Geltung und Anerkennung ausgehen, die von gewichtigen Stimmen der Institutionentheorie als deren Existenzbedingung angesehen werden (z.B. Schelsky 1970). "Gebote werden Angebote" (Berger/Luckmann 1995: 50) – Unverbindlichkeit, Schwinden von Selbstverständlichkeiten, Orientierungsverluste sind die Folge.

Insgesamt zeigt sich damit, daß die Ausbildung und Festigung eines "Verfassungspatriotismus" gewährleistenden politischen Ethos in Thüringen unter einer Reihe von erheblich erschwerenden Bedingungen steht. Fasst man die angesprochenen Syndrome von negativen oder kritischen Beeinträchtigungen der Herausbildung eines politischen Ethos zusammen, so ist die Diagnose wohl nicht falsch, daß dieser Prozeß unter dem Vorzeichen einer allgemeinen Orientierungskrise moderner Gesellschaften vonstatten geht. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn im Folgenden von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu handeln ist.

3. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird übereinstimmend die Warnung artikuliert, dass in Ostdeutschland vor allem bei Jugendlichen eine besondere Disposition zu – auch gewaltbereiter – Ausländerfeindlichkeit und zu Rechtsextremismus in einer durchaus ernst zu nehmenden Größenordnung vorhanden ist (zu den Forschungsergebnissen Anhang 2 in diesem Band). Jedoch ist bei diesem Thema zunächst in mehrfacher Hinsicht Vorsicht und Umsicht geboten. Denn die Themen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit verlangen ein sehr sorgsames Hinsehen und Differenzieren: Nicht jede gesellschaftliche Regung, die in den vergangenen Wochen und Monaten unter der Überschrift "Rechtsextremismus" und/oder "Ausländerfeindlichkeit" verbucht wurde, verdient diese Kennzeichnung. Denn schon der vorstehende Überblick über Unsicherheiten und Orientierungsprobleme des politischen Ethos hat eine Vielzahl von Ursachen und Beweggründen offengelegt, einem Gefühl der Ent- oder gar Überfremdung Ausdruck zu geben, ohne daß dies bereits als rechtsextrem oder ausländerfeindlich bezeichnet werden dürfte. Umgekehrt gilt allerdings auch: Je mehr Entfremdungsgefühle sich in Ängsten verdichten, desto größer wird die Gefahr der Anfälligkeit auch für rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen.

Differenzierung tut also not, und deshalb soll hier eine möglichst klare Bestimmung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit versucht werden. Zunächst zum Rechtsextremismus:

Unter *Rechtsextremismus* wird in dieser Studie eine Einstellung verstanden, die folgende Merkmale aufweist: Erstens Extremismus in dem Sinne, daß grundlegende Werte, Institutionen und "Spielregeln" des demokratischen Verfassungsstaates abgelehnt werden; zweitens eine prinzipiell diskriminierende Ideologie, nach der in Überlegenheit der eigenen sozialen Gruppe und Minder- bzw. Unwertigkeit von Nichtangehörigen dieser Gruppe unterschieden wird, sowie drittens ein Streben nach Vorherrschaft der eigenen Gruppe. Dabei ist zu betonen, daß Gewaltbereitschaft kein konstitutives Merkmal des Rechtsextremismus darstellt. In ihr ist vielmehr eine gesondert zu erklärende Handlungsdisposition zu sehen.

Ausländerfeindlichkeit stellt ein noch komplexeres Bündel von Vorurteilen, Einstellungen und Gefühlslagen dar, die schon deshalb schwerer zu fassen sind, weil sie sich keineswegs gegen *alle* Ausländer in gleicher Weise richten müssen. Österreicher etwa und andere EU-Bürger sind in aller Regel weniger die Zielscheibe von Ausländerfeindlichkeit als die am meisten davon betroffene Gruppe von Asylbewerbern und Asylanten. Sie stellt eine gegen Ausländer gerichtete Variante der Fremdenfeindlichkeit dar, die definiert werden kann als "in unangemessener Furcht begründete, ablehnende, feindselige, mitunter bis zum Haß gesteigerte Einstellung gegenüber Personen und Institutionen fremder Kulturzugehörigkeit" (Schmidt 1995: 1086).

Zwei Zusammenhänge sind für Ausländerfeindlichkeit zentral: erstens erfüllt sie in der Regel eine Sündenbock-Funktion; zweitens können jedoch Ausländer "nur dann zu Sündenböcken gestempelt werden, wenn Fremdenhaß und Rassismus schon vorher vorhanden sind" (Neumann 1995: 61). Um Ausländerfeindlichkeit in ihren Ursachen erkennen und bekämpfen zu können, ist es deshalb erforderlich, die ihr zugrundeliegenden Dispositionen rassistischer und/oder rechtsextremistischer Art zu analysieren. Hierzu greift die Politikwissenschaft auf die Instrumentarien zur Erforschung der "Politischen Kultur" zurück, denen noch einige zu erläuternde Bemerkungen widmen sind.

4. Politische Kultur

Unter "Politischer Kultur" in diesem politikwissenschaftlichen Sinn versteht man die Summe der politikbezogenen individuellen Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensdispositionen einer Bevölkerung. Die "Politische Kultur"-Forschung untersucht also die subjektiven Aspekte politischer Systeme. In die hierbei empirisch durch Umfragen feststellbaren und statistisch auf Zusammenhänge hin analysierbaren subjektiven Einstellungen gehen Werte, Normen, Interessen, Traditionen und Ideen ein, die nicht unbedingt reflektiert oder auch nur immer bewusst gefasst sein müssen. Die Politikwissenschaft interessiert sich für deren subjektive Artikulation zu verschiedenen Zeitpunkten und in ihrer Entwicklung vor allem, weil sich damit Aussagen über die Stabilität, Veränderungen und Defizite von zwei für die Legitimität einer politischen Ordnung entscheidenden Faktoren gewinnen lassen. Dies ist zum einen die "diffuse Unterstützung" eines politischen Systems generell und zum anderen der Grad der Zustimmung zu einzelnen Ergebnissen der Politik. Im Zusammenhang des Verfassungspatriotismus ist es von besonderem Interesse, dass die Erforschung der politischen Kultur nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel betrieben wurde, die an einer sogenannten "civic culture" bemessene Stabilität von Demokratien empirischer Überprüfung zugänglich zu machen. In der Tradition dieses Ansatzes stehen die beiden folgenden Abschnitte, die Aspekten der politischen Kultur in Thüringen generell sowie Einstellungen zu Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit gewidmet sind.

Literatur

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1995): *Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen, Gütersloh*

Dicke, Klaus (1992): *Delegitimierung politischer Institutionen in Deutschland?* In: *Jahrbuch für Politik* 2, 247 – 272

- Ders. (1997): Zur Integration ethnischer Minderheiten. Staatstheoretische Fragen, in: *Wissenschaft und Frieden* 1, 14 – 16
- Ders. (1999): Ausländer, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a. M./New York, 21 – 30
- Ders. (2000): Innenpolitik im Wandel, in: *Die politische Meinung* 11, i. E.
- Gebhardt, Jürgen (1993): Verfassungspatriotismus als Identitätskonzept der Nation, in: *APuZ B* 14, 29 – 37
- ders. (Hg.) 1999: *Verfassung und politische Kultur*, Baden-Baden
- Honneth, Axel (Hg.) (1993): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M./New York
- Kodalle, Klaus Michael (2000): Über Freiheit und Selbstachtung, i. E.
- Maier, Hans/Vogel, Bernhard (1995): Art. "Politik", in: Görres-Gesellschaft (Hg.), *Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft*. 7. Aufl. Bd. 4, Freiburg/Basel/Wien, 431 – 439
- Neumann, Franz (1995): Ausländer, in: Hanno Drechsler/Wolfgang Hilligen/Franz Neumann (Hg.), *Gesellschaft und Staat*, 9. Aufl. München, 59 – 62
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: *APuZ B* 39, 3 – 14
- Popper, Raimund Karl (1969): Die Logik der Sozialwissenschaften, in: Adorno, Theodor W. (Hg.), *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied/Berlin, 103 – 123
- Poutros, Patrice G./Behrends, Jan C./Kuck, Dennis (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: *APuZ B* 39, 15 – 21
- Schelsky, Helmut (Hg.) (1970): *Zur Theorie der Institutionen*, Düsseldorf
- Schmidt, Manfred (1995): *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart
- Sternberger, Dolf (1970): 'Ich wünschte ein Bürger zu sein'. Neun Versuche über den Staat, Frankfurt a.M.
- Ders. (1990): *Verfassungspatriotismus (Schriften X)*, Frankfurt a.M.
- Taylor, Charles (1993): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt a.M.
- Thukydides (1973): *Der peloponnesische Krieg*. Hg. und übersetzt von Peter Michael Landmann, München
- Tödt, Heinz Eduard (1977): *Menschenrechte. Perspektiven einer menschlichen Welt*, Stuttgart/Berlin
- Verhey, Jeffrey (2000): *Der "Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg

II. Politische Einstellungen, Wahrnehmung von Politik und Politisches Handeln

1. Bilanz 10 Jahre Deutsche Einheit

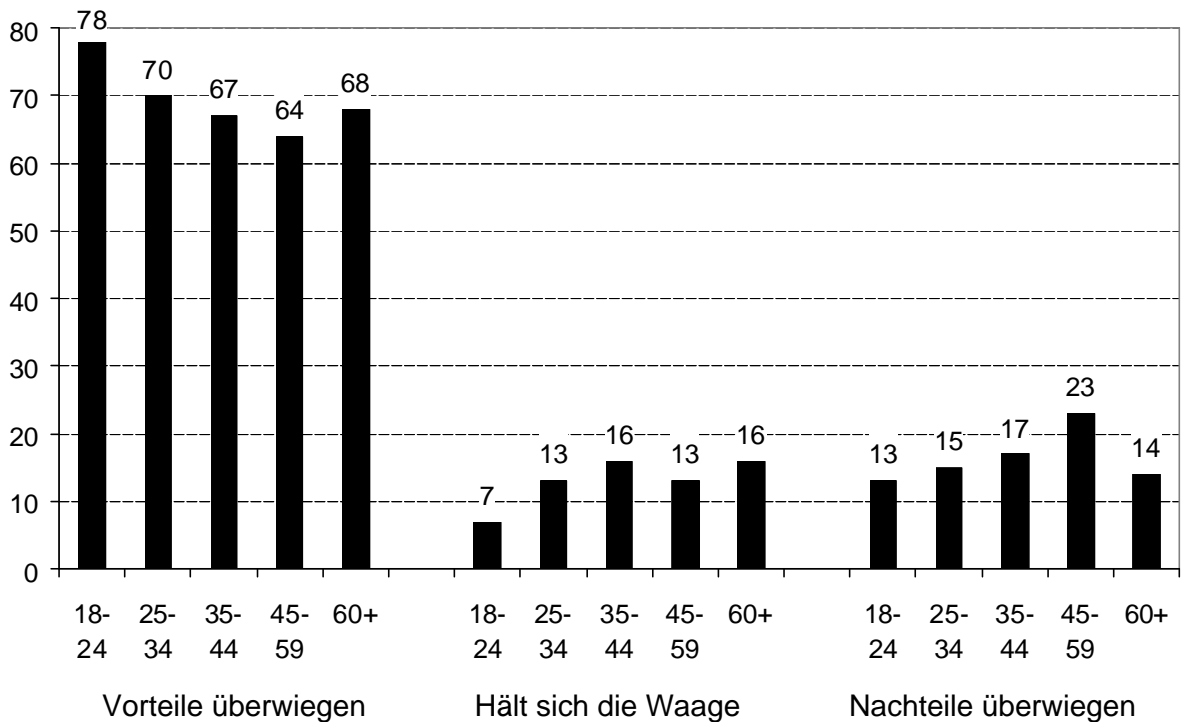
Am 3. Oktober 1990 vollzog sich mit dem Beitritt der neuen Länder zum Gebiet des Grundgesetzes zugleich die (Neu-)Konstituierung des Landes Thüringen. Während der sich anschließenden Phase der Umgestaltung hat die thüringische Gesellschaft gravierende ökonomische, politische und gesellschaftliche Umwälzungen erlebt, die für viele Menschen mit biographischen Brüchen, insbesondere im Berufsleben, verbunden gewesen sind. Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung ist der Transformationsprozess noch keineswegs abgeschlossen, aber er hat ein fortgeschrittenes Stadium erreicht: Die Wirtschaft im Freistaat ist neu strukturiert, die politischen Institutionen haben ihre Aufbauphase längst hinter sich und funktionieren weitgehend reibungslos und die Menschen im Freistaat haben sich mit den neuen Verhältnissen vertraut machen können. Insofern erscheint das Jahr 2000 als geeigneter Zeitpunkt, um die Thüringer über eine Momentaufnahme der aktuellen Lage hinaus auch eine Bewertung ausgewählter Aspekte des Transformationsprozesses vornehmen zu lassen.

Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 wurde daher nach der Entwicklung der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage sowie nach der Bewertung der deutschen Einheit gefragt. Eine deutliche Mehrheit der Befragten gibt an, dass für sie persönlich die Vorteile der Vereinigung überwiegen, während eine Minderheit die gegenteilige Einschätzung vornimmt und 14% Vor- und Nachteile in einem Gleichgewicht sehen (Abb. 1).¹ In der Tendenz bestätigen sich damit die Ergebnisse früherer Umfragen in Thüringen wie auch in ganz Ostdeutschland. Nimmt man die Betonung der Vorteile als einen Indikator für die gesellschaftliche Integration der Befragten, so können reichlich zwei Drittel der Thüringer als gut in die neue Gesellschaft integriert gelten. Besonders positiv wird die deutsche Einheit von den jüngeren Altersgruppen und von Personen mit einem hohen Bildungsstand bewertet. Auch die oberen Einkommensgruppen und Befragte mit einem sicheren Arbeitsplatz betonen überdurchschnittlich häufig die Vorteile der Vereinigung.

Deutliche Unterschiede bestehen insbesondere im Vergleich der Geschlechter. Während drei von vier Männern die Einheit begrüßen, sehen nur 63% der Frauen mehr Vor- als Nachteile. Besonders skeptisch zeigen sich die 45-59-jährigen Frauen. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Als Frauen waren sie in besonderem Maße von der Entlassungswelle der frühen 90er Jahre betroffen und auf Grund ihres damaligen Alters (1990: 35-49 Jahre) waren sie einerseits weit von der Rente entfernt, hatten aber andererseits vergleichsweise geringe Chancen, wieder eine feste Anstellung zu finden. Die unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten auffälligste Gruppe stellen jedoch die Arbeitslosen dar. Zu deutlich mehr als 50% überwiegen in ihrer Wahrnehmung die Nachteile der Einheit. Bei allen anderen Erwerbsgruppen liegt die Quote unter 20%.

¹ Die Antworten auf die meisten der im Text berichteten Fragen sind im Anhang I dokumentiert. Aus Gründen der Lesbarkeit wird von weiteren Verweisen auf diese tabellarische Dokumentation abgesehen.

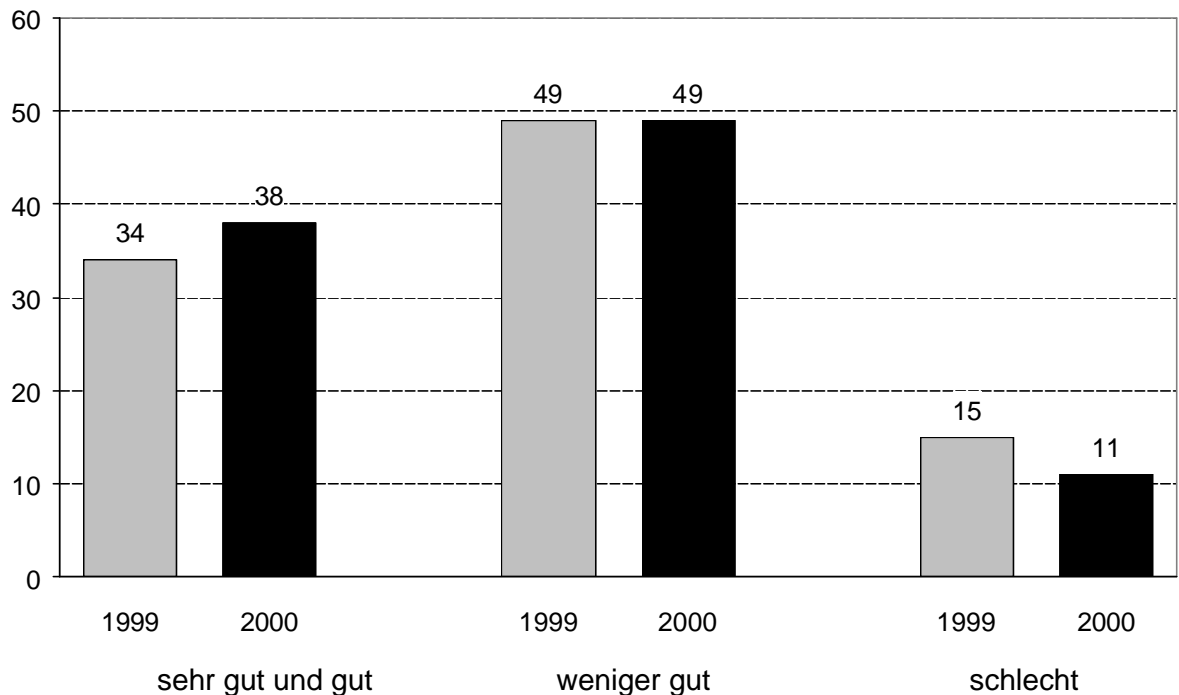
Abb. 1: Bewertung der deutschen Einheit nach Alter
(in Prozent)



Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen seit 1990 erfährt insgesamt eine ähnlich positive Bewertung wie die deutsche Einheit. Zwei Drittel der Interviewten sehen eine Verbesserung, nur jeder Vierte eine Verschlechterung. Wiederum sind es die Jüngeren und die Befragten mit höherem Bildungsabschluss, die überdurchschnittlich positiv urteilen. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern fallen noch deutlicher aus als bei der Frage nach der deutschen Einheit, wobei aber selbst von den Frauen erheblich mehr als die Hälfte die ökonomische Lage im Jahr 2000 günstiger beurteilen als die Lage zehn Jahre zuvor.

Im Kontrast dazu wird die aktuelle wirtschaftliche Lage in Thüringen eher negativ beurteilt. Nur knapp 40% der Befragten bezeichnen sie als gut, gerade mal 1% als sehr gut, während etwa jeder Zweite sie für weniger gut und jeder Neunte sie für schlecht erachtet. Damit hat sich die Einschätzung im Vergleich zum vergangenen Jahr zwar geringfügig verbessert (Abb. 2), bei einigen Bevölkerungsgruppen aber ist die Zahl der Negativ-Wertungen doppelt so hoch wie die der positiven Urteile. Dies gilt zunächst für die Altersgruppe der 45-59-Jährigen, aber auch für zwei nach dem Bildungsstand sehr verschiedene Gruppen: die Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss und die (Fach-)Hochschulabsolventen am anderen Ende der Bildungsskala. Erwartungsgemäß besteht zwischen der Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und derjenigen der aktuellen wirtschaftlichen Lage ein positiver Zusammenhang, der sich besonders bei der Gruppe der negativ Urteilenden nachweisen lässt. Während nur jeder vierte Befragte die Entwicklung zwischen 1990 und 2000 negativ bewertet, klettert ihr Anteil bei denjenigen, die die wirtschaftliche Lage für schlecht halten, auf über 50%. Umgekehrt fällt bei den Befragten, die die wirtschaftliche Lage positiv einschätzen, der Anteil der "Entwicklungsskeptiker" auf 14%.

Abb. 2: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 und 2000
(in Prozent)



Die Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage hebt sich positiv von der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ab. War das Verhältnis der positiven zu den negativen Bewertungen bei der ökonomischen Lage im Freistaat 40 zu 60, so ist es bei der persönlichen Finanzlage wie in den neuen Ländern insgesamt exakt umgekehrt. Da ein derartiger Unterschied geradezu standardmäßig in Ost- wie Westdeutschland festzustellen ist, kann er nicht auf eine überdurchschnittliche Subventionierung ostdeutscher Haushalte durch Sozialleistungen o.ä. zurückgeführt werden. Gering sind in dieser Hinsicht die Unterschiede zwischen Männern und Frauen; auch das Alter spielt keine wesentliche Rolle. Demgegenüber ist der Einfluss des Bildungsstandes groß: Mit jeder Stufe auf der Bildungsleiter wächst der Anteil der positiven Bewertungen der eigenen Finanzlage – im Wesentlichen ein Effekt der an formalen Bildungsqualifikationen orientierten Berufschancen und Entlohnung. Die (Fach-)Hochschulabsolventen bewerten ihre finanzielle Situation zu 70% positiv, der Wert sinkt bei Personen mit einem niedrigen Bildungsstand auf weniger als 50% ab.

Erhebliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Berufs- und der Erwerbsgruppe zu. Während bei den Berufstätigen und bei den Rentnern positive Urteile über die eigene finanzielle Situation teils deutlich überwiegen, sinkt ihr Anteil bei den sonstigen Nicht-Berufstätigen (dazu gehören z.B. auch Hausfrauen) auf weniger als die Hälfte. Als Problemgruppe lassen sich die Arbeitslosen, und zwar Kurz- wie Langzeitarbeitslose, charakterisieren: Lediglich jeder Siebte aus dieser Gruppe bezeichnet die eigene Situation als gut, mehr als ein Drittel sieht sich hingegen in einer schlechten wirtschaftlichen Lage. Unter den Berufsgruppen² äußern sich allein die Arbeiter mehrheitlich negativ (58%), alle anderen, das sind einfache/mittlere Angestellte und Beamte, höhere/leitende Angestellte und Beamte sowie Landwirte/Selbstständige/Freiberufler, kennzeichnen ihre Lage positiv. Erwartungsgemäß ergibt

² Eine Zuordnung zu Berufsgruppen ist bei den Rentnern auf der Basis ihrer Angaben zur früheren Berufstätigkeit vorgenommen worden.

sich ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen Finanzlage und der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1990.

Neben den ökonomischen Folgen der Einheit enthält der Thüringen-Monitor 2000 auch zwei Fragen zum Themenfeld Recht/Rechtsverletzungen seit 1990. Beinahe unisono (80%) wird für die Kriminalitätsentwicklung in den letzten zehn Jahren eine Verschlechterung konstatiert. Diese Bewertung stimmt mit den Werten einer im Herbst 2000 von Infratest dimap in Ostdeutschland durchgeführten Erhebung sowie mit früheren Befragungen überein und findet ihre Bestätigung in der Kriminalitätsstatistik. Überwiegend negative Bewertungen erfährt aber auch die Entwicklung der Rechtssicherheit (46% im Vergleich zu 24% positive Urteile), besonders durch die älteren Befragten und die Frauen. Lediglich unter den 25-34-Jährigen sehen mehr Befragte eine Verbesserung der Rechtssicherheit als eine Verschlechterung. Angesichts der fehlenden Rechtsweggarantie in der DDR und der damaligen parteilich-ideologischen Gleichschaltung der Justiz ist dieses Ergebnis in besonderem Maße interpretationsbedürftig. Möglicherweise ist das Antwortverhalten stark von Gerechtigkeitserwartungen bestimmt gewesen, etwa im Sinne des berühmten Diktums "Wir haben Gerechtigkeit gewollt und den Rechtsstaat bekommen". Plausibel erscheint auch, dass die Befragten den Begriff eher als *Rechtssicherheit* denn als *Rechtssicherheit* verstanden haben.

Gefragt worden ist aber nicht nur nach der Einschätzung der Transformationsjahre nach 1990, sondern auch nach der Bewertung des *ancien régime*, also der DDR. Die Aussage, dass das DDR-System mehr gute als schlechte Seiten hatte, unterstützen 21% der Befragten, 28% lehnen sie ab, während jeder Zweite sich unentschieden zeigt. Diese Werte drücken im Vergleich zu früheren Untersuchungen für Ostdeutschland, bei denen die DDR-Befürworter gegenüber den Gegnern in der Mehrheit waren, eine gegenüber der DDR eher kritische Haltung aus. Die Zustimmung steigt mit dem Alter und ist bei Frauen weit häufiger als bei Männern. Drastisch überrepräsentiert sind mit 31% die Personen, die über einen sehr niedrigen Bildungsstand verfügen. Starke Ablehnung erfährt das DDR-Regime hingegen bei den Beschäftigten mit einem sicheren Arbeitsplatz.

Eine zweite Frage im Kontext des *ancien régime* bezieht sich nicht auf die tatsächliche Situation im real existierenden Sozialismus, sondern auf seine ideologische Grundlage. Knapp die Hälfte der Thüringer vertritt die Auffassung, dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die bisher nur schlecht ausgeführt worden ist. Im Schnitt der Jahre 1991 bis 1997 hat die Zustimmung in ganz Ostdeutschland mit ca. zwei Dritteln deutlich höher gelegen. Fast jeder Vierte im Freistaat lehnt die Aussage ab; unter den jüngeren Altersgruppen, bei Personen mit einem sicheren Arbeitsplatz und mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss liegt die Ablehnungsquote etwas höher. Gravierende Unterschiede bestehen im Vergleich der Geschlechter: Mit 32% lehnen doppelt so viele Männer die Aussage ab wie Frauen. Starker Zuspruch kommt hingegen aus dem Kreis der Arbeitslosen, von den etwa zwei Drittel den Sozialismus als Idee begrüßen.

Obwohl die beiden obigen Aussagen mit Ideologie und Praxis unterschiedliche Dimensionen im Hinblick auf das frühere Regime messen, besteht zwischen ihnen ein deutlicher Zusammenhang. Zugespitzt gilt, dass mit steigender Neigung zur Idee des Sozialismus – und ungeachtet der Formulierung des Statements zum Sozialismus ("Idee, ... die bisher nur schlecht ausgeführt wurde") – die Bewertung der DDR positiver ausfällt. Die Bewertung beider Statements hängt eng mit dem Urteil über die deutsche Einheit zusammen. Dass die Befürworter des DDR-Systems die Vereinigung kritischer betrachten als seine Gegner, liegt auf der Hand. Für etwa 43% der Befürworter überwiegen die Vorteile der deutschen Einheit, bei den Kritikern des *ancien régime* liegt der Anteil mehr als doppelt so hoch. Bei anderer Betrachtung stellen die DDR-Sympathisanten nur 14% der Einheitsbefürworter, die Kritiker hingegen

38%. Bei der Haltung zum Sozialismus bestehen in der Tendenz dieselben Unterschiede, nur sind sie – weil nicht nach dem SED-Regime gefragt wird – geringer. Etwa drei von fünf Personen, die dem Sozialismus als Idee zuneigen, können als Befürworter der Einheit gelten, bei den Gegnern des Sozialismus sind es deutlich mehr als vier von fünf.

Erheblichen Einfluss auf die Einstellungen vor allem zur DDR, aber auch zum Sozialismus hat die Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage. Die DDR-Befürworter sind in der Befragtengruppe mit schlechter Lage deutlich überrepräsentiert, die DDR-Kritiker wiederum bezeichnen ihre finanzielle Situation überproportional häufig als gut oder sehr gut. Bei der Position zum Sozialismus ergibt sich ein ähnliches Bild, allerdings fallen die Unterschiede erneut geringer aus als bei der Bewertung des DDR-Systems. Besonders aussagekräftig sind die Zusammenhänge mit der Parteineigung. Befürworter der DDR und des Sozialismus neigen erwartungsgemäß viel stärker zur PDS als zur CDU (Tab. 1). Die SPD liegt bei der Bewertung des DDR-Systems etwa in der Mitte; 21% ihrer Anhänger äußern sich positiv, 26% lehnen es ab. Damit weist sie Ähnlichkeiten mit dem Personenkreis ohne Parteineigung auf (Zustimmung: 22%, Ablehnung: 26%). Eher positiv bewertet wird das DDR-System von den Befragten mit ostdeutscher und thüringischer Identität, deutlich negativ hingegen von den "Deutschen" und den "Europäern".

Tab. 1: Einstellungen zur DDR und zum Sozialismus nach Parteineigung
(in Prozent)

	Insgesamt	Parteineigung			
		CDU	SPD	PDS	Keine
DDR-System: mehr gute als schlechte Seiten	21 ^a	9 ^b	21	44	22
Sozialismus: gute Idee, nur schlecht ausgeführt	48	37	53	71	47

Lesehilfe: a 21 Prozent aller Befragten sehen am DDR-System mehr gute als schlechte Seiten

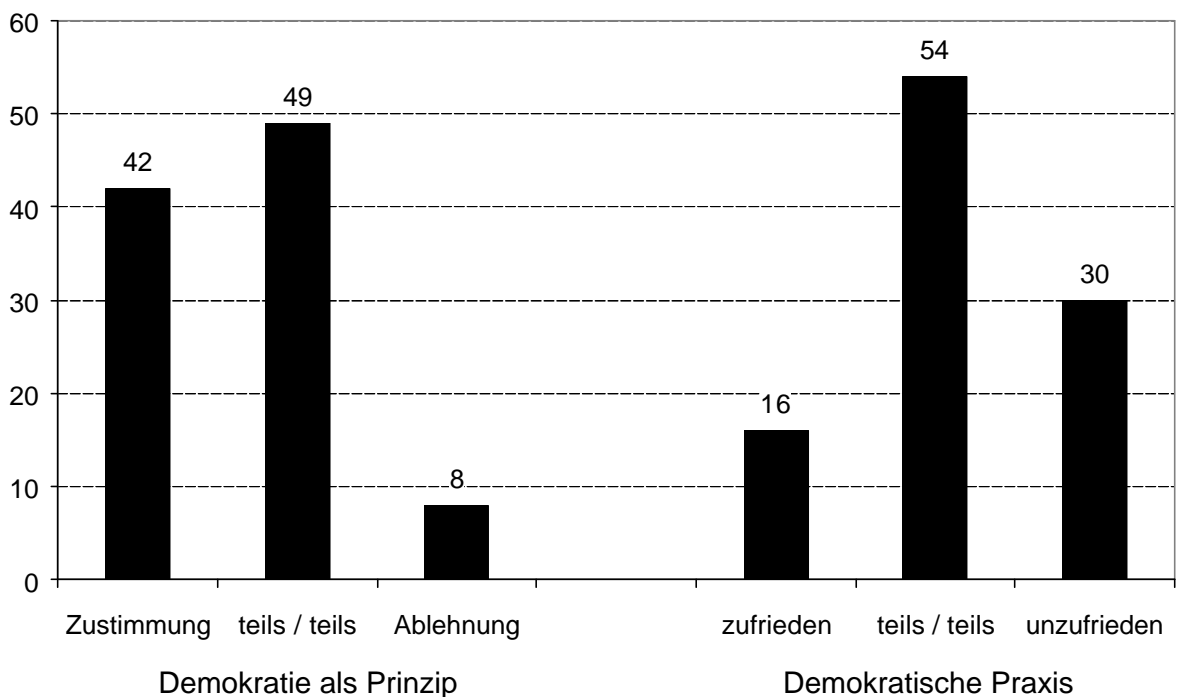
b 9 Prozent der CDU-Anhänger sehen am DDR-System mehr gute als schlechte Seiten

2. Demokratiezufriedenheit

Mit seiner (Neu-)Gründung 1990 ist Thüringen Teil des demokratischen Verfassungsstaates Bundesrepublik Deutschland geworden. Die landesspezifische Ausgestaltung der demokratischen Ordnung erfolgte nach den ersten Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 durch die Ausarbeitung einer Landesverfassung. In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz ist die Verfassung des Freistaats Thüringen der Menschenwürde und demokratischen Grundsätzen verpflichtet. Wie die Verfassungsordnung von den Bürgern bewertet und ob sie von ihnen getragen wird, gibt nicht zuletzt Aufschluss über die Stabilität bzw. die Konsolidierung des demokratischen Verfassungsstaates.

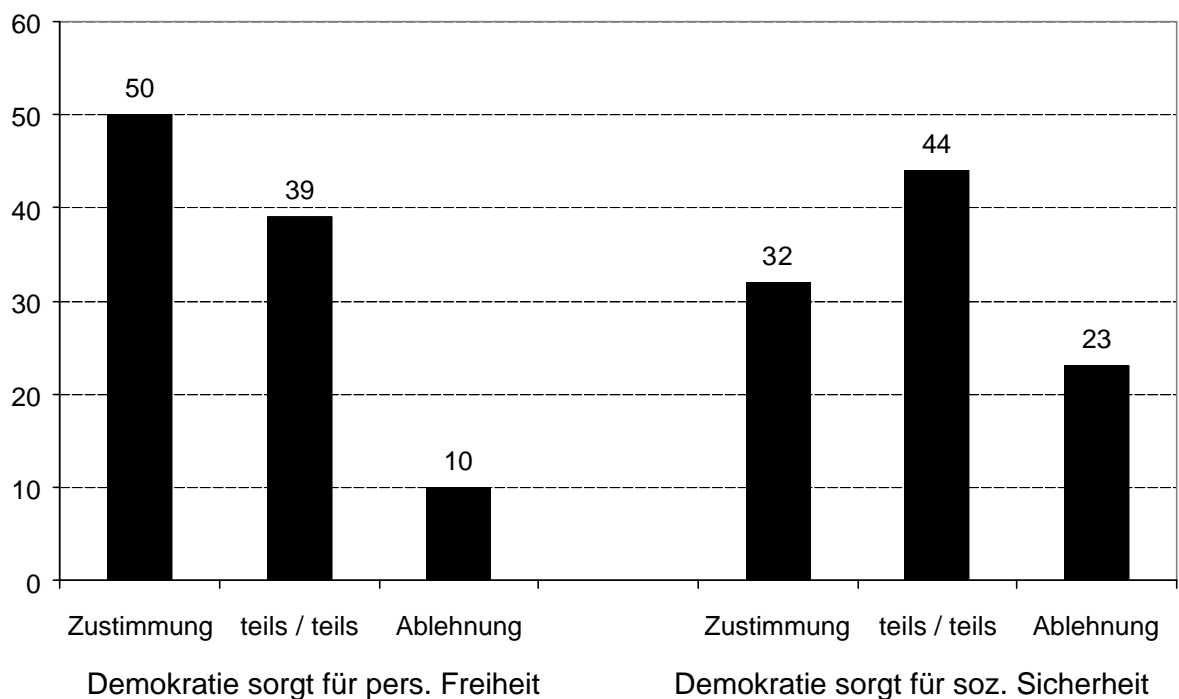
Dabei sind zwei Dimensionen zu unterscheiden: die Einstellung gegenüber der Demokratie als Staats- und Regierungsform und die Einstellung zur konkreten demokratischen Praxis. Im ersten Fall wird die "diffuse Demokratieunterstützung", im zweiten die "spezifische Demokratiezufriedenheit" ermittelt. Üblicherweise ist die Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform in demokratisch verfassten Staaten groß. Sie sinkt jedoch beträchtlich, wenn nach dem Funktionieren der Demokratie im Hier und Jetzt gefragt wird. Diese Befunde finden sich auch in Thüringen bestätigt. Knapp die Hälfte der Befragten (42%) betrachtet die Demokratie als beste aller Staatsideen, nur acht Prozent lehnen diese Aussage ab (Abb. 3). Allerdings stellen die Unentschiedenen mit 49% die relative Mehrheit. Die Zustimmung steigt linear mit dem Bildungsniveau und erreicht bei (Fach-)Hochschulabsolventen 61%. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind gewaltig, was sich vor allem aus der größeren Meinungsfreudigkeit der männlichen Befragten erklärt. Nur 40% der Männer gegenüber 57% der Frauen zeigen sich unentschieden, während etwa jeder Zweite die Demokratie für die beste Staatsidee hält gegenüber nur jeder dritten Frau.

Abb. 3: Einstellungen zur Demokratie I
(in Prozent)



Keine geschlechtsspezifischen Auffälligkeiten ergeben sich hingegen bei der Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert. Nur eine kleine Minderheit von 16% zeigt sich ziemlich oder sehr zufrieden gegenüber 30% Unzufriedenen, während die absolute Mehrheit der Befragten unentschieden ist. Relativ hohe Zufriedenheitswerte finden sich lediglich bei der älteren Generation (60 Jahre und älter), die zugleich die einzige Altersgruppe stellt, in der es mehr Zufriedene als Unzufriedene gibt. Angesichts der verbreiteten Indifferenz gegenüber und Unzufriedenheit mit der praktizierten Demokratie verwundert die Anerkennung der von der Demokratie erbrachten Leistungen. Der Aussage, dass die Demokratie in Deutschland für ein großes Maß an persönlicher Freiheit sorgt, stimmt jeweils ein Viertel der Befragten völlig und überwiegend zu; nur jeder Zehnte lehnt sie ab. Fragt man nach den Leistungen der Demokratie für die soziale Sicherheit, sinkt die Zustimmung zwar deutlich, sie liegt jedoch mit einem Drittel noch um zehn Prozentpunkte über der Ablehnungsquote (bei 44% Unentschiedenen). Mit anderen Worten: Zwar zeigen sich wenige Befragte mit der demokratischen Praxis zufrieden, aber gleichzeitig bewerten sie die Leistungen des demokratischen Systems tendenziell positiv (Abb. 4).

Abb. 4: Einstellungen zur Demokratie II
(in Prozent)



Auf der Basis der diffusen und der spezifischen Demokratieunterstützung lassen sich die Befragten anhand des Grades ihrer Demokratiezufriedenheit in fünf Typen unterscheiden. Das Spektrum reicht von den zufriedenen Demokraten über die teils zufriedenen Demokraten, die Unzufriedenen und die Indifferenten bis hin zu den Antidemokraten. Als zufriedene Demokraten (Typ 1) können Personen gelten, die sowohl die Demokratie für die beste Staatsidee halten als auch mit der demokratischen Praxis zufrieden sind (zur Zuordnung nach den anderen vier Typen vgl. Abb. 5). Mit 11% befinden sie sich in einer Minderheitenposition. Rechnet man die teilweise zufriedenen Demokraten (Typ 2) hinzu, so ergibt sich ein Anteil von etwa einem Drittel. Die größte Gruppe stellen die Indifferenten (Typ 3), die weder zur Idee noch zur Praxis der Demokratie eine klare Meinung haben. Etwa ein Viertel kann als unzu-

frieden bzw. politikverdrossen gelten, d.h. die Befragten befürworten zwar die Idee der Demokratie oder stehen ihr zumindest nicht ablehnend gegenüber, sind aber von ihrem realen Erscheinungsbild enttäuscht (Typ 4). Zu den Antidemokraten (Typ 5) ist nach den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2000 etwa jeder Zwölfte Thüringer zu rechnen. Von den Rentnern gehört etwa jeder Zehnte dieser Gruppe an und unter den Arbeitslosen dürfte der Anteil noch größer sein, allerdings machen die geringen Fallzahlen zuverlässige Angaben unmöglich.

Abb. 5: Anteil der Befragten nach dem Grad der Demokratiezufriedenheit

		Demokratie beste aller Staatsideen				
		stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	teils-teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab
Zufrieden- heit mit der De- mokratie	sehr zufrie- den	Typ 1: zufriedene Demokraten (11,1%)		nicht zugeordnet (5,9%)	Typ 5: Antidemokraten (8,0%)	
	ziemlich zufrie- den					
	teils-teils	Typ 2: teils zufriedene Demokraten (21,4%)		Typ 3: In- diffe- rente (29,4 %)		
	ziemlich unzu- frieden	Typ 4: Unzufriedene (24,2%)				
sehr unzu- frieden						

Zwischen der so gemessenen, von Typ 1 nach Typ 5 kontinuierlich abnehmenden Demokratiezufriedenheit einerseits und der Leistungsbewertung der Demokratie im Bereich der Freiheitssicherung und der sozialen Sicherung andererseits bestehen jeweils positive Zusammenhänge. Entsprechend unterscheiden sich die fünf Typen in dieser Hinsicht deutlich voneinander. So stimmt insgesamt jeder Vierte der Aussage zu, dass die Demokratie für ein großes Maß an persönlicher Freiheit sorgt, unter den zufriedenen Demokraten sind es jedoch mehr als 50% und unter den unzufriedenen Demokraten lediglich 15%. Noch größer fallen die Unterschiede bei der Frage aus, ob die Demokratie für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit sorgt. Der Aussage stimmen zwei Drittel der zufriedenen Demokraten gegenüber 30% aller Befragten zu. Abgelehnt wird sie von fast 60% der Antidemokraten, aber nur von 3% zufriedenen Demokraten.

Die größeren Unterschiede bei der Aussage zu den sozialen Leistungen der Demokratie deuten darauf hin, dass diese für die Befragten ein besonderes Gewicht hat – was sich bei der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen den einzelnen Fragen zur Demokratie bestätigt. Zugespitzt lässt sich formulieren, dass die Bewertung des Beitrags der Demokratie zur sozialen Sicherheit wesentlich darüber bestimmt, ob jemand mit der Demokratie zufrieden ist oder nicht. Der Einschätzung der freiheitssichernden Leistung der Demokratie kommt demgegenüber geringere Bedeutung für die Demokratiezufriedenheit zu.

Welche Faktoren bestimmen neben der wahrgenommenen politischen und sozialen Leistungsfähigkeit der Demokratie die Zufriedenheit mit ihr? Immer wieder wird angenommen, dass von der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen ein stark positiver Einfluss ausgeht. Diese Hypothese findet sich für Thüringen bestätigt: Die eigene finanzielle Lage wird von den Antidemokraten erheblich schlechter eingeschätzt als von den zufriedenen Demokraten. In der Tendenz gilt: Je besser die eigene finanzielle Lage und je deutlicher ihre Verbesserung im Zeitraum 1990 bis 2000, desto größer die Demokratiezufriedenheit. Auch zwischen der Bewertung der deutschen Einheit und der Demokratiezufriedenheit besteht ein positiver Zusammenhang. Da jedoch die Einschätzung der deutschen Vereinigung ihrerseits von der persönlichen wirtschaftlichen Lage (mit-)bestimmt wird, handelt es sich um keinen Faktor mit großer eigener Erklärungskraft.

Insgesamt ergibt sich, dass die Demokratiezufriedenheit erheblich von der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit abhängt. Werden die sozialstaatlichen Leistungen der Demokratie und die eigene finanzielle Lage negativ wahrgenommen, sinkt die spezifische Demokratieunterstützung. Mittelbar wirkt sich eine solche Wahrnehmung auch auf die Unterstützung der Demokratie als Staatsform aus. Dies spiegelt sich in der großen Zahl der Unentschiedenen. Zwar "produzieren" die schlechte eigene finanzielle Situation und die negative Bewertung nur in geringer Zahl Antidemokraten, aber sie senken die Zahl der "bekennenden" Demokraten beträchtlich.

3. Einstellungen zur Politik

Neben der Zufriedenheit mit der Demokratie geben auch die in der Bevölkerung verbreiteten Einstellungen zur Politik Auskunft über die politische Kultur in einem Land. Dazu gehören Einstellungen sowohl zu den Trägern des politischen Systems als auch zu den Verfahren und Mechanismen, d.h. zum politischen Prozess. Unter den politischen Akteuren sind die staatlichen Institutionen von besonderer Bedeutung, die in der Vergangenheit in Ostdeutschland kontinuierlich schlechtere Bewertungen erhalten haben als in Westdeutschland. Angesichts der parteienstaatlich geprägten Demokratie in der Bundesrepublik verdienen darüber hinaus die politischen Parteien besondere Aufmerksamkeit, für die in den letzten Jahren wiederholt ein Vertrauensschwund behauptet worden ist.

3.1 Politische Akteure

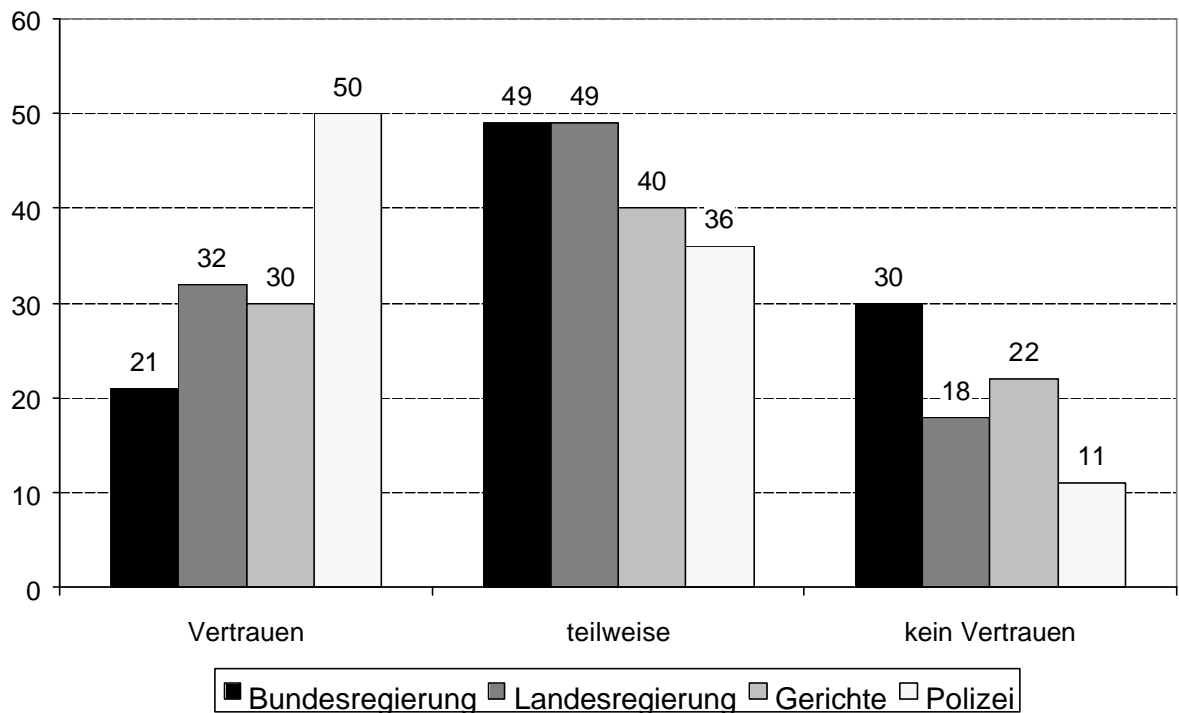
INSTITUTIONENVERTRAUEN

Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 wurden die Befragten gebeten, Auskunft über ihr Vertrauen in vier staatliche Institutionen zu geben. Zwei davon, die Bundes- und die Landesregierung, können als politiknahe Institutionen gelten, die beiden anderen, Polizei und Gerichte, sind hingegen politikfern. Üblicherweise steigen die Vertrauenswerte für Institutionen mit wachsender Distanz zur Politik, da in aller Regel politische Organe für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden. In Thüringen ist das in der Tendenz ebenso: Im Durchschnitt bekunden die Befragten gegenüber den politikfernen Institutionen größeres Vertrauen. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Institutionen beträchtlich: Gegenüber der Bundesregierung überwiegt das Misstrauen – Vertrauen bekundet ihr lediglich jeder Fünfte –, während die Landesregierung mehr Vertrauens- als Misstrauensbekundungen erfährt (Abb. 6). Mit etwa einem Drittel der Befragten, das ihr völlig oder weitgehend vertraut, erreicht sie sogar eine stärkere Zustimmung als die Gerichte (30%). Sehr starkes Vertrauen wird jedoch lediglich gegenüber der Polizei bekundet: Jeder Zweite äußert sich entsprechend, während nur jeder Neunte sein Misstrauen zum Ausdruck bringt.

Fasst man die Bewertung der vier Institutionen zu einer Skala des allgemeinen Institutionenvertrauens zusammen, so weisen zwei Drittel der Befragten ein mittleres Vertrauen auf, 12,4% zeigen geringes und 22,4% hohes Vertrauen.³ In der Befragtengruppe mit großem Institutionenvertrauen sind die jüngsten Befragten (35%) und die Rentner (28%), Personen mit Abitur (27%) sowie die höheren/leitenden Angestellten und Beamten (29%) überproportional vertreten. Umgekehrt sind in der Gruppe mit geringem Institutionenvertrauen die 45-59-Jährigen (17%), Personen mit niedrigem Bildungsabschluss (15%), Arbeiter (17%) und Arbeitslose (zu geringe Fallzahl, um genaue Angaben zu machen) überrepräsentiert. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Geschlechtern: Männer lassen ein deutlich höheres Institutionenvertrauen erkennen als Frauen, was sich auch für jede einzelne der vier Institutionen – am wenigsten noch für die Landesregierung – nachweisen lässt.

³ Skalenbildung: Die Bewertungen der vier einzelnen Institutionen von 1 (= kein Vertrauen) bis 5 (= völliges Vertrauen) werden aufsummiert, sodass mindestens 4 und maximal 20 Punkte zu erreichen sind. Bei einer Punktzahl unter 10 wird von geringem, bei einer Punktzahl über 14 von großem Institutionenvertrauen ausgegangen.

Abb. 6: Institutionenvertrauen
(in Prozent)



Das Institutionenvertrauen variiert mit der Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation und mit der Bewertung der deutschen Einheit. So sind die Befragten, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage als schlecht betrachten, unter denjenigen mit geringem Institutionenvertrauen drastisch überrepräsentiert (38% gegenüber 12% aller Interviewten). Bei den finanziell gut oder sehr gut Gestellten beträgt das Verhältnis von großem zu geringem Institutionenvertrauen ungefähr 4 zu 1, bei den finanziell schlecht Gestellten ist die Relation umgekehrt: 1 zu 4,5. Sehr deutlich fallen auch die Unterschiede zwischen den Befürwortern der deutschen Einheit ("Vorteile überwiegen") und den Ablehnenden ("Nachteile überwiegen") aus: 29% der letzteren, aber nur 7% Befürworter bringen den Institutionen geringes Vertrauen entgegen. Die umgekehrte Betrachtung ergibt, dass sich unter den Befragten mit geringem Institutionenvertrauen Befürworter und Ablehnende die Waage halten. Unter den Befragten mit großem Institutionenvertrauen übertrifft die Zahl der Befürworter die der Ablehnenden um das Zwölfwache. Demnach handelt es sich bei der persönlichen finanziellen Lage um einen ausgesprochen starken Bestimmungsfaktor des Institutionenvertrauens.

PARTEIEN

Hätte Ende September 2000 die Landtagswahl stattgefunden, so wären gegenüber dem Stimmverhalten bei der letzten Landtagswahl am 12. September 1999 eher geringe Veränderungen aufgetreten. Auf der Basis der – gewichteten⁴ – "Sonntagsfrage" würde die regierende CDU mit 47% der Stimmen weiterhin die mit deutlichem Abstand stärkste Partei stellen (1999: 51%), SPD und PDS lägen wie schon im vergangenen Jahr etwa gleichauf. Allerdings würden beide Oppositionsparteien Prozentpunkte hinzugewinnen. Die

⁴ Die Gewichtung erfolgt durch Verrechnung der Rückerinnerung des Wahlverhaltens 1999 mit dem tatsächlichen Ergebnis der Landtagswahl 1999.

Sozialdemokraten könnten sich von knapp 19% auf 24% verbessern, bei der PDS stünden, obwohl sie auf den "Bronzemedailienplatz" zurückfiele, Gewinne von zwei Prozentpunkten (von 21% auf 23%) zu Buche. Für alle anderen Parteien bestünde keine Aussicht auf die Überwindung der Fünfprozentklausel. Allein auf der Grundlage des Stimmenanteils wären nach dem Ergebnis der "Sonntagsfrage" die Union einerseits und die derzeitigen Oppositionsparteien SPD und PDS andererseits gleich stark.

Besseren Aufschluss über die Bindung an eine Partei als die "Sonntagsfrage" bietet die bekundete Parteineigung. In Ostdeutschland und damit auch in Thüringen darf die bekundete Parteineigung allerdings nicht überbewertet werden, da sie im Durchschnitt viel weniger verfestigt ist als in den alten Ländern. Immerhin 58% der Befragten geben an, dass sie ganz allgemein gesprochen einer bestimmten Partei zuneigen (Tab. 2). 24% nennen die CDU, dicht danach folgt die SPD mit 21%, dann mit weitem Abstand die PDS (9%). Alle anderen Parteien können auf keine nennenswerte Anhängerschaft bauen (Bündnis 90/Die Grünen: 2%, F.D.P.: 1%, Sonstige: 1%). Die Intensität der Parteibindung variiert teils deutlich. Während mehr als die Hälfte der CDU-Anhänger (54%) ihre Parteineigung als stark oder sehr stark charakterisiert, sind es bei der PDS 46% und bei den Sozialdemokraten nur 42%.

Tab. 2: Parteineigung
(in Prozent)

	CDU	SPD	PDS	FDP	B90/GR	Rechte	Sonst.	Keine Partei	Weiß nicht
Insgesamt	24	21	9	1	2	0	1	34	8
<i>Darunter:</i>									
Stark	54	42	46	*	*	0	*	-	-
Mittel	44	56	53	*	*	0	*	-	-
Schwach	2	2	1	*	*	0	*	-	-

* geringe Fallzahlen

Untersucht man die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Anhängerschaften von CDU, SPD und PDS sowie der Gruppe ohne Parteineigung, ergeben sich einige Auffälligkeiten. Während bei SPD und PDS der Anteil der Parteianhänger mit steigendem Alter wächst, ist die jüngste Altersgruppe der 18-24-Jährigen in der Anhängerschaft der Christdemokraten überproportional vertreten. Starke altersmäßige Unterschiede sind auch bei der Befragtengruppe ohne Parteineigung festzustellen. Unter ihnen sind die Jahrgänge ab 1956 deutlich unter- und die Jahrgänge bis 1940 ebenso deutlich überrepräsentiert. Das Geschlecht spielt keine Rolle, für SPD und Union auch das Bildungsniveau nicht, sieht man von der starken Vertretung der Befragten mit Mittlerer Reife/POS-Abschluss in der CDU-Anhängerschaft und ihrem unterdurchschnittlichen Anteil an den SPD-Anhängern ab. Die PDS rekrutiert ihre Anhänger überproportional aus dem Personenkreis mit hohem Bildungsabschluss.

Wenig überraschend kann sich die CDU in besonderem Maße auf die "Parteitreue" des katholischen Bevölkerungsteils stützen, aber auch unter den Protestanten hat sie eine viel stärkere Anhängerschaft als jede andere Partei. Demgegenüber fällt sie beim kirchlich nicht gebundenen Bevölkerungsteil in puncto Anhänger hinter die SPD zurück; überproportional stark vertreten ist hier die PDS. Wäre der jeweilige prozentuale Anteil der Anhänger in einer Berufsgruppe der Maßstab, müsste die SPD als Partei der höheren/leitenden Angestellten und Be-

amten gelten. In diesem Personenkreis liegt sie weit vor der Union, während diese eine besonders starke Anhängerschaft unter den Landwirten, Selbstständigen und Freiberuflern aufweist. Ähnlich wie die Sozialdemokraten ist die PDS unter den höheren/leitenden Angestellten und Beamten überdurchschnittlich vertreten.

Auch jenseits sozialstruktureller Merkmale unterscheiden sich die Anhängerschaften der Parteien. So finden sich bei den Christdemokraten zu 80% Befürworter der deutschen Einheit, in der PDS sind es hingegen nur 55%. Befragte, die ihre eigene finanzielle Lage positiv beurteilen und zudem eine Verbesserung in den letzten zehn Jahren angeben, neigen stärker den Sozialdemokraten und insbesondere der CDU zu, während die PDS mit zunehmend negativer Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage anteilmäßig an Anhängern gewinnt. Damit gleicht ihre Anhängerschaft strukturell am stärksten dem Personenkreis, der keine Parteibindung aufweist. Etwas überspitzt lässt sich die PDS als die Partei der subjektiven, teils aber auch objektiven "Einheitsverlierer" bezeichnen, während die Anhänger von CDU und SPD sich eher aus dem Kreis der ökonomisch Zufriedenen rekrutieren. Teils schlägt die ökonomische Selbsteinschätzung auch auf die Demokratiezufriedenheit der jeweiligen Anhängerschaft durch. Die CDU- und insbesondere die SPD-Anhänger sind unter den zufriedenen Demokraten überrepräsentiert. Im Gegensatz dazu rekrutiert die PDS ihre Anhänger mehrheitlich aus der Gruppe der Unzufriedenen, während die Antidemokraten überproportional in der Gruppe ohne Parteibindung vertreten sind.

Weniger aussagekräftig im Hinblick auf dauerhafte Parteibindungen als die Parteiidentifikation und die Wahlabsicht ist das sogenannte Parteiensympathieskalometer. Die Befragten werden dabei gebeten, die einzelnen Parteien anhand einer Skala von +5 ("halte sehr viel von dieser Partei") bis -5 ("halte überhaupt nichts von dieser Partei") zu beurteilen. Das Parteienskalometer misst somit allgemeine Sympathie- oder Antipathieempfindungen, die allerdings kaum verhaltensrelevant und oftmals stark von aktuellen Entwicklungen bestimmt sind. Über die besten Sympathiewerte verfügt im Durchschnitt die SPD (+1,5), gefolgt von der CDU (+0,9). Um den Nullpunkt herum bewegen sich die PDS (+0,3) und die Freien Demokraten (+0,2), während Bündnis 90/Die Grünen als einzige der Bundestagsparteien im Durchschnitt negativ bewertet wird. Diese Ergebnisse scheinen das Diktum Lutz Rathenows zu bestätigen, dass FDP und Grüne für Ostdeutsche all das verkörpern, was ihnen am Westen am fremdesten erscheint. Auf eine verbreitete Antipathie stoßen die Rechtsaußen-Parteien mit Durchschnittswerten zwischen -3,7 (NPD) und -4,0 ("Die Republikaner").

Alle drei im Landtag vertretenen Parteien werden von teils deutlich mehr als der Hälfte der Befragten positiv "benotet", d.h. mit Werten über Null beurteilt (Tab. 3). Interessant sind diese Positivurteile vor allem mit Blick auf die PDS. Sie zeigen, dass die Partei längst nicht mehr stigmatisiert ist und weit über den Kreis ihrer Anhänger und Wähler hinaus Sympathie findet, wenngleich in erheblich geringerem Maß als SPD und CDU. Lediglich 15% der Interviewten – das sind nur unwesentlich mehr als bei der F.D.P. – halten überhaupt nichts von der Partei. Der seismographische Charakter des Parteienskalometers zeigt sich besonders bei der Beurteilung der Bündnisgrünen. Dass diese von fast einem Viertel der Befragten die schlechteste Note erhalten, dürfte ein Reflex auf die zum Zeitpunkt der Befragung geführte Debatte über die in Teilen der Bevölkerung ausgesprochen unpopuläre Ökosteuer sein.

Betrachtet man die Aufgliederung nach Alter, Geschlecht und Bildung, bestätigen sich vielfach die für die Anhängerschaft der jeweiligen Partei berichteten Auffälligkeiten. So schneidet die CDU besonders gut bei den 18-24-Jährigen und bei Befragten mit Mittlerer Reife/POS-Abschluss ab, die SPD erzielt ihren höchsten Durchschnittswert bei den Personen über 60 Jahre. Der durchschnittliche Wert für die F.D.P. wiederum sinkt bei den 25-34-Jährigen in den Minusbereich, während die Bündnisgrünen lediglich bei den Personen mit

überdurchschnittlichem Bildungsniveau überhaupt den Plusbereich erreichen. Zwischen Frauen und Männern bestehen jedenfalls bei den Durchschnittswerten keine erwähnenswerten Differenzen.

Tab. 3: Sympathiebekundungen gegenüber den Bundestagsparteien

	Durchschnittswert	Positive Bewertungen (in %)	Beste Bewertung (+5) (in %)	Schlechteste Bewertung (-5) (in %)
CDU	+ 0,9	62	10	11
SPD	+ 1,5	70	11	8
PDS	+ 0,3	53	6	15
B90/GR	- 0,5	46	3	23
F.D.P.	+ 0,2	52	4	14

Während sich das Parteienskalometer auf die einzelnen Parteien bezieht, ist zur Messung der "Parteienverdrossenheit" auch eine Frage zu den Parteien ganz allgemein gestellt worden. Mehr als die Hälfte der Interviewten bejaht die Aussage, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, sie deren Ansichten jedoch nicht interessieren; ein Drittel stimmt ihr voll und ganz zu. Diese hohen Zustimmungswerte decken sich mit den Ergebnissen früherer Befragungen und liegen sogar etwas niedriger als die 1998 für (Gesamt-)Ostdeutschland im Rahmen einer Wählerstudie ermittelten Werte. Besonders deutlich fällt die Befürwortung in der Berufsgruppe der Landwirte, Selbständigen und Freiberufler aus, relativ gering ist sie bei den höheren/leitenden Angestellten und Beamten. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang mit dem Grad der Demokratiezufriedenheit: Die Zustimmungsrates der Antidemokraten liegt drei Mal so hoch wie die der zufriedenen Demokraten. Nur jeder Zehnte lehnt das Statement ab, unter den 18-24-Jährigen ist es immerhin jeder Fünfte. Nimmt man an, dass sich in der Zustimmung die Unzufriedenheit mit den Parteien bekundet, dann fällt zunächst das Ausmaß der "Parteienverdrossenheit" auf. Besonders bemerkenswert aber ist, dass sie entgegen der öffentlichen Wahrnehmung in der jüngsten Altersgruppe am schwächsten ausfällt.

Die negative Bewertung der Parteien im Hinblick auf ihre Wählerorientierung steht in einem Spannungsverhältnis zu den positiven Durchschnittswerten, die alle Landtagsparteien und vier der fünf Bundestagsparteien beim Parteienskalometer erreichen. Die Diskrepanz könnte sich daraus erklären, dass die Befragten zwar überwiegend eine nur geringe Responsivität der Parteien insgesamt erkennen, ihre Interessen aber durch einzelne Parteien dennoch im Großen und Ganzen vertreten sehen. Um den harten Kern der Parteienverdrossenen zu ermitteln, sind auf der Grundlage des Parteienskalometers zwei Gruppen gebildet worden. Zur ersten Gruppe der Parteienverdrossenen zählen die 9,3% der Befragten, die keine der etablierten Parteien positiv bewerten. Alle anderen, das ist die zweite Gruppe, gelten als nicht parteiverdrossen. Unter den Parteienverdrossenen sind die 35-44-Jährigen (13%), die Frauen (11%), Personen mit geringem Bildungsabschluss (11%), die Arbeiter (13%) und vermutlich auch die Arbeitslosen (zu geringe Fallzahl für konkrete Angaben) überrepräsentiert. Darüber hinaus gilt in der Tendenz, dass die Parteienverdrossenheit mit einer Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation wächst. Der harte Kern der Parteienverdrossenen ist schließlich unter den unzufriedenen Demokraten (14%) und unter den Antidemokraten (zu geringe Fallzahl für konkrete Angaben) überrepräsentiert.

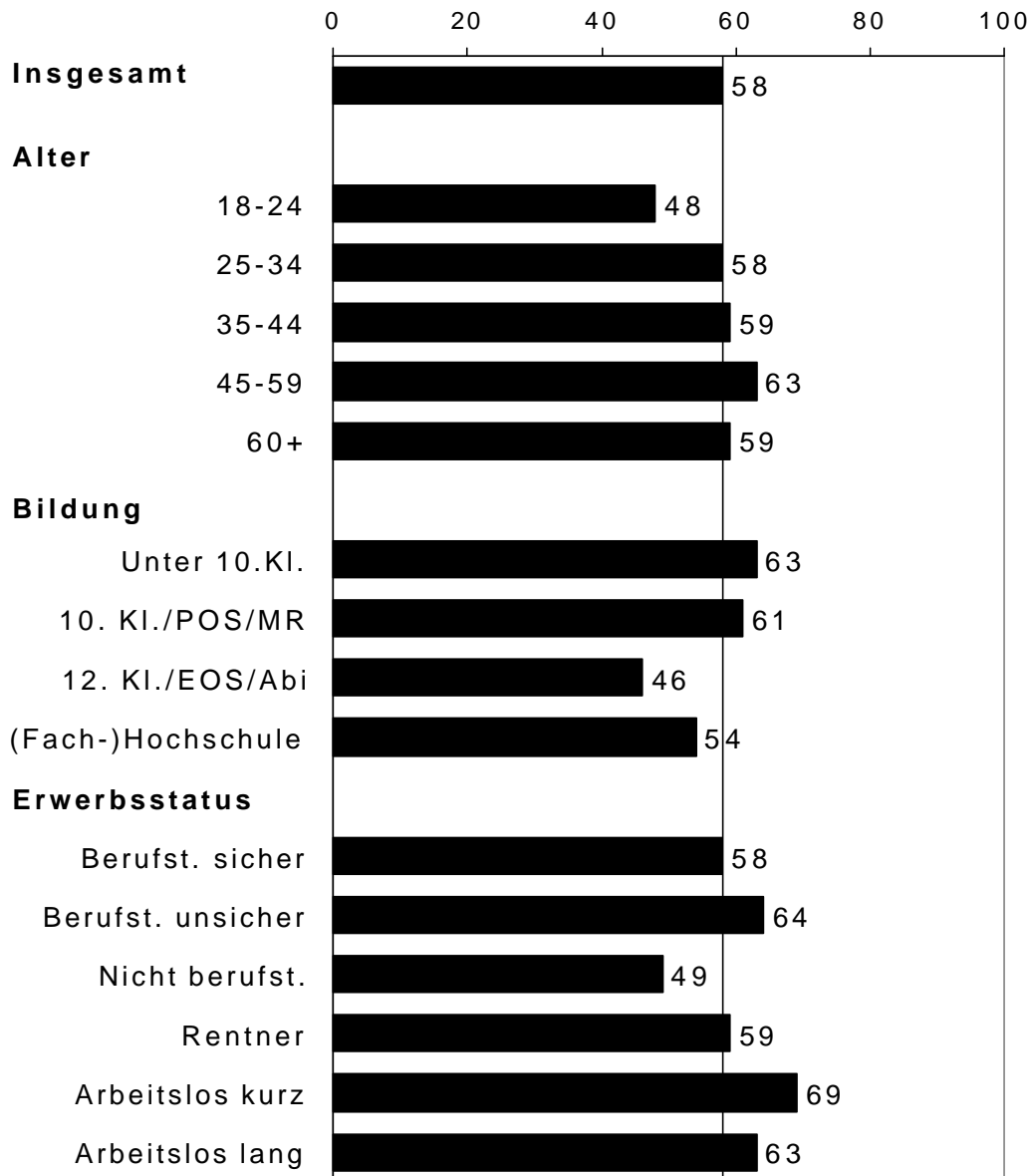
3.2 Politischer Prozess

Neben den Parteien als in der Bundesrepublik zentralen politischen Akteuren wird die Wahrnehmung von Politik auch durch die für sie spezifischen Verfahren und Mechanismen bestimmt. Zum politischen Prozess enthält der Thüringen-Monitor 2000 zwei Aussagen, die sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen. Das Statement "In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht" formuliert einen technokratischen Vorbehalt gegenüber der Politik, das Statement "In der Politik wird zu viel geredet und nichts geleistet" unterstellt ihr mangelnde Effektivität. Beide Aussagen finden bei den Thüringern breite Zustimmung (jeweils über 50%) und nur geringe Ablehnung (jeweils unter 10%). Immerhin 39% der Befragten stimmen dem ersten Statement völlig zu, beim zweiten sind es sogar 45%. Die Aussage, dass es in der Politik nur um die Macht geht, findet mit steigendem Alter zunehmend Zuspruch; selbst in der Gruppe der 18-24-jährigen beträgt die Zahl der Zustimmungen das Dreifache der Ablehnungen.

Beide Statements stehen in engem Zusammenhang, d.h. mit wachsender Zustimmung zu einem von beiden steigt tendenziell auch die Befürwortung des anderen. Nach einer aus beiden Aussagen gebildeten Skala der Politikverdrossenheit⁵ stehen 58% Politikverdrossene einer starken Minderheit von 42% der Befragten gegenüber, die keine Vorbehalte gegen die Mechanismen der Politik erkennen lassen (Abb. 7). Die Politikverdrossenen sind unter den 45-59-Jährigen (63%), bei den Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss (63%), den Berufstätigen mit einem gefährdeten Arbeitsplatz (64%) und unter den Arbeitslosen (66%) deutlich überrepräsentiert. Da die drohende (gefährdeter Arbeitsplatz) und tatsächliche Arbeitslosigkeit in erheblichem Maß auf ein geringes Bildungsniveau und ein – unter dem Gesichtspunkt der Chancen auf dem Arbeitsmarkt – "kritisches" Alter zurückgehen, können diese beiden Faktoren als wichtige Determinanten der Politikverdrossenheit gelten. Bei einigen Bevölkerungsgruppen sind die Politikverdrossenen in der Minderheit. Dies trifft für die jüngste Altersgruppe, Befragte mit Abitur (aber – noch? – ohne Hochschulabschluss) und für die Residualkategorie der Nicht-Berufstätigen (vor allem Hausfrauen) zu.

⁵ Skalenbildung: Die Bewertungen der beiden Statements von 1 (= stimme völlig zu) bis 5 (= lehne völlig ab) werden aufsummiert, sodass mindestens 2 und maximal 10 Punkte zu erreichen sind. Bei einer Punktzahl zwischen 2 und 4 wird davon ausgegangen, dass der Befragte politikverdrossen ist.

Abb. 7: Politikverdrossenheit nach Alter, Bildung und Erwerbsstatus
(in Prozent)

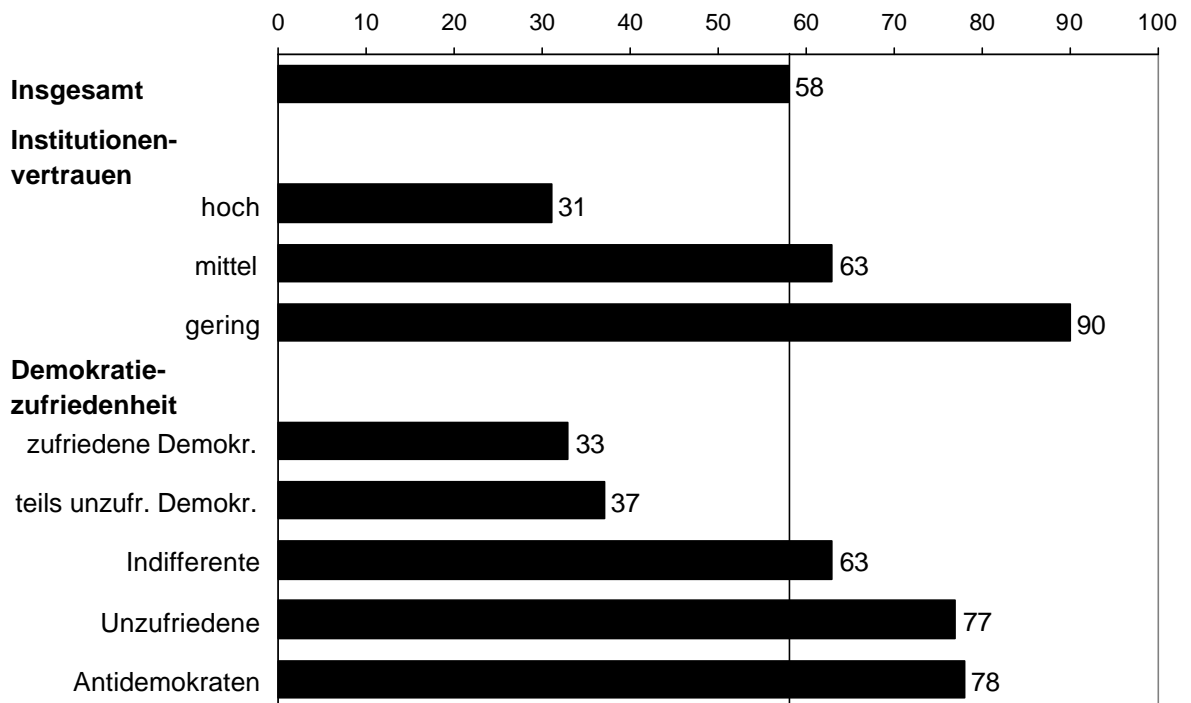


Ein starker Zusammenhang lässt sich zwischen der Politikverdrossenheit einerseits und der Bewertung der deutschen Einheit sowie der Einschätzung der eigenen finanziellen Situation andererseits feststellen. Da die Position zur Vereinigung durch die persönliche wirtschaftliche Lage der Befragten mitbestimmt wird, ist letztere der erklärungsstärkere Faktor. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Politikverdrossenheit mit negativer werdender persönlicher ökonomischer Lage linear auf 77% in der Gruppe der schlecht Gestellten steigt. In enger Beziehung steht die Politikverdrossenheit auch zur (negativen) Einschätzung der Wählerorientierung der Parteien. Der statistische Zusammenhang ist so ausgeprägt, dass beide Merkmale wohl lediglich unterschiedliche Dimensionen desselben Phänomens, nämlich der Politikverdrossenheit, messen. Im einen Fall wird Parteienverdrossenheit erhoben, im anderen "Verfahrensverdrossenheit". Aus dem Rahmen fällt allerdings die oben – auf der Basis des Parteienskalometers – gebildete Skala der Parteienverdrossenheit, die nur in sehr schwachem Zusammenhang mit der Politikverdrossenheit steht. Der Grund dafür ist, dass sie nur den harten Kern der Politikverdrossenen erfasst. Da die Politikverdrossenheit aber weit verbreitet

ist, unterscheidet sich der harte Kern der Verdrossenen nur graduell von der Gesamtgruppe der Befragten.

Eindeutige Aussagen lassen sich über das Verhältnis von Politikverdrossenheit und Institutionenvertrauen machen: Je geringer das Institutionenvertrauen, desto größer die Politikverdrossenheit (Abb. 8). Der Zusammenhang ist wiederum so eng, dass von Institutionenverdrossenheit als einer (weiteren) Dimension der Politikverdrossenheit gesprochen werden kann. Als letzte Dimension könnte die "Demokratieverdrossenheit" gelten. Während nämlich die zufriedenen und die teils zufriedenen Demokraten einerseits und die Unzufriedenen und die Antidemokraten andererseits auf der Skala der Politikverdrossenheit jeweils ähnliche Profile aufweisen, besteht zwischen beiden Gruppen eine Kluft.

Abb. 8: *Politikverdrossenheit nach Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit (in Prozent)*



Abschließend ist noch ein Blick auf die Politikverdrossenheit unter den Parteianhängern zu werfen. Wer annimmt, die Parteianhänger seien sehr viel weniger politikverdrossen im Sinne der "Verfahrensverdrossenheit" als die Gesamtbevölkerung, sieht sich durch den Thüringen-Monitor 2000 eines Besseren belehrt. Richtig ist die Annahme nur für die SPD-Anhänger. In der Anhängerschaft der PDS sind die Politikverdrossenen mit 69% gegenüber 58% aller Befragten sogar klar überrepräsentiert. Dies lässt – entgegen dem Ergebnis des Parteienskalmeters – zumindest Zweifel an der (von Seiten ihrer Anhänger perzipierten) Integration der größten Oppositionspartei in das politische System zu.

4. Partizipation

Demokratie lebt nicht allein von turnusmäßigen Wahlen und einem verfassungskonformen Handeln der politischen und sonstigen Eliten. Die Bereitschaft zur Teilnahme an den Angelegenheiten des Gemeinwesens und die tatsächliche Partizipation sind als Einübung und Verinnerlichung demokratischer Spielregeln wichtige Beiträge zu ihrem Funktionieren. In dieser Perspektive stellen sie eine wesentliche Komponente einer demokratischen politischen Kultur dar. Die demokratische Verfassungsordnung wird durch demokratiefeindliche Handlungen wie etwa Terrorakte akut gefährdet. Eine latente Bedrohung liegt aber auch dann vor, wenn es ihr an Rückhalt in der Bevölkerung fehlt und die demokratische Partizipation jenseits der Beteiligung an Wahlen schwach entwickelt ist.

Wie in der Gesamtbevölkerung variiert die Partizipationsbereitschaft und auch das tatsächliche Partizipationsverhalten der Thüringer erheblich nach den Beteiligungsformen. Am stärksten ist die Bereitschaft zur Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, die zwei Drittel bekunden. Sie sinkt bei der Teilnahme an Demonstrationen und der Mitwirkung in Bürgerinitiativen auf unter 50%. An Demonstrationen teilzunehmen, bei denen mit Gewalt gerechnet werden muss (bekundete Gewaltakzeptanz) oder gar für eigene Ziele mit Gewalt kämpfen (erklärte Gewaltbereitschaft) würde jeweils nur eine kleine Minderheit der Befragten. Vergleicht man die tatsächliche Partizipation mit der bekundeten Partizipationsbereitschaft, so fällt sie erwartungsgemäß bei allen Beteiligungsformen geringer aus (Tab. 4). Besonders deutlich klaffen Handlungsbereitschaft und tatsächliches Handeln bei der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative auseinander. Nur gut ein Drittel derjenigen, die ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bekunden, engagieren sich auch wirklich. Der Grund dafür liegt u.a. darin, dass das Engagement in einer Bürgerinitiative kontinuierliche Mitwirkung bedeutet und insofern mit höherem Aufwand verbunden ist als die einmalige, zeitlich begrenzte Beteiligung an einer Unterschriftensammlung oder einer Demonstration.

Tab. 4: *Partizipationsbereitschaft und tatsächliche Partizipation*
(in Prozent, Mehrfachnennungen)

	Bereitschaft	Handeln
Beteiligung an Unterschriftensammlung	68	60
Mitarbeit in Bürgerinitiative	42	15
Teilnahme an Demonstration	44	39
Teilnahme an Demo, wenn mit Gewalt gerechnet werden muss	7	6
Kämpfen für eigene Ziele mit Gewalt	6	2

Da dem (behaupteten) tatsächlichen Partizipationsverhalten größere Aussagekraft zukommt als der bloßen Bereitschaft, ist auf der Basis dieser Angaben ein Partizipationsindex gebildet worden. Unterschieden wird bei der gewaltfreien Partizipation zwischen Befragten mit keiner, geringer und mittlerer/starker Partizipation.⁶ Bei der (mindestens potenziell) gewaltförmigen

⁶ Indexbildung: Keine Partizipation liegt vor, wenn noch keine Beteiligungsform praktiziert worden ist, geringe Partizipation, wenn sich die Beteiligung auf eine Unterschriftensammlung beschränkt hat, mittlere/starke

Partizipation sind über das berichtete Handeln hinaus auch die bekundete Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft einbezogen. Zum Personenkreis mit Gewaltakzeptanz werden diejenigen gerechnet, die an einer Demonstration teilnehmen würden, bei der mit Gewalt zu rechnen ist, sowie diejenigen, die tatsächlich an einer solchen teilgenommen haben. Entsprechend liegt Gewalt(-bereitschaft) dann vor, wenn Ziele mit Gewalt verfolgt werden oder die Bereitschaft dazu besteht. Nach dieser Einteilung zeigt jeweils ein Viertel der Befragten kein oder nur geringes Partizipationsverhalten, während ein gutes Drittel mittlere/starke Partizipationswerte aufweist. Die Gewalt Akzeptierenden und die Gewaltbereiten/Gewalttäter bilden mit 8% bzw. 7% der Befragten jeweils eine Minderheit, allerdings – teils infolge der weit gefassten Einteilungskriterien – keine quantität negligible (Tab. 5).

Tab. 5: Partizipationsverhalten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen (in Prozent)

	Insgesamt	Geschlecht		Alter		Bildungsabschluss	
		Männer	Frauen	25-34	über 60	unter 10. Klasse	Hochschule
keine Partizipation	26	22	29	16	36	41	17
geringe Partizipation	25	22	28	25	27	23	18
mittlere/starke Partizipation	35	37	33	39	26	25	47
Gewaltakzeptanz	8	11	5	13	3	2	13
Gewalt (-bereitschaft)	7	9	5	7	8	9	6

Lesehilfe: Spaltenprozent. Von allen Befragten partizipieren 26 Prozent nicht, von den Männern 22 Prozent, von den Frauen 29 Prozent.

Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, bestehen deutliche Unterschiede im Partizipationsverhalten je nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand. Frauen sind weniger partizipationsfreudig als Männer, vor allem aber viel zurückhaltender, sobald Gewalt – und sei es nur der Möglichkeit nach – ins Spiel kommt. Bei den Altersgruppen sind die Jüngsten und die Ältesten unter den gar nicht oder gering Partizipierenden jeweils deutlich überrepräsentiert. Das stärkste Engagement zeigen dementsprechend, insofern es um gewaltfreie Beteiligung geht, die mittleren Alterskohorten. Während bei der Gewalt(-bereitschaft) überraschenderweise keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen auszumachen sind, lassen die 25-34-Jährigen eine weit über- und die ältesten Befragten eine weit unterdurchschnittliche Gewaltakzeptanz erkennen. Sowohl die mittlere/starke Partizipation als auch die Gewaltakzeptanz steigen linear mit zunehmendem Bildungsniveau. Demgegenüber sind unter den Gewaltbereiten/Gewalttätern Personen mit geringem Bildungsniveau überproportional vertreten. Eine überdurchschnittlich starke gewaltfreie Partizipation lässt sich für die Arbeitslosen und für die Beschäftigten mit einem sicheren Arbeitsplatz nachweisen. Letztere Gruppe bekundet zugleich eine weit überdurchschnittliche Gewaltakzeptanz.

Partizipation, wenn mindestens die Teilnahme an einer Demonstration erfolgt ist und weder Gewaltakzeptanz noch Gewaltbereitschaft geäußert werden.

Das Partizipationsverhalten steht insgesamt mit den verschiedenen Indikatoren der Politikverdrossenheit in einem eher schwachen Zusammenhang. Zum Institutionenvertrauen weist es gar keine Beziehung auf. Erwartungsgemäß sind die Parteienverdrossenen in der Gruppe der gesellschaftspolitisch Inaktiven überproportional vertreten. Hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit fällt auf, dass die teils zufriedenen Demokraten relativ stark, die Antidemokraten hingegen kaum partizipieren. Hohe Werte bei der Gewaltakzeptanz weisen die teils zufriedenen Demokraten und die Unzufriedenen auf. Weit überdurchschnittlich gewaltbereit zeigen sich die Politikverdrossenen (im Sinne der "Verfahrensverdrossenheit"), die bei einem Anteil an den Befragten insgesamt von 58% drei von vier Gewaltbereiten/Gewalttätern stellen. Keine Aussage lässt sich wegen der geringen Fallzahlen über die Gewalt(-bereitschaft) der Antidemokraten machen. Im Parteienvergleich überwiegen die Gemeinsamkeiten.

Angesichts der verbreiteten, auch in den Ergebnissen des Thüringen-Monitors 2000 abzulesenden Politikverdrossenheit⁷ hat in der jüngsten Zeit eine seit langem und aus grundsätzlichen Erwägungen kontrovers diskutierte Form der Partizipation wachsende Aufmerksamkeit gefunden: die direktdemokratischen Verfahren, oft auch als "plebiszitäre Elemente" bezeichnet. Für Thüringen kommt ihnen mit Blick auf das zurzeit laufende Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringen", das im Kern auf eine Senkung der Quoren für Bürgerantrag und Volksbegehren zielt, besondere Relevanz zu. Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 werden die Befragten um eine Einschätzung gebeten, ob wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten. Um keine rein impulsiven Antworten zu erhalten, ist dem Statement zum Volksentscheid die Frage voran gestellt, ob die meisten Leute in Deutschland hinreichend informiert seien, über komplizierte politische Fragen zu entscheiden. Lediglich 6% der Interviewten stimmen dieser Aussage voll und ganz, immerhin jeder Fünfte eher zu. Demgegenüber äußerten sich mehr als zwei Drittel ablehnend.

Tab. 6: Entscheidungskompetenz und Volksentscheid
(in Prozent)

Hinreichende Informationen, um über politische Fragen zu entscheiden		Über wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entscheiden					Insgesamt
		stimme voll zu	stimme eher zu	teils / teils	lehne eher ab	lehne voll ab	
voll und ganz	6*	64	20	7	5	4	100
eher ja	21	60	21	18	0	1	100
eher nein	54	53	26	17	3	1	100
Nein	18	65	12	14	3	6	100
Insgesamt	100	58	21	16	3	2	100

Lesehilfe: * *Vertikal*: 6 Prozent der Befragten sind voll und ganz sicher, dass die meisten Leute hinreichende Informationen haben, 18 Prozent glauben das nicht (Spaltenprozente). *Horizontal*: Von denjenigen, die voll und ganz sicher sind, dass die meisten Leute hinreichende Informationen haben (6 Prozent aller Befragten), stimmen 64 Prozent häufigeren Volksentscheiden voll zu, 4 Prozent lehnen das voll ab (Zeilenprozente).

Ungeachtet dieser skeptischen Einschätzung der Entscheidungskompetenz plädieren etwa vier von fünf Befragten für mehr Volksentscheide, davon die Mehrheit ganz entschieden ("stimme völlig zu"). Überdurchschnittliche Zustimmung bringen die Personen mit Mittlerer

⁷ Zu ihren verschiedenen Dimensionen vgl. vor allem oben, Kapitel II.3.

Reife/POS-Abschluss zum Ausdruck, am skeptischsten zeigen sich die (Fach-)Hochschulabsolventen. Selbst in dieser Gruppe sind noch fast drei Viertel den Befürwortern zuzurechnen; nur jeder Vierzehnte äußert sich ablehnend. Zwischen der perzipierten Entscheidungskompetenz und der Positionierung zu den Volksentscheiden besteht kein statistischer Zusammenhang (Tab. 6). Erstaunlicher noch: Von denjenigen, die den meisten Leuten jegliche Entscheidungskompetenz bestreiten, sprechen sich überdurchschnittlich viele (66% gegenüber 58% insgesamt) – und zudem mehr als von denjenigen, die eine hohe Entscheidungskompetenz annehmen (63%) – entschieden für mehr Volksentscheide aus. Im Klartext bedeutet dies: Die Leute sollen auch dann (häufiger) über wichtige politische Fragen entscheiden, wenn ihnen jegliche Kenntnis bezüglich der Entscheidungsmaterien fehlt.

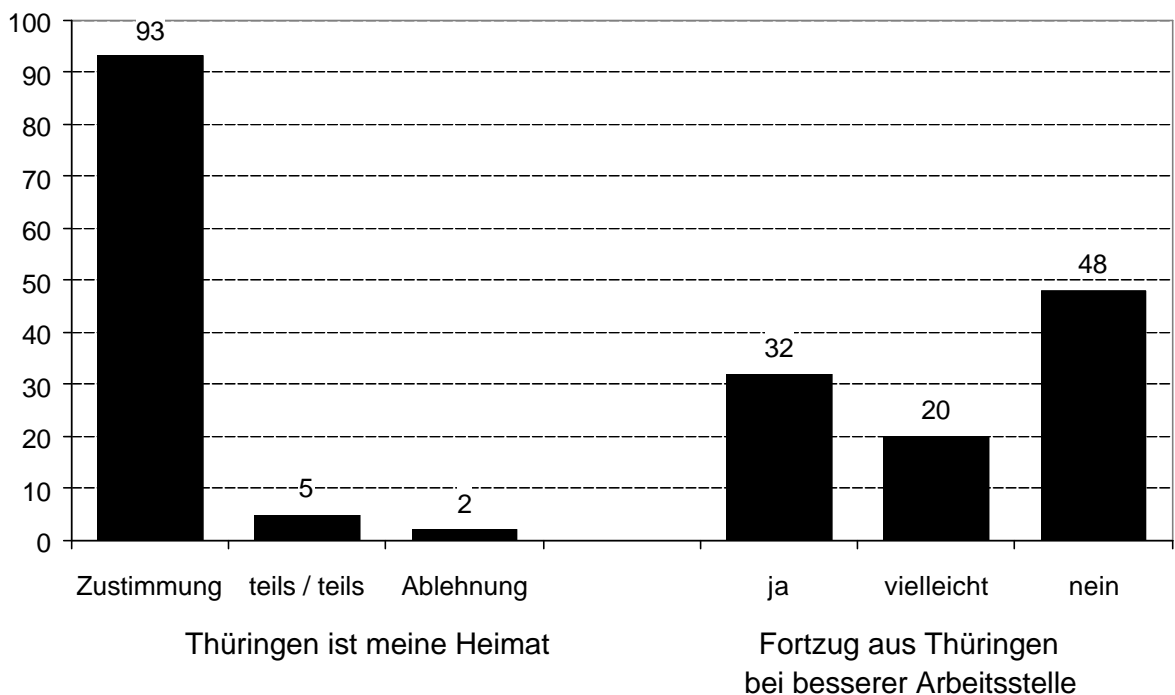
Auch zwischen der Einstellung zu Volksentscheidungen und dem Partizipationsverhalten ist kein Zusammenhang nachzuweisen. Die einzige Auffälligkeit besteht darin, dass die entschiedenen Befürworter von mehr Volksentscheiden unter den Gewaltbereiten/Gewalttätern mit 75% gegenüber 58% insgesamt deutlich überrepräsentiert sind. Offenbar erscheint den politisch motivierten Gewaltbereiten jedes Mittel und damit auch jedes zusätzliche gewaltfreie Instrument geeignet, um ihre Ziele durchzusetzen. Dem entspricht der unerwartete Befund, dass die Antidemokraten mit 69% zu den stärksten Fürsprechern direktdemokratischer Verfahren zählen. Wenig überraschend ist demgegenüber, dass die entschiedene Unterstützung der Volksentscheide mit wachsender Demokratiezufriedenheit auf allerdings immer noch 46% unter den zufriedenen Demokraten sinkt. Die Befragten mit vollem Vertrauen in die Bundesregierung bzw. in die Landesregierung sind unter den entschiedenen Befürwortern der direkten Demokratie nicht unterrepräsentiert, auch wenn die jeweiligen dezidierten Regierungskritiker überdurchschnittlich vertreten sind. Angesichts der referierten Befunde kann nicht erstaunen, dass die Unterschiede zwischen den Parteien eher gradueller Natur sind und die Anhänger aller Landtagsparteien mit sehr deutlicher (CDU) bis überwältigender (PDS) Mehrheit mehr Volksentscheide begrüßen.

5. Thüringen-Identität

Seit der friedlichen Revolution in der DDR und insbesondere der "Wiedergeburt" der ostdeutschen Länder haben sich neben der Ausbildung einer gesamtdeutschen Orientierung auch regionale bzw. landsmannschaftliche Identitäten (neu) entwickelt. Diese haben wesentlich dazu beigetragen, dass in Ostdeutschland der realsozialistische Zentralismus durch einen Pluralismus unterschiedlicher politischer und ökonomischer Entwicklungsstrategien ersetzt worden ist. Im von biographischen Erschütterungen nicht freien Transformationsprozess kommt den jeweiligen regionalen Identitäten und in ihrem Zuge den sich allmählich entfaltenden regionalen politischen Kulturen eine Orientierungsfunktion zu. Elemente einer regionalen politischen Kultur können aber auch zu Abschottungstendenzen und zu fehlender Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen, sei es in der Arbeitswelt oder im Kommunikationswesen, führen.

Wie stark ausgeprägt ist unter den Thüringern die regionale Identität und welchen Charakter hat sie? Die Heimatverbundenheit ist quer durch alle Alters- und soziale Gruppen ausgesprochen stark entwickelt. Über 90% der Befragten geben an, Thüringen als ihre Heimat zu betrachten, fast alle davon stimmen dieser Aussage völlig zu. Nur bei einem Teil von ihnen verbindet sich die Heimatverbundenheit aber mit einer regionalen Verwurzelung im Freistaat. Etwa jeder Zweite lehnt es auch dann ab Thüringen zu verlassen, wenn er woanders eine bessere Arbeitsstelle fände; jeder Dritte wäre dazu bereit (Abb. 9).

Abb. 9: Thüringen-Identität
(in Prozent)



Dabei zeigen sich klare Generationseffekte: Mit zunehmendem Alter verringert sich die Bereitschaft, Thüringen zu verlassen. Als hochgradig mobil erweist sich nach eigenem Bekunden die jüngste Altersgruppe, die sich damit grundlegend von den Älteren

unterscheidet. 62% der 18-24-Jährigen würden um eines besseren Arbeitsplatzes willen aus Thüringen fortziehen, nur etwa jeder Vierte lehnt dies ab. Männer sind etwas mobilitätswilliger als Frauen. Besonders ausgeprägt ist die entsprechende Bereitschaft unter den Befragten mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss, unterdurchschnittlich entwickelt ist sie bei Berufstätigen mit einem sicheren Arbeitsplatz.

Besonders aussagekräftig für die Identität der Befragten ist ihr Selbstverständnis. Gefragt, ob sie sich eher als Thüringer, als Ostdeutsche, als Deutsche oder als Europäer fühlen, bekunden 45% eine Thüringer Identität, von den Frauen sogar jede Zweite. Fast jeder Dritte betrachtet sich als Deutscher, während eine ostdeutsche (15%) und eine europäische Identität (9%) nur von relativ kleinen Minderheiten angegeben werden. Am auffälligsten präsentiert sich einmal mehr die jüngste Altersgruppe, die sich als einzige vorwiegend als Deutsche sieht und in der zugleich die "Europäer" überrepräsentiert sind. Das Bekenntnis zu Thüringen nimmt mit steigendem Bildungsstand ab, während umgekehrt ostdeutsche und europäische Identität zunehmen. Durch das Selbstverständnis bestimmt wird auch die Bereitschaft, Thüringen zu verlassen. 48% der "Europäer", aber nur 27% der Personen mit thüringischer Identität würden dies wegen einer besseren Arbeitsstelle tun.

Untersucht man den Einfluss der persönlichen finanziellen Lage, ihrer Entwicklung seit 1990 und der Bewertung der deutschen Einheit auf die Identität, so ergibt sich ein klar konturiertes Bild. Die Trennlinie verläuft durchweg zwischen den "Europäern" und "Deutschen" auf der einen Seite und den Personen mit ostdeutscher und thüringischer Identität auf der anderen Seite. Während zwei Drittel der "Deutschen" und "Europäer" ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut charakterisieren, ist es unter den "Ostdeutschen" nur jeder Zweite. Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei der Bewertung der Entwicklung der eigenen finanziellen Situation aus. Eine Verschlechterung sehen überdurchschnittlich viele Menschen mit thüringischer und ostdeutscher Identität, eine Verbesserung konstatiert etwa jeder Zweite aus diesem Personenkreis. Unter den "Deutschen" und "Europäern" sind es hingegen jeweils 70%. Diese Unterschiede reproduzieren sich bei der Einschätzung der deutschen Vereinigung. Zugespielt stellen das Selbstbekenntnis als Deutscher und Europäer die Identitätskonzepte der "Einheitsgewinner" dar, wohingegen insbesondere die ostdeutsche Identität den bewusstmäßigen Zufluchtsort der "Einheitsverlierer" bildet.

Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 sind die Befragten auch um einen Vergleich des Freistaats mit anderen Bundesländern gebeten worden. Dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser ist als in den anderen ostdeutschen Bundesländern meinen 22%, während jeder Vierte dies bestreitet. Damit hat sich das Vertrauen in die ökonomische Besonderheit des Freistaats innerhalb von einem Jahr erheblich verringert und das – gegenüber Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt immer noch relativ hohe – Niveau des Landes Brandenburg von 1999 erreicht. Im September des vergangenen Jahres hatten noch 37% der Interviewten die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser eingeschätzt als die in den anderen neuen Ländern. Ein Vorsprung wird aktuell insbesondere von der älteren Generation und weit überdurchschnittlich von den (Fach-)Hochschulabsolventen wahrgenommen. Breite Zustimmung erfährt hingegen die Aussage, Thüringen brauche den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen. Gut 50% zeigen sich davon überzeugt, nur 13% lehnen sie ab. Da nicht spezifiziert ist, in welcher Hinsicht der Vergleich nicht gescheut werden muss, wird mit der Aussage vermutlich primär das landsmannschaftliche Selbstbewusstsein und ein wenig wohl auch das Vorhandensein anti-westlicher Ressentiments erhoben.

Schließlich enthält der Thüringen-Monitor 2000 auch zwei Aussagen, anhand derer die Welt-offenheit der Thüringer ermittelt werden soll. Bei der Frage, ob Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen sollen, teilt sich die Bevölkerung in die drei etwa gleich

großen Gruppen der Befürworter, der Unentschiedenen und der Gegner. Die Zustimmung steigt mit dem Bildungsniveau von 19% bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss auf über 50% bei den (Fach-)Hochschulabsolventen an. Interessanterweise findet die Aussage unter denjenigen, die es am ehesten betrifft, also den 18-24-Jährigen die geringste Unterstützung. Gespalten zeigen sich die Interviewten bezüglich der Frage, ob wie in Frankreich Gesetze gegen den Gebrauch englischer Ausdrücke eingeführt werden sollen. Die Zustimmung zu einer solchen Maßnahme wächst mit steigendem Alter der Befragten. Personen unter 35 Jahren lehnen sie deutlich ab, Personen über 45 Jahren unterstützen sie mit deutlicher Mehrheit, während die mittlere Altersgruppe ebenso gespalten ist wie die Bevölkerung insgesamt. In dieser Verteilung spiegelt sich auch die sprachliche Kompetenz. Für die mit dem Englischen aus Schulunterricht, Musik und Jugendsprache vertrauten Jüngeren stellen englische Begriffe nichts wirklich Fremdes und damit keine Barriere dar. Unter diesem Gesichtspunkt überraschend erscheint, dass zwei Drittel der (Fach-)Hochschulabsolventen entsprechende Gesetze befürworten. Die Erklärung dürfte darin liegen, dass es sich bei den Betroffenen vorwiegend um die mit Russisch als erster und zentraler Fremdsprache sozialisierte "DDR-Intelligenz" handelt. Sie gewinnt dadurch an Plausibilität, dass sich die übergroße Mehrheit der Personen mit Abitur als höchstem Bildungsabschluss ablehnend äußert.

III. Verhältnis zu Ausländern / Rechtsextremismus

1. Einführung

KONTEXT DER UNTERSUCHUNG

Den thematischen Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2000 bildet mit den Einstellungen zu Ausländern und zum Rechtsextremismus ein hochgradig aktuelles Themenfeld, dessen politische Virulenz zum Zeitpunkt der Konzipierung der Untersuchung in dieser Form nicht abzusehen gewesen ist. Diese Aktualität mag das öffentliche und das politische Interesse erhöhen, für die Erhebung von Meinungen zu so stark emotionalisierten Themen wie Rechtsextremismus wirft sie erhebliche Probleme auf. Ganz generell stößt die Meinungsforschung bei der Befragung zu Themen wie Extremismus oder Fremdenfeindlichkeit auf Kommunikationsschwellen. Ein Teil der Befragten mit derartigen Auffassungen oder Verhaltensdispositionen wird sie im Wissen um ihre gesellschaftliche Unerwünschtheit nicht oder lediglich mit großer Zurückhaltung äußern. Effekte der sozialen Erwünschtheit sind dann besonders stark, wenn auf Grund des gesellschaftspolitischen Klimas eine besondere Sensibilität gegenüber dem jeweiligen Gegenstand besteht.

Im Fall des Rechtsextremismus hat eine solche Sensibilität während des Untersuchungszeitraums – die "Feldphase" dauerte vom 19. bis zum 25. September 2000 – unzweifelhaft bestanden. Infolge einer Kette fremdenfeindlicher Gewalttaten bundesweit, insbesondere aber als Konsequenz der intensiven Medienberichterstattung darüber während der parlamentarischen Sommerpause⁸ haben Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Zentrum der politischen Debatten des Spätsommers 2000 gestanden. Dabei ist der Rechtsextremismus nicht nur im Kontext zahlreicher Gewalttaten als Problem diskutiert worden (und zwar bis hin zur Stigmatisierung einzelner Gruppen), sondern zugleich wegen verfassungsfeindlicher Aktivitäten (z.B. Diskussion über den Verbotsantrag gegen die NPD) sowie als Bedrohung der außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Für Thüringen kommt hinzu, dass die im August angelaufene, durch eine Regionalzeitung initiierte und von einer Vielzahl von Organisationen unterstützte Kampagne "Thüringen tolerant" während des Erhebungszeitraums eine Hochphase erlebte. Darüber hinaus hatte am 14. September der Innenminister im Landtag einen Zwischenbericht zur Bekämpfung des Extremismus vorgelegt, der mitsamt der sich anschließenden Landtagsdebatte ein starkes Echo in den Medien fand.

Angesichts der hier nur skizzierten Rahmenbedingungen dürften die Kommunikationsbarrieren für die Zustimmung zu rechtsextremen Statements beim Thüringen-Monitor 2000 weit höher gewesen sein als bei früheren Befragungen.⁹ Dass das Antwortverhalten der Befragten zumindest bei einigen Fragen durch das gesellschaftliche Klima beeinflusst worden ist, lässt sich anhand von Vergleichsdaten nahezu zweifelsfrei belegen. Nur zwei Beispiele

⁸ Als Ausnahme von der Regel ist damit ein genuines gesellschaftliches Problem zum wichtigsten Thema des sprichwörtlichen politischen Sommertheaters geworden.

⁹ Durch die Beschränkung der Befragung auf die wahlberechtigte Bevölkerung ist zudem eine Personengruppe nicht erfasst, in der ausweislich diverser Jugendstudien (zuma in Ostdeutschland) fremdenfeindliche Orientierungen überdurchschnittlich verbreitet sind: die 14-18-Jährigen.

seien genannt: (1) Bei der Selbsteinschätzung auf einer Links-Rechts-Skala von 1 (sehr weit links) bis 7 (sehr weit rechts) haben sich lediglich 4% der Interviewten rechts des Mittelwertes eingeordnet; bei den äußersten rechten Werten (6 und 7) sind es jeweils weniger als 0,5% gewesen. Selbst wenn aus einer Vielzahl von Erhebungen bekannt ist, dass sich Ostdeutsche weiter links einordnen als Westdeutsche, ist dieses Ergebnis gänzlich unrealistisch. Offenbar ist der Begriff "rechts" derzeit durch die Debatte über den Rechtsextremismus so stark diskreditiert, d.h. mit "rechtsaußen" oder "rechtsextrem" assoziiert, dass die Interviewten sich durch eine "Flucht in die Mitte" derartiger Etikettierung zu entziehen suchten. (2) Nur 0,4% derjenigen Befragten, die bei der Landtagswahl 1999 gewählt haben, geben eine Stimmabgabe für DVU, REP oder NPD an. Tatsächlich betrug der Zweitstimmenanteil dieser drei Parteien bei der Wahl im September des vergangenen Jahres insgesamt 4,1%.

Diese beiden Beispiele verdeutlichen, dass bei der Interpretation der erhobenen Daten, insofern sie sich auf das Themenfeld Rechtsextremismus beziehen, besondere Sorgfalt geboten ist. Insbesondere kann von dem Prozentsatz der Zustimmung zu z.B. ausländerfeindlichen Statements nicht immer ohne weiteres auf die tatsächliche Verbreitung dieser Orientierungen geschlossen werden. Bei einigen Gegenständen erscheint es daher unabdingbar, die Vergleichsdaten aus einzelnen der neuen Länder oder aus Ostdeutschland insgesamt zur Einordnung der Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000 mit heranzuziehen.

STRUKTUR DES SCHWERPUNKTTEILS

Ziel des auf das Schwerpunktthema bezogenen Teils dieser Studie ist zunächst eine Bestandsaufnahme des Verbreitungsgrades rechtsextremer Einstellungsmuster und Verhaltensdispositionen im Freistaat. Dass es sich dabei nur um eine Momentaufnahme handeln kann und folglich keine Aussagen über Entwicklungen und Trends möglich sind, ergibt sich aus dem bisherigen Fehlen thüringenweiter Umfragen zum Thema. Im Einzelnen werden auf der Basis der Daten des Thüringen-Monitors 2000 vornehmlich rechtsextreme Orientierungen, darüber hinaus aber auch (bekundetes) rechtsextremes Verhalten untersucht. So wird zum einen nach der Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien gefragt, zum anderen Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft mit rechtsextremem Hintergrund betrachtet.

Am Anfang steht eine knappe Darstellung und Begründung der analytischen Aufspaltung des Konstrukts "Rechtsextremismus" in zwei Dimensionen: Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit. In dem sich daran anschließenden vorwiegend deskriptiven Teil wird über die Verbreitung der verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in der Bevölkerung insgesamt sowie in einzelnen sozialen Gruppen berichtet. Dabei finden neben den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus verschiedentlich auch die Konfession, die Kirchengangshäufigkeit, das Haushaltseinkommen, die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala sowie die Parteibindung Berücksichtigung.

In einem zweiten Teil werden die einzelnen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zueinander in Beziehung gesetzt. Dadurch soll zunächst Aufschluss darüber gewonnen werden, in welchem Zusammenhang die einzelnen rechtsextremen Einstellungsdimensionen stehen. In einem zweiten Schritt wird der Frage nachgegangen, ob rechtsextreme Einstellungen Voraussetzung für rechtsextremes Verhalten sind bzw. in welchem Umfang derartige Orientierungen ein entsprechendes Handeln nach sich ziehen. Schließlich wird im dritten Teil versucht, anhand ausgewählter Daten des Thüringen-Monitors 2000 einige gängige theoretische Ansätze auf ihre Erklärungskraft für Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Thüringen hin zu überprüfen.

2. Erscheinungsformen des Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextreme Einstellungen

Es liegt in der Natur von Meinungsumfragen, dass sie vornehmlich Einstellungen erfassen und erst in zweiter Linie Verhaltensdispositionen. Entsprechend haben die Fragen zu rechtsextremen Orientierungen und zur Haltung gegenüber Ausländern im Zentrum des diesjährigen Schwerpunktthemas des Thüringen-Monitors gestanden. Rechtsextremismus ist vorwiegend durch zehn Fragen gemessen worden, die fünf wesentliche Dimensionen des Rechtsextremismus erfassen: Ausländerfeindlichkeit (vier Fragen), Nationalismus (zwei Fragen), Sozialdarwinismus (zwei Fragen), Antisemitismus (eine Frage) und Verharmlosung des Nationalsozialismus (eine Frage).¹⁰

Der Analyse der Einzelergebnisse ist ein für die Vorgehensweise bei der Auswertung und die Interpretation wesentlicher Arbeitsschritt vorausgegangen. Zunächst wurde untersucht, ob es starke Zusammenhänge zwischen den Antworten auf die zehn Fragen gibt, um festzustellen, ob diese in etwa dasselbe gemessen haben. Nur dann wäre es zulässig, wie in den bisherigen Untersuchungen zum Thema häufig praktiziert, aus ihnen einen generellen Index „Rechtsextremismus“ zu bilden. Als Ergebnis dieser Prüfung ist eine der Fragen zur Ausländerfeindlichkeit von der weiteren Auswertung ausgeklammert worden. Des Weiteren konnten mit Hilfe eines statistischen Verfahrens¹¹ zwei "Hintergrundfaktoren" ermittelt werden, auf die sich jeweils ein Teil der Fragen bezieht. Da die drei verbliebenen Aussagen zur Ausländerfeindlichkeit auf den ersten Faktor bezogen sind, wird er hier als „Ausländerfeindlichkeit“ etikettiert. Die übrigen sechs Fragen beziehen sich auf den zweiten Faktor (von ihnen „lädt“ wiederum eine relativ schwach auf ihn, sodass sie im weiteren nicht berücksichtigt wurde). Der zweite Faktor wird mit seinem gemeinsamen Nenner „Ethnozentrismus“ umschrieben.

Die somit notwendige analytische Unterscheidung der beiden Hintergrundfaktoren hat für die weitere Darstellung zur Folge, dass nur ausnahmsweise allgemein von Rechtsextremismus gesprochen wird. Ist dies der Fall, so sind beide der genannten Dimensionen gemeint. Inhaltliche Aussagen beziehen sich im Folgenden jedoch vorwiegend auf eine der Dimensionen, also entweder auf die Ausländerfeindlichkeit oder auf den Ethnozentrismus. Dies impliziert auch, dass in dieser Studie keine einzelne Zahl zur Verbreitung des Rechtsextremismus in Thüringen genannt wird. Entgegen anders gearteten Erwartungen wären Angaben nach dem Muster "X Prozent der Thüringer sind rechtsextrem" sachlich unangemessen. Ein seriöser Umgang mit den erhobenen Daten und erst recht mit den Phänomenen selbst gebietet es, durchgängig zwischen Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit als den beiden Dimensionen des Rechtsextremismus zu unterscheiden. Insofern Aussagen über Zusammenhänge zwischen den Dimensionen gemacht werden, finden sie sich unten in Kapitel III.3.

2.1.1 Verhältnis zu Ausländern

Die Einstellungen gegenüber Ausländern werden im Thüringen-Monitor 2000 mit drei verschiedenen Instrumenten erfasst. Wichtigstes Instrument sind vier Aussagen über Ausländer, zu denen die Befragten in fünf Abstufungen Zustimmung bzw. Ablehnung äußern

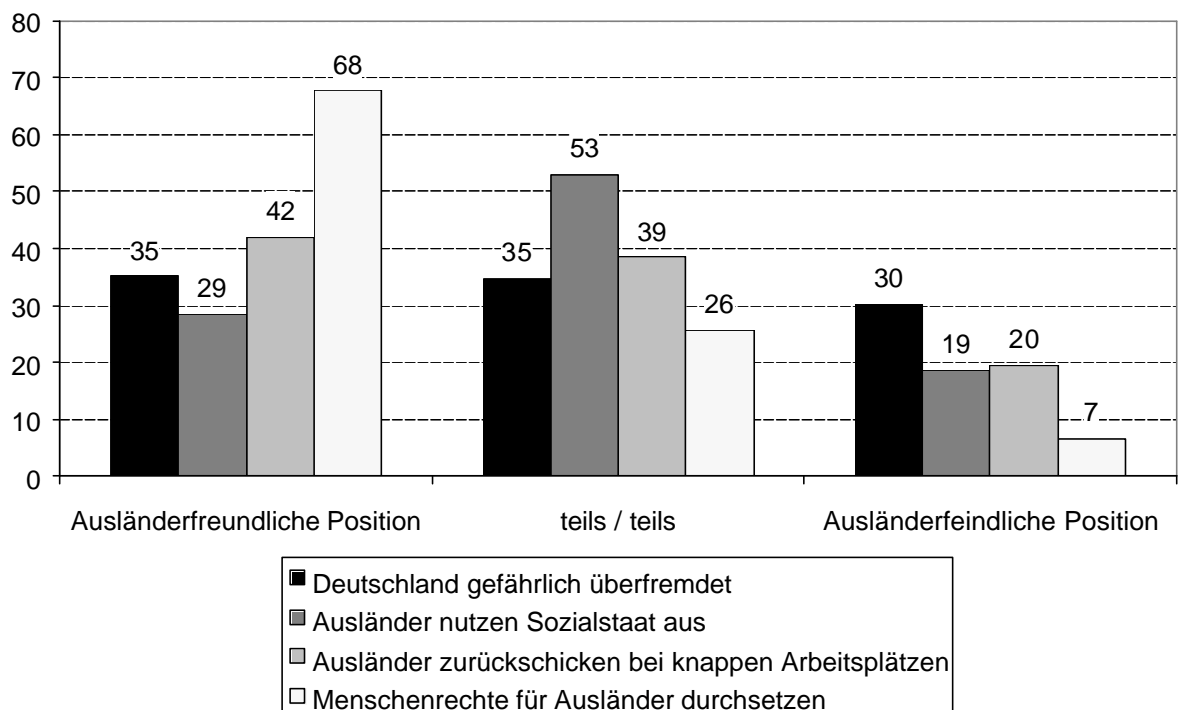
¹⁰ Die Auswahl der Dimensionen wie auch die exakte Formulierung der Fragen sind auf der Basis einer Auswertung der einschlägigen Literatur und einer Sichtung der bisherigen Umfragen zum Themenfeld erfolgt.

¹¹ Faktorenanalyse mit schiefwinkliger Rotation.

können. Daneben richtet sich eine Frage auf die Haltung gegenüber verschiedenen Gruppen von Fremden. Schließlich wird nach dem Kontakt mit Ausländern gefragt (vgl. dazu Kap. III.4.1). Von den vier Statements zu Ausländern beziehen sich jeweils zwei auf ihre Andersartigkeit (Fremdheit) als Nicht-Deutsche und auf ihren sozioökonomischen Status. Sie sind daher geeignet, zwei verschiedene Dimensionen von Ausländerfeindlichkeit zu erheben: die im Kern rassistisch begründete und die aus einer wahrgenommenen Konkurrenzsituation erwachsene Ablehnung von Ausländern.

Die ausländerfeindlich formulierten Aussagen¹² werden – bei einer durchweg großen Zahl von Unentschiedenen – jeweils von mehr Befragten abgelehnt als ihnen zustimmen. Der Grad der Zustimmung variiert bei den einzelnen Aussagen jedoch beträchtlich. Die geringste Unterstützung findet das am schärfsten ausländerfeindlich formulierte Statement zu den Menschenrechten. Lediglich 6% der Interviewten bestreiten, dass die Menschenrechte für Ausländer in Deutschland konsequent umgesetzt werden sollen, unter den 18-24-Jährigen sind es doppelt so viele (Abb. 10). Die höchste Zustimmungsrates wird bei der Frage nach einer gefährlichen Überfremdung Deutschlands durch Ausländer erreicht. Fast jeder Dritte äußert sich zustimmend und die Ablehnungsquote ist nur geringfügig höher.

Abb. 10: Einstellungen gegenüber Ausländern
(in Prozent)



Ein ähnliches Antwortverhalten zeigt sich bei den Aussagen zur sozioökonomisch motivierten Ausländerfeindlichkeit. In beiden Fällen bekundet etwa jeder Fünfte Zustimmung. Allerdings erfährt die schärfer formulierte Aussage, dass die Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen, erheblich stärkere Ablehnung als das Statement zum

¹² Eines der Items ist im Fragebogen positiv, d.h. ausländerfreundlich formuliert. Für Interpretationszwecke ist es "umgedreht" worden, d.h. die Antworten werden denen der anderen Items angepaßt. Wenn im Folgenden von Zustimmung die Rede ist, indiziert dies – wie bei den anderen Statements – eine ausländerfeindliche Haltung.

Missbrauch des Sozialstaats. Zugleich zeigen sich bei der Positionierung zu diesem Thema deutlichere sozialstrukturelle Unterschiede. Die jüngeren Jahrgänge (bis 35 Jahre) und die Frauen sind überproportional unter den Befürwortern vertreten. Darüber hinaus sinkt die Zustimmung mit steigendem Bildungsniveau.

Um nicht nur für einzelne Fragen besondere Auffälligkeiten berichten, sondern systematisch ausländerfeindlich Eingestellte von anderen unterscheiden zu können, ist aus den vier Aussagen ein Index der Ausländerfeindlichkeit gebildet worden. Voraussetzung dafür ist, dass zwischen den vier Statements statistisch gesehen ein deutlich positiver Zusammenhang besteht. Dies ist der Fall, allerdings ist der Zusammenhang für die Frage nach den Menschenrechten durchgängig schwächer als für die anderen Aussagen. Aus diesem Grund sind in den Index lediglich die Statements zur Überfremdung, zur Rücksendung in die Heimat und zur Ausnutzung des Sozialstaates eingegangen.

Auf der Basis des mit den drei genannten Aussagen gebildeten Indexes¹³ lassen 15% der Befragten als ausländerfeindlich einzustufende Einstellungen erkennen, 27% sind von solchen Einstellungen frei und eine große Gruppe von 58% erreicht mittlere Werte. Der Prozentsatz ausländerfeindlich Eingestellter liegt weit unterhalb der Quote der Fremdenfeindlichkeit, die in einer neueren Untersuchung auf der Basis der ALLBUS-Daten von 1996 für Thüringen ermittelt worden ist (über 45%). Er deckt sich hingegen mit dem Prozentsatz des harten Kerns von fremdenfeindlich Orientierten in Ostdeutschland, der in derselben Untersuchung genannt ist. Da die Indexbildung in ganz anderer Form erfolgt ist, sind die Werte mit den thüringischen jedoch nicht direkt vergleichbar. Für Thüringen im Frühherbst 2000 ist anzunehmen, dass sich ein schwer zu quantifizierender Teil der Befragten mit mittleren Werten beim Index Ausländerfeindlichkeit unter anderen Befragungsumständen klar ablehnend gegenüber Ausländern geäußert hätte.

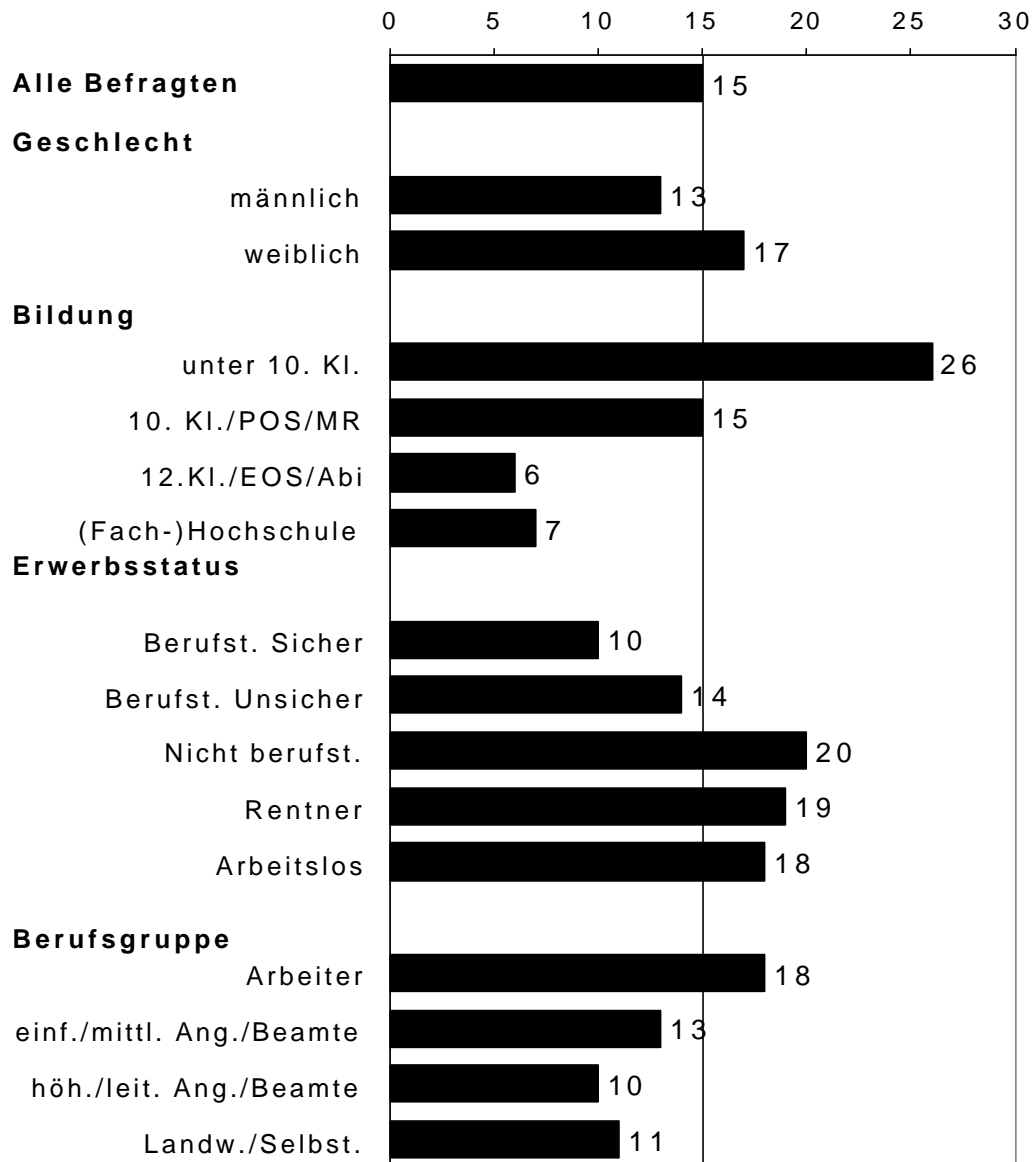
Hinsichtlich sozialstruktureller Aspekte unterscheiden sich die ausländerfeindlich und die eindeutig nicht ausländerfeindlich Eingestellten deutlich voneinander. Unter den Personen mit starker Ausländerfeindlichkeit sind die Rentner, Frauen, kirchlich Gebundenen und Arbeiter unterrepräsentiert (Abb. 11). Am stärksten ist die Ausländerfeindlichkeit unter den Personen mit niedrigem Bildungsniveau verbreitet; jeder Vierte mit einem Schulabschluss unter dem Niveau der zehnten Klasse äußert sich entsprechend. Das Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf steht in einem nur schwachen Zusammenhang mit dem Verhältnis zu Ausländern. Lediglich bei den Kontrastgruppen der niedrigsten und höchsten Einkommen zeigen sich deutliche Beziehungen. Fast jeder Vierte mit einem Pro-Kopf-Haushaltseinkommen von unter 750 DM bekundet eine ausländerfeindliche Einstellung, während die Personen mit einem Einkommen von über 1750 DM in der Gruppe ohne Ausländerfeindlichkeit deutlich überrepräsentiert sind. Immunisierend wirken ein sicherer Arbeitsplatz, ein hoher Bildungsstand und die Zugehörigkeit zur Berufsgruppe der höheren/leitenden Angestellten und Beamten. Wie unschwer zu erkennen, ist das hohe Bildungsniveau der eigentliche Erklärungsfaktor für fehlende Ausländerfeindlichkeit.

Auch über die sozialstrukturellen Merkmale hinaus weist die Ausländerfeindlichkeit deutliche Zusammenhänge mit einer Reihe von Faktoren auf, darunter auch die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala. In der Tendenz sind die Befragten um so ausländerfeindlicher, je weiter rechts sie sich positionieren. Unter den "Identitätsgruppen" (vgl. Kap. II.5) weisen die sich als Ostdeutsche Definierenden den größten prozentualen Anteil von ausländerfeindlich Eingestellten auf. Leicht überdurchschnittlich ist auch der Wert für die "Thüringer". Stark immuni-

¹³ Indexbildung: Die Bewertungen der drei Items von 1 ("lehne völlig ab") bis 5 ("stimme voll und ganz zu") werden aufsummiert, sodass mindestens 3 und maximal 15 Punkte zu erreichen sind. Ausländerfeindlich sind Befragte, die eine Punktzahl über 11 erreichen, nicht ausländerfeindlich diejenigen mit einer Punktzahl unter 7.

siert präsentieren sich die "Europäer", bei denen als einzige Gruppe die nicht ausländerfeindlich Eingestellten eine deutliche Mehrheit bilden.

Abb. 11: Ausländerfeindlichkeit nach sozialstrukturellen Merkmalen
(in Prozent)



Da Ausländer eine überaus heterogene Population darstellen, die etwa vom ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter über den italienischen Eisverkäufer bis zum kurdischen Asylbewerber reicht, erscheint interessant, gegen welche Gruppen sich bestehende Vorurteile richten. Die Befragten sind zu diesem Zweck gebeten worden anzugeben, welche Ausländergruppen sie nicht als Nachbarn haben möchten – ein Indikator mindestens für soziale Distanz, vermutlich aber auch für Ausgrenzung (Diskriminierungsbereitschaft). Konkret wurde nach

Italienern, Vietnamesen, Farbigen¹⁴ und Asylbewerbern gefragt, zu Unterscheidungszwecken außerdem nach Aussiedlern und Westdeutschen. Nimmt man das Antwortverhalten zum Maßstab, zeichnen sich die Thüringer durch Weltoffenheit und Toleranz aus. Fast alle genannten Gruppen sind als Nachbarn willkommen; nur zwischen 5% und 8% Prozent der Befragten bringen Vorbehalte zum Ausdruck. Ob der Nachbar Vietnamesische oder Westdeutscher, Italiener oder Aussiedler ist, macht aus dieser Sicht keinen Unterschied.

Lediglich gegenüber Asylbewerbern wird stärkere soziale Distanz zum Ausdruck gebracht; jeder Fünfte lehnt sie als Nachbarn ab. In der Haltung gegenüber dieser Gruppe ist auch die einzige Auffälligkeit unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten zu vermerken: Unter den 18-24-Jährigen steigt die Diskriminierungsbereitschaft auf 35% an. Bemerkenswert ist, dass mit den Asylbewerbern ein Personenkreis auf besondere Ressentiments stößt, der mehrheitlich auf dem Arbeitsmarkt nicht als Konkurrenz in Erscheinung treten kann (anders als Italiener und Vietnamesen etwa). Offenbar ergibt sich die Bereitschaft zur Ausgrenzung aus der mutmaßlichen (kulturellen) Fremdheit oder aus der für unzulässig befundenen Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch die Asylbewerber.

Generell sticht das gegenüber Vergleichsdaten weit unterdurchschnittliche Niveau der bekundeten sozialen Distanz bzw. Diskriminierungsbereitschaft hervor. So hat noch 1996 fast jeder zweite Ostdeutsche angegeben, dass ihm ein Asylbewerber als Nachbar unangenehm wäre – ein zweieinhalb Mal so hoher Anteil der Befragten wie beim Thüringen-Monitor 2000. Für die Interpretation der thüringischen Daten empfiehlt sich von daher besondere Vorsicht. Weit mehr noch als bei anderen Fragen könnte sich das Antwortverhalten hier an der wahrgenommenen sozialen Erwünschtheit orientiert haben. Da die Ausgrenzung von Ausländern zumal in einer Zeit heftiger Debatten über Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gesellschaftlich als indiskutabel gilt, könnten zahlreiche Befragte eine vorhandene Diskriminierungsbereitschaft verschwiegen haben ("Schweigespirale").

Bei der Bildung eines Indexes der "Diskriminierungsbereitschaft" ist diese hochgradig wahrscheinliche Tendenz im Antwortverhalten berücksichtigt worden. Auf der Grundlage der bekundeten sozialen Distanz zu Ausländern sind zwei gegensätzliche (dichotome) Gruppen gebildet worden: Als diskriminierungsbereit gelten diejenigen, die mindestens eine der vier genannten Ausländergruppen als Nachbarn ablehnen und zugleich keine soziale Distanz gegenüber Westdeutschen zeigen;¹⁵ alle anderen zeigen keine Diskriminierungsbereitschaft. Nach dieser Einteilung lassen 21% der Befragten Diskriminierungsbereitschaft erkennen. Diese Gruppe ist also weitgehend mit denjenigen identisch, die etwas gegen Asylbewerber als Nachbarn haben. Umgekehrt gilt, dass fast alle Befragte, die Italiener, Vietnamesen und Farbige als Nachbarn ablehnen, auch gegenüber Asylbewerbern Ressentiments aufweisen.

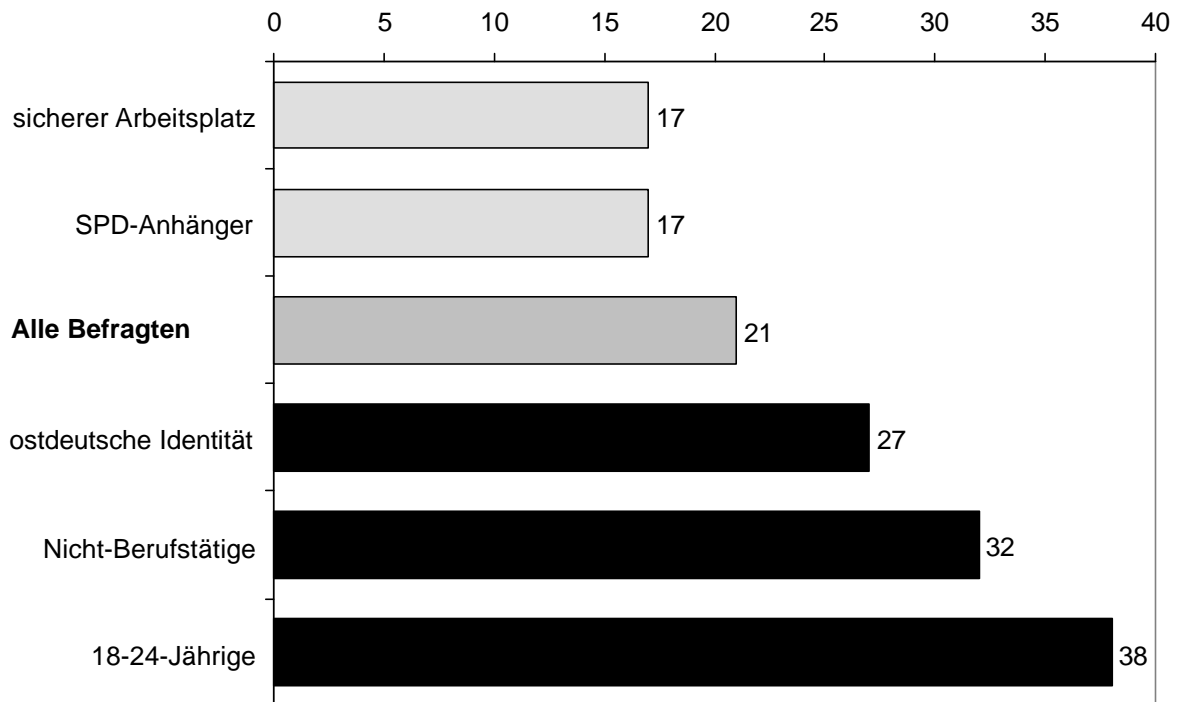
Obwohl Diskriminierungsbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit in einem zumindest mittelstarken positiven Zusammenhang stehen, verteilen sich die Diskriminierungsbereiten hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale und sonstiger Einstellungen viel gleichmäßiger als die ausländerfeindlich Eingestellten. Das Haushaltsnettoeinkommen pro Person spielt ebenso wenig eine nennenswerte Rolle wie das Bildungsniveau oder die Parteiaffinität. Zwar zeigen die Frauen erneut eine größere Ablehnung gegenüber Ausländern, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern fallen aber eher gering aus. Leicht überdurchschnittlich diskriminierungs-

¹⁴ Selbstverständlich können Farbige die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, für die Zwecke der Meinungsforschung kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Befragten Farbige quasi automatisch als Ausländer kategorisieren.

¹⁵ Zeigen sie zusätzlich Vorbehalte gegenüber Westdeutschen als Nachbarn, liegt *Fremdenfeindlichkeit* vor. Die Gruppe der Aussiedler ist für die Indexbildung nicht berücksichtigt, weil unklar ist, ob die Befragten sie als In- oder Ausländer wahrnehmen.

bereit sind die Protestanten und die Personengruppe mit einer ostdeutschen Identität. Weit überdurchschnittliche Werte werden aber lediglich von zwei Befragtengruppen erreicht: den Nicht-Berufstätigen und den 18-24-Jährigen (Abb. 12). Nur eine schwach ausgeprägte Diskriminierungsbereitschaft findet sich unter den Interviewten mit einem sicheren Arbeitsplatz.

**Abb. 12: Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern:
Gruppen mit Extremwerten
(in Prozent)**



2.1.2 Ethnozentrismus

Dem Themenfeld des Ethnozentrismus lassen sich insgesamt sechs Fragen des Thüringen-Monitors zuordnen. Jedoch weist eine davon, das Statement "Deutschland sollte seine nationalen Interessen viel offensiver vertreten", nur einen vergleichsweise geringen statistischen Zusammenhang mit dem Faktor Ethnozentrismus auf. Auf Grund dieser "Sonderstellung" wird über die Positionierung der Befragten zu einer offensiveren deutschen Außenpolitik zuerst berichtet. Der Aussage stimmt gut die Hälfte der Thüringer zu, was in etwa dem bei einer Befragung in Brandenburg im Sommer 2000 erzielten Wert entspricht.¹⁶ Knapp jeder Fünfte äußert sich ablehnend, während sich etwa ein Drittel unentschieden zeigt. Besonders deutlich fällt die Zustimmung bei den Personen mit geringerem Bildungsniveau sowie bei der jüngsten Altersgruppe aus.

Neben dem genannten Statement enthält der Thüringen-Monitor 2000 noch eine zweite Frage, mit der die Einstellungen zu einem eher aggressiven Nationalismus erfasst worden sind. Die Aussage, dass die Deutschen von Natur aus anderen Völkern überlegen seien, ist jedoch in

¹⁶ Das Item bei der Befragung in Brandenburg war folgendermaßen formuliert: "Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen."

doppelter Weise radikaler: Zum einen werden die Deutschen positiv von anderen Völkern unterschieden, zum anderen wird diese Aufwertung rassistisch begründet ("von Natur aus"). Entsprechend gering fällt die Zustimmung aus. Lediglich 6% der Thüringer – 4% der Männer und 8% der Frauen – befürworten die Aussage, während sie von mehr als der Hälfte völlig und von weiteren 16% weitgehend abgelehnt wird. Vergleichsweise starke Zustimmung auf etwa doppelt so hohem Niveau wie der Durchschnitt bekunden die Befragten mit niedrigem Bildungsstatus und die Altersgruppe ab 60 Jahre, die den Nationalsozialismus noch selbst erlebt hat – und zu einem gewissen Teil offenbar von seiner Ideologie bis ins hohe Lebensalter geprägt ist. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass diese Gruppe weit häufiger (13%) als die Befragten insgesamt (9%) dem Nationalsozialismus gute Seiten attestiert. Auch bei diesem Statement, das gleichfalls überwältigende Ablehnung erfährt, sind unter den Befürwortern die Frauen und vor allem die Personen ohne Mittlere Reife/POS-Abschluss überrepräsentiert.

Noch geringere Unterstützung findet die Aussage zum Antisemitismus. Lediglich 6% äußern sich judenfeindlich, während drei von vier Befragten ihre Ablehnung derartiger Auffassungen zum Ausdruck bringen. Damit liegt die Zustimmungsquote auffällig niedrig, beispielsweise um drei Prozentpunkte unter den bei identischer Fragestellung für Berlin und Brandenburg ermittelten Werten. In der Tendenz bestätigt sich damit die relativ geringe Anfälligkeit Ostdeutscher gegenüber antisemitischem Gedankengut. Sie hat seit 1990 kontinuierlich niedriger gelegen als in den alten Bundesländern.

Neben den Aussagen zum Nationalismus, zum Antisemitismus und zur Bewertung des NS-Regimes sind im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 zwei Fragen zum Kern rechts-extremer Ideologie, nämlich zum Sozialdarwinismus gestellt worden. Die erste Frage, ob sich unter den Menschen immer der Stärkere durchsetzen soll, bejaht etwa jeder Achte, während sich zwei Drittel der Interviewten ablehnend äußern. Größere Zustimmung findet das um einiges radikalere Statement "Es gibt wertvolles und unwertes Leben". Es bringt die für rechtsextremes Denken konstitutive Auffassung von der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens auf den Punkt. Darüber hinaus wird mit dem "unwerten Leben" ein Begriff der nationalsozialistischen Rassenideologie aufgenommen – was freilich nur einem Teil der (vorwiegend älteren) Befragten bewusst gewesen sein dürfte. Unterstützt wird diese Aussage von 22% der Befragten, während sie bei einer deutlichen Mehrheit von 60% auf Ablehnung stößt. Bei beiden Statements sind unter den Befürwortern erneut die Ältesten, die gering Gebildeten und die Frauen überproportional vertreten. Dass es unwertes Leben gibt, meint jeweils jeder Dritte der Interviewten ohne Mittlere Reife/POS-Abschluss und derjenigen im Alter von über 60 Jahren.

Die Beziehung der genannten Statements untereinander lässt sich etwa folgendermaßen skizzieren: Im Zentrum steht eine Ungleichheitsideologie, die zwischen Höherwertigen (Deutschen) und Minderwertigen unterscheidet. Aus ihr wird die Dominanz der Höherwertigen als eine Art biologischer Notwendigkeit abgeleitet und gerechtfertigt. Schließlich findet dieses Denkschema Anwendung auf historische Herrschaftssysteme (Nationalsozialismus) und auf bestimmte Personengruppen (Antisemitismus). Um festzustellen, ob sich derart ethnozentrisch und sozialdarwinistisch Eingestellte systematisch von anderen Befragten unterscheiden, ist analog zur Ausländerfeindlichkeit ein Index des Ethnozentrismus gebildet worden. Auf der Basis der fünf genannten Statements (Tab. 7) wird zwischen einem harten Kern von Ethnozentristen, latent ethnozentrisch Eingestellten und Sonstigen unterschieden.¹⁷

¹⁷ Indexbildung: Wird mindestens drei der fünf Statements zugestimmt, handelt es sich um manifest ethnozentrisch orientierte Personen. Als latent ethnozentrisch eingestellt gelten diejenigen Befragten, die auf einer Ethnozentrismus-Skala von 5 (völlige Ablehnung aller fünf Statements) bis 25 (völlige Zustimmung zu

Dem harten Kern sind 4,5% der Befragten zuzurechnen, weitere 6,9% weisen latent ethnozentrische Einstellungen auf. Dieser Gruppe von 11,4% der Interviewten steht eine Mehrheit von knapp 89% gegenüber, die keine oder nur geringe diesbezügliche Positionen erkennen lässt und insofern als nicht ethnozentrisch orientiert bezeichnet werden kann.

Tab. 7: Zustimmung zu den fünf Statements des Ethnozentrismus-Indexes (in Prozent)

Dimensionen und Statements des Indexes	++	+	+/-	-	--
Sozialdarwinismus					
"Wie in der Natur sollte sich unter den Menschen immer der Stärkere durchsetzen."	7	6	22	15	50
"Es gibt wertvolles und unwertes Leben."	14	8	17	7	52
Nationalismus/Rassismus					
"Die Deutschen sind anderen Völkern von Natur aus überlegen."	2	4	19	16	58
Verharmlosung des Nationalsozialismus					
"Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten."	5	4	20	17	52
Antisemitismus					
"Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns."	3	3	15	16	59

++ "stimme voll und ganz zu"; + "stimme weitgehend zu"; +/- "teils-teils"; - lehne weitgehend ab"; -- lehne völlig ab

Angesichts des Antwortverhaltens bei den einzelnen Statements kann nicht überraschen, dass sowohl das weibliche Geschlecht als auch die älteste Altersgruppe unter den Ethnozentristen deutlich überrepräsentiert sind.¹⁸ Mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer lassen entsprechende Orientierungen erkennen, unter den Personen mit manifest ethnozentrischen Einstellungen stellen sie drei Viertel (Abb. 13). Noch stärker überproportional vertreten sind die Personen ohne Mittlere Reife/POS-Abschluss, von denen fast jeder Vierte den Ethnozentristen zuzurechnen ist. Hingegen liegt bei den Personen mit mindestens dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss der Anteil derjenigen ohne klare ethnozentrische Einstellungen nahe bei 100%. Unter den Altersgruppen verdienen neben den Befragten über 60 Jahren auch die Jüngsten Aufmerksamkeit. Zwar kann wegen der geringen Fallzahl keine zuverlässige Angabe zur Verbreitung ethnozentrischer Positionen bei den 18-24-Jährigen gemacht werden, in der Kontrastgruppe sind sie aber klar unterproportional vertreten.

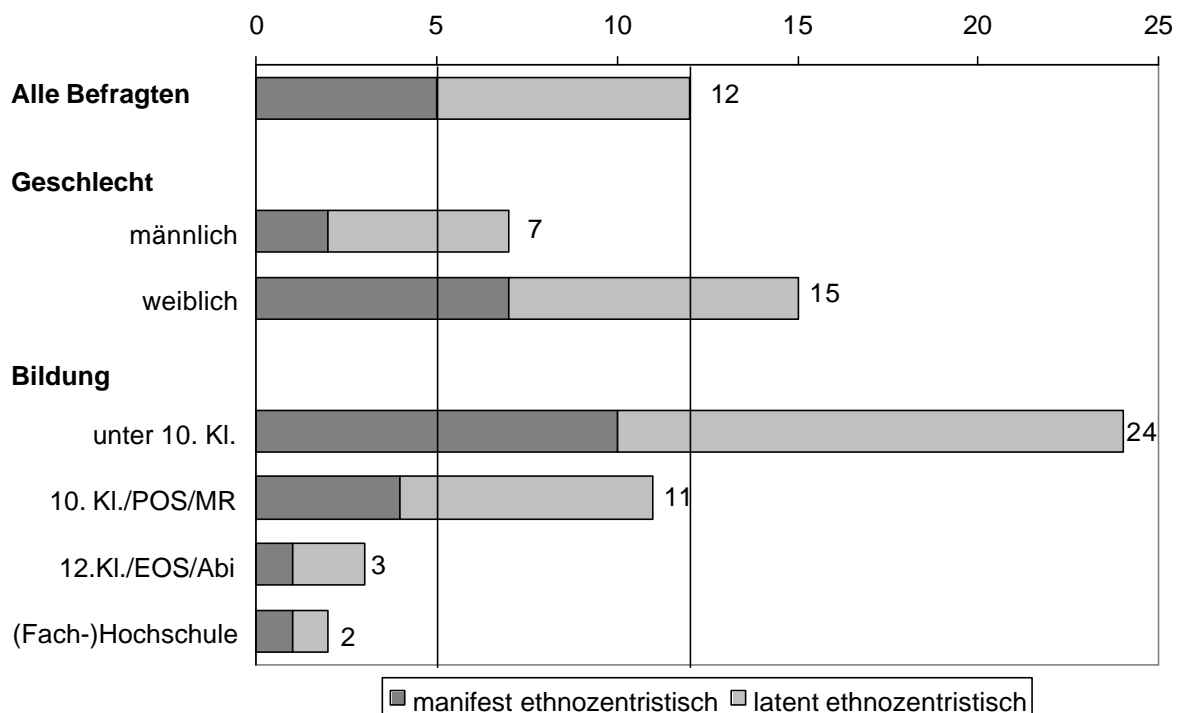
Bei den Berufsgruppen zeigen sich die Arbeiter überdurchschnittlich anfällig für ethnozentrische Denkmuster. Während sie kaum mehr als ein Drittel der Befragten ausmachen, stellen sie beinahe jeden zweiten "Ethnozentristen". Umgekehrt zeigen sich die "Arbeitsplatzbesitzer" überproportional stark immunisiert. Ohne Bedeutung sind die Einkommensverhält-

allen fünf Statements) einen Wert von mindestens 16 erreichen – und weniger als drei Aussagen unterstützen. Die Definition des latenten Ethnozentrismus ist damit sehr breit angelegt. Dies erscheint in doppelter Weise gerechtfertigt: Zum einen sind die fünf Aussagen beinahe ausnahmslos sehr stark formuliert, zum anderen wird auf diese Weise der Effekt der sozialen Erwünschtheit im Antwortverhalten ein wenig "ausgeglichen".

¹⁸ Für die weitere Argumentation werden die manifest und die latent ethnozentrisch Eingestellten gelegentlich zusammengefasst mit der Konsequenz, dass schlicht Ethnozentristen und Sonstige gegenübergestellt sind. Wegen der teilweise geringen Fallzahlen ist dieses Vorgehen für eine seriöse Analyse alternativlos.

nisse und die Parteinäigung. Ein Zusammenhang besteht mit der Einordnung auf der Links-Rechts-Skala – Personen, die sich in der Mitte oder rechts davon einstufen, weisen mäßig überdurchschnittliche Werte auf. Ein Einfluss auf die Ausprägung ethnozentrischer Positionen lässt sich hingegen für die Identität nachweisen. So sind die Befragten mit einer thüringischen Identität unter den Ethnozentristen mit einem Anteil von gut 16% überrepräsentiert. Offenkundig ist bei einem (kleinen) Teil der "Thüringer" die regionale Identität mit Überlegenheitsgefühlen und einer Abwertung von Fremdem und Fremden verknüpft.

Abb. 13: Ethnozentrismus nach Geschlecht und Bildungsabschluss
(in Prozent)



2.2 Anhänger/Sympathisanten rechtsextremer Parteien

Rechtsextreme Einstellungen, seien sie stärker ausländerfeindlich oder ethnozentrisch bzw. sozialdarwinistisch geprägt, müssen nicht unmittelbar verhaltensrelevant sein. Ob sie es sind oder werden, hängt von individuellen Voraussetzungen einerseits und von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits ab. Eine vergleichsweise einfache Möglichkeit, derartige Überzeugungen politisch zu artikulieren, besteht in der Wahl einer rechtsextremen Partei. Allerdings ist aus der empirischen Wahlforschung hinlänglich bekannt, dass nur ein Teil der Wähler rechtsextremer Parteien in Umfragen ihre tatsächliche Wahlabsicht äußern. Die (ungewichteten) Daten der "Sonntagsfrage" aus dem Thüringen-Monitor 2000 bestätigen diese Erfahrungen geradezu schulbuchmäßig: Weniger als ein halbes Prozent der Befragten bekundet eine Wahlabsicht zugunsten der DVU, der NPD oder der "Republikaner" (REP).¹⁹

¹⁹ Ob diese drei Parteien im verfassungsrechtlichen Sinne oder aus der Perspektive des Verfassungsschutzes rechtsextrem sind oder nicht bzw., ob sie gar eine kämpferisch-feindliche Haltung gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung einnehmen (vgl. die Diskussion um den Verbotsantrag gegen die NPD), spielt für

Die Frage, ob man einer der drei Parteien schon einmal seine Stimme gegeben habe, wird immerhin von einem Prozent der Befragten und von 2% der Jüngeren bejaht. Angesichts eines kumulierten Stimmenanteils der rechtsextremen Parteien von 4,1% bei der Landtagswahl im September 1999 ist aber auch diese Angabe unrealistisch. Sie unterstreicht lediglich ein weiteres Mal, für wie sehr sozial geächtet die Interviewten eine Wahlabsicht für Rechtsaußen-Parteien halten, oder auch: dass die soziale Ächtung "funktioniert".

Aus diesem Grund musste für Thüringen auf zwei andere Indikatoren für die Unterstützung rechtsextremer Parteien zurückgegriffen werden: (1) Zum einen wurden die Wenigen, die bereits eine rechtsextreme Partei gewählt haben, mit denjenigen, die sich ein solches Wahlverhalten vorstellen können, in einer Gruppe zusammengefasst. Danach können 7% der Befragten als potenzielle Wähler einer Rechtsaußen-Partei gelten. Bei einer Vorwahlbefragung im Freistaat von *Infratest dimap* im August 1999 waren es noch 11%.²⁰ (2) Zum anderen lassen sich auf der Basis des Parteienskalometers Sympathisanten der rechtsextremen Parteien ermitteln. Zwar werden diese drei Parteien im Durchschnitt ausgesprochen negativ bewertet (vgl. Kap. II.3.1), aber immerhin schätzen 6% der Befragten die REP sowie jeweils 8% die DVU und die NPD positiv ein, d.h. sie billigen ihnen einen Wert von über Null auf der von -5 bis +5 reichenden Skala zu. Insgesamt bekundeten 13% der Interviewten ihre Sympathie mit (mindestens) einer der drei rechten Flügelparteien. Als eine stark situativ bestimmte Positionierung drückt die Äußerung von Sympathie dabei eine geringere Bindung an die jeweilige Partei aus im Vergleich zu der möglichen Wahlabsicht. Entsprechend erreicht der Prozentsatz der Sympathisanten fast das doppelte Niveau derjenigen, die sich die Wahl einer Rechtsaußen-Partei vorstellen können.

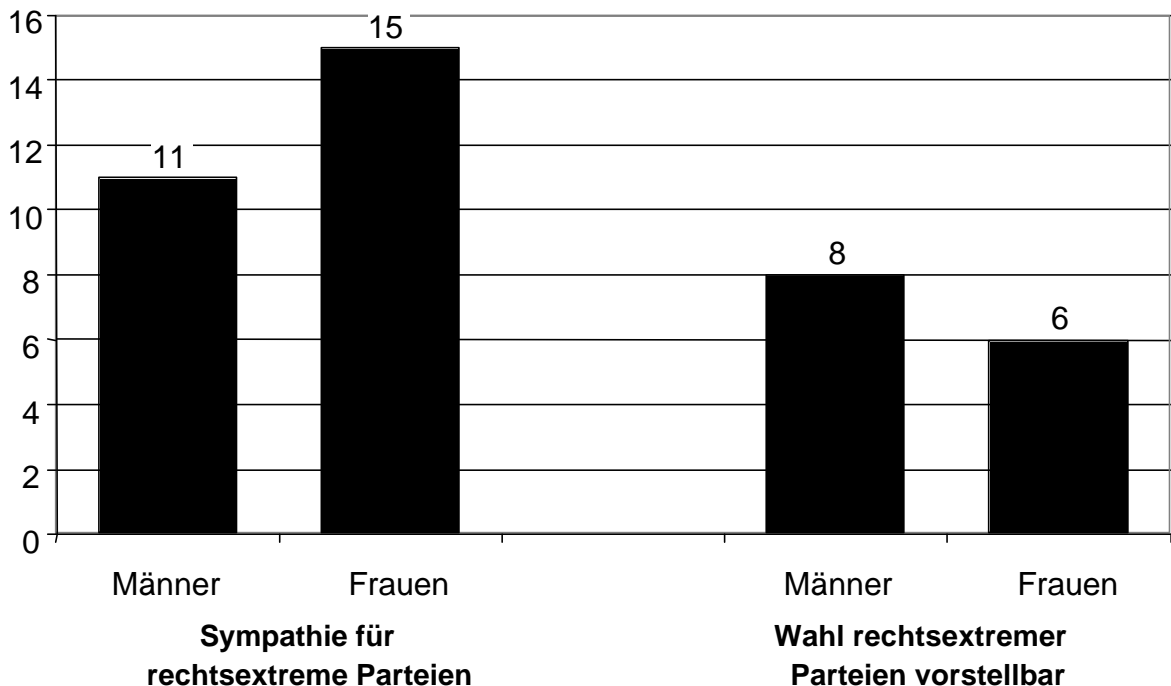
Die geringere Handlungsrelevanz einer bloßen Sympathiebekundung im Vergleich zum etwaigen Wahlverhalten kommt beim Vergleich zwischen den Geschlechtern zum Ausdruck. Aus der Wahlforschung ist bekannt, dass Frauen – bei tendenziell abnehmenden geschlechtsspezifischen Unterschieden – weniger zur Wahl (rechts-)extremer Parteien neigen als Männer. Tatsächlich geben in Thüringen denn auch etwas weniger Frauen als Männer an, dass für sie die Wahl einer Rechtsaußen-Partei in Frage kommt (Abb. 14). Diese geringfügige Überrepräsentation der Männer steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Befund, dass das weibliche Geschlecht unter den ausländerfeindlich und ethnozentrisch Eingestellten deutlich überproportional vertreten ist. Offenkundig führen diese Einstellungen bei Frauen erheblich seltener zu einem entsprechenden Wahlverhalten und auch seltener zur Erwägung eines entsprechenden Wahlverhaltens als bei Männern. Bei der vergleichsweise unverbindlicheren Sympathieäußerung für Rechtsaußen-Parteien sind die Frauen hingegen wieder erheblich zahlreicher vertreten.

Abgesehen vom Geschlecht lassen die beiden Gruppen, die Sympathisanten und die etwaigen Wähler, weitgehende sozialstrukturelle Gemeinsamkeiten oder zumindest Ähnlichkeiten erkennen. Unterstützung finden die rechtsextremen Parteien vorwiegend bei den Arbeitern, bei Befragten mit Mittlerer Reife/POS-Abschluss, bei Beschäftigten mit einem gefährdeten Arbeitsplatz (kleine Fallzahl) und beim Personenkreis mit dem geringsten Haushaltseinkommen pro Kopf. Mit einem Anteil an der Gesamtheit von gut einem Drittel stellen die Arbeiter jeweils knapp 50% der Sympathisanten und möglichen Wähler der rechten Flügelparteien. Die konfessionelle Bindung scheint keinen nennenswerten Einfluss auf die Haltung der Interviewten zu haben.

die Überlegungen an dieser Stelle keine Rolle. Es reicht festzuhalten, dass sich in der Propaganda aller drei Parteien Versatzstücke rechtsextremer Ideologie in dem in dieser Studie definierten Sinn nachweisen lassen.

²⁰ Ungeachtet einer etwas anderen Fragestellung im August 1999 kann davon ausgegangen werden, dass jeweils dasselbe gemessen worden ist und daher beide Werte vergleichbar sind.

Abb. 14: Rechtsextreme Parteien: Sympathie und mögliche Wahlabsicht
(in Prozent)



In den Daten spiegelt sich die im tatsächlichen Wahlverhalten durchgängig zu beobachtende Attraktivität von DVU, NPD und REP für die jüngste Altersgruppe. Gut jeder vierte 18-24-Jährige, und damit ein doppelt so hoher Anteil wie im Durchschnitt aller Befragten, bekundet seine Sympathie für eine Rechtsaußen-Partei. Auch unter denjenigen, die sich eine entsprechende Stimmabgabe vorstellen können, sind die Jüngsten weit überproportional vertreten (geringe Fallzahl). Die Unterstützung für die rechten Flügelparteien, insbesondere ihre mögliche Wahl steigt erwartungsgemäß mit der sich zum rechten Pol hin verschiebenden Positionierung auf der Links-Rechts-Skala.

Wie eng aber hängen die Sympathiebekundung und die für möglich gehaltene Stimmabgabe für eine rechtsextreme Partei zusammen? Wenig überraschend stellen die etwaigen Wähler nicht einfach eine Teilgruppe der Sympathisanten dar. Gleichwohl ist die Beziehung ausgesprochen eng, wie zwei Zahlenbeispiele verdeutlichen mögen: Von den Sympathisanten hält es jeder Vierte – im Vergleich zu 7% der Befragten insgesamt – für vorstellbar, rechtsaußen zu wählen. Umgekehrt hat fast jeder zweite etwaige Wähler (Befragte insgesamt: 13%) zugleich Sympathien für die rechtsextremen Parteien.

2.3 Rechtsextreme Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft

Erkenntnisse über Gewalttätigkeit auf dem Weg der Meinungsforschung gewinnen zu wollen, ist insofern fast aussichtslos, als selbst einschlägig in Erscheinung getretene Personen sich in einer Befragungssituation nur ausnahmsweise dazu bekennen werden. Hinsichtlich Gewaltbereitschaft und insbesondere Gewaltakzeptanz sinken zwar die Barrieren dafür,

dennoch ist auch hier mit einer eher geringen Auskunftsbereitschaft zu rechnen. Zur Ermittlung rechtsextremer Gewaltneigung sind verschiedene Wege beschritten worden. Zunächst lässt sich die Partizipationsskala (vgl. oben Kap. II.4) zu diesem Zweck auswerten, die Auskunft über die Verbreitung der Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft gibt. Auf dieser Grundlage kann jedoch nicht zwischen rechts- und linksextremer oder sonstiger Gewalt differenziert werden. Zur Identifizierung rechtsextremer Gewaltbereiter sind daher zusätzlich die Indizes (i) zur Ausländerfeindlichkeit und (ii) zum Ethnozentrismus mit der Partizipationsskala in Beziehung zu setzen. Darüber hinaus ist (iii) eine Frage des Thüringen-Monitors 2000 herangezogen worden, die die Akzeptanz von situativer Gewalt gegen Ausländer erfasst.

(i/ii) Untersucht man das Partizipationsverhalten der (latenten und manifesten) "Ethnozentristen" und der ausländerfeindlich Eingestellten, so fällt auf, dass sie in zwei Gruppen überrepräsentiert sind: unter denjenigen, die überhaupt nicht partizipieren und unter den Gewaltbereiten (geringe Fallzahl). So stellen die Personen mit fehlender Partizipation, obwohl sie nur etwa ein Viertel der Befragten ausmachen, deutlich mehr als 40% der ethnozentrisch Orientierten. Über die hier interessierende Gruppe der Gewaltbereiten/Gewalttäter mit ethnozentrischen bzw. mit ausländerfeindlichen Einstellungen lassen sich mangels Masse über die Bestimmung der Gesamtzahl hinaus keine quantifizierbaren Aussagen machen. Selbst wenn man Gewalt Akzeptierende und Gewaltbereite zusammenfasst, steigt der Anteil der Ethnozentristen mit Gewaltneigung auf lediglich 1,6%. Bei den ausländerfeindlich Eingestellten erhöht sich der Anteil der im weitesten Sinne Gewaltgeneigten zwar auf 2,7%. Auch dieser Wert ist aber zu niedrig, um sinnvolle Aussagen über die sozialstrukturelle Einordnung der Betroffenen zu erlauben. So lässt sich lediglich festhalten, dass sowohl unter den ethnozentrisch als auch unter den ausländerfeindlich Eingestellten erwartungsgemäß nur eine Minderheit gewaltbereit ist bzw. Gewalt akzeptiert.

(iii) Eine einzelne Frage aus dem Thüringen-Monitor 2000 kann als ein weiterer Indikator für rechtsextreme Gewaltneigung gelten. Bereits die genaue Formulierung²¹ illustriert allerdings, dass auf diesem Weg nur eine sehr spezifische Variante erfasst wird: die *Akzeptanz* von gegen Ausländer gerichteter Gewalt. Das Statement ist so gefasst, dass von dem imaginierten Ausländer keine reale Bedrohung ausgeht, sondern der Deutsche lediglich "das Gefühl hat", ihm *könnte* etwas angetan werden, gleichwohl handelt es sich um eine eher schwache Formulierung. Dementsprechend kann lediglich für diejenigen, die der Aussage voll und ganz zustimmen, eine Gewaltakzeptanz angenommen werden. Der Einwand, dass mit der Frage eine generelle Gewaltakzeptanz und keine spezifisch ausländerfeindliche gemessen wird, lässt sich durch den engen Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Einstellungen widerlegen.

Befürwortet wird das Statement von etwa jedem Fünften, voll und ganz zustimmend äußern sich 14%. Dabei nimmt die Unterstützung mit steigendem Alter zu. Männer bekunden viel seltener als Frauen volle Zustimmung (11% gegenüber 16%). Deutlich überrepräsentiert sind Personen mit niedrigem Bildungsstatus (21%), während nur jeder Elfte (Fach-)Hochschulabsolvent Verständnis für situative Gewalt gegen Ausländer zeigt. Überdurchschnittliche Zustimmungswerte sind schließlich bei Protestanten, bei den niedrigen Einkommensgruppen und insbesondere bei den Rentnern (22%) festzustellen. Der Zusammenhang mit den beiden oben genannten Formen rechtsextremer Gewaltaffinität lässt sich wegen geringer Fallzahlen nur in absoluten Werten ausdrücken. Sieben der 16 gewaltgeneigten Ethnozentristen und elf der 27 gewaltgeneigten ausländerfeindlich Eingestellten bekunden volle Zustimmung zu dem Statement.

²¹ "Wenn ein Deutscher das Gefühl hat, dass ein Ausländer ihm etwas antun könnte, dann kann ich gut verstehen, dass er den Ausländer mit Gewalt in die Schranken weist."

2.4 Autoritarismus

Autoritarismus wird in der Literatur ebenso als Bestandteil des Rechtsextremismus-Syndroms bzw. als eine seiner Dimensionen verstanden wie als Bestimmungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen. Beide Betrachtungsweisen lassen sich sowohl theoretisch begründen als auch mit Blick auf die bisherige Forschung empirisch untermauern. Im Rahmen dieser Studie wird Autoritarismus als Determinante des Rechtsextremismus behandelt, um die Erklärungskraft des Theorems der autoritären Persönlichkeit in Ansätzen zu überprüfen (vgl. unten Kap. III.4.4). Zusätzlich sollen hier die Verbreitung autoritärer Dispositionen und ihre wesentlichen Bestimmungsfaktoren erörtert werden. Zur Messung sind Statements verwendet worden, die als "klassische" Indikatoren für Autoritarismus gelten können: die Forderung nach einer starken Hand und einer auf Gehorsam und Disziplin konzentrierte Kindererziehung. Während im zweiten Fall die Befürwortung autoritären Verhaltens erfasst wird, ist es bei der "starken Hand" Autoritätshörigkeit – gewissermaßen also beide Seiten derselben Medaille.

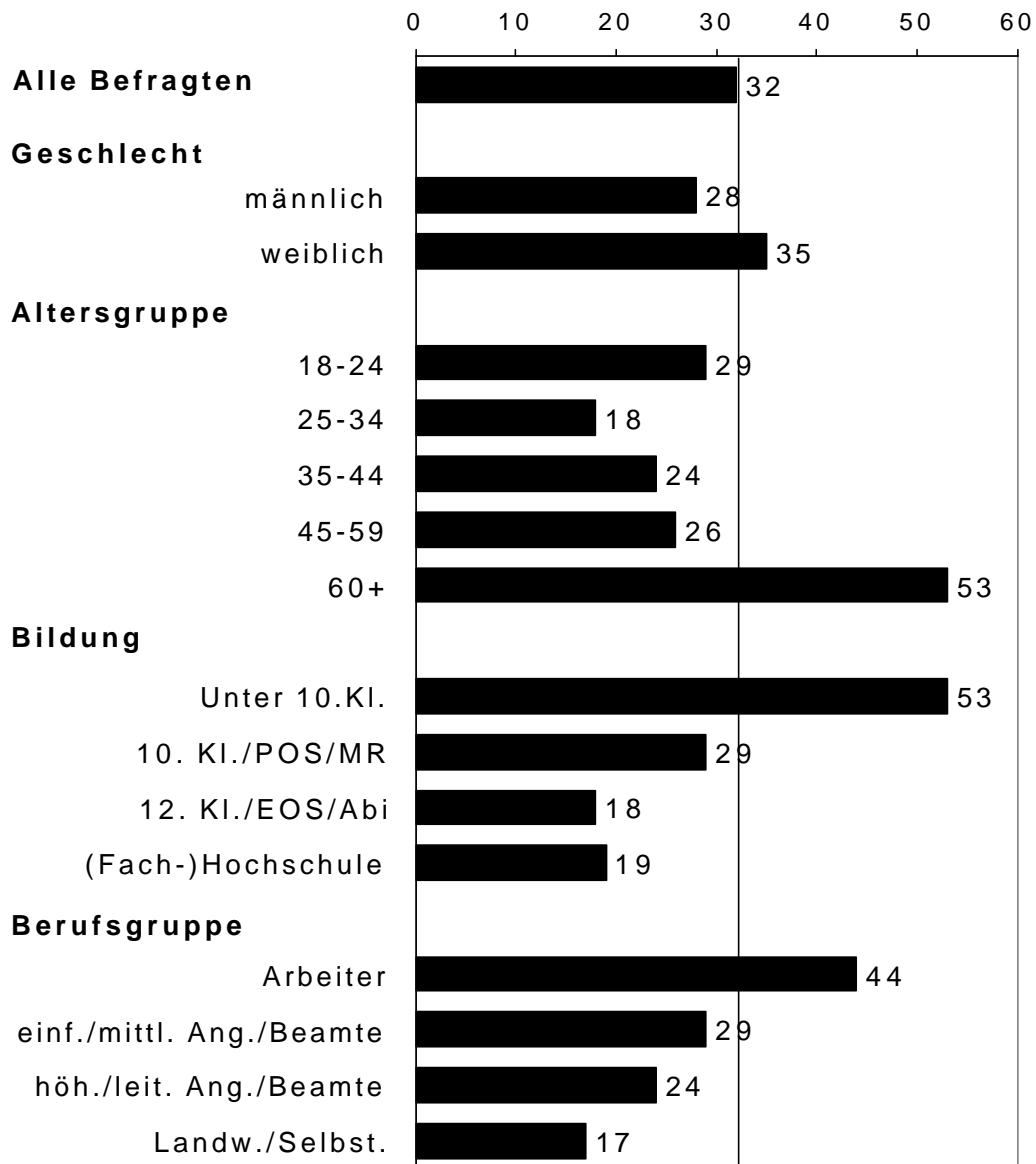
Beide Statements finden die Unterstützung einer absoluten Mehrheit der Thüringer. Das Verhältnis von zustimmenden zu ablehnenden Äußerungen beträgt zwischen 2:1 (starke Hand) und 2,5:1 (Erziehung zu Gehorsam und Disziplin). Lediglich unter den Personen, deren höchster Bildungsabschluss das Abitur ist, sind die Ablehnenden bei beiden Statements in der (relativen) Mehrheit. Übereinstimmend gilt für beide Dimensionen des Autoritarismus, dass sie mit steigendem Bildungsniveau an Akzeptanz verlieren, wobei zwischen den beiden höchsten Bildungsabschlüssen (Abitur und Hochschulabschluss) keine erwähnenswerten Unterschiede bestehen. Die Zustimmung steigt mit dem Alter linear an²² und erreicht unter den Ältesten Rekordwerte von zwischen 60 und 70%; jeder Zweite aus dieser Gruppe stimmt der autoritären Kindererziehung sogar voll und ganz zu. Eine bemerkenswerte Ausnahme bilden die jüngsten Befragten, die sich in puncto Kindererziehung weit autoritärer zeigen als die 25-44-jährigen. Während bei dieser Dimension keine geschlechtsspezifischen Differenzen auszumachen sind, zeigen sich die Frauen viel autoritätshöriger als die Männer (55% gegenüber 43%).

Beide Statements sind ähnlich wie bei der Ausländerfeindlichkeit zu einer Autoritarismuskala zusammengefasst worden.²³ Danach weist fast jeder Dritte autoritäre Persönlichkeitsstrukturen auf, während jeder Zehnte als nicht autoritär gelten kann; die absolute Mehrheit der Befragten erreicht mittlere Werte. Die bereits bei den einzelnen Fragen erkennbaren Tendenzen schlagen auch auf die Skala durch. So erweisen sich Frauen als überdurchschnittlich autoritär, unter den Personen mit einem Bildungsabschluss unter zehnte Klasse und unter den Rentnern ist es mehr als jeder Zweite (Abb. 15). Deutliche Varianz zeigt sich beim Autoritarismus auch bei der Konfession: Die konfessionell Gebundenen und besonders die Katholiken erreichen überdurchschnittliche Werte; fast 50% der regelmäßigen Kirchgänger haben autoritäre Einstellungen. Unter den Berufsgruppen sind die Arbeiter deutlich überrepräsentiert, bei den Einkommen ergibt sich eine Spaltung zwischen Personen mit einem Haushaltseinkommen pro Kopf von über bzw. unter 1.350 DM monatlich. Die niedrigeren Einkommensgruppen sind unter den Autoritären erheblich stärker vertreten, die höheren Einkommensgruppen entsprechend geringer.

²² Dies impliziert, dass diejenigen, die tatsächlich (als Eltern) Kinder erziehen, die relativ geringsten autoritären Bestrebungen in der Kindererziehung hegen.

²³ Skalenbildung: Befragte, die beiden Statements beipflichten, gelten als autoritär. Stoßen umgekehrt beide Aussagen auf Ablehnung, liegt kein Autoritarismus vor. Bei allen anderen Kombinationen sind die Betroffenen in der Mittelkategorie eingeordnet worden.

Abb. 15: Autoritäre Einstellungen nach sozialstrukturellen Merkmalen
(in Prozent)



Während sich in sozialstruktureller Hinsicht erhebliche Unterschiede zeigen, sind andere Zusammenhänge mit autoritären Dispositionen kaum festzustellen. Ein Zusammenhang zum Institutionenvertrauen besteht nicht, aber auch die Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation und die Bewertung der deutschen Einheit erweisen sich nicht als erklärungsstark. Die Unterschiede zwischen den Parteianhängern von CDU, SPD und PDS fallen eher gering aus. Deutliche Beziehungen gibt es demgegenüber zur Politikverdrossenheit und zur Demokratiezufriedenheit. Während nur etwa jeder Fünfte der zufriedenen und teils zufriedenen Demokraten autoritäre Einstellungen aufweist, sind es von Antidemokraten 35% und von den Indifferenten sogar 38%. Der Autoritarismus steigt zudem mit der positiver werdenden Haltung zum Sozialismus. Ein sehr enger Zusammenhang besteht mit der Bewertung der DDR. Je kritischer sie ausfällt, desto geringer sind die autoritären Orientierungen. Von denjenigen hingegen, die mehr gute als schlechte Seiten am *ancien régime* erkennen, ist etwa jeder Zweite autoritär.

3. Zusammenhänge zwischen Formen des Rechtsextremismus

Bislang ist vorwiegend die Verbreitung verschiedener Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der thüringischen Bevölkerung insgesamt wie in einzelnen sozialstrukturellen Gruppen dargestellt worden. Damit ist noch nichts über den Zusammenhang zwischen seinen einzelnen Varianten ausgesagt. Da es sich teils um Einstellungen und teils um Verhalten bzw. Verhaltensdispositionen handelt, ist ein solcher Zusammenhang keinesfalls selbstverständlich. Zu untersuchen ist er zunächst für das Binnenverhältnis der rechtsextremen Einstellungen, d.h. für das Verhältnis von Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft.²⁴ In einem zweiten Schritt ist nach den Beziehungen zwischen rechtsextremen Orientierungen, der Unterstützung von rechten Flügelparteien sowie Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zu fragen.

ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEN RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGSDIMENSIONEN

Darzustellen sind hier einerseits die Zusammenhänge zwischen den beiden Dimensionen des Rechtsextremismus; andererseits sollen diese dann jeweils in Beziehung zur Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern gesetzt werden. Erwartungsgemäß besteht zwischen Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit eine starke Beziehung. Die ethnozentrisch Eingestellten sind beispielsweise drei (latente Ethnozentristen) bis vier Mal (manifeste Ethnozentristen) häufiger ausländerfeindlich orientiert als Personen ohne derartige Einstellungen (Tab. 8). Umgekehrt weisen 29% der "Ausländerfeinde" zugleich ein ethnozentrisches Profil auf, während dies in der Gesamtbevölkerung lediglich 11% sind. Dass allerdings jeweils eine absolute Mehrheit der Ethnozentristen maximal einen mittleren Rang auf der Skala der Ausländerfeindlichkeit erreicht und die Mehrheit der ausländerfeindlich Eingestellten nicht durch ethnozentrische Orientierungen auffällt, verdeutlicht den Charakter zweier voneinander deutlich unterschiedener Dimensionen des Rechtsextremismus.

Tab. 8: Ausländerfeindlichkeit nach ethnozentrischen Einstellungen
(in Prozent)

Ethnozentrische Einstellungen	Ausländerfeindlichkeit			Insgesamt
	Stark	mittel	keine	
manifest	38	52	10	100
latent	34	57	9	100
keine	11	58	31	100

Einen noch stärkeren Bezug als zum Ethnozentrismus weist die Ausländerfeindlichkeit zur Diskriminierungsbereitschaft auf. Der Anteil der ausländerfeindlich Gesinnten unter den Diskriminierungswilligen ist etwa zweieinhalb Mal so groß wie in der Gesamtbevölkerung. Umgekehrt stellen die Diskriminierungsbereiten jeden zweiten "Ausländerfeind", aber nur etwa jeden fünften Befragten. Da konkret die Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern erfragt worden ist, vermag der Zusammenhang nur in seiner Intensität zu überraschen.

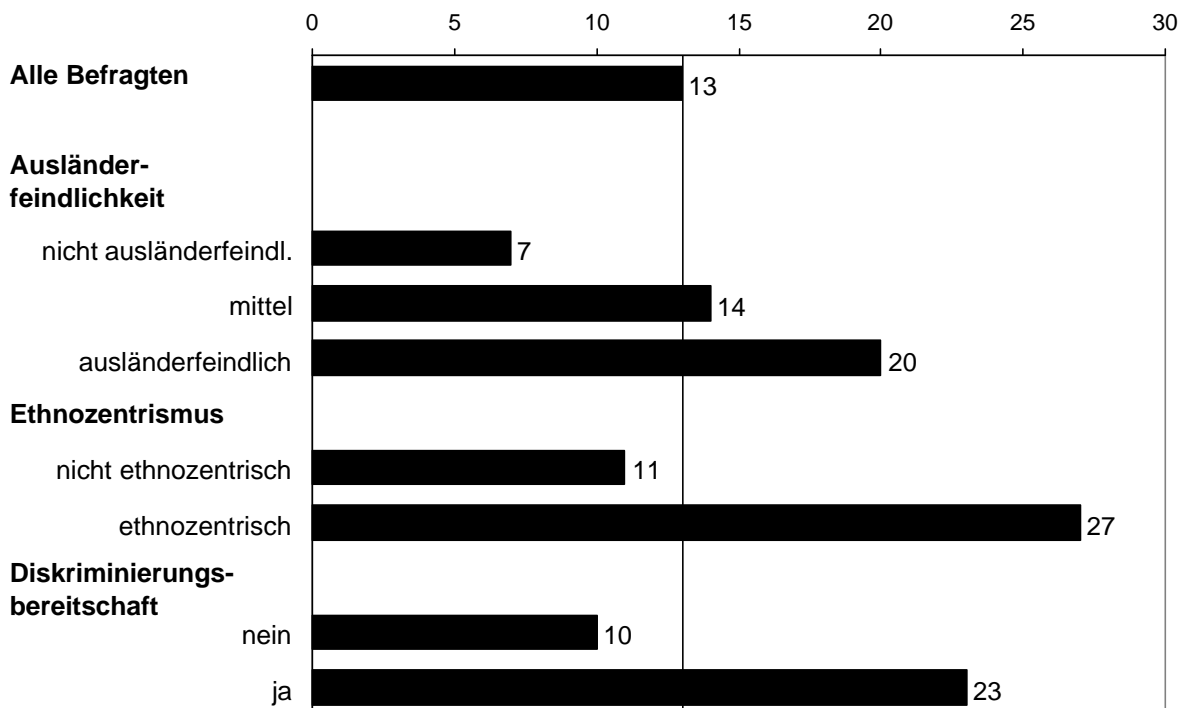
²⁴ Der interne Zusammenhang zwischen den Indikatoren der Unterstützung rechtsextremer Parteien sowie zwischen den Indikatoren rechtsextremer Gewaltneigung ist bereits im vorausgegangenen Kapitel dargelegt.

Entsprechend schwächer gestaltet sich die Beziehung zwischen Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft. Immerhin zeigen sich aber etwa 40% der Ethnozentristen und damit fast doppelt so viele wie unter den Befragten insgesamt diskriminierungsbereit. Aus anderer Perspektive zählt jede fünfte Person, die auf soziale und räumliche Distanz zu Ausländern Wert legt, zu den Ethnozentristen, während es insgesamt nur jeder Neunte ist.

ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN, PARTEIUNTERSTÜTZUNG UND GEWALTAKZEPTANZ / GEWALTBEREITSCHAFT

Die Sympathie für Parteien des rechtsextremen Spektrums als der schwächere der beiden Indikatoren für Parteiunterstützung steht in einem Zusammenhang mit sämtlichen Varianten rechtsextremer Einstellungen. Dieser Zusammenhang ist bei der Dimension des Ethnozentrismus stärker ausgeprägt als bei der Ausländerfeindlichkeit (Abb. 16). So sind die Personen mit ethnozentrischer Einstellung unter den Sympathisanten der Rechtsaußen-Parteien anteilmäßig mehr als doppelt so stark vertreten wie andere. Ähnliches gilt für die Bereitschaft zur Diskriminierung von Ausländern. Während die Diskriminierungsbereiten nur ein gutes Fünftel der Befragten ausmachen, stellen sie mehr als jeden dritten Sympathisanten der rechten Flügelparteien. Gleichwohl finden sich derartige Sympathien nur bei einem Teil der rechtsextrem Eingestellten. Über 70% der Diskriminierungsbereiten, drei von vier Ethnozentristen und vier Fünftel der ausländerfeindlich Orientierten sympathisieren nicht mit den drei oben genannten Parteien.

Abb. 16: Sympathie für rechtsextreme Parteien nach Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft (in Prozent)



Wie stellt sich der Zusammenhang bei der etwaigen Wahl einer Rechtsaußen-Partei dar? Wegen der geringen Fallzahlen können diesbezüglich kaum verlässliche Aussagen gemacht werden. Ethnozentristen und Diskriminierungsbereite scheinen unter denjenigen, die sich die

Wahl einer rechten Flügelpartei vorstellen können, überrepräsentiert; allerdings ist der Zusammenhang schwach. Dies gilt nicht für die ausländerfeindlich Eingestellten, die weit überproportional häufig eine entsprechende Stimmabgabe in Erwägung ziehen. Während sich ihr Anteil an der Gesamtheit auf 15% beläuft, steigt er unter den etwaigen Wählern rechts-extremer Parteien auf fast 40% an. Es bestätigt sich somit für Thüringen die Erkenntnis, dass zwar Personen mit rechtsextremen Einstellungen überdurchschnittlich unter den Sympathisanten und etwaigen Wählern dieser Parteien vertreten sind, die Mehrheit aber entweder überhaupt keine Partei oder eine der demokratischen Parteien unterstützt.

Mit welcher Partei bzw. welchen Parteien sympathisieren aber die Befragten, die rechtsextreme Einstellungen aufweisen? Insgesamt erreichen die beiden – in gesamtdeutscher Perspektive – großen Volksparteien bei den rechtsextrem Orientierten durchgängig hohe, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung jedoch meist niedrigere Werte. Hingegen steigen erwartungsgemäß die Sympathiewerte der drei rechten Flügelparteien (Tab. 9). Allerdings überwiegt auch bei diesem Personenkreis die Antipathie gegenüber DVU, NPD und REP; die Werte bleiben deutlich im Negativbereich. Auffälligkeiten zeigen sich vor allem bei den Sympathiewerten der CDU. Während die Union bei den ausländerfeindlich Eingestellten und den Diskriminierungsbereiten durchschnittlich etwa gleiche Sympathiewerte erreicht wie in der Gesamtbevölkerung, sinkt ihre Unterstützung in der Gruppe der manifesten Ethnozentristen auf einen negativen Wert ab. Bei dieser Befragtengruppe genießt sie sogar geringere Sympathie als die PDS, die hier geringfügig populärer ist als im Durchschnitt.

Tab. 9: Parteisympathie nach Ausländerfeindlichkeit, Ethnozentrismus und Diskriminierungsbereitschaft
(Durchschnittswerte der Parteiskalometer)

	CDU	SPD	PDS	DVU	NPD	REP
Insgesamt	0,9	1,5	0,3	-3,9	-3,7	-4,0
Ausländerfeindlichkeit						
stark	1,0	1,1	-0,2	-3,3	-2,7	-3,6
mittel	1,0	1,4	0,4	-3,8	-3,7	-3,9
keine	0,8	2,2	0,5	-4,4	-4,3	-4,4
Ethnozentrische Einstellungen						
Manifest	-0,1	1,0	0,5	-2,7	-2,9	-3,2
Latent	1,3	1,4	0,3	-2,7	-2,8	-2,9
Keine	0,9	1,6	0,3	-4,1	-3,8	-4,2
Diskriminierungsbereitschaft						
ja	1,0	1,2	0,2	-3,4	-3,1	-3,2
nein	0,9	1,6	0,4	-4,0	-3,9	-4,2

Wertebereich: -5 (keinerlei Sympathie) bis +5 (starke Sympathie)

Wegen der geringen Fallzahlen bei der rechtsextremen Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft können über den Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen sowie Parteisympathie einerseits und Gewaltneigung andererseits keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Lediglich für die Akzeptanz situativer gegen Ausländer gerichteter Gewalt lassen sich diese Zusammenhänge diskutieren. Dabei zeigt sich, dass zwischen der Diskriminie-

rungsbereitschaft gegenüber Ausländern und der Akzeptanz gegen sie gerichteter Gewalt kein Zusammenhang besteht. Hingegen erweisen sich ausländerfeindliche und ethnozentrische Einstellungen durchaus als erklärungsstark. Mit steigenden Werten auf den entsprechenden Skalen nimmt auch die Akzeptanz situativer ausländerfeindlicher Gewalt zu. Kein Zusammenhang besteht zwischen der Gewaltakzeptanz und der Sympathie für rechtsextreme Parteien, während über die Beziehung zur etwaigen Wahl einer rechten Flügelpartei wegen der niedrigen Fallzahl keine Aussage möglich ist.

Insgesamt sind somit Zusammenhänge zwischen rechtsextremem Einstellungsmustern und rechtsextremem Verhalten zu erkennen. Wenig überraschend sind Personen mit entsprechenden Denkmustern unter den etwaigen Wählern der Rechtsaußen-Parteien und, soweit die Fallzahlen überhaupt Aussagen zulassen, auch unter den Gewaltgeneigten überrepräsentiert. Dennoch rekrutieren sich die rechtsextrem Handelnden mehrheitlich aus der großen Gruppe der – auf der Basis der hier verwendeten Skalen – nicht besonders ausländerfeindlich oder ethnozentrisch Eingestellten. Mit anderen Worten: Rechtsextreme Orientierungen sind bei einem Teil der Betroffenen verhaltensrelevant und führen demnach (unter bestimmten Umständen) zu rechtsextremem Handeln, derartige Handlungen erklären sich aber nur zum Teil aus entsprechenden Einstellungsmustern.

4. Erklärungsansätze des Rechtsextremismus im empirischen Test

In der Rechtsextremismusforschung konkurrieren eine Reihe unterschiedlicher, teils gegensätzlicher Erklärungsansätze (vgl. Anhang 2). Einige der dabei vertretenen Argumentationsmuster sollen auf der Basis der im Thüringen-Monitor 2000 erhobenen Daten einem empirischen Test unterzogen werden. Im Einzelnen sind dies die Kontakthypothese, die Hypothese von den rechtsextrem werdenden Modernisierungsverlierern, die Theorie der politischen Deprivation und Entfremdung sowie das Konzept der autoritären Persönlichkeit. Dabei sind zwei Sachverhalte einschränkend zu berücksichtigen: Erstens haben die jeweiligen Erklärungsmodelle eine sehr unterschiedliche Reichweite, d.h. sie beanspruchen keineswegs, einen Beitrag zum Verständnis sämtlicher Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu leisten. Zweitens erlauben die Anlage der empirischen Untersuchung und die Qualität der erhobenen Daten nur eine eingeschränkte Überprüfung der einzelnen Ansätze. Im Einzelfall können diese nur anhand von ein oder zwei Statements empirisch getestet werden, was bei der Interpretation zu besonderer Vorsicht Anlass gibt.

4.1 Kontakthypothese

Eine im Vergleich zu den anderen Erklärungsansätzen geringe Reichweite weist die "Kontakthypothese" auf. Sie geht davon aus, dass zumal die wiederholte persönliche Begegnung mit Fremden tendenziell dazu beiträgt, bestehende Vorurteile und Vorbehalte abzubauen. Die vermutete Erfahrung von kulturübergreifenden Gemeinsamkeiten führt demnach zu einem wachsenden Verständnis gegenüber zunächst als anders empfundenen Denk- und Lebensweisen. In Ostdeutschland fehle es, so die Argumentation weiter, wegen der geringen Zahl von Ausländern an Begegnungsmöglichkeiten, wodurch Ressentiments entstünden bzw. verfestigt würden. Die fehlenden sozialen Erfahrungen im Umgang mit Nicht-Deutschen aus DDR-Zeiten, als von offizieller Seite auf eine geringe Kontaktdichte zwischen Ausländern und der einheimischen Bevölkerung Wert gelegt wurde, haben aus dieser Perspektive den Boden für die heute grassierende Ausländerfeindlichkeit bereitet. Eine erweiterte Version der Kontakthypothese besteht darin, dass sich der Abbau von Ressentiments mit wachsender Nähe und Intensität der sozialen Kontakte etwa mit Ausländern beschleunigt. Demnach müssten das Vorhandensein von Ausländern in der Familie oder im Freundeskreis in besonderer Weise gegen ausländerfeindliche Orientierungen immunisieren.

Im Thüringen-Monitor 2000 ist zunächst der persönliche Kontakt zu Ausländern erfragt worden. Obwohl nur etwa jeder 60. Einwohner im Freistaat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, geben 40% der Befragten an, dass sie Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern haben. Mehr als die Hälfte davon rechnet Nicht-Deutsche zu ihren Familienmitgliedern oder ihrem Freundeskreis, ein knappes Drittel nennt den Arbeitsplatz als Begegnungsort und jeder Zehnte kennt einen Ausländer in der Nachbarschaft. Die Wahrscheinlichkeit des Kontakts nimmt mit steigendem Alter ab: Nur jede vierte Person über 60 Jahre kennt persönlich einen Ausländer, während es in der jüngsten Altersgruppe gut jeder Zweite ist und sogar 40% der 18-24jährigen angeben, einen solchen im Familien- oder Freundeskreis zu haben. Der Anteil der Befragten mit entsprechenden Kontakten nimmt mit dem Bildungsniveau zu, fällt aber bei den (Fach-)Hochschulabsolventen deutlich ab.

Für Auswertungszwecke sind drei Gruppen gebildet worden: Personen ohne Kontakt, Personen mit entfernten Beziehungen (in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz) und solche mit engen Beziehungen zu Ausländern (in der Familie und/oder im Freundeskreis). Für die

Befragten ohne Kontakt zu Ausländern fällt die überdurchschnittlich starke Vertretung unter den ausländerfeindlich und ethnozentrisch Eingestellten auf. Bei einem Anteil von 60% aller Interviewten stellen sie drei von vier ausländerfeindlich Orientierten, 70% der latenten und 88% der manifesten Ethnozentristen (Tab. 10). In Bezug auf die Diskriminierungsbereitschaft unterscheiden sie sich hingegen nicht nennenswert von denjenigen, die persönlich mit Ausländern in Kontakt stehen.

Tab. 10: Ausländerfeindlichkeit und ethnozentrische Einstellungen nach Kontakt zu Ausländern (in Prozent)

	Kontakt zu Ausländern		
	Familie Freunde	Arbeitsplatz Nachbarn	keiner
Ausländerfeindlichkeit			
stark	10	8	19
mittel	55	58	59
keine	35	34	22
Insgesamt	100	100	100
Ethnozentrische Einstellungen			
Manifest	2	0	7
Latent	7	3	8
Keine	91	97	85
Insgesamt	100	100	100

Wie für die Diskriminierungsbereitschaft gilt auch für die Unterstützung rechtsextremer Parteien, dass kein Zusammenhang zum Kontakt mit Ausländern besteht. Diejenigen, die in keiner Beziehung zu Ausländern stehen, zeigen weder hinsichtlich der Sympathie für rechte Flügelparteien noch im Hinblick auf eine mögliche Stimmabgabe für diese irgendeine Auffälligkeit. Ebenso wenig lässt sich ein nennenswerter Zusammenhang zwischen der persönlichen Kenntnis von Ausländern und fremdenfeindlicher Gewaltakzeptanz oder Gewaltbereitschaft nachweisen. Der fehlende Einfluss des Kontakts zu Nicht-Deutschen auf die etwaige Wahl von DVU, NPD oder REP sowie auf die Gewaltneigung kann insofern nicht überraschen, als sich die Kontakthypothese vorwiegend auf die *Einstellungen* gegenüber Fremden/Ausländern bezieht. Bezüglich der Ausbildung ausländerfeindlicher und in geringerem Maß ethnozentrischer Orientierungen findet sich die Kontakthypothese denn auch bestätigt. Dies gilt hingegen nicht für ihre erweiterte Fassung: Durchweg zeigen Personen, deren Kontakt zu Nicht-Deutschen sich auf die Nachbarschaft oder den Arbeitsplatz beschränkt, geringere Ressentiments gegenüber Ausländern als diejenigen, bei denen der Kontakt im sozialen Nahbereich (Familie) liegt.

4.2 Die „Modernisierungsverlierer“-Hypothese

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse, zumal wenn sie sich in einem schnellen Tempo vollziehen, führen bei einem Teil der Bevölkerung zu objektiven Einbußen materieller wie

immaterieller Art, noch häufiger aber zur Herauslösung aus vertrauten sozialen Gefügen und damit zu Verunsicherung und Statusängsten. Die modernisierungstheoretisch orientierte Rechtsextremismusforschung argumentiert im Kern, dass derartige Begleiterscheinungen von Modernisierungsprozessen den Nährboden für rechtsextrêmes Denken *und* Handeln bilden. Der Rechtsextremismus bietet aus dieser Sicht in Gestalt von Ideologien, Gemeinschaftsformen und Handlungsorientierungen Möglichkeiten, um Erfahrungen des Statusverlustes, der Verunsicherung und Vereinzelung zu verarbeiten.²⁵ Angewandt auf die spezifisch ostdeutsche Situation müssten es die so genannten Einheitsverlierer sein, die sich besonders anfällig für ethnozentrische und ausländerfeindliche Positionen zeigen.

Entsprechend ist die Modernisierungshypothese anhand von zwei Aussagen getestet worden, die als relativ beste Indikatoren für die Unterscheidung von "Einheitsgewinnern" und "Einheitsverlierern" gelten können: die Einschätzung der Entwicklung der persönlichen finanziellen Situation im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 sowie die Bewertung der deutschen Einheit. Als dritter "Prüfstein" kommt die Selbsteinschätzung der aktuellen persönlichen Wirtschaftslage hinzu. Sie kann als zuverlässigerer Indikator für die finanzielle Situation der Betroffenen gelten als das Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf, worüber ein Teil der Befragten entweder keine oder keine korrekten Angaben macht bzw. machen kann.

Für alle drei Bestimmungsfaktoren lassen sich (unterschiedlich starke) Einflüsse auf die ausländerfeindlichen und ethnozentrischen Einstellungen feststellen. So nimmt der Anteil der "Ausländerfeinde" mit schlechter werdender eigener Wirtschaftslage linear zu (Abb. 17). Als "Problemgruppe" erscheinen dabei diejenigen, die ihre persönliche finanzielle Situation als schlecht charakterisieren. Unter den gegen Ausländer Eingestellten sind sie mehr als doppelt so stark vertreten wie unter den Befragten insgesamt. Jeder Dritte von ihnen weist entsprechende Einstellungen auf, während es in der Gesamtbevölkerung mit 15% nicht einmal jeder Sechste ist. Der Einfluss der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf den Ethnozentrismus ist hingegen geringer. Gleichwohl zeigt sich eine leichte Tendenz, dass wirtschaftlich schlecht Gestellte in höherem Maße ethnozentrisch sind (geringe Fallzahl).

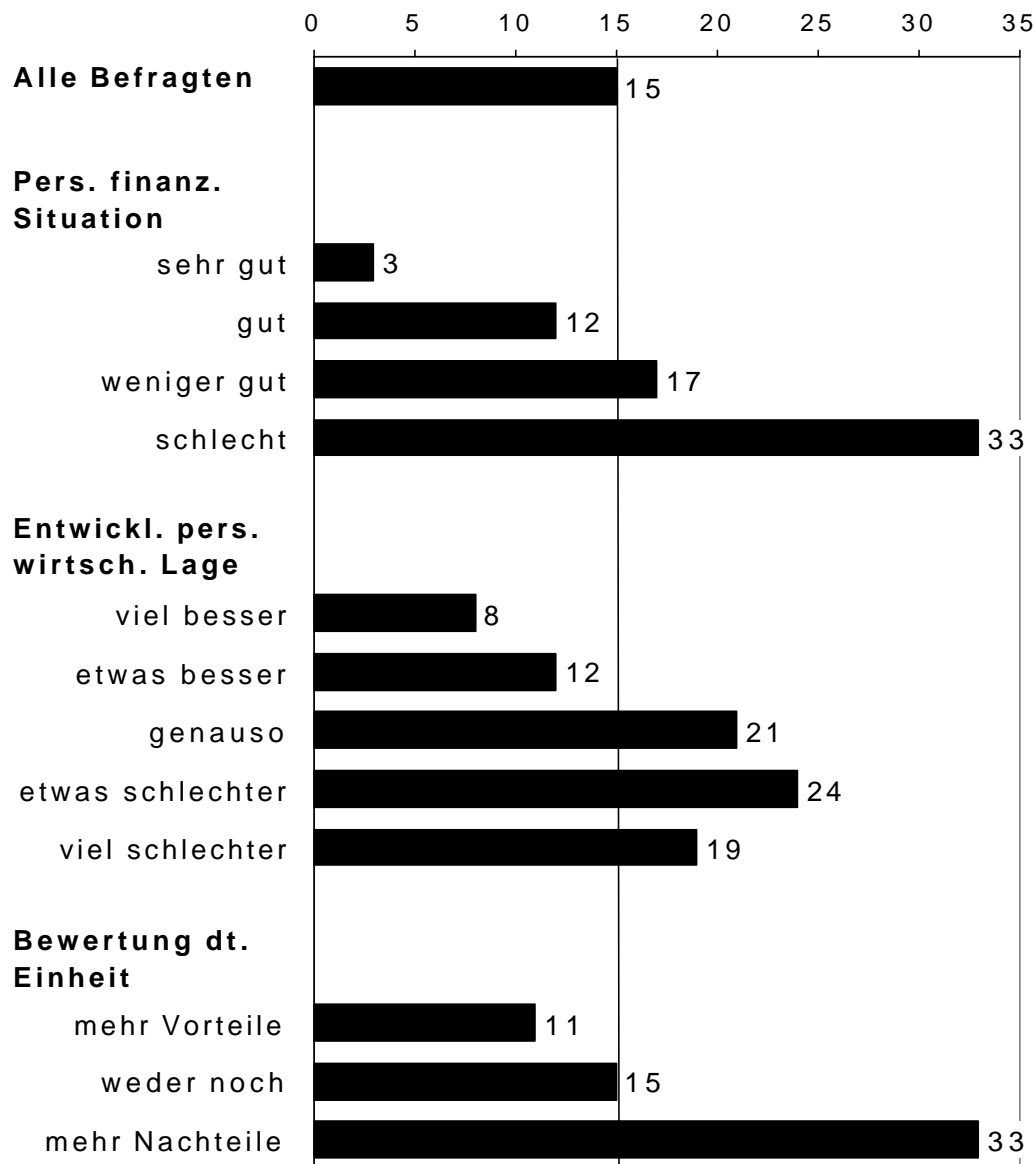
Insgesamt schwächer ist der Einfluss der *Entwicklung* der persönlichen wirtschaftlichen Lage auf die Ausbildung rechtsextrême Einstellungen. Der Anteil der ausländerfeindlich Eingestellten steigt beispielsweise nicht linear mit negativer werdenden Werten im ökonomischen Bereich an. Ein Zusammenhang ist gleichwohl unverkennbar. So sind die "Ausländerfeinde" unter denjenigen, deren Lage sich in den vergangenen zehn Jahre verbessert hat, nur halb so stark vertreten wie unter denjenigen, die eine Verschlechterung hinnehmen mussten. Aus der zuletzt genannten Gruppe lässt fast jeder Vierte feindliche Haltungen gegenüber Nicht-Deutschen erkennen. Die Ausformung ethnozentrischer Positionen steht mit der Entwicklung der eigenen finanziellen Lage zwischen 1990 und 2000 in einem geringeren Zusammenhang als die ausländerfeindlichen Einstellungen. Demnach erweist sich der Status quo (der eigenen Wirtschaftslage) als der etwas wichtigere Bestimmungsfaktor für rechtsextrême Orientierungen im Vergleich zu den *Entwicklungen* seit der deutschen Vereinigung.

Unter den drei Indikatoren geht die stärkste Wirkung auf rechtsextrême Orientierungen von der Bewertung der deutschen Einheit aus. Von denjenigen, die mehr Vorteile als Nachteile sehen, zählt nur jeder Neunte zu den ausländerfeindlich Eingestellten, von den Skeptikern demgegenüber fast jeder Dritte. Ähnlich deutlich ist die Beziehung zum Ethnozentrismus. Von denjenigen, für die die Nachteile der Einheit überwiegen, zeigen mit 23% doppelt so

²⁵ Die Attraktivität des Rechtsextremismus für die Modernisierungsoffer ist jedenfalls die gängige Variante der Modernisierungstheorie. Verschiedentlich wird aber auch dahingehend argumentiert, dass die Modernisierungsgewinner diejenigen sind, die besonders für rechtsextrêmes Denken empfänglich sind (vgl. Kap. III.2 im Anhang 2).

viele ethnozentrische Positionen wie von den Befragten insgesamt. Einen ausgesprochen geringen Effekt hat die Einschätzung der deutschen Einheit hingegen auf die Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern.

Abb. 17: Ausländerfeindlichkeit nach persönlicher wirtschaftlicher Lage und Bewertung der deutschen Einheit
(in Prozent)



Insgesamt schwächer ist der Einfluss der drei Faktoren auf die Unterstützung rechtsextremer Parteien. Immerhin sympathisieren etwa doppelt so viele Gegner der deutschen Einheit wie Befürworter mit ihnen. Bei der etwaigen Stimmabgabe für DVU, NPD und REP deutet sich ein ähnliches Verhältnis an, jedoch lassen die Fallzahlen eine entsprechende Interpretation nicht zu. Gleiches gilt trotz des mit einer Verschlechterung einhergehenden linearen Anstiegs der Wahlbereitschaft für Rechtsaußen für die eigene sozioökonomische Lage, während zwischen ihrer Verschlechterung in den letzten zehn Jahren und der möglichen Wahl rechter

Flügelparteien überhaupt kein Zusammenhang besteht. Die wirtschaftlich schlechter Gestellten und diejenigen, die eine negative Entwicklung bei ihren finanziellen Verhältnissen seit der Vereinigung feststellen, sind schließlich unter den Sympathisanten von DVU, NPD und REP leicht überrepräsentiert.

Eher schwach ist auch die Erklärungskraft für die Gewaltakzeptanz: Diejenigen, die ihre finanzielle Lage und deren Entwicklung eher schlechter einschätzen, sind unter den Akzeptanz gegenüber situativer ausländischer Gewalt bekundenden Befragten überrepräsentiert. Allerdings sind die Unterschiede zum Durchschnitt der Interviewten nicht allzu groß. Die stärkste Wirkung geht hier einmal mehr von der Bewertung der deutschen Einheit aus. Die "Einheitsskeptiker" lassen zu 30% eine Gewaltakzeptanz erkennen, während ihr Anteil an den Befragten bei 17% liegt. Die Einstellung zur deutschen Vereinigung erweist sich damit im Rahmen der Modernisierungsverliererhypothese als die erklärungsstärkste einzelne Variable. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die (subjektive) Zugehörigkeit zu den Verlierern der deutschen Einheit rechtsextreme, speziell ausländischerfeindliche Einstellungen und in erheblichem Maße die Sympathie für Rechtsaußen-Parteien und die Akzeptanz situativer ausländischer Gewalt begünstigt. Die Hypothese von den für rechtsextremes Denken und Handeln anfälligen Modernisierungsoptionen scheint, insoweit die Einstellungen betroffen sind, durch die Daten des Thüringen-Monitors 2000 tendenziell bestätigt, ohne dass aber die Zusammenhänge als wirklich stark gelten könnten.

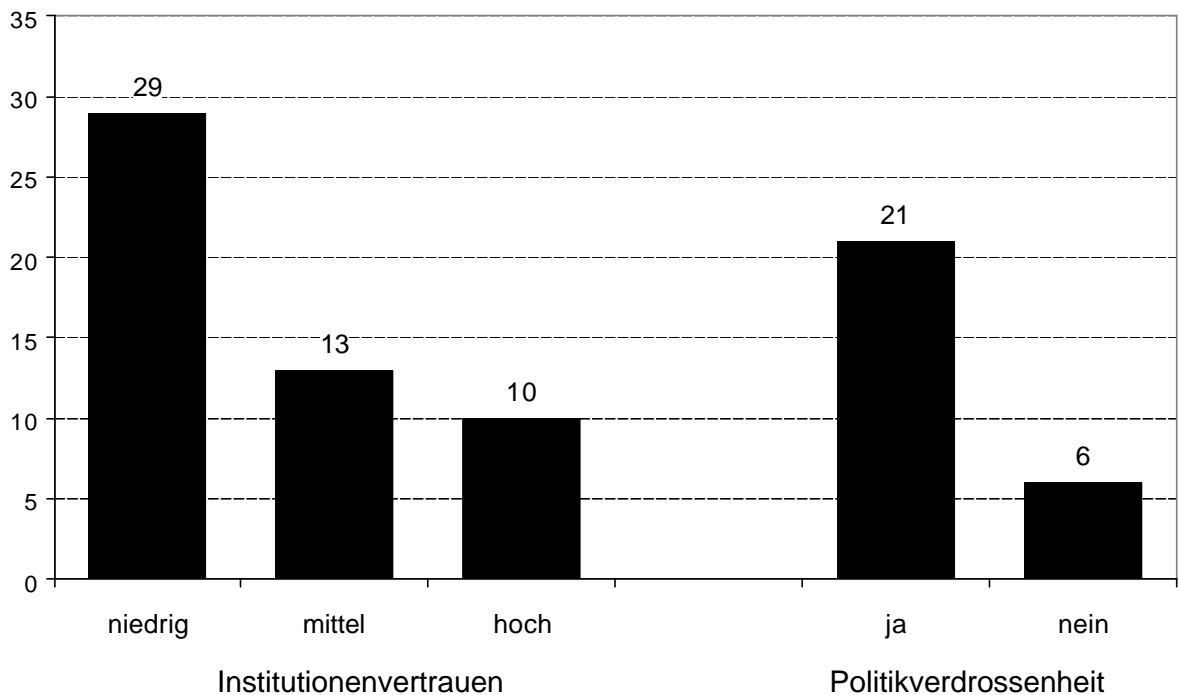
4.3 Politische Deprivation und Entfremdung

Von politischer Deprivation bzw. politischer Entfremdung kann dann gesprochen werden, wenn Personen über weniger materielle oder immaterielle Güter verfügen, als ihnen nach ihrer eigenen Überzeugung legitimerweise zustehen, und wenn sie diesen Mangel dem politischen System anlasten. Zu rechtsextremen Einstellungen und insbesondere zu einem solchen Handeln führt (dauerhafte) politische Deprivation dann, wenn – stark vereinfacht formuliert – der Unzufriedenheit auf der Nachfrageseite ein aus der Sicht der dem demokratischen System Entfremdeten attraktives Alternativangebot entspricht. Für Ostdeutschland wird vielfach ein besonders großes Unzufriedenheitspotenzial vermutet auf Grund der vielfältigen Erwartungsenttäuschungen im Zuge des Transformationsprozesses. Zumindest einige Ergebnisse der Befragung im September bestätigen diese Annahme für den Freistaat.

Die politische Deprivation lässt sich anhand des Thüringen-Monitors 2000 über die verschiedenen Formen von Politikverdrossenheit erfassen. Im Einzelnen sind dies die Demokratieverdrossenheit, die Institutionenverdrossenheit, die "Verfahrensverdrossenheit" und die Parteienverdrossenheit. Nach dem hier zu diskutierenden Erklärungsansatz müssten Befragte mit hohen Werten in diesen Bereichen überdurchschnittlich häufig rechtsextreme Positionen vertreten und – angesichts des in Thüringen bestehenden Angebots an entsprechenden Parteien – auch eine überdurchschnittliche Unterstützung für derart geprägte Parteien bekunden. Betrachtet man zunächst die Einstellungen, so lassen sich unterschiedlich starke Effekte einzelner Aspekte der Politikverdrossenheit ausmachen. So hat das Institutionenvertrauen eine deutliche Wirkung auf die Haltung zu Ausländern: Befragte mit geringem diesbezüglichen Vertrauen sind mit 24% doppelt so stark unter den "Ausländerfeinden" vertreten wie in der Gesamtbevölkerung (Abb. 18). Eine auch nur annähernd vergleichbare Beziehung besteht zwischen dem Institutionenvertrauen und dem Ethnozentrismus sowie der Diskriminierungsbereitschaft nicht. Erheblich beeinflusst werden ausländischerfeindliche Einstellungen wiederum durch die "Verfahrensverdrossenheit". Jeder fünfte in diesem Sinne Politikverdrossene hat Ressentiments gegen Ausländer, während es unter den Befragten insgesamt nur jeder Siebte

ist. Beeindruckender nimmt sich der Unterschied bei anderer Betrachtungsweise aus: Während es in der Gesamtbevölkerung knapp 60% Politikverdrossene gibt, sind es unter den "Ausländerfeinden" 84%.

Abb. 18: Ausländerfeindlichkeit nach Institutionenvertrauen und Politikverdrossenheit (in Prozent)



Von der Parteienverdrossenheit geht nur ein geringer Einfluss auf die Haltung zu Ausländern aus. Der harte Kern der mit den Parteien Unzufriedenen etwa unterscheidet sich von den übrigen Befragten nur unwesentlich. Legt man die Frage zu Grunde, ob die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, so sind die ausländerfeindlich Eingestellten unter denjenigen, die voll und ganz zustimmen, deutlich überrepräsentiert. Klare Zusammenhänge zeigen sich ansonsten aber nicht. Gänzlich ohne Bedeutung sind beide Indikatoren der Parteiverdrossenheit für die ethnozentrischen Einstellungen und für die Diskriminierungsbereitschaft. Über den Einfluss der Demokratiezufriedenheit auf rechtsextreme Einstellungen lassen sich wegen der verschiedentlich geringen Fallzahlen nur grobe Angaben machen. Generell sind die zufriedenen Demokraten durchweg bei der Personengruppe ohne rechtsextreme Orientierungen überrepräsentiert. Für die Antidemokraten als die Gruppe am anderen Ende der Skala der Demokratiezufriedenheit gilt, dass sie tendenziell überdurchschnittlich empfänglich für derartige Positionen sind, definitive Aussagen sind wegen der geringen Fallzahlen jedoch unmöglich. Am auffälligsten erscheint die Gruppe der Indifferenten, die sowohl unter den ausländerfeindlich als auch unter ethnozentrisch Eingestellten, kaum aber unter den Diskriminierungsbereiten überproportional vertreten ist.

Schwanken die Einflüsse der Politikverdrossenheit auf die Einstellungsmuster nach den einzelnen Dimensionen der Politikverdrossenheit beträchtlich, so kann für die Unterstützung rechtsextremer Parteien durchweg ein nur geringer Zusammenhang festgestellt werden. Eine überdurchschnittliche Bereitschaft, die Wahl für DVU, NPD und REP zu erwägen, lassen die

mit der demokratischen Praxis Unzufriedenen erkennen, was als Hinweis auf eine generelle Neigung zur Protestwahl interpretiert werden kann. Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass die etwaige Wahl einer rechtsextremen Partei mit zunehmender Parteiverdrossenheit steigt; stark sind die Zusammenhänge aber auch hier nicht.

Hinsichtlich der Akzeptanz situativer Gewalt gegen Ausländer ergibt sich für die Antidemokraten kein klares Bild. Sie sind (bei kleiner Fallzahl) sowohl unter den Gewalt Akzeptierenden als auch unter den Personen, die dergleichen entschieden ablehnen, überrepräsentiert. Deutliche Aussagen lassen sich am ehesten noch über die Indifferenten machen, von denen jeder Fünfte derartige Gewalt zu akzeptieren bereit ist im Vergleich zu 13% aller Befragten. Eine ähnliche Akzeptanzquote findet sich bei denjenigen, die eine Wählerorientierung der Parteien entschieden bestreiten. Schließlich ist festzustellen, dass die Gewaltakzeptanz mit sinkendem Institutionenvertrauen steigt. Insgesamt vermag das Erklärungsmodell der politischen Deprivation jedoch weder die Unterstützung rechtsextremer Parteien noch die Gewaltakzeptanz oder Gewaltbereitschaft befriedigend zu erklären. Selbst für die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen erweisen sich nur einige Dimensionen der Politikverdrossenheit als erklärungsstark.

4.4 Das Konzept der autoritären Persönlichkeit

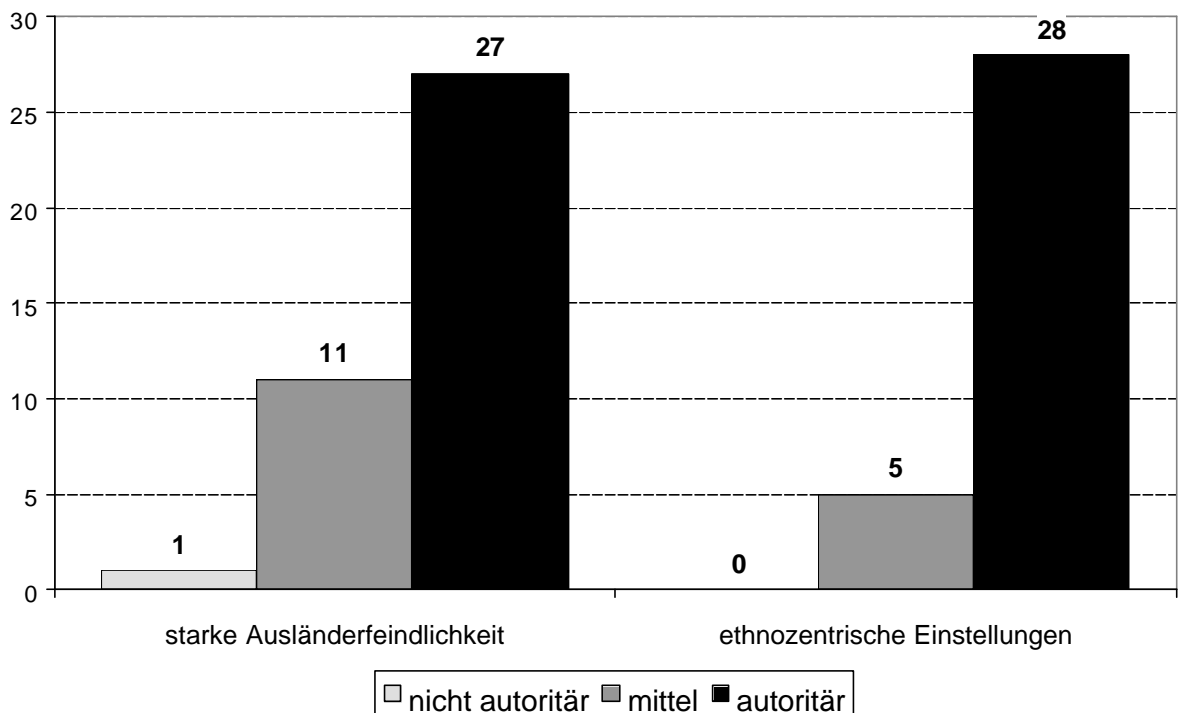
Das Erklärungsmodell der autoritären Persönlichkeit geht davon aus, dass spätere Denk- und Einstellungsmuster in der (früh-)kindlichen Sozialisation entwickelt werden und dann – so zumindest die implizite Annahme – nur noch begrenzt veränderbar sind (vgl. Kap. III.1 im Anhang 2). Eine autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich etwa durch ein stereotypes, schablonenhaftes Denken, geringe Empathiefähigkeit, eine starke Orientierung an Hierarchien, Konformismus, Dogmatismus und geringe Konfliktfähigkeit aus – allesamt Verhaltensweisen, die sich im Zuge eines Aufwachsens in autoritären Strukturen, vorwiegend im Rahmen der primären Sozialisationsinstanz (zumeist Familie) entwickelt haben. Rechtsextreme Einstellungen sind in dieser Perspektive das "politische" Produkt einer solchen Persönlichkeitsentwicklung. Sie müssen sich nicht auf das konkrete Verhalten auswirken, sind aber latent vorhanden und jederzeit "abrufbar", z.B. bei der Begegnung mit Fremden. In Anwendung auf die ostdeutsche Situation ist zur Erklärung insbesondere der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern wiederholt auf die autoritäre Erziehung in der DDR verwiesen worden.

Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 ist das Konzept "autoritäre Persönlichkeit" über die Autoritarismus-Skala (vgl. oben Kap. III.2.4) operationalisiert worden. Der Zusammenhang zwischen Autoritarismus und rechtsextremen Einstellungen ist stark und hochsignifikant. Zwar rangieren die meisten autoritär Eingestellten bei der Skala ausländerfeindlicher Einstellungen auf einer mittleren Positionen, unter den Xenophoben sind sie jedoch weit überrepräsentiert. Während 15% aller Befragten ausländerfeindlich orientiert sind, ist es unter den Autoritären mehr als jeder Vierte. Bei umgekehrter Betrachtung ist jeder dritte Befragte autoritär, aber von den fremdenfeindlich Orientierten stellen die autoritären Personen mit 56% deutlich mehr als die Hälfte (Abb. 19).

Noch stärker ist die Beziehung zum Ethnozentrismus. Wiederum ist eine deutliche Mehrheit der Personen mit ausgeprägt autoritären Orientierungen nicht ethnozentrisch eingestellt, aber in der Gruppe der Ethnozentristen sind sie etwa zweieinhalb Mal so stark vertreten wie unter allen Befragten. Während die Autoritären nur ein Viertel der Personen ohne ethnozentrische Auffassungen ausmachen, stellen sie unter den latenten Ethnozentristen 72% und unter den manifesten Ethnozentristen sogar 78%. Aus anderem Blickwinkel gilt, dass nur jeder neunte

Befragte, aber mehr als jeder vierte Autoritäre über ethnozentrische Einstellungen verfügt. Unter den etwa 100 Ethnozentristen, die beide Fragen zum Autoritarismus beantwortet haben, gibt es keinen Einzigen, der nicht autoritär ist; die Betroffenen erreichen mindestens einen mittleren Wert auf der Autoritarismus-Skala.

Abb. 19: Ausländerfeindlichkeit und Ethnozentrismus nach Autoritarismus
(in Prozent)



Ein positiver Zusammenhang besteht auch zwischen dem Autoritarismus und der Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern, allerdings fällt er deutlich schwächer aus als bei den ausländerfeindlichen und ethnozentrischen Einstellungen. Unter den Diskriminierungsbereiten stellen die autoritär Orientierten 42% bei einem Anteil an den Befragten insgesamt von 32%. Unterschiedlich fallen die Befunde für den Einfluss auf die Unterstützung rechtsextremer Parteien aus. Erkennbar überrepräsentiert sind die Autoritären unter den Personen, die Sympathien mit einer Rechtsaußen-Partei bekunden. Von diesen stellen sie fast jeden zweiten, während bei anderer Betrachtung etwa jeder fünfte Autoritäre im Vergleich zu 13% der Befragten insgesamt entsprechende Sympathien erkennen lässt. Bei der möglichen Wahl einer rechten Flügelpartei sind die Unterschiede geringer. 9,4% der Autoritären können sich eine Stimmabgabe für DVU, NPD oder REP vorstellen, im Durchschnitt aller Befragten sind es 7%.

Haben autoritäre Einstellungen auch Einfluss auf die Gewaltakzeptanz oder sogar die Gewaltbereitschaft? Zumindest für die Akzeptanz von situativer Gewalt gegen Ausländer lässt sich die Frage auf der Basis des Thüringen-Monitors 2000 bejahen. Von denjenigen, die völliges Verständnis dafür aufbringen, dass ein Deutscher einen Ausländer bei vermeintlicher Bedrohung gewaltsam in die Schranken weist, ist kein einziger nicht autoritär, aber mehr als die Hälfte eindeutig autoritär. Mit wachsender Zustimmung zu dem Statement erhöht sich der Anteil der Autoritären linear. Akzeptieren 14% der Befragten eine Gewaltanwendung völlig,

sind es unter den autoritär Eingestellten 24%. Für die anderen Instrumente zur Messung rechtsextremer Gewalt lassen sich wegen geringer Fallzahlen keine zuverlässigen statistischen Aussagen treffen. Zumindest sei aber darauf hingewiesen, dass von den 15 gewaltbereiten Ethnozentristen 14 eindeutig autoritär sind.

Insgesamt erweist sich das Vorliegen von Merkmalen einer autoritären Persönlichkeit als ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen. Über die Einstellungen hinaus lässt sich teilweise auch ein allerdings ungleich geringerer Einfluss auf Verhaltensdispositionen bis hin zur Gewaltneigung nachweisen. Dies ist insofern überraschend, als die Erklärung von Verhaltensweisen gar nicht im Zentrum des Konzepts der autoritären Persönlichkeit steht. Vielmehr beansprucht es allein oder jedenfalls primär die Erklärung der Existenz und Genese von Einstellungsmustern. Wenn die Reichweite des Erklärungsansatzes (etwas) über dessen Anspruch hinaus geht, spricht das für das Konzept. Die hier konstatierte erhebliche Erklärungskraft des Autoritarismus-Konzepts steht allerdings – das sei nochmals ausdrücklich betont – auf einer relativ schmalen empirischen Basis.

5. Gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus

Über die gesellschaftliche Akzeptanz des Rechtsextremismus geben – jedenfalls ansatzweise – zwei Aussagen im Rahmen des Thüringen-Monitors 2000 Auskunft. Zunächst lässt am Parteienskalometer die Haltung zu den rechtsextremen Parteien ablesen. Mit durchschnittlichen Werten von $-3,7$ (NPD), $-3,9$ (DVU) und $-4,0$ (REP) auf einer Skala von $+5$ bis -5 erfahren sie durch die Befragten insgesamt massive Ablehnung. Dies wird auch durch einen Vergleich verdeutlicht: Der Abstand zwischen der im Durchschnitt am besten bewerteten demokratischen Partei (SPD: $+1,5$) und der am schlechtesten bewerteten (Bündnis90/Die Grünen: $-0,5$) ist deutlich geringer als der Abstand zwischen letzterer und der am wenigsten negativ eingestuften rechtsextremen Partei. Der Befund wird auch dadurch bestätigt, dass in zeitlich auf die Thüringer Befragung folgenden Meinungsumfragen eine deutliche Mehrheit nicht nur im Freistaat ein Verbot der NPD und – bei geringerer Zustimmung – auch von DVU und REP unterstützt hat.

Zusätzlich sind die Befragten um Auskunft gebeten worden, ob sie etwas dagegen hätten, einen Rechtsradikalen als Nachbarn zu haben. Eine überwältigende Mehrheit von 88% bejaht dies, während nur jeder Fünfte die am wenigsten akzeptierte Ausländergruppe der Asylbewerber als Nachbarn ablehnt. Selbst wenn das Antwortverhalten, wie sich vermuten lässt, massiv von dem Effekt der sozialen Erwünschtheit bestimmt gewesen ist, ist diese Kluft beträchtlich und kann unter Umständen bereits als Indiz für Ansätze einer Stigmatisierung gelten. Eine Ablehnungsquote von fast 100% findet sich bei den regelmäßigen Kirchgängern und konsequenterweise auch bei denjenigen, die sich von Rechtsradikalen persönlich bedroht sehen. Je weiter rechts sich die Befragten auf der Links-Rechts-Skala einordnen, desto *relativ* schwächer fällt die soziale Distanz aus. Bei den ausländerfeindlich Eingestellten ist sie unterdurchschnittlich, liegt aber immer noch bei gut 80%. Die Parteianhänger von CDU, SPD und PDS bekunden eine stärkere Ablehnung als der Durchschnitt der Befragten.

Die eigentliche Auffälligkeit ergibt sich jedoch beim Vergleich der Altersgruppen: Unter den Jüngsten sinkt die Ablehnung der Rechtsradikalen auf 76%. Diese gravierende Abweichung vom Durchschnitt der Befragten könnte auf eine weit über den Kreis der rechtsextrem Eingestellten hinaus reichenden Akzeptanz "rechter" Alltagskultur unter Jugendlichen und Heran-

wachsenden hindeuten. Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, dass in derselben Altersgruppe die Ablehnung von Asylbewerbern doppelt so stark ausfällt wie in der Gesamtbevölkerung.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu steht der Alterseffekt bei einer anderen Aussage. Die Frage, ob sie sich persönlich durch Rechtsradikale bedroht fühlen, wird von 6% der Befragten, aber von 17% der jüngsten Altersgruppe bejaht. Die Diskrepanz dürfte sich aus der wahrgenommenen Bedrohung derjenigen Heranwachsenden erklären, die einer anderen Subkultur oder Szene angehören als die Rechtsradikalen bzw. sich in politischer Gegnerschaft zu ihnen befinden. Während also Rechtsradikale von einem Teil der 18-24-Jährigen als alltagskulturelle Normalität betrachtet werden, auch wenn man ihre Ansichten nicht notwendig teilt, lösen sie bei einem anderen Teil Ängste aus. Dabei spielt offenkundig auch der Bildungsgrad eine Rolle, denn persönlich bedroht sehen sich mit 14% überdurchschnittlich viele Personen mit Abitur, aber ohne Hochschulabschluss. Während sich die Rechtsextremen selbst vorwiegend aus Gruppen mit einem niedrigeren Bildungsniveau rekrutieren, weisen ihre (in der eigenen Wahrnehmung) potenziellen deutschen Opfer einen weit höheren Bildungsstand auf.

IV. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Im demokratischen Verfassungsstaat ist der *Verfassungspatriotismus* sowohl ein angemessener Maßstab zur Beurteilung von Momentaufnahmen der Politischen Kultur als auch zur Beantwortung der Frage, welche Defizite hinsichtlich des politischen Ethos mit welchen Mitteln im Sinne einer positiven Pflege des demokratischen Ethos der Bürgerschaft behoben werden sollen. Im Folgenden sind deshalb die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000 im Blick auf den Verfassungspatriotismus zusammenzufassen und daran anschließend entsprechende Politikempfehlungen zu formulieren.

In Teil I der Studie wurde Verfassungspatriotismus bestimmt als diffuse Unterstützung der in einer Verfassung enthaltenen freiheitlichen, republikanischen und weltoffenen Wertordnung, welche die lebendige Verankerung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten in den politischen Einstellungen der Bürgerschaft anzeigt. Es wurde ferner darauf hingewiesen, dass Verfassungspatriotismus und politisches Ethos durch besondere Faktoren sehr unterschiedlicher Herkunft in Deutschland, wenn nicht gar in Europa unter der Herausforderung einer geistig-politischen "Stresssituation" und Orientierungskrise stehen. Die dabei namhaft gemachten Stressfaktoren, so wurde ferner angenommen, schwächen zumindest das demokratisch-menschenrechtliche "Immunsystem" der politischen Kultur auch gegenüber rechts-extremen und ausländerfeindlichen Einstellungen.

Unter dem Vorzeichen dieser allgemeinen Einschätzung ist denn auch die von uns vorgenommene Momentaufnahme der politischen Kultur Thüringens zehn Jahre nach der deutschen Einheit zu interpretieren. Dabei sind folgende Ergebnisse festzuhalten:

1. Was die *politische Kultur* angeht, so ist zunächst insgesamt davon auszugehen, dass der demokratische Verfassungsstaat in den zehn Jahren seit der Wiedervereinigung in Thüringen auf eine durchaus als robust zu bezeichnende Weise in den Einstellungen der Bevölkerung Wurzeln geschlagen hat. Nicht nur der demokratische Verfassungsstaat an sich, sondern auch die Leistungen der Demokratie werden in der Tendenz positiv beurteilt. Das Ausmaß explizit antidemokratischer Einstellungen ist erfreulich gering, wenn auch mit um die 8% durchaus ernstzunehmen. Bei all den Zumutungen und besonderen Stressfaktoren, die die Etablierung einer völlig neuen und überdies höchst anspruchsvollen und für jeden Einzelnen herausforderungsreichen Rechts- und Verfassungsordnung nach 1990 für die Bevölkerung Thüringens bedeutete, muss dieses generelle Ergebnis als bürgerschaftliche Leistung positiv hervorgehoben werden. Ein gutes Stück der beschwerlichen Wegstrecke hin zu einem nachhaltigen, sich selbst tragenden Verfassungspatriotismus konnte erfolgreich zurückgelegt werden.

Dieses erste Ergebnis gibt indessen weder Anlass zur Selbstzufriedenheit noch zum Ausruhen. Denn wie in den neuen Bundesländern generell ergeben sich auch für Thüringen spezifische Schwachstellen, die sich insbesondere auf die *Demokratiezufriedenheit* und die Erwartungen an die Politik beziehen. Zunächst zur Demokratiezufriedenheit: Die Frage nach der Demokratie als beste Staatsform hat mit 49% Unentschiedenen in einem breiten Mittelfeld auf doch noch recht lockeres Wurzelwerk hingewiesen. Und wenn man die Thüringer Bürgerschaft in die fünf Gruppen der zufriedenen Demokraten, der teilweise Zufriedenen, Indifferenten, Unzufriedenen und Antidemokraten einteilt, dann stehen einem Drittel zufriedener

und teilweise zufriedener Demokraten doch immerhin erneut ein breites Mittelfeld Indifferenten und ein Viertel unzufriedener bzw. politikverdrossener Bürger gegenüber.

Dieses breite Mittelfeld der in Bezug auf die Demokratie Unentschiedenen und Indifferenten ist ganz ohne Zweifel die entscheidende Zielgruppe einer auf die Pflege des Verfassungspatriotismus bedachten Politik. Nicht nur ist in dieser Gruppe die Anfälligkeit für ausländerfeindliche und auch rechtsextreme Dispositionen jedenfalls höher als bei den Demokratiezufriedenen, sondern es lassen sich auch relativ klare Konturen politischer Frustration und damit auch Anhaltspunkte für eine Steigerung des Verfassungspatriotismus durch deren Behebung angeben. Die Erwartungen an Rechtssicherheit, insbesondere aber an soziale Sicherheit erweisen sich hier nämlich als entscheidende Kriterien für Demokratiezufriedenheit; die freiheitssichernde Bedeutung der Demokratie steht dahinter zurück. Dieser Zusammenhang ist durchaus besorgniserregend: Er lässt Demokratiezufriedenheit jedenfalls in breiten Bevölkerungskreisen als eine eher konjunkturabhängige denn als aus gefestigter Überzeugung resultierende Einstellung erkennen. Mit anderen Worten: Die Einstellung zur Demokratie ist bei einer Mehrheit eher von den ja auch wechselnden Eindrücken ökonomischer Sicherheit denn von einem wirklich verankerten Freiheitsethos abhängig. In diesem Zusammenhang muss allerdings vor allem unter Ost-West-Auspizien daran erinnert werden, dass die für die alte Bundesrepublik relativ hohen Werte der Demokratiezufriedenheit ganz maßgeblich auch vom wirtschaftlichen Aufschwung der fünfziger Jahre mitgeprägt wurden.

Doch zeigt sich zweitens gerade auch bei den Abstufungen der Demokratiezufriedenheit wie in nahezu allen Einzelfragen der politischen Kultur die durchschlagende Wirkung des Faktors Bildung. Bildung und in Besonderheit politische Bildung erscheint immer wieder als ein den Verfassungspatriotismus in einem hohen Ausmaß geradezu determinierender Faktor. Investitionen in Bildung und in politische Bildung erweisen sich vor diesem Hintergrund zweifelsfrei als Primärinvestitionen in Verfassungspatriotismus und demokratisches Ethos.

Die *Erwartungen an* und *Einstellungen zur Politik* im Besonderen bestätigen dieses Bild: Die persönliche finanzielle Lage erweist sich z.B. als ausgeprägt starker Bestimmungsfaktor des Institutionenvertrauens. Relativ stark – aber in vergleichender Perspektive keineswegs überdurchschnittlich stark – präsentieren sich die Werte der "Parteienverdrossenheit": In Bezug auf die Wählerorientierung erhalten die Parteien durchweg schlechte Noten. Noch deutlicher als bei der Demokratiezufriedenheit zeigt sich hier eine Abhängigkeit des Urteils vom Faktor Arbeitslosigkeit. Dem stehen indessen zwei recht positive Ergebnisse gegenüber: Erstens ließen sich jedenfalls durchschlagende negative Auswirkungen der im ersten Kapitel aufgelisteten Faktoren einer politischen Orientierungskrise nicht nachweisen, wenngleich in diesem Licht zwei Befunde aufhorchen lassen: Einmal könnte das gegenüber der Bundesregierung stärkere Vertrauen in die Landesregierung auch als Ergebnis eines Regionalisierungsfaktors interpretiert werden. Dann schlug sich darin eine deutliche Anerkennung des Bemühens der Landesregierung nieder, aus regionaler Perspektive auch bundespolitische (und vielleicht auch: europapolitische, doch dies wäre näher zu untersuchen) Verantwortung zu übernehmen bzw. im föderativen Konzert klare bundespolitische Positionen zu vertreten. Doch auch die Ergebnisse zur Thüringen-Identität, auf die hier nur verwiesen wird, wären in entsprechende Erklärungen einzubeziehen; der Zusammenhang ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive sicherlich näherer Untersuchung wert. – Ein zweites durchaus erfreuliches Ergebnis ist zum anderen darin zu sehen, dass in den jüngsten Altersstufen die Parteienverdrossenheit relativ am schwächsten ausgebildet ist. Wir interpretieren dies als Chance des demokratischen Verfassungsstaates und namentlich der Parteien, bei entsprechenden, gezielt auf diese Altersgruppe ausgerichteten Bemühungen einen demokratiegefestigten politischen Nachwuchs rekrutieren zu können.

Von besonderem Interesse dürften die Ergebnisse zur politischen Partizipation sein, da sich hier einerseits Aussagen über Dispositionen zur Gewaltbereitschaft herleiten lassen und da sich andererseits in diesem Bereich eines der erstaunlichsten Ergebnisse der Studie zeigt. Zunächst zur Gewaltbereitschaft: Etwa sieben von hundert Thüringern sehen in gewaltsamen Aktionen ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dieser Wert mag niedrig erscheinen, er ist gleichwohl um sieben Prozent zu hoch. Auf jeden Fall ist er – bei aller Vorsicht im Umgang mit den Ergebnissen – zu kommentieren: Erstens ist gerade bei der Gewaltbereitschaft, nicht hingegen bei der Gewaltakzeptanz die Abhängigkeit vom Bildungsgrad anzuführen. Zweitens zeigen sozial nachhaltig Integrierte (Faktor Arbeitsplatz!) deutlich geringere Neigung zu Gewalt in der politischen Auseinandersetzung. Drittens muss es nachdenklich stimmen, dass auf der Gegenseite – nämlich dem Vertrauen in demokratische Verfahren – sich unüberhörbare Skepsis artikuliert, die auch durch die durchweg auf Engagement schließen lassenden Werte zu demokratischen Partizipationsverfahren nicht relativiert wird. Sicher wird man dies nicht als pathologisch im Sinne eines geheimen Gewaltreservoirs interpretieren dürfen, doch einen zureichend gesicherten Gegenpol zur Gewaltakzeptanz stellen die Werte (noch) keineswegs dar.

Ein auf anderer Ebene liegendes, jedoch überaus erstaunliches, wenn nicht erschreckendes Ergebnis betrifft das Thema "plebiszitäre Entscheidungsverfahren". Wir konnten feststellen, dass der Informationsstand und die Entscheidungskompetenz der Bevölkerung hinsichtlich komplizierter politischer Fragen äußerst skeptisch beurteilt werden. Mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung sind der Auffassung, dass die meisten Leute in Deutschland nicht hinreichend informiert sind, um komplexe politische Fragen zu entscheiden. Das Überraschende jedoch ist, dass sich gerade von denen, die dieses Urteil teilen, überdurchschnittlich viele (66 %) für mehr Volksentscheide aussprechen (unter denen, die eine hohe Entscheidungskompetenz der Bevölkerung annehmen, sind 63 % plebiszitärfreundlich). Ob hier ein Verlust des Qualitätsstandards, der an politische Entscheidungen anzulegen ist, mit einer Anfälligkeit für wohlfeil gewordene direktdemokratische Parolen eine unheilige Allianz eingegangen ist oder wie anders dieser Befund zu erklären ist – diese Frage muss detaillierteren Studien vorbehalten werden. Doch eines ist unübersehbar: für den Grundgedanken repräsentativer, d.h. gegenüber der Sachgerechtigkeit ebenso wie gegenüber der sozialen und der politischen Gerechtigkeit verantwortlichen Entscheidungsfindung ist dieser Befund nachgerade desaströs: Qualitätserwartungen an Politik spielen offensichtlich keine Rolle. Der Befund fördert überdies die Bedenken gegenüber einem Mehr an plebiszitären Verfahren und macht es schwer, stärkere Möglichkeiten etwa des Volksbegehrens als Remedur gegen die zweifellos vorhandene "Politikverdrossenheit" zu empfehlen.

2. Auch in Bezug auf das Schwerpunktthema "*Rechtsextremismus*" und "*Ausländerfeindlichkeit*" ist zunächst noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Erhebung zu einem Zeitpunkt stattfand, als eine Vielzahl öffentlicher Kampagnen die Sichtbarkeit rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen möglicherweise beeinträchtigte. Dessen ungeachtet ist ein sich zunächst positiv darstellendes Ergebnis vorweg zusammenzufassen: Der organisierte Rechtsextremismus findet in Thüringen so gut wie keine Akzeptanz; rechtsextreme Parteien stoßen auf z.T. massive Ablehnung, ein Verbot der NPD würde durch eine breite Mehrheit unterstützt. In ihrer Haltung zu Ausländern und Fremden erweisen sich die Thüringer weithin weltoffen und tolerant; die Gewährleistung der Menschenrechte der Ausländer findet eine hohe Zustimmung. Es sei ausdrücklich betont, dass dieses generelle Bild in Spannung zu der Tatsache zu stehen scheint, dass auch Aussagen, die die Gefahr einer Überfremdung betreffen, eine recht hohe Zustimmung erfahren. Befürchtungen dieser Art müssen sehr viel detaillierter untersucht werden, als uns dies möglich war, um Aussagen über ihren Einfluss auf

rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen zu ermöglichen. Deshalb begnügen wir uns mit der Feststellung, dass es solche Befürchtungen gibt.

Den generell positiven Aussagen stehen nun allerdings eine Reihe von Detailergebnissen gegenüber, die denn doch Anlass zur Besorgnis geben: Ausländerfeindliche Einstellungen erreichen Größenordnungen von bis zu 15%; Asylbewerbern gegenüber sind Thüringer weit weniger tolerant eingestellt als gegenüber anderen "Fremden"; eine Diskriminierungsbereitschaft ist bei 21 % der Thüringer vorhanden und zu der Aussage, es gebe unwertes Leben, verstehen sich immerhin 22 % der Thüringer. Jeder vierte der 18-24-Jährigen bekundet Sympathie für eine Partei am äußeren rechten Spektrum; in dieser Altersgruppe ist auch die Toleranz gegenüber einer rechtsextremen Subkultur am größten. Diese Ergebnisse lassen nun doch ein beachtliches Potenzial für rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen deutlich sichtbar werden, bei dem die von uns unter dem Begriff "Ethnozentrismus" zusammengefassten diskriminierungsbereiten Einstellungen sowie diejenigen Asylbewerbern gegenüber aufhorchen lassen und bei dem die Gruppe der 18-24-Jährigen als "Problemgruppe" erkennbar wird.

Befasst man sich mit den Ursachen der damit umrissenen Einstellungen, so sticht einmal mehr der Faktor Bildung hervor: Am stärksten ausländerfeindlich sind diejenigen, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, und auch diskriminierungsbereite ethnozentristische Einstellungen ("unwertes Leben") lassen eine direkte Abhängigkeit vom Bildungsniveau erkennen. Jenseits dessen zeigt sich, dass gesellschaftliche Kontakte mit Ausländern die Disposition zu ausländerfeindlichen Einstellungen reduzieren; dies gilt jedoch in schwächerer Weise dort, wo diese Kontakte familiären Charakter annehmen. Auch zeigt sich, dass diejenigen, die die eigene wirtschaftliche Situation schlecht beurteilen, eher zu ausländerfeindlichen Einstellungen neigen. Ferner ist ein schwach ausgebildetes Institutionenvertrauen und ist Politikverdrossenheit solchen Einstellungen förderlich. Deutlich hat sich eine autoritäre Erziehung als Faktor erwiesen, der nicht nur Fremdenfeindlichkeit, sondern wohl auch Gewaltakzeptanz begünstigt. Und schließlich neigen diejenigen leicht überdurchschnittlich zu ausländerfeindlichen Einstellungen, für die Thüringen hinter Deutschland und Europa die primäre politische Identifikationsgröße darstellt.

3. Fasst man die Befunde des Thüringen-Monitor 2000 insgesamt zusammen, dann ergeben sich folgende Aussagen:

- Das politische Ethos des demokratischen Verfassungsstaates und ein darauf bezogener Verfassungspatriotismus haben in Thüringen Fuß gefasst.
- In einem breiten Mittelfeld von in Bezug auf Demokratie Unentschiedenen und Indifferenten sind Chancen und Aufgaben, insbesondere im Falle einer die Bürgererwartungen unzureichend berücksichtigenden Politik aber auch Gefahren für eine weitere Festigung des Verfassungspatriotismus zu sehen.
- Die Gruppe der 18-24-Jährigen signalisiert Offenheit für demokratische Politik, zeigt aber auch größere Toleranz gegenüber dem Rechtsextremismus.
- Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sind statistisch Randphänomene, weisen jedoch politisch überaus ernstzunehmende Reservoirs in der politischen Kultur Thüringens auf.
- (Politische) Bildung und Festigung des Verfassungspatriotismus sind verlässliche Elemente eines Immunsystems gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.

Welche Empfehlungen an die Politik lassen sich nun aus den Befunden der Studie herleiten?

2. Empfehlungen

1. Die vielfach nachgewiesenen Zusammenhänge zwischen Bildungsstand, einer als verfassungspatriotisch zu bezeichnenden politischen Einstellung und einer relativen Ferne zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit lassen Investitionen in Bildung generell und – so unsere mehrfach artikulierte Vermutung – politische Bildung im Besonderen als Investitionen in die Demokratie erscheinen. Der Thüringer Verfassungsgeber hat diesen Zusammenhang in Art. 20 und 22 erkannt; ihre nachhaltige Umsetzung in Bildungspolitik und Unterrichtspraxis muss höchste Priorität haben. – Da damit noch keine näheren Aussagen über konkrete Bildungsinhalte und den exakten Stellenwert der politischen Bildung getroffen werden (können), erscheint dieser Komplex als geeignetes Schwerpunktthema für den Thüringen-Monitor 2001.

2. Im Blick auf die Politische Kultur lassen sich aus den Aussagen über Demokratiezufriedenheit und Thüringen-Identität folgende Empfehlungen herleiten: Erstens ist den politischen Parteien dringend zu empfehlen, sich stärker als bürgeroffene Foren zu organisieren, in denen Interessen, Anliegen, auch Ängste, Meinungen und Präferenzen der Bürger mit Aussicht auf Berücksichtigung artikuliert werden können. Zweitens erscheinen die jungen Menschen als eine politische Zielgruppe besonderer Sensibilität, deren Gewinnung für eine aktive Unterstützung des demokratischen Verfassungsstaates hohe Priorität haben sollte. Drittens sei den obersten Verfassungsorganen des Freistaates empfohlen, die Identifikation der Bürgerschaft mit Thüringen als republikanisches Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen: Thüringer sind alle die, die am Wohle des Landes mitbauen und die Würde und Freiheit jedes Einzelnen unabhängig von seiner Herkunft und kulturellen Prägung respektieren; Thüringen ist demokratisch und bedarf einer politisch aktiven Bürgerschaft; Thüringen ist weltoffen und trägt Mitverantwortung an der Gestaltung Deutschlands, Europas und des Weltfriedens.

3. Zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit ergeben sich die folgenden Empfehlungen: Erstens vermag eine gesellschaftliche Ächtung und Stigmatisierung entsprechender Einstellungen die Phänomene Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus zumindest zeitweilig in den Hintergrund zu rücken, reicht aber als Problemlösung keinesfalls aus. Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass eine rationale Auseinandersetzung in der Bürgerschaft in ähnlicher Weise durch Tabuisierung verhindert wird, wie der Mythos von der antifaschistischen DDR eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verhindert hat. Für eine rationale Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit ist es vielmehr von entscheidender Bedeutung, beiden Einstellungsmustern das positive Gegenbild des Verfassungspatriotismus entgegenzustellen und seine Verankerung in der Gesellschaft zu fördern. Auch hier hat diese Aufgabe bei den Jüngeren hohe Priorität. Zweitens kann für den Staat der Aufruf zu Toleranz und andere symbolische Politik nicht ausreichen. Die staatliche Politik muss vielmehr die Rechte von Ausländern und die ihr korrespondierenden Schutzpflichten des Staates deutlich in den Vordergrund stellen. Ausländer haben mehr als einen Anspruch lediglich auf Toleranz: sie haben einen Rechtsanspruch auf Respekt und Schutz ihrer Menschenrechte. Die Menschenrechte von Ausländern und ihr Schutz können nicht stark genug akzentuiert werden.

Anhang I

Tabellarische Übersichten

- A 1 Vorteile oder Nachteile der Einheit
- A 2 Wirtschaftliche Lage besser als 1990?
- A 3 Persönliche wirtschaftliche Lage besser als 1990?
- A 4 Rechtssicherheit besser als 1990?
- A 5 Kriminalität besser als 1990?
- A 6 Wirtschaftliche Lage in Thüringen
- A 7 Eigene finanzielle Lage
- A 8 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 9 Sozialismus ist eine gute Idee
- A 10 Zufriedenheit mit der Demokratie
- A 11 Demokratie besser als andere Staatsideen?
- A 12 Demokratie sorgt für hohes Maß an Freiheit
- A 13 Demokratie sorgt für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit
- A 14 Vertrauen zur Bundesregierung
- A 15 Vertrauen zur Landesregierung
- A 16 Vertrauen zu den Gerichten
- A 17 Vertrauen zur Polizei
- A 18 Politiker verdienen mehr Respekt
- A 19 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 20 In der Politik geht es nur um Macht
- A 21 In der Politik wird zuviel geredet
- A 22 Bei einer Unterschriftensammlung mitmachen
- A 23 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 24 An einer Demonstration teilnehmen

- A 25 An einer Demonstration teilnehmen, auch bei Gewalt
- A 26 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen
- A 27 Die meisten über politische Fragen informiert
- A 28 Volksentscheid bei wichtigen Fragen
- A 29 Thüringen ist meine Heimat
- A 30 Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen
- A 31 Identifikation
- A 32 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser
- A 33 Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland
- A 34 Gesetze gegen Gebrauch englischer Ausdrücke
- A 35 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- A 36 Wegen Arbeitslosigkeit Ausländer zurück in die Heimat
- A 37 Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen
- A 38 Menschenrechte für Ausländer konsequent durchsetzen
- A 39 Nationale Interessen offensiver vertreten
- A 40 Deutsche anderen überlegen
- A 41 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 42 Die Juden passen nicht zu uns
- A 43 Der Stärkere soll sich durchsetzen
- A 44 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 45 Wahl rechtsextremer Parteien
- A 46 Ausländer mit Gewalt in die Schranken weisen
- A 47 Wir brauchen eine starke Hand
- A 48 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 49 Bedrohung durch Rechstradikale
- A 50 Kontakt zu Ausländern

Anhang II

Michael Edinger

Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Bestandsaufnahme und Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur

I.	Begriff und Dimensionen des Rechtsextremismus	A 56
II.	Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland	A 58
	1. Rechtsextreme Einstellungsmuster	A 58
	2. Rechtsextremes Verhalten und organisierter Rechtsextremismus	A 61
	2.1 Rechtsextreme Parteien	A 61
	2.2 Wahlen	A 65
	2.3 Nicht-parteilich organisierter Rechtsextremismus	A 69
	2.4 Straf- und Gewalttaten	A 71
III.	Erklärungsmuster des ostdeutschen Rechtsextremismus	A 76
	1. Sozialpsychologische Ansätze: Autoritäre Persönlichkeit	A 77
	2. Modernisierungstheoretische Ansätze: "Aufstand" der Desintegrierten	A 79
	3. Konzepte der relativen (politischen) Deprivation	A 81
	4. Rechtsextremismus als Subkultur: Modebegriff "Rechts"	A 82
	5. Thematisierungskonzepte: Eskalation durch Berichterstattung	A 83

IV. Resümee: Leistungen und Desiderate	
der Rechtsextremismusforschung.....	A 86
Literatur.....	A 88

Kaum ein Thema von gesellschaftspolitischer Relevanz ist in der Literatur – sei sie politischer, publizistischer oder wissenschaftlicher Provenienz – so ausgiebig analysiert und interpretiert worden wie der Rechtsextremismus. Während eine (Auswahl-)Bibliographie der Bibliothek des Deutschen Bundestags für die Jahre 1998 bis Ende September 2000 fast 120 vorwiegend wissenschaftlich orientierte Monographien und Aufsätze auflistet, dürften sich allein mit den Titeln zum Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern Dutzende von Regalmeter füllen lassen. Angesichts dieser Vielzahl von Publikationen, von denen ein nennenswerter Teil als sozialwissenschaftliche Fachliteratur firmiert, muss überraschen, dass die bisherige Forschungsbilanz von kompetenter Seite als rudimentär, unsystematisch und in ihrem theoretischen Gehalt defizitär eingeschätzt wird. So geht einer der wichtigsten politologischen Sammelbände zum Thema davon aus, dass die "Rechtsextremismusforschung erst in den Anfängen steckt" (*Winkler/Jaschke/Falter* 1996: 19); eine neuere Arbeit stellt fest, dass "es in der bisherigen Rechtsextremismusforschung, trotz der Vielfalt von Forschungsarbeiten, nicht gelungen ist, eine empirische Erklärung von Rechtsextremismus zu liefern" (*Mantino* 1999:12). Schließlich wird moniert, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus "nie kontinuierlich, sondern nur in konjunkturellen Schüben" erfolgt sei (*Butterwegge* 1996: 9).

Für die Forschung zum Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern stellen sich – unabhängig davon, ob man die zitierten Urteile als gerechtfertigt oder als bloße Karikatur des sozialwissenschaftlichen Kenntnisstands betrachtet –, einige Probleme in besonderer Schärfe. So stehen die überaus zahlreichen Erklärungsansätze für unterschiedliche, unter dem Terminus Rechtsextremismus subsumierte Phänomene mehr oder minder unvermittelt nebeneinander. Die theoretischen Ausgangspunkte werden oftmals nicht expliziert. Wo das politische System der DDR und Sozialisationsverläufe im real existierenden Sozialismus als Erklärungsvariablen herangezogen werden, besteht darüber hinaus eine dürftige Quellenlage.

Gleichwohl liegen zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung eine Reihe von Erkenntnissen zum ostdeutschen Rechtsextremismus vor, die als gesichert gelten können. Diese beziehen sich vornehmlich auf seine Erscheinungsformen, während im Bereich der Ursachenforschung weiterhin einander widersprechende Erklärungsansätze mit zudem höchst unterschiedlicher Reichweite konkurrieren. Im Folgenden werden zunächst die empirischen Befunde der sozialwissenschaftlichen Literatur sowie der einschlägigen amtlichen Veröffentlichungen (Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder) zum Rechtsextremismus in Ostdeutschland präsentiert.

Auf dieser Grundlage erfolgt in einem zweiten Schritt eine vergleichende Darstellung der wesentlichen, spezifisch auf die ostdeutsche Situation zugeschnittenen Erklärungsmuster. Wichtiges Anliegen neben der Präsentation der einzelnen Erklärungsansätze ist dabei, diese soweit wie möglich nach inhaltlichen und formalen Gesichtspunkten aufeinander zu beziehen. Zugleich sollen ihre jeweiligen Stärken wie Defizite herausgearbeitet werden. Den Abschluss bilden knappe Ausführungen zu den fortbestehenden Lücken bei der Erforschung des Rechtsextremismus.

Einbezogen in den Literaturüberblick sind sozialwissenschaftliche und unter diesen wiederum vorwiegend politikwissenschaftliche Texte seit dem Erscheinungsjahr 1990. Zentrales Auswahlkriterium ist, dass wesentliche in der (Fach-)Literatur diskutierte Ansätze repräsentiert sind.²⁶ Monographien und Sammelbände sind stärker vertreten als Zeitschriftenliteratur. Wenn im Folgenden vornehmlich auf den ostdeutschen Rechtsextremismus eingegangen

²⁶ Die Auswahl der Texte ist auch mit Blick auf das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie erfolgt. Schon aus diesem Grund ist zu keinem Zeitpunkt erstrebt worden, einen vollständigen Überblick über sozialwissenschaftliche Erklärungsmuster zu bieten.

wird, dann impliziert diese Schwerpunktsetzung selbstverständlich nicht, dass es sich dabei allein oder vordringlich um ein ostdeutsches Phänomen handelt. Eine derartige Vereinfachung mag Medien- oder politischen Interessen dienen, einer seriösen Betrachtung hält sie nicht Stand (so auch *Pfahl-Traughber* 2000). Schon die Tatsache, dass weiterhin die zahlenmäßig meisten Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund in Westdeutschland verübt werden, spricht dagegen. Hinzu kommt, dass das Zentrum des organisierten Rechtsextremismus in der alten Bundesrepublik liegt und von dort die "Aufbauarbeit" im Osten Deutschlands erfolgt ist und zum Teil auch weiterhin in West-Ost-Richtung betrieben wird.

Allerdings belegt die überproportional große Zahl von Übergriffen gegen Ausländer wie von sonstigen relevanten Straftaten besondere Erscheinungsformen und Ausprägungen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Erscheinungsformen, die den neuen Ländern den Nimbus eines Zentrums rechtsextremistischer und speziell ausländerfeindlicher Gewalt verschafft haben. Berücksichtigt man neben der Bevölkerungszahl noch den im Vergleich zu den westdeutschen Ländern ausgesprochen geringen Ausländeranteil auf dem Gebiet der früheren DDR, ergibt sich in der Tat ein alarmierender Befund: Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer fremdenfeindlichen Straftat zu werden, ist auf dem Gebiet der früheren DDR 20-25 Mal größer als in der alten Bundesrepublik (*Pfeiffer* 1999, 2000). Um so dringlicher erscheint es, die ostdeutschen Besonderheiten des Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen. Angesichts einer allenfalls als rudimentär zu charakterisierenden Forschungslage zu Thüringen sind davon am ehesten Erkenntnisse zu erwarten, die auch für den Freistaat Gültigkeit beanspruchen können. Um Ausmaß, Strukturmerkmale und Entwicklungen des Rechtsextremismus einschätzen zu können, dient die Situation in Westdeutschland wiederholt als Referenzpunkt. Erst der Vergleich mit den alten Bundesländern vermag Aufschluss über Spezifika und etwaige abweichende Entwicklungspfade zu geben.

I. Begriff und Dimensionen des Rechtsextremismus

Rechtsradikalismus, Faschismus, Skinhead-Gewalt, Rechtspopulismus, Neue Rechte, Neonazismus – schon eine cursorische Lektüre neuerer Arbeiten zum Themenfeld des Rechtsextremismus führt eindrucksvoll vor Augen, dass von einer klaren, präzisen, zumal einheitlichen Terminologie nicht die Rede sein kann. Die Klage über das babylonische Sprachgewirr in der Forschung gehört denn mittlerweile auch zum Standardrepertoire jeder Literaturübersicht bzw. jeglicher Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand (z.B. *Jaschke* 1994: 24f.; überzeichnend *Druwe* 1996). So berechtigt die Hinweise auf Unklarheiten in der Terminologie, Inkonsistenzen bei der Verwendung einzelner Begriffe sowie fehlende Abgrenzungen und Hierarchisierungen usw. sind, so wenig lässt sich übersehen, dass die vielfältigen Begriffsbestimmungen erhebliche Überschneidungen aufweisen – und sich dementsprechend Merkmale des Rechtsextremismus identifizieren lassen, die in der Forschung weithin als unstrittig gelten können.

Konsens besteht darüber, dass eine eindimensionale Betrachtung des Rechtsextremismus – Beispiele dafür wären seine Reduktion auf Rassismus oder auf Demokratiefeindschaft – unzureichend ist. Stattdessen erscheint es sinnvoll, vom Rechtsextremismus als einem Syndrom auszugehen, d.h. ihn als komplexes Bündel von Einstellungen und Werthaltungen zu verstehen. Zu den Dimensionen des Rechtsextremismus gehören dann etwa Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit, ein übersteigerter Nationalismus bzw. Ethnozentrismus, Rassismus, stereotype Denkschemata oftmals nach dem Freund-Feind-Muster, Anti-Pluralismus bis hin zu einer völkischen Gemeinschaftsideologie, Antisemitismus und die Ablehnung der Menschenrechtsidee. Dabei wären invariante oder konstitutive Merkmale von variablen Merkmalen zu unterscheiden. Als Kern rechtsextremistischer Orientierungen gilt etwa die "Idee der Ungleichheit der Menschen" (Heitmeyer 1992: 16), also die Überzeugung, dass Menschen (z.B. in Abhängigkeit von Herkunft, Hautfarbe o.ä.) unterschiedliche Wertigkeit zukommt, in der Zuspitzung letztlich die Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben.

Eine andere Gewichtung ergibt sich, wenn stärker vom Terminus selbst ausgegangen wird. Extremismus bedeutet dann ganz allgemein die "Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln" (*Backes/Jesse* 1996: 45). Letzterer ist im Verhältnis des Staats zu den Bürgern durch die Gewährleistung von Freiheitsrechten charakterisiert, im Bereich des Regierungssystems vor allem durch das Prinzip der Gewaltenteilung. Darüber hinaus sind die Verfahrensweisen der politischen Konfliktaustragung und Willensbildung auf demokratische beschränkt und verbindlich fixiert. Besonderheit des Extremismus von Rechts ist in dieser Lesart eine Ideologie der Ungleichheit und das Bestreben, eine Ordnung unter Vorherrschaft einer aufgrund ethnischer oder nationaler Merkmale höherwertigen Gruppe zu errichten.

Für die Zwecke dieses Literaturberichts soll unter Rechtsextremismus ein Einstellungssyndrom verstanden werden, dessen Kern die Überzeugung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von ihnen zugeschriebenen bzw. vom Verhalten unabhängigen Merkmalen (Nationalität, Hautfarbe) bildet. Der Vorteil einer solchen "minimalistischen" Definition besteht darin, dass verschiedene Ausprägungen rechtsextremen Denkens auf ein ihnen zugrunde liegendes *rechtsextremes Menschenbild* zurückgeführt werden. Ausländerhass, Ethnozentrismus, Chauvinismus, Antisemitismus usw. sind in dieser Perspektive Ausformungen oder Konkretisierungen dieses Menschenbilds. Aus diesem ergibt sich dann auch die Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat, der auf der Unantastbarkeit der menschlichen Würde und den gleichen Rechten der Individuen beruht. Zugleich umgeht die

Definition die mit der Fixierung auf den demokratischen Verfassungsstaat verbundene Gefahr, das gesellschaftliche und politische Umfeld des Rechtsextremismus auszublenden und mit der Dichotomie von Extremisten und Demokraten einen etwaigen "Extremismus der Mitte" (zum Begriff *Lipset* 1962; vgl. auch *Narr* 1993) zu verkennen.

Entgegen der oben zitierten Begrifflichkeit Heitmeyers gehören weder die physische Gewaltausübung noch auch nur die Gewaltbereitschaft zu den konstitutiven Merkmalen des Rechtsextremismus. Eine rechtsextreme Gesinnung äußert sich – zumal außerhalb totalitärer Staaten – nur selten in Übergriffen gegen Ausländer o.ä. und nur zum Teil in der Wahl entsprechender Parteien. Sie impliziert aber immer die Befürwortung struktureller Gewalt, da Rechtsextreme die systematische Diskriminierung von als "minderwertig" Eingestuften nicht nur akzeptieren, sondern einfordern.

Eine hinreichend präzise begriffliche Bestimmung des Rechtsextremismus verlangt zusätzlich eine Abgrenzung gegenüber verwandten Termini. Der am engste verwandte Begriff ist Rechtsradikalismus, worunter in der Literatur überwiegend vergleichsweise weniger extreme Positionen und Organisationen am äußersten rechten Rand des Verfassungsbogens verstanden werden. Der Terminus mag aus der Perspektive des Verfassungsschutzes zur Unterscheidung von eindeutig und potenziell verfassungsfeindlichen Aktivitäten tauglich sein, für politikwissenschaftliche Zwecke scheinen diese Differenzierung und damit auch der Begriff selbst eher unergiebig. In eine ähnliche Richtung bei allerdings anderem Gegenstandsbereich zielt die Rede von der "Neuen Rechten" (*Mantino* 1993, *Gessenharter* 1994, *Gessenharter/Fröchling* 1998, *Pfahl-Traughber* 1998, kritisch dazu *Jesse* 1996). Damit wird die zeitweilig zu beobachtende Intellektualisierung des Rechtsextremismus bezeichnet. Diese geschieht im Rückgriff auf Denkmuster der "konservativen Revolution" der Weimarer Republik und erfolgt mit Blick auf den Versuch eines Brückenschlags zwischen (noch) demokratischem Konservatismus und Rechtsextremismus, wie er sich beispielhaft bei der Zeitschrift "Junge Freiheit" zeigt.

Neofaschismus und Neonazismus verweisen hingegen auf die geistige Orientierung an den historischen Herrschaftsformen des Faschismus und des Dritten Reiches, wobei in der Regel nur einige Ideologieelemente übernommen werden. Hierbei handelt es sich um einen Teilbereich des Rechtsextremismus, dessen *quantitatives* Gewicht eher gering zu veranschlagen ist.

II. Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Mit dem Fall der Mauer hat auch der am Rande der Montagsdemonstrationen im Winter 1989/90 erstmals für eine breite Öffentlichkeit sichtbare Rechtsextremismus im östlichen Teil Deutschlands das Interesse von Wissenschaft und Publizistik gefunden. Es richtete sich zunächst auf aktuelle Erscheinungsformen, mit einer gewissen Zeitverzögerung aber auch auf die Existenz rechtsextremer Bestrebungen und Gruppen in der DDR (allgemein zum Thema *Ködderitzsch/Müller* 1990, *Neubacher* 1994, *Schumann* 1990, *Siegler* 1991, *Süß* 1993, *Waibel* 1996). Anfänglich war das entsprechende Forschungsinteresse im Wesentlichen eine Begleiterscheinung der in der Umbruchphase und im Prozess der deutschen Einheit generell verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber Entwicklungen in Ostdeutschland. Einen "eigenständigen" Platz in Medienberichterstattung und sozialwissenschaftlicher Forschung erhielt der Rechtsextremismus mit dem drastischen Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten ab 1991. Diese 1992 und 1993 ihren bisherigen Höhepunkt erreichende Gewalteskalation von Rechtsaußen blieb zwar nicht auf die neuen Länder beschränkt, hatte hier aber – bezieht man die Zahl der Straftaten auf die Einwohnerzahl – ihren regionalen Schwerpunkt. Zusätzlich kamen die Anschläge im sächsischen Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen einer Initialzündung gleich, zumal auf Grund der offen bekundeten Sympathie von breiten Teilen der Bevölkerung für die rechtsextremen Gewalttäter.

Mit den Gewalttaten wird jedoch nur *eine*, nämlich die sichtbarste Erscheinungsform des Rechtsextremismus erfasst. Um ein gleichermaßen vollständiges wie differenziertes Bild zu erhalten, müssen auch andere Formen rechtsextremen Handelns sowohl von Individuen als auch von Gruppen einbezogen werden. Im Einzelnen werden nachfolgend die Unterstützung von rechten Flügelparteien, insbesondere das Wahlverhalten, der parteilich und anderweitig organisierte Rechtsextremismus sowie ihm ideologisch nahe stehende Subkulturen dargestellt.

Dem Verhalten vorgelagert und viel weiter verbreitet sind rechtsextreme Einstellungen und Orientierungen. Als Fundament, Nährboden und Bezugspunkt für entsprechendes Handeln – von der Stimmabgabe zugunsten der DVU über die Beteiligung an einer Demonstration zu Hitlers Geburtstag bis hin zur physischen Gewalt gegen Ausländer – kommt ihnen erhebliche Bedeutung zu, sodass sie hier an den Anfang der Skizze des ostdeutschen Rechtsextremismus gestellt sind.

1. Rechtsextreme Einstellungsmuster

Anders als beispielsweise fremdenfeindliche Gewalt sind rechtsextreme Einstellungen schwer festzustellen und müssen, sollen verallgemeinerbare Aussagen gemacht werden, in Umfragen ermittelt werden. Da die öffentliche Akzeptanz entsprechender Orientierungen in demokratischen Verfassungsstaaten und besonders in der Bundesrepublik tendenziell gering ist, unterliegt ihre Äußerung, auch wenn sie anonym erfolgt, in besonderem Maße dem Effekt der sozialen Erwünschtheit. Die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte nicht ihre tatsächliche Meinung äußern, sondern das von ihnen tatsächlich oder vermeintlich Erwartete, steigt je nach politischen Entwicklungen und aktuellem gesellschaftlichen Klima weiter an. Daher sind einmalige Befragungen zu rechtsextremen Einstellungen weit weniger aussagekräftig als Paneluntersuchungen, die Meinungstrends über einen längeren Zeitraum erfassen; die empirische Basis ist denkbar schmal und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) und die europäisch vergleichenden EUROBAROMETER. Daneben sind eine Fülle von punktuellen Befragungen durchge-

führt worden, deren Daten jedoch in aller Regel für Sekundäranalysen nicht zur Verfügung stehen.

Erfragt worden sind in der Regel lediglich einzelne Aspekte des Rechtsextremismus, insbesondere Ausländerfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Zur Ermittlung von Trends in Ostdeutschland sind selbst die ALLBUS-Daten wenig aussagekräftig, da nur wenige relevante Fragen gestellt wurden. Die Auswertung von vier seit 1980 kontinuierlich gestellten Fragen zur Akzeptanz von bzw. Diskriminierungsbereitschaft gegenüber Ausländern ergibt für Westdeutschland bis 1994 einen klaren Trend der Abschwächung ausländerfeindlicher Einstellungen. Allein 1996 steigt erstmalig die Zustimmung bei allen vier Fragen. In den neuen Ländern erfuhren 1994 bei zwei der vier Fragen (Ausländer bei Arbeitsplatzmangel zurückschicken; Ablehnung binationaler Ehen) deutlich stärkere Zustimmung als im Westen, während bezüglich der beiden anderen (Lebensstilanpassung; Verbot politischer Betätigung) kein Unterschied bestand. Zwei Jahre später nahmen die ablehnenden Haltungen zu, und zwar in stärkerem Ausmaß als in Westdeutschland.

Deutliche Ost-West-Unterschiede ergaben sich frühzeitig hinsichtlich der Zuzugsbeschränkungen für bestimmte Gruppen von Ausländern. Bereits 1991 sprachen sich deutlich mehr ostdeutsche Befragte als westdeutsche für die Unterbindung des Zuzugs von zwei Ausländergruppen aus: Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten und besonders nachdrücklich Arbeitnehmern aus EU-Staaten. Hingegen zeigten sich die Ostdeutschen gegenüber den Asylbewerbern toleranter eingestellt als die Vergleichsgruppe aus den alten Ländern. Bis 1996 stieg analog zu den oben genannten Aussagen der Anteil derjenigen, die einen Zuzug unterbinden wollen, in beiden Landesteilen an, dabei in Ostdeutschland stärker. 1996 lehnten mehr als drei Mal so viele Ost- wie Westdeutsche jeglichen Zuzug von Arbeitnehmern aus EU-Staaten ab. Eine genauere Analyse zeigt, dass die steigende Ablehnung des Zuzugs von Ausländern im Zeitraum zwischen 1992 und 1996 erfolgt ist und nicht zwischen 1991 und 1992. Die Erklärung für die überaus starke Ablehnung des Zuzugs von Ausländern aus dem Bereich der EU dürfte in der ostdeutschen Arbeitsmarktsituation zu finden sein und in der befürchteten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die in der allgemeinen Wahrnehmung weit mehr von EU-Arbeitnehmern als von etwa von Asylbewerbern ausgeht.

Haben die ALLBUS-Daten von 1994 und 1996 erste Trends in Ostdeutschland erkennen lassen, so bieten die Befragung von 1996 zusätzlich die Möglichkeit einer umfassenden Bestandsaufnahme hinsichtlich der Einstellungen gegenüber Ausländern und der Fremdenfeindlichkeit, da diese Themen den Schwerpunkt der ALLBUS 1996 bildeten. Auf der Basis einer aus 16 Items gebildeten Skala zur Fremdenfeindlichkeit werden im Rahmen einer Sekundäranalyse ca. 30% der Befragten bundesweit als deutlich oder stark fremdenfeindlich eingestuft. Dabei sind die Ostdeutschen in beiden Gruppen deutlich überrepräsentiert: 15% weisen stark fremdenfeindliche Einstellungen auf (gegenüber 8% in der alten Bundesrepublik), 26% zeigen sich deutlich fremdenfeindlich (Westdeutschland: 19%) (*Ahlheim/Heger* 1999: 28). Aufgeschlüsselt nach Bundesländern weist Thüringen 1996 nach Sachsen-Anhalt den höchsten Anteil fremdenfeindlich Eingestellter auf (*Ahlheim/Heger* 1999: 29). Die Abwehrhaltung gegenüber Ausländern steht in keinem Zusammenhang mit dem Anteil der Ausländer in der Nachbarschaft.

Fremdenfeindliche Einstellungen nehmen mit steigendem Alter zu; allerdings bildet die Altersgruppe der 18-25-Jährigen bei einzelnen Items (z.B. Ausländer nehmen Deutschen Arbeitsplätze weg) eine Ausnahme. Entgegen früheren Befunden aus den alten Bundesländern erweisen sich die Frauen in den neuen Ländern als stärker ausländerfeindlich als die Männer; dies gilt insbesondere für die Altersgruppe der 46-65-Jährigen. Lediglich in der jüngsten Altersgruppe der 18-25-Jährigen zeigen (deutlich) mehr Männer als Frauen ablehnende

Einstellungen. Ausländerfeindliche Haltungen finden sich – dieses Ergebnis deckt sich mit bisherigen Befunden – verstärkt bei den unteren Einkommensgruppen und bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau.

Während die Fremdenfeindlichkeit stärker ausgeprägt ist als in Westdeutschland, lassen sich für die neuen Ländern überproportional hohe Werte bei den Aussagen zu Autoritarismus und Antisemitismus nicht feststellen. Der Anteil autoritär Eingestellter ist in beiden Landesteilen etwa gleich, der der Antisemiten in der alten Bundesrepublik deutlich höher. Letzterer Befund bestätigt alle bisherigen Untersuchungen, die jeweils einen geringeren Antisemitismus in Ostdeutschland erbracht haben. Fremdenfeindliche Haltungen sind bei aktuell Arbeitslosen sehr viel häufiger und bei ihren Arbeitsplatz als bedroht Einschätzenden etwas häufiger anzutreffen als bei Arbeitsplatzbesitzern, die keine Arbeitslosigkeit befürchten.

Eine Momentaufnahme zum Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland 1998 bietet eine Repräsentativbefragung durch Forsa. Auf der Grundlage einer aus sechs Items gebildeten Rechtsextremismus-Skala mit den Dimensionen sozioökonomische und ethnische Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus, Pro-Nazismus und Autoritarismus²⁷ werden 13% der Bundesbürger als rechtsextrem identifiziert (*Stöss/Niedermayer* 1998). Das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Ostdeutschland liegt dabei mit 17% erheblich über dem in Westdeutschland (12%). Zusätzlich liegen die Werte jedes ostdeutschen Bundeslands höher als die jedes westdeutschen Bundeslands. Unter den neuen Ländern nimmt Thüringen eine Position im unteren Mittelfeld ein, wobei die Unterschiede nach oben und unten sehr gering sind. Differenziert man die Befunde nach einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus, so zeigt sich, dass vor allem Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern stärker verbreitet waren, während Nationalismus, Antisemitismus und pronazistische Einstellungen schwächer oder genau so ausgeprägt waren wie in der alten Bundesrepublik.

Besonders drastische Unterschiede traten bei der sozioökonomisch motivierten Fremdenfeindlichkeit zu Tage: Fast doppelt so viele Ostdeutsche wie Westdeutsche (39% gegenüber 23%) wiesen entsprechende Einstellungen auf. Soziodemographisch fällt auf, dass der für Westdeutschland eindeutige Anstieg rechtsextremer Einstellungen mit zunehmendem Alter im Osten nicht besteht. Zwar weist hier die Gruppe der 65-74-Jährigen die höchsten Werte auf, überproportional verbreitet sind rechtsextreme Orientierungen aber auch unter den 25-34-Jährigen. Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen nicht. Überdurchschnittlich häufig sind rechtsextreme Einstellungen in Ostdeutschland bei den Arbeitslosen (anders als im Westen) und bei den Arbeitern anzutreffen (stärker noch als im Westen).

Eine Reihe der Befunde aus der bundesweiten Erhebung von 1998 finden sich in einer auf Berlin und Brandenburg begrenzten Repräsentativuntersuchung zwei Jahre später bestätigt (*Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft / Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin* 2000). Die Vergleichbarkeit ist dadurch gegeben, dass bei beiden Befragungen dieselben sechs Items zur Messung rechtsextremer Einstellungen verwendet wurden. Nach den aktuellen Daten ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Brandenburg mit 21% (im Vergleich zu 19% 1998) ungefähr doppelt so hoch wie in West-Berlin (11%); zwischen Ost- und West-Berlin bestehen hingegen nur minimale Differenzen. Mit der Ausnahme des Antisemitismus ist die Zustimmung in Brandenburg auf allen Dimensionen teils drastisch höher als in West-Berlin.

Hinsichtlich der soziodemographischen Zusammenhänge bestätigen sich einige Ergebnisse des Jahres 1998: So bestehen in Brandenburg (wie in Berlin) keine geschlechtsspezifischen Unterschiede; die Arbeitslosen und außerdem die Rentner sind deutlich überrepräsentiert, nicht aber die Arbeiter. Als besonders anfällig für rechtsextremes Gedankengut erweisen sich

²⁷ Die Klassifizierung der Befragten lässt sich infolge fehlender Angaben nicht genau nachvollziehen.

die sozial schlechter Gestellten. Anders als zwei Jahre zuvor in den neuen Bundesländern insgesamt nehmen in Brandenburg die rechtsextremen Einstellungen mit steigendem Alter zu. Weit überproportional unter den rechtsextrem Eingestellten sind Personen vertreten, die dem politischen System ablehnend gegenüber stehen und die eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erwarten.

An vergleichbaren Daten zu *Thüringen* mangelte es bis zur Durchführung des Thüringen-Monitors 2000. Für ausgewählte Gruppen, in aller Regel Schüler an Jenaer Schulen, liegen jedoch aussagekräftige (gleichwohl aber keine repräsentativen) Daten auf der Grundlage methodisch ausgefeilter Erhebungen vor. Namentlich Frindte und seine Mitarbeiter am Institut für Psychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena führten wiederholt Mehrthemenbefragungen mit großen Schülergruppen durch, bei denen die Themenfelder Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mehr oder minder breiten Raum einnahmen (Frindte 1992, Frindte u.a. 1993, eine stärker qualitative Orientierung bei Frindte 1995). Nach der aktuellsten Erhebung an sechs Jenaer Schulen aus dem laufenden Jahr (2000) wurden 13% der Schüler als rechtsextrem eingestuft, wobei der Unterschied zwischen Jungen (22%) und Mädchen (6%) drastisch ausfiel (Befragung 2000:58-63).

Die Erklärung dafür liegt in der Rechtsextremismusskala, die in enger Anlehnung an Heitmeyer aus den Dimensionen Ungleichwertigkeitsideologien und Gewalt gebildet wurde.²⁸ Wegen der vergleichsweise geringen Gewaltakzeptanz und -bereitschaft der Mädchen fällt ihr Anteil an den rechtsextremen Schülern gering aus, allerdings ergibt sich auch bei der Ideologie-Dimension eine signifikante Differenz (Mädchen: 19%, Jungen: 32%). Frindte u.a. hatten bereits in vorausgegangenen Untersuchungen deutlich stärker ausländerfeindliche, führerorientierte und auf die Ungleichwertigkeit von Menschen abstellende Einstellungen unter männlichen Jugendlichen festgestellt (Frindte u.a. 1993:53). Erwartungsgemäß bestanden gravierende Unterschiede zwischen Regelschülern und Gymnasiasten, die sich relativ immun gegenüber rechtsextremen Einstellungen zeigten. Zu in der Tendenz gleichen Ergebnissen kommt auch eine Befragung Jenaer Schüler, Studenten und Berufsschüler durch Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.²⁹ Auf der Basis eines Vergleichs der bereits im Vorjahr befragten Schulen ergab sich beim Index der Ungleichwertigkeitsideologien ein Anstieg von 20% auf 29%.

2. Rechtsextremes Verhalten und organisierter Rechtsextremismus

2.1 Rechtsextreme Parteien

Mit dem Fall der Mauer bot sich auch den rechtsextremen Parteien die Möglichkeit, ihre Aktivitäten auf die DDR bzw. dann auf Ostdeutschland zu erweitern, neue Mitglieder zu rekrutieren und schließlich auch bei Wahlen anzutreten. Der Aufbau von Parteistrukturen in Ostdeutschland erfolgte mit starker organisatorischer und finanzieller Unterstützung aus dem Westen. Insofern kann nicht überraschen, dass mit DVU, NPD und Republikanern in den neuen Ländern vor allem jene Parteien präsent sind, die auch in der alten Bundesrepublik den rechten Rand des Parteienspektrums besetzen (eine knappe Überblicksdarstellung zu allen drei Parteien bei Neubacher 1996). Trotz der intensiven westdeutschen Aufbauhilfe blieben die Rekrutierungserfolge aller genannten Parteien zunächst jedoch begrenzt. Erst Ende der 90er Jahre gelang es den rechten Flügelparteien, im Zuge von Wahlerfolgen (s.u.) und/oder

²⁸ Zur Kritik an einem solchen Verständnis von Rechtsextremismus vgl. oben Kap. I.

²⁹ Die Berufsschüler zeigten weit überdurchschnittliche fremdenfeindliche Orientierungen. Vgl. Best u.a. (2000).

Mobilisierungserfolgen die eigene Mitgliederbasis zu verbreitern. Davon profitierten die genannten Parteien in unterschiedlichem Maße bei teils abweichenden Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland.

Die stärksten Anstrengungen beim Aufbau von Parteistrukturen und der Mitgliederrekrutierung unternahmen Anfang der 90er Jahre die Republikaner (REP),³⁰ die zur ersten freien Volkskammerwahl 1990 noch nicht zugelassen worden waren. Seit Ende 1989 verbreiteten sie Propagandamaterial in der DDR und schon frühzeitig ernannten sie einen sogenannten Mitteldeutschland-Beauftragten. Die Erwartungen, in der durch den politischen und gesellschaftlichen Umbruch verunsicherten und in einem autoritären Staat sozialisierten ostdeutschen Bevölkerung mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Einstellungen auf positive Resonanz zu stoßen, erfüllten sich nicht. Neben der Attraktivität der PDS als politisches (nicht nur Wahl-)Angebot für Unzufriedene und "Einheitsverlierer" waren dafür personelle Auseinandersetzungen in der Partei und das schwache Personalreservoir verantwortlich. Von Bedeutung könnte auch die programmatische Neuorientierung sein, in deren Verlauf die Partei ihre Positionen beginnend mit der Verabschiedung eines neuen Programms 1990 zumindest verbal gemäßigt hat und unter ihrem – innerparteilich umstrittenen – Vorsitzenden Schlierer einen stärkeren Abgrenzungskurs gegenüber extremistischen Kräften verfolgt.

Die NPD zeichnet sich im Unterschied zu den Republikanern seit den 70er Jahren durch notorische Erfolglosigkeit bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene aus (anstelle anderer zur NPD allgemein *Hoffmann* 1999). Seit der Vereinigung nahm ihre in den 80er Jahren relativ stabile Mitgliederzahl kontinuierlich ab und erreichte 1996 den historischen Tiefststand von bundesweit ca. 3500. Bereits diese Abwärtsentwicklung verdeutlicht, dass trotz der nominell vorhandenen Parteistrukturen die Ausdehnung in die neuen Länder zunächst wenig erfolgreich verlief. Ergebnislose Bemühungen um eine Kooperation mit der früheren DDR-Blockpartei NDPD und interner Richtungsstreit, der Anfang der 90er Jahre zum Austritt führender Repräsentanten aus der NPD führte, trugen dazu bei. Erst mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt 1996 gelang eine Trendwende.

Ursächlich dafür war eine ideologische Neuorientierung, deren Hintergrund sozialstrukturelle Veränderungen in der Mitgliedschaft bildeten. Während die NPD in Westdeutschland durch ältere Jahrgänge mit traditionell rechtsextremer Weltanschauung geprägt ist, hat sie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einschließlich ihrer regionalen Hochburg Sachsen Zulauf vor allem von jungen Männern erhalten. Diese entstammen teils rechtsextremen Skinhead-Gruppen, einige weisen eine enge Anbindung an neonationalsozialistische Verbände auf. Schon altersbedingt sowie infolge der Prägung durch die Skinhead-Kultur, teilweise auch aufgrund der Erfahrung gesellschaftlicher Marginalisierung sind diese Parteimitglieder stark aktionistisch orientiert und bilden damit einen Gegenpol zur Mehrheit der an "klassische" Parteiarbeit gewohnten westdeutschen Mitglieder. Damit verbindet sich eine geringe Distanz zu anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen mit der Konsequenz mehr als nur sporadischer Zusammenarbeit und gemeinsamer Aktionen. Im Verlauf der skizzierten innerparteilichen Entwicklungen hat die NPD vor allem in den neuen Ländern, aber keinesfalls nur dort an Mobilisierungskraft gewonnen. Zahlreiche Großveranstaltungen mit mehreren Tausend Teilnehmern, oftmals in der Form martialischer Märsche und unter starker Beteiligung von Aktivisten aus der Skinhead-Szene, sind Ausdruck des selbst erklärten "Kampfes um die Straße".

Ausgehend von den ostdeutschen Aktivisten gewannen auf der ideologischen Ebene dezidiert antikapitalistische Positionen an Bedeutung. Das rasante Mitgliederwachstum in den neuen

³⁰ Wegen ihrer vergleichsweise geringen Bedeutung in Ostdeutschland werden die REP hier nur cursorisch behandelt. Zur Literatur vgl. anstelle anderer *Obszerninks* 1999.

Ländern während der zweiten Hälfte der 90er Jahre, in dessen Folge der sächsische Landesverband zum größten bundesweit wurde, machte antikapitalistische Ideologiefragmente und zeitweilig sogar eine sozialistisch getränkte Rhetorik innerparteilich mehrheitsfähig. Diese Tendenz wurde durch den Aufstieg ostdeutscher Parteivertreter in den Vorstand und in Führungspositionen der Jungen Nationaldemokraten noch verstärkt. Die Forderungen nach einem "deutschen" oder auch "nationalen" Sozialismus und eine ambivalente Haltung zur DDR belegen die programmatische Neuorientierung der NPD. Sie hat ihr östlich der früheren innerdeutschen Grenze zusammen mit ihrer aktionistischen Orientierung zu ungeahnter Popularität verholfen: Ende der 90er Jahre stellt sie nicht nur die größte rechtsextreme Partei in den neuen Ländern dar, sondern auch die einzige mit einem überproportional hohen Anteil ostdeutscher Mitglieder. Die programmatische Neuausrichtung und der Aktionismus setzen die NPD allerdings auch einer doppelten Gefahr aus. Zum einen droht ihr im "Spannungsfeld von >Politik< und >Aktion<" (Pfahl-Traugher 1999: 158) eine innere Zerreißprobe, zum anderen bietet sie wegen ihrer offensichtlichen Zusammenarbeit mit gewalttätigen neonazistischen Gruppen und Skinheads Ansatzpunkte für den in den letzten Monaten diskutierten Verbotantrag.

Anders als die NPD und die REP unternahm die *Deutsche Volksunion (DVU)* als dritte größere rechtsextreme Partei nur geringe Anstrengungen zur organisatorischen und sozialkulturellen Verankerung in den neuen Ländern (eine Überblicksdarstellung bei *Obszerninks/Schmidt* 1998) Nennenswerte Mitgliederzahlen erreichte sie allein in Sachsen, während sie in den alten Ländern einige Jahre und nach Angaben des BfV auch aktuell die mitgliederstärkste Partei darstellt (*BMI* 2000: 38 und 49). Allerdings sind die Mitgliederangaben mit großer Vorsicht zu interpretieren, da offenbar auch Personen, die im Verteiler von Propagandaschriften sind, als Mitglieder gezählt werden. Während die DVU in Westdeutschland nur zu einzelnen Landtagswahlen in den Stadtstaaten und in Schleswig-Holstein antrat, verzichtete sie bei den ersten und zweiten ostdeutschen Landtagswahlen 1990 und 1994 gänzlich auf eine Kandidatur.

Strukturell unterscheidet sich die Partei insbesondere durch die Dominanz des Parteigründers und Multimillionärs Gerhard Frey wesentlich von der Konkurrenz im rechtsextremen Lager. Durch sein Kapital, die Herausgabe der größten rechtsextremen Zeitungen *Deutsche Nationalzeitung* und *Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger* sowie die Führung beinahe sämtlicher Parteigeschäfte von der Münchener Zentrale aus sichert sich der Verleger ein Entscheidungsmonopol. Ein genuines Parteileben im Sinne einer innerparteilichen Willensbildung besteht nicht; stattdessen überwiegen Direktiven des Vorsitzenden. Die autokratischen innerparteilichen Strukturen haben wiederholt zu Konflikten zwischen der Münchener Zentrale einerseits und einzelnen Landesverbänden bzw. Landtagsfraktionen geführt. Sie stellen darüber hinaus eine wichtige Ursache für den regelmäßigen – in Bremen und Schleswig-Holstein ebenso wie in Sachsen-Anhalt zu beobachtenden – Zerfallsprozess der Landtagsfraktionen dar. Innerhalb derselben markiert die Frage der Loyalität gegenüber Frey und der Parteizentrale neben persönlichen Animositäten und sachlichen Differenzen eine entscheidende Konfliktlinie.

Während die Programmatik mit einer starken Akzentuierung revisionistischer Themen und Positionen eher dem Profil der traditionellen Rechtsaußen-Parteien entspricht, sind ihre Wahlwerbung und die Kommunikationsformen ausgesprochen modern, stellenweise wohl geradezu "postmodern". So sind die letzten DVU-Landtagswahlkämpfe weitgehend ohne die öffentliche Präsenz von Kandidaten ausgekommen. Stattdessen erfolgten zumeist in geringem zeitlichen Abstand zum Wahltermin massive Plakatierungsaktionen. Spezielle Zielgruppen (Erstwähler, Rentner) wurden flächendeckend mit offiziös gehaltenen Schreiben zur Stimmabgabe für die DVU aufgefordert, was sich insbesondere in Sachsen-Anhalt 1998, aber im

folgenden Jahr auch in Brandenburg als Erfolgsrezept erwies. Auch nach der Erringung von Parlamentsmandaten sind die DVU-Landesverbände weithin gesichtslos geblieben bis hin zum Verzicht auf die Einrichtung von Bürgerbüros. Anders als bei den baden-württembergischen REP mutet ihre parlamentarische Arbeit (auch organisatorisch und in der Außenkommunikation) wenig professionell an, bleibt auf wenige Themen (Ausländer/Asyl und Fundamentalkritik an den etablierten Parteien) und auf das Plenum beschränkt und leidet unter der relativ geringen Qualifikation und mangelnden politischen Erfahrung ihrer Repräsentanten. Dennoch scheinen sich bei längerer Verweildauer im Parlament rudimentäre Kommunikationsformen mit der Parteibasis und den Anhängern herauszubilden (*Probst* 1995).

In Thüringen, wo die Gründung der Landesverbände jeweils 1991/92 erfolgt ist, erscheint die parteiliche Verankerung des Rechtsextremismus gemessen an der Mitgliederzahl, der organisatorischen Stabilität und der Mobilisierungskraft bislang eher gering. Die REP als anfänglich größte rechtsextreme Partei mit angeblich 600 Mitgliedern 1993 haben seitdem einen kontinuierlichen Rückgang zu verzeichnen, während die DVU lange Zeit auf dem Mitgliederstand eines großen Stammtisches stagnierte, bevor sie im Gefolge der sachsen-anhaltinischen Landtagswahlen einen massiven Zulauf erhielt (Tab. 1).

Tab. 1: Mitgliederzahl rechtsextremer Parteien in Thüringen

	NPD	REP	DVU	Summe
1990/1991	Gründung LV	–	Gründung LV	k.A.
1992	140	Gründung LV	30 (k.B.)	k.A.
1993	60	(600) k.B.	100 (k.B.)	k.A.
1994	60	(350) k.B.	50-100	k.A.
1995	50	200-250	<50	300-350
1996	40	280	<50	<370
1997	90	260	40	390
1998	200	220	200	620
1999	260	190	200	650

LV= Landesverband; k.A.= keine Angabe; k.B.= keine Beobachtung

Quelle: Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzberichte, 1994ff.; *Stöss* 1999

Mitgliederstärkste Partei ist inzwischen jedoch die elektoral unbedeutende NPD, die anscheinend auch über die größte Mobilisierungsfähigkeit verfügt. Ebenso wenig wie auf Bundesebene ist sie jedoch in der Lage oder willens, ein auch nur zeitweiliges Bündnis zwischen den Parteien der extremen Rechten zu erreichen. Ansätze zu einem solchen gingen im Freistaat von den REP aus, die zusammen mit dem Bund Freier Bürger und der DM-Partei eine gemeinsame Wahlkampfliste "Bündnis 99" für die Landtagswahlen 1999 bildeten. Mit etwa 2,6 pro 100.000 Einwohner liegt der Mitgliederbestand rechtsextremer Parteien nur etwa halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wählt man jedoch die Gesamtmitgliederzahl aller politischen Parteien als Bezugsgröße, so liegt der Anteil der parteilich organisierten Rechtsextremen in Thüringen deutlich über dem westdeutschen Wert.

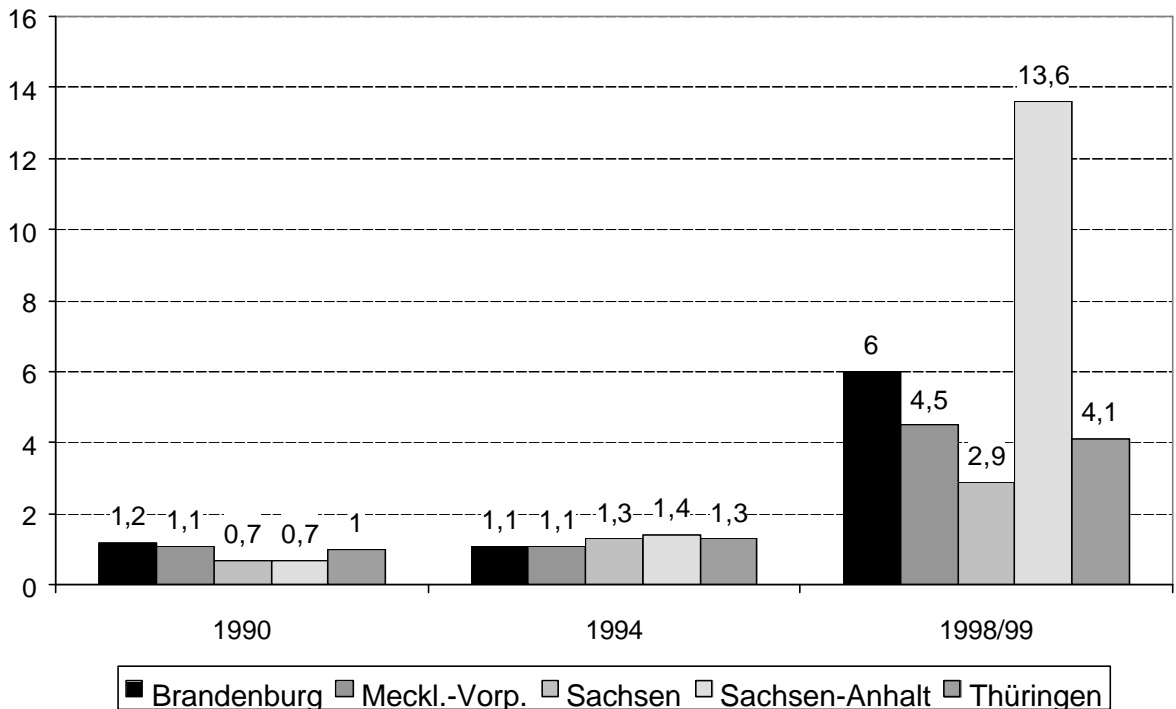
2.2 Wahlen

Zu den zentralen Aufgaben politischer Parteien in demokratischen Verfassungsstaaten gehören die Mitwirkung an der politischen Willensbildung sowie die Rekrutierung von politischem Personal und damit ihre Teilnahme an Wahlen. Anders als die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, der 1994 vom Bundesverfassungsgericht der Parteicharakter abgesprochen und die danach vom Bundesinnenministerium verboten wurde, erfüllen die hier betrachteten Parteien aus dem rechtsextremem Spektrum diese Mindestanforderungen. Allerdings erfolgt die Beteiligung an Wahlen selektiv, oftmals in Abhängigkeit von der Einschätzung der Erfolgsaussichten, insbesondere der Chancen auf die Wahlkampfkostenerstattung. In einer Reihe von Fällen hat es zwischen DVU und REP, teils auch der NPD Absprachen über die Kandidatur gegeben, um eine Konkurrenz unter den Parteien des rechtsextremen Lagers zu verhindern.

Seit der deutschen Vereinigung haben die Rechtsaußen-Parteien in Westdeutschland einige spektakuläre Wahlerfolge erzielt, darunter der ungefährdete wiederholte Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg (1992 und 1996), die Erlangung von Mandaten in Bremen (1991) und Schleswig-Holstein (1992) sowie das zweimalige knappe Scheitern an der 5%-Hürde in Hamburg (REP 1993, DVU 1997). Ostdeutschland hingegen erwies sich zunächst als schwieriges Wahlgebiet für alle rechtsextremen Parteien – und zwar auf sämtlichen Ebenen von den Kommunalwahlen bis zu denen zum Europaparlament. Bei den ersten beiden gesamtdeutschen Bundestagswahlen erhielten sie – bei insgesamt geringer Unterstützung – erheblich weniger Zustimmung als im alten Bundesgebiet. Während die Prozentwerte für die NPD etwa gleich waren, fiel der Unterschied bei den REP deutlich aus – die DVU hatte erst gar nicht kandidiert. Die elektorale Durststrecke fand in den zehn ostdeutschen Landtagswahlen 1990 und 1994 ihre Parallele. Alle rechtsextremen Flügelparteien gemeinsam erreichten jeweils nicht einmal 2,5% der Stimmen, d.i. weniger als die Hälfte des (bezogen auf die einzelne Partei) für den Einzug ins Landesparlament erforderlichen Zweitstimmenanteils von 5%.

Erst im Superwahljahr 1998 gelang eine Trendwende, die mit der Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus korrespondiert. Die rechtsextremen Parteien erreichten gleich ein doppeltes Novum: Erstmals schnitten sie bei den Bundestagswahlen – bei einem gemeinsamen Stimmenanteil von 3,3% (Werz 1998) – deutlich besser ab als in den alten Ländern. Vor allem aber gewann die DVU mit dem besten Ergebnis einer Rechtsaußen-Partei in der Geschichte der Bundesrepublik (12,9%) 16 Mandate im Landtag von Sachsen-Anhalt. Nach einem ähnlichen Wahlkampf, der allerdings dieses Mal von einer kritischen Medienberichterstattung begleitet war, scheiterte die Partei in Mecklenburg-Vorpommern deutlich an der 5%-Hürde. Hingegen hat sie 1999 in Brandenburg einen weiteren Wahlerfolg verbuchen können und stellt fünf Parlamentarier. Generell üben die rechten Flügelparteien und unter ihnen namentlich die DVU seit 1998 ostdeutschlandweit eine wachsende Attraktivität auf die Wähler aus (Abb. 1).

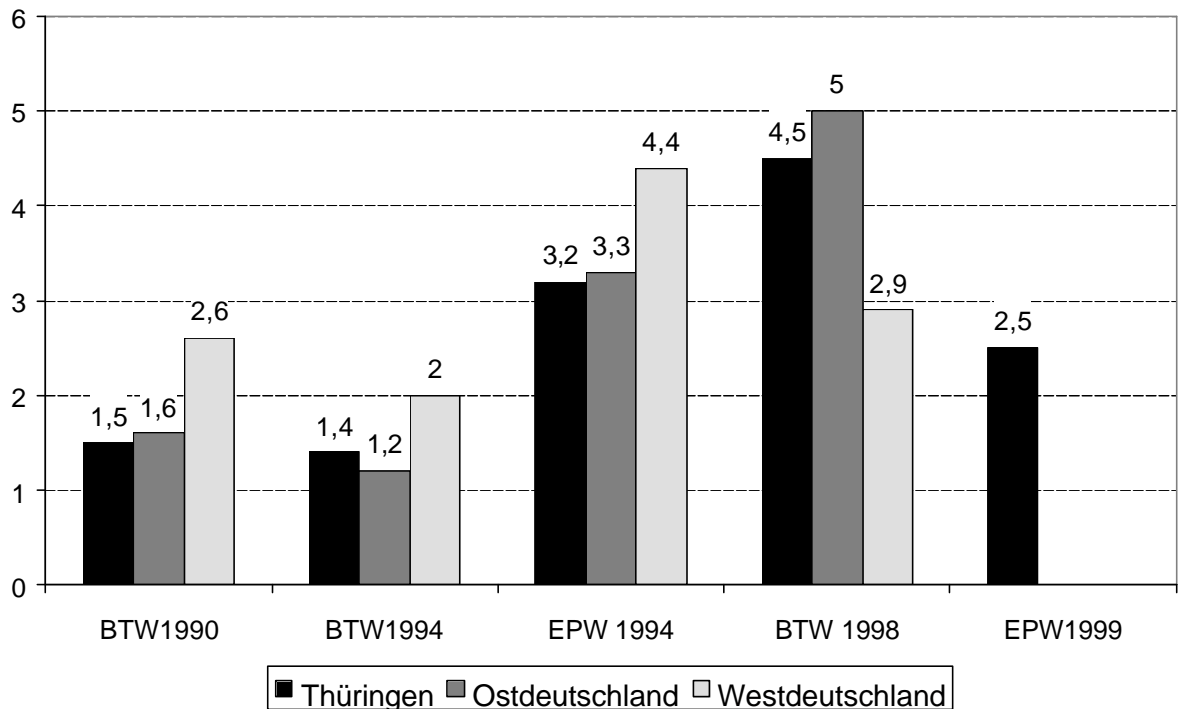
Abb. 1: Kumulierte Prozentwerte von DVU, REP und DVU bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland



Der lediglich vom Stimmenverlust der REP bei den Europawahl 1999 unterbrochene Trend wachsender Popularität der Rechtsaußen-Parteien lässt sich auch für Thüringen nachweisen. Mit Ausnahme der genannten Europawahl stiegen deren kumulierte Stimmanteile von 1994 zu 1998/99 deutlich an. Durchgängig entsprachen die Thüringer Ergebnisse in etwa denen der anderen neuen Länder, lediglich bei den Bundestagswahlen 1998 lagen sie um einen halben Prozentpunkt unter dem ostdeutschen Durchschnitt (Abb. 2). Ursächlich dafür dürfte im Wesentlichen gewesen sein, dass die NPD nicht zur Wahl zugelassen worden war.

In Verbindung mit den Wahlergebnissen der rechtsextremen Parteien verdient die Zusammensetzung ihrer Wähler- und Anhängerschaft Beachtung. Verschiedene Untersuchungen sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien sowohl hinsichtlich soziodemographischer Merkmale wie politischer Einstellungen systematisch von denen der etablierten Parteien unterscheiden (hinsichtlich der Soziodemographie für die 90er Jahre anderer Auffassung *Stöss* 1999: 122f.). Für die frühen 90er Jahre gilt, dass in Ostdeutschland unter den Anhängern (Parteidentifikation), Wählern (bekundete Wahlabsicht bei der Sonntagsfrage) und Sympathisanten (positive Werte auf einem Parteienskalometer von -5 bis +5) der rechtsextremen Parteien die Altersgruppe der 18-29-Jährigen, die Männer und die Facharbeiter drastisch überrepräsentiert waren (*Falter* 1994: 100). In der Tendenz decken sich diese "soziodemographischen Hochburgen" mit denen in der alten Bundesrepublik. Deutlich überdurchschnittlich vertreten sind unter den ostdeutschen Anhängern, in geringerem Maße auch bei den Wählern und Sympathisanten die Arbeitslosen. Zudem betrachten überproportional viele Anhänger und Wähler der rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern ihren Arbeitsplatz als gefährdet. Unterrepräsentiert sind hingegen durchweg Angestellte, Rentner und Personen mit einem hohen Bildungsniveau.

Abb. 2: Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Thüringen, Ost- und Westdeutschland (in Prozent der gültigen Zweitstimmen)



Weiterhin wirken eine enge Bindung an die Gewerkschaften und mehr noch eine starke Kirchenbindung immunisierend gegenüber der Wahl von und der Identifikation mit Rechtsaußen-Parteien. Allerdings schließen diese Bindungen Sympathien für DVU, NPD und REP nicht aus. Nur eine geringe Immunisierung geht von der bloßen Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder der Kirchenzugehörigkeit aus. So sind die ostdeutschen Gewerkschaftsmitglieder, von deren Haushaltsmitgliedern noch weitere der Gewerkschaft angehören, unter den Anhängern der rechten Flügelparteien sogar überrepräsentiert (Falter 1994:103). Den "ostdeutschen Idealtypus des Rechtswählers" Anfang der 90er Jahre charakterisiert Falter folgendermaßen: "Bei ihm handelt es sich um einen jüngeren, alleine lebenden Mann aus einer eher kleineren Gemeinde, der einen mittleren Schulabschluss aufzuweisen hat, Arbeiter, und zwar öfter Facharbeiter als an- und ungelernter Arbeiter ist, der seinen Arbeitsplatz häufiger als sein westdeutsches Pendant als gefährdet ansieht, im Gegensatz zu diesem keiner Konfession angehört und außerdem, wie sein Gegenpart aus den alten Bundesländern, kein Gewerkschaftsmitglied ist." (Falter 1994:106).

Bezüglich der politischen Einstellungen differenziert die Untersuchung Falters kaum nach Ost und West. Explizit wird auf die weit überproportionale Bedeutung des Themenkomplexes Asyl/Ausländer für die ostdeutschen Wähler der rechtsextremen Parteien hingewiesen. Aber auch die für Gesamtdeutschland konstatierten Charakteristika der entsprechenden Personengruppe dürften in der Tendenz auf Ostdeutschland übertragbar sein: Politikverdrossenheit, das Gefühl sozialer Benachteiligung und ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild – jeweils überproportional bezogen auf die Gesamtbevölkerung (Falter 1994: 136-153). Diese Merkmale stimmen mit denen überein, die an anderer Stelle als typisch für die Anhänger der rechten Flügelparteien genannt werden: "extrem rechte Grundorientierungen, starke politische Entfremdung und das Gefühl sozioökonomischer Bedrohung" (Stöss 1999: 122, auch bereits Stöss 1990).

Im Rahmen einer Sekundärdatenanalyse konnte darüber hinaus die Hypothese der rechtsextremen Protestwahl überprüft werden. Ihr zufolge rekrutiert sich ein beträchtlicher Teil der Wähler von REP und DVU, den in Wahlen erfolgreichsten Parteien am rechten Rand, aus

dem Kreis der Protestwähler, die per Stimmzettel ihre Unzufriedenheit mit den aktuellen politischen Verhältnissen zum Ausdruck brächten, ohne aber die rechtsextremen Positionen der genannten Parteien zu teilen. Diese Hypothese bestätigt sich nicht, vielmehr erweist sich ein rechtsextremes Weltbild als notwendige, wenngleich noch nicht hinreichende Bedingung für entsprechendes Wahlverhalten. Hinzutreten müssen eine überdurchschnittliche Politikverdrossenheit und/oder Empfindungen der Benachteiligung. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass "Politikverdrossenheit alleine ... ebensowenig zur Wahl rechter Parteien [führt] wie die Existenz eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes. Vielmehr müssen beide Faktoren zusammenkommen, eine politische Protesthaltung und rechtsradikale Einstellungen" (Falter 1994: 157).

Der enge Zusammenhang von rechtsextremem Weltbild und einem entsprechenden Wahlverhalten findet sich auch durch eine bundesweite Repräsentativbefragung aus dem Jahr 1998 bestätigt. Danach äußerten 15% der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen eine Wahlabsicht zugunsten von REP, DVU oder NPD gegenüber 0% der Personen mit niedrigen Werten auf einer Rechtsextremismus-Skala. Die Relation bei der Wahlbereitschaft betrug 32% zu 3% (Stöss 1999: 127). Als besonders anfällig in puncto Stimmabgabe für eine Rechtsaußen-Partei erwiesen sich in den neuen Ländern Männer, jüngere Alterskohorten, Arbeiter und Selbständige. Überraschenderweise stieg in Ostdeutschland die entsprechende Wahlbereitschaft mit dem Einkommen, und die Arbeitslosen wiesen entgegen früheren Erhebungen keine überdurchschnittlichen Werte auf. Darüber hinaus bestätigte sich erneut, dass die große Mehrheit der Befragten mit rechtsextremen Orientierungen nicht die rechten Flügelparteien wählt, sondern entweder für eine der beiden Volksparteien stimmt oder gar nicht zur Wahl geht.

Für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998, bei denen erstmalig in den neuen Ländern eine rechtsextreme Partei die 5%-Hürde überwand, gilt dieser Befund jedoch nicht ohne Weiteres. Mit einem Zweitstimmenanteil von 12,9% erreichte die DVU nicht nur das beste Wahlergebnis einer rechtsextremen Partei in der Geschichte der Bundesrepublik, sondern schöpfte auch einen beträchtlichen Teil ihres Stimmenpotenzials – der Wahlberechtigten mit rechtsextremen Einstellungen – aus. In einigen gesellschaftlichen Gruppen wurde sie zur erfolgreichsten Partei. So stimmte etwa ein Drittel der jungen Männer (18-24 Jahre) für die DVU, die damit in dieser Alterskohorte auf ungefähr denselben Prozentanteil (32%) kam wie die beiden "Volksparteien" CDU und SPD zusammen. Überdurchschnittlich erfolgreich war die Partei auch bei Arbeitern, Auszubildenden und Arbeitslosen (Schieren 1998:65-67). Ihre Stimmen gewann sie weit überwiegend unter den bisherigen Nichtwählern (53%), zu einem geringeren Teil auch bei den bisherigen Wählern der CDU (13%), der SPD (6%) und der PDS (6%). Vergleicht man die Wähler der DVU hinsichtlich ihrer Ansichten mit der Wählerschaft insgesamt, so fällt auf, dass sich unter ihnen überproportional viele Personen befanden, die die wirtschaftliche Lage negativ bewerteten und mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden waren (Holtmann 1998:26). Begünstigt wurde der Wahlerfolg der Frey-Partei durch das Wahlrecht in Sachsen-Anhalt, das es der DVU ermöglichte, keinen einzigen Direktkandidaten aufzustellen und solchermaßen einen Wahlkampf ohne Personal zu führen sowie das schwache politische Format ihrer Kandidaten zu kaschieren (kritisch dazu Thränhardt 1998).

Der Überraschungserfolg der DVU ermutigte die Partei zu Kandidaturen bei der Bundestagswahl 1998 und bei allen ostdeutschen Landtagswahlen 1998/99 mit Ausnahme der sächsischen. Im Sog des sachsen-anhaltinischen Wahlergebnisses wurde sie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zur bei weitem stärksten Kraft des rechtsextremen Lagers. In Brandenburg gelang ihr, wenn auch ungleich knapper als in Sachsen-Anhalt, der Einzug in den Landtag. Damit hat sich der regionale Schwerpunkt der parlamentarischen Präsenz der DVU von Nord- nach Ostdeutschland verlagert. Auf eine Veränderung der Struktur

und Qualität der Landtagsarbeit hat diese Veränderung, soweit ersichtlich, bislang keine nennenswerte Auswirkung gehabt.

In *Thüringen* erreichte die DVU mit 3,1% der Zweitstimmen – wie in Sachsen-Anhalt hatte sie auf die Nominierung von Direktkandidaten verzichtet – einen Achtungserfolg, verfehlte aber das selbst gesteckte Ziel einer parlamentarischen Vertretung deutlich. Bezüglich der Wählerschaft bestätigten sich die bisherigen Erkenntnisse: Überproportional erfolgreich war sie wie die drei rechtsextremen Parteien zusammen bei Jungwählern, Männern, Arbeitern und Arbeitslosen; unter den 18-24-Jährigen Männern wurde sie die zweitstärkste Partei (*Infratest dimap* 1999: 16 und 18). Für einen erheblichen Anteil an Überzeugungswählern spricht, dass nach der Stimmabgabe etwa die Hälfte der DVU-Wähler die Ausländerpolitik als wichtigstes Wahlthema nannte und etwa 40% ihre Erststimme ebenfalls einer Rechtsaußen-Partei, den REP, gaben (*Infratest dimap* 1999: 14 und 21).

2.3 Nicht-parteilich organisierter Rechtsextremismus

In Westdeutschland verfügt der Rechtsextremismus seit jeher über ein weit verzweigtes Netz von Organisationen, die von pronazistischen "Hilfsorganisationen" über Verlage bis hin zu regelrechten paramilitärischen Verbänden (am bekanntesten wohl die frühere Wehrsportgruppe Hoffmann; vgl. *Fromm* 1998) reichen. Die neuen Länder sind seit 1990 ebenfalls mit einem Geflecht rechtsextremer Organisationen überzogen worden, wobei in einigen Fällen an bereits zu DDR-Zeiten existierende Mikro-Strukturen angeknüpft werden konnte. Die organisatorische Verfestigung des Rechtsextremismus ist in Ostdeutschland jedoch vergleichsweise gering – und entspricht damit der generell niedrigeren Organisationsdichte, von der ebenso Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie die postmaterialistisch orientierten Nichtregierungsorganisationen betroffen sind.

Die bestehenden Organisationen lassen sich sowohl nach ihrer ideologischen Ausrichtung als auch nach dem Organisationsgrad oder dem primären Adressatenkreis (z.B. Jugendverbände, Kulturorganisationen, vgl. *Pfahl-Traughber* 1995: 101-113) unterscheiden. Für die Verfassungsschutzämter sind vor allem die ersten beiden Kriterien maßgeblich. Neben den rechtsextremen Parteien werden neonazistische Gruppierungen, Militante – darunter werden vor allem gewaltbereite Skinheads subsumiert – und "sonstige rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse" erfasst. Sämtliche Gruppen sind in den 90er Jahren zahlenmäßig gewachsen, wobei der Anstieg nicht linear erfolgte, sondern eher Wellenbewegungen glich. Den größten Zuwachs verzeichneten in Ostdeutschland wie im Bund die Militanten, deren Zahl sich zwischen 1991 und 1999 auf etwa 9000 Personen mehr als verdoppelte. Diese erhebliche Steigerungsrate bei den gewaltbereiten Rechtsextremisten erklärt das – bezogen auf die Zeit vor der deutschen Vereinigung – anhaltend hohe Niveau der Straf- und Gewalttaten.

Gegenüber den festen parteilichen und sonstigen organisatorischen Strukturen des Rechtsextremismus, wie sie für die alte Bundesrepublik charakteristisch sind, überwiegen in den neuen Ländern eher lose Zusammenschlüsse mit starker Gewaltorientierung. Über ein fest gefügtes rechtsextremes Weltbild verfügt nur ein Teil der Betroffenen, ausländerfeindliche Einstellungen sind hingegen weit verbreitet und oftmals mit einem starken "Aktionismus" verknüpft. Im Zentrum dieses gewaltbereiten – im Sinne der Anwendung physischer Gewalt, denn die Bejahung struktureller Gewalt findet sich bei *allen* Rechtsextremen – Segments befinden sich die rechtsextremen Skinheads. Sie stellen zugleich die deutliche Mehrheit der Gewaltbereiten mit einem geschätzten Anteil von 85% (*BMI* 2000: 25). Seit Jahren sind innerhalb der militanten Skinhead-Gruppen die Ostdeutschen (und in Berlin die östlichen Bezirke) weit überrepräsentiert.

tiert; ihr Anteil liegt durchweg zwischen 40 und 50% bei einem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von ca. 17%.

Die ursprünglich unpolitische Skinhead-Szene entstand Ende der 60er Jahre als jugendliche Subkultur und Protestbewegung der Arbeiter in Großbritannien: "Skinhead-Sein, das war in diesen Tagen eine Frage des Klassenstandpunktes und nicht der Hautfarbe" (*Farin /Siedel-Pielen* 1993: 34) Erst nachdem auf der britischen Insel längst eine Politisierung der Skinhead-Szene unter anderem durch die rassistische *National Front* eingesetzt und sich die Szene politisch segmentiert hatte – neben rechtsextremen Skinhead-Gruppen entstanden etwa die anitrassistischen S.H.A.R.P.-Skins –, verbreitete sie sich auch in Deutschland, vorwiegend in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR.

Die wachsende Popularität der Skinhead-Gruppen und unter diesen auch der rechtsextremen steht mit der zunehmenden Verbreitung der Skinhead-Musik in Verbindung. Die entsprechenden Konzerte, deren Zahl seit den frühen 90er Jahre erheblich gestiegen ist und die zusehends mehr Publikum anziehen, fanden 1996 und 1997 weit überwiegend in den neuen Ländern statt. Sie dienen der Festigung der Gruppenidentität, der Mitgliederrekrutierung und der regionalen Vernetzung der Szene. Die oftmals volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Texte haben in den letzten Jahren verstärkt zum staatlichen Eingreifen bis hin zum Auftrittsverbot für Bands und zur Indizierung von Tonträgern geführt. Nach vorausgegangenen Verboten von Organisationen aus dem Skinhead-Umfeld durch einzelne Länder entschloss sich das Bundesinnenministerium 2000 zum Verbot von "Blood & Honour", einer internationalen neonazistisch ausgerichteten Bewegung, die in Ost- und Westdeutschland während der vergangenen Jahre als wichtiger Veranstalter von Skinhead-Konzerten in Erscheinung trat und eine eigene Publikation herausgab.

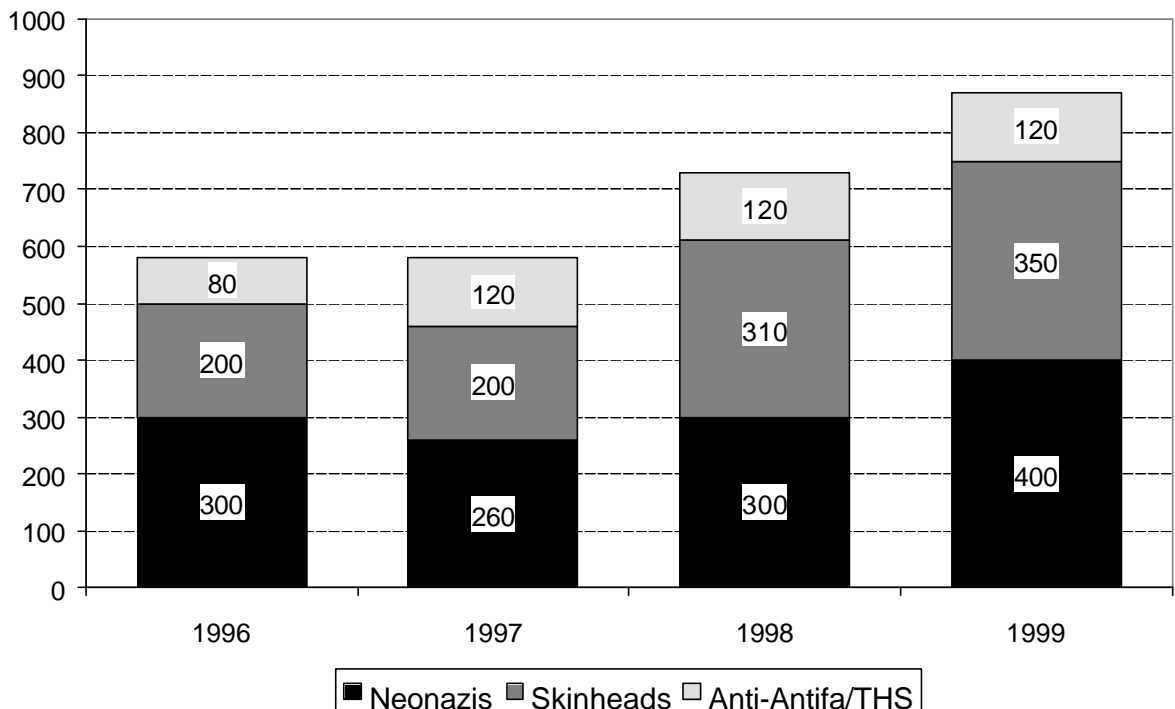
Ähnlich wie die rechtsextremen Skinheads sind auch neonationalsozialistische Gruppierungen in den neuen Ländern klar überrepräsentiert und stellen über 40% der derzeit etwa 2200 Mitglieder. Eine Koordinationsfunktion übernahmen vorwiegend im nordöstlichen Ostdeutschland bis zu ihrer Selbstauflösung 1997 die "Nationalen" (*BfV* 1999:24). Die intensiviert staatliche Repressionspolitik der letzten Jahre hat die formelle Organisation zugunsten der Bildung dezentraler so genannter Kameradschaften sinken lassen. Deren Schwerpunkt liegt gleichfalls auf dem Gebiet der früheren DDR.

Die Vernetzung des auch parteilich organisierten Rechtsextremismus, der Subkultur der Skinheads und neonazistischer Gruppierungen gelingt in unterschiedlichem Umfang. Eine punktuelle Zusammenarbeit etwa bei der Organisation von Aufmärschen etc. gehört zur gängigen Praxis. Insbesondere die Einbindung der Skinhead-Szene erweist sich etwa für die NPD, aber auch für andere Organisationen wegen deren Ablehnung organisatorischer Regeln als schwierig. Bei der Koordination von rechtsextremen Aktivitäten kommt dem Internet wachsende Bedeutung zu. Die rasante Zunahme einschlägiger Homepages kann jedoch angesichts der dynamischen Entwicklung des Mediums nicht als Indikator für eine nennenswerte organisatorische oder infrastrukturelle Stärkung des Rechtsextremismus gelten (*Schröder* 2000; *Schröder* 1995). Der gestiegene Verfolgungsdruck hat zudem dazu geführt, dass offenkundig verfassungswidrige Materialien nur per Passwort zugänglich sind bzw. auf US-amerikanischen Web-Seiten eingestellt sind (*Wetzel* 1999).

Der für Ostdeutschland insgesamt skizzierten aktuellen Situation entspricht weitgehend die Lage in Thüringen (eine populär gehaltene Darstellung zu den frühen 90er Jahren bei *Fromm* 1993). Die Zahl der nicht parteilich organisierten Rechtsextremisten ist 1998 und 1999 jeweils deutlich gestiegen, was auf Zuwächse bei Skinhead- und Neonazi-Gruppen zurückgeht (Abb. 3). Faktisch ist auch der aus der Anti-Antifa-Bewegung hervorgegangene Thüringer

Heimatschutz dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen (*ThI* 2000: 52). Er weist zudem enge personelle Verflechtungen mit der thüringischen NPD auf. Demgegenüber fungieren die rechtsextrem orientierten Skinheads vorwiegend als Mobilisierungspotenzial für öffentliche Veranstaltungen der Rechtsaußen-Parteien. Die gewaltbereiten Skinheads stellen im Freistaat eine besondere Problemgruppe dar, zumal sie in Süd- und Ostthüringen auch überregional organisiert sind. Ihre Zahl geht vermutlich deutlich über den im Verfassungsschutzbericht des Freistaats als "Skinheads" firmierenden Personenkreis hinaus und wurde bereits 1997 vom Bundesamt für Verfassungsschutz auf 600 beziffert (*BMI* 1998: 7).

Abb. 3: Entwicklung der Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen (außer Parteien) in Thüringen



Quelle: Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzberichte, 1996ff.

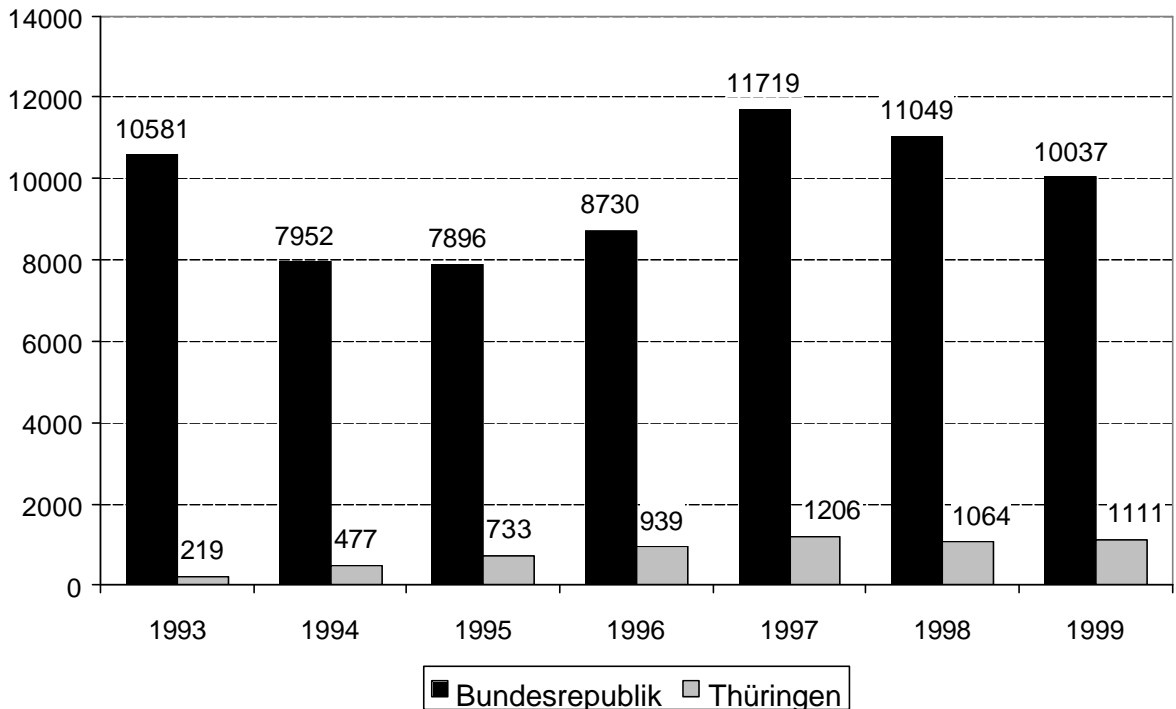
2.4 Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund ist nach der deutschen Vereinigung drastisch angestiegen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass 1991 die neuen Bundesländer erstmalig in den offiziellen Statistiken Berücksichtigung gefunden haben, fällt der Anstieg dramatisch aus: Zwischen 1990 und 1991 verdoppelt sich die Zahl der registrierten Straftaten von ca. 2.000 auf 4.000.³¹ Dass es sich nicht um einen durch ein verändertes Erhebungsverfahren bedingten statistischen "Ausreißer" gehandelt hat, verdeutlicht die weitere Entwicklung: Im Zeitraum von 1991 bis 1993 ergibt sich ein neuerlicher Anstieg um den Faktor 2,5 auf einen Höchstwert von mehr als 10.000 Straftaten. Danach sinkt die Zahl bis 1995 um etwa ein Viertel, um in den beiden folgenden

³¹ Soweit nicht anders angegeben sind die im Folgenden angegebenen Daten den Verfassungsschutzberichten des Bundesinnenministeriums oder Veröffentlichungen des Bundesamts für Verfassungsschutz entnommen, die Angaben zu Thüringen den Verfassungsschutzberichten des Thüringer Innenministeriums. Auf Einzelnachweise wird im Interesse der Lesbarkeit verzichtet.

Jahren erneut auf das bisherige Rekordniveau von 11.719 Straftaten (1997) zu klettern (Abb. 4). Seitdem hat sich ein neuerlicher Rückgang um etwa 15% ergeben. Im Jahr 1999 wurden aber immer noch etwa zweieinhalb Mal so viele Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund begangen wie 1991. Würde man den Bevölkerungsrückgang in dieser Zeit berücksichtigen, wäre der Faktor noch höher.

Abb. 4: Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund (absolute Zahlen)



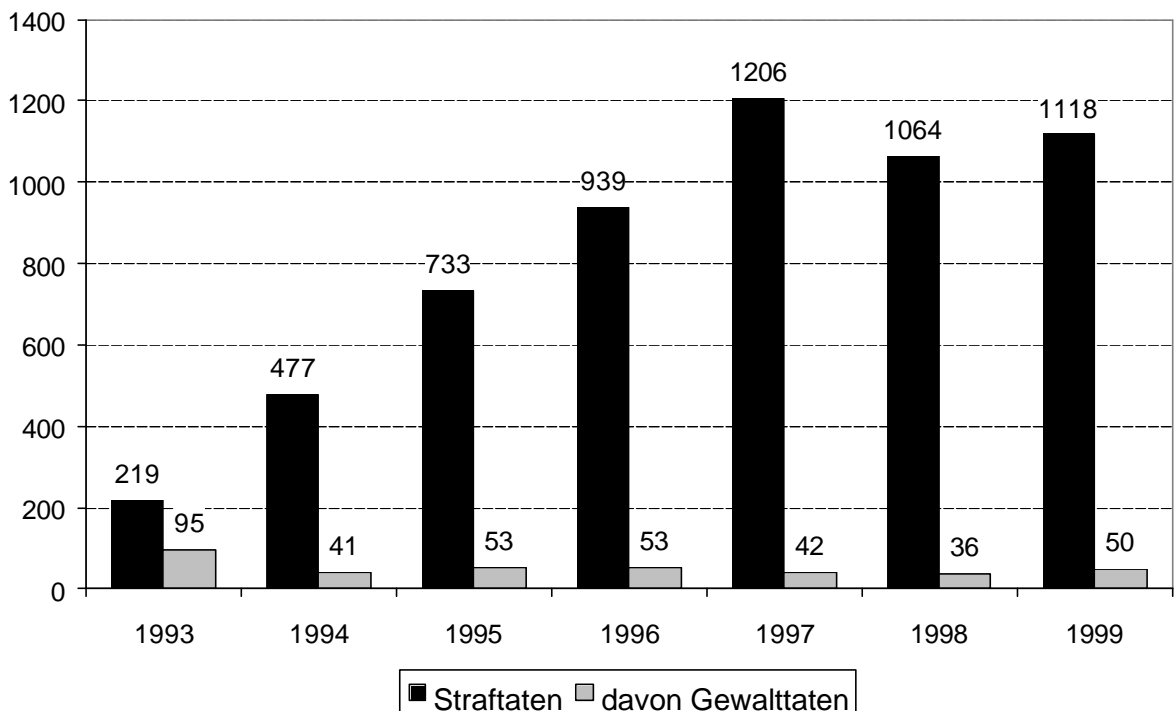
Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes und des Freistaats Thüringen, 1994ff.

In Ostdeutschland, wo rechtsextremistische Straftaten zu DDR-Zeiten zwar sehr viel verbreiteter als vom Regime eingestanden, gleichwohl aber zahlenmäßig begrenzt waren, fiel die Zunahme (auf Grund der niedrigen Ausgangswerte) besonders deutlich aus. Dies gilt auch für Thüringen, wo sich die Zahl der Straftaten von 1993 bis 1997 versechsfacht und seitdem auf dem hohen Niveau von mehr als 1000 Straftaten jährlich stabilisiert hat. Während die auf die Bevölkerungszahl bezogene Quote der rechtsextremistischen Straftaten in Ost- und Westdeutschland ungefähr gleich gewesen ist, haben sich seitdem gravierende Unterschiede ergeben. In Ostdeutschland erhöhte sich die Zahl der entsprechenden Gesetzesverletzungen pro 100.000 Einwohner von 12,47 im Jahr 1993 auf den bisherigen Höchststand von 31,46 vier Jahre später; im gleichen Zeitraum sank der Wert in den alten Bundesländern von 12,09 (1993) auf 11,48 (1997). Bezogen auf die Bevölkerungszahl bedeutete dies eine fast drei Mal so hohe Zahl von rechtsextremistischen Straftaten in Ost- wie in Westdeutschland.

Während Propagandadelikte einen Großteil der Straftaten ausmachen, ist der Anteil der Gewalttaten prozentual relativ gering. Da darunter aber Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie Landfriedensbrüche fallen, kommt ihnen besonderes Gewicht zu. Weder bundesweit noch in Ostdeutschland verläuft die Entwicklung der rechtsextremistischen Gewalttaten analog zu der der Straftaten. So ist in Gesamtdeutschland die Zahl der Gewalttaten zwar Anfang der 90er Jahre ebenfalls rasant angestiegen, sie fiel vor

allem 1994 aber wieder deutlich ab und erreichte bislang nicht annähernd wieder das Rekordniveau des Jahres 1992. Für Thüringen ergibt sich ein ähnlicher Befund (Abb. 5). Bezogen auf die Bevölkerungszahl war Ostdeutschland von 1991 an stark überrepräsentiert bei den Gewalttaten. Im Zeitraum von 1991 bis 1995 hat sich etwa ein Drittel der Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in den neuen Ländern ereignet (Ausnahme 1993: 23%), obwohl dort nur weniger als ein Fünftel der Bevölkerung wohnt. Nach 38% im Jahr 1996 hat sich der Anteil in den Jahren 1997-1999 auf etwa 45% eingependelt, d.h. fast die Hälfte der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund werden in den neuen Ländern begangen.

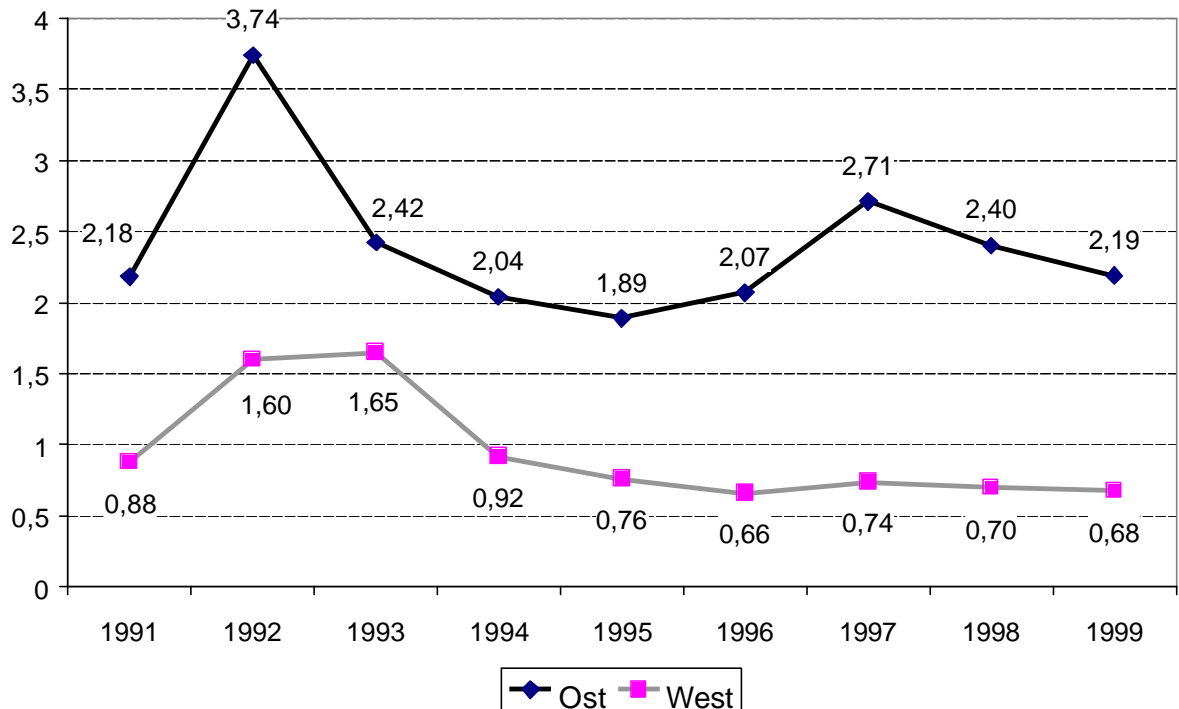
Abb. 5: Straf- und Gewalttaten* mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund in Thüringen 1993-1999



* bei Gewalttaten: Werte bis 1995 auf alter Berechnungsgrundlage und damit höher als nach der neuen Quelle: Thüringer Innenministerium: Verfassungsschutzberichte, 1994ff.

Der Anteil der Gewalttaten pro 100.000 Einwohner liegt damit in Ostdeutschland erheblich höher als in der alten Bundesrepublik, seit 1996 hat er mehr als das Dreifache des westdeutschen Niveaus betragen (Abb. 6). Für Thüringen lag der Wert 1996 knapp über dem ostdeutschen Durchschnitt, seitdem erreicht der Freistaat (1998 sogar deutlich) unterdurchschnittliche Werte. Durchgängig übertraf die Quote rechtsextremistischer Gewalttaten in Thüringen jedoch die jedes westdeutschen Bundeslandes, wobei Berlin als Sonderfall hier unberücksichtigt bleibt.

Abb. 6: Gewalttaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund pro 100.000 Einwohner in Ost- und Westdeutschland



Aufschluss über die soziodemographischen Merkmale der Täter geben die Polizeistatistiken. Sie belegen, dass rechtsextremistische Straf- und vor allem Gewalttaten in Ost- wie in Westdeutschland weit überwiegend von jungen Männern im Alter von unter 26 Jahren begangen werden. Die Überrepräsentation männlicher Täter und Jugendlicher weist Parallelen zur generellen Gewaltkriminalität auf, fällt aber im Vergleich dazu sehr viel deutlicher aus. So war ein erheblicher Anteil der Straftäter zur Tatzeit noch minderjährig. Deutlich überrepräsentiert waren darüber hinaus Personen mit einem niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss bzw. Schüler, die einen solchen Abschluss anstreben.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialer Herkunft, Bildungsniveau, Familienverhältnissen und Gruppenzugehörigkeit, aber auch zu den Tatumständen in der ersten Hälfte der 90er Jahre ergeben ein sehr viel aussagekräftigeres Bild von den Tätern bzw. den Tatverdächtigen, ihren "Beweggründen" und den jeweiligen Handlungskontexten als es die demographischen Daten können. Die bislang umfassendsten und systematischsten Analysen einer Trierer Forschungsgruppe datieren auf die Jahre 1991-1993 und stützen sich auf Experteninterviews, insbesondere aber auf die polizeilichen Ermittlungsakten zu mehreren Tausend Fällen *fremdenfeindlicher* Straftaten anfänglich in neun, später in allen 16 Bundesländern (Willems 1993; Willems/Würtz/Eckert 1994; Eckert/Willems/Würtz 1996). Danach lag der Anteil der Arbeitslosen unter den Tatverdächtigen jeweils deutlich höher als in der jeweiligen Altersgruppe der Gesamtbevölkerung. Eine besondere familiäre Belastung infolge von Scheidung der Eltern oder einer unvollständigen Herkunftsfamilie lässt sich nicht nachweisen. Während die soziodemographischen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Tatverdächtigen insgesamt eher gering ausfielen, waren einige Abweichungen auffällig (Willems/Würtz/Eckert 1994: 57-61). So war der Prozentsatz der Älteren (über 25 Jahre) im Westen deutlich größer, während im Osten mehr Straftäter über einen Realschulabschluss – Personen mit Abitur sind in beiden Gruppen ohnehin kaum vertreten – und damit über ein etwas höheres Bildungsniveau verfügten.

Die genannten Erhebungen bestätigen, dass fremdenfeindliche Straftaten und darunter insbesondere die Gewalttaten vorwiegend in bzw. von Gruppen ausgeübt werden. Für Ostdeutschland gilt dies in besonderem Maße. Trotz des im Zeitverlauf ansteigenden Prozentsatzes der Einzeltaten hat ihr Anteil auch 1993 nur knapp die 20%-Marke überschritten. Damit kommt gruppendynamischen Prozessen im Kontext fremdenfeindlicher Gewalt erhebliche Bedeutung zu. Diese gilt um so mehr, als die Mehrzahl der Straftaten nicht von langer Hand geplant war, sondern relativ spontan, zudem vielfach in alkoholisiertem Zustand erfolgte. Entsprechend wurden 90% der Taten ortsnah verübt; das aus dem Umfeld der "autonomen" Gewalttäter bekannte Phänomen der kriminellen Reisetätigkeit ist die Ausnahme. Auch in anderer Hinsicht unterscheiden sich die fremdenfeindlichen Tatverdächtigen von den Straftätern der extremen Linken: Wenn gegen sie schon einmal polizeilich ermittelt worden war (über 60% der Fälle) oder sie bereits verurteilt worden waren (über 30% der Fälle), lag dies überwiegend in nicht-politischen Straftaten begründet. Mit anderen Worten: Es gibt eine gewisse Überschneidung von gewöhnlicher (Gewalt-)Kriminalität und rechtsextremistischen Straftaten.

Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass die Tatverdächtigen in den neuen Bundesländern weit häufiger organisatorisch eingebunden sind. Sämtlichen polizeilich erfassten Gruppen (Skinheads, rechtsextreme, fremdenfeindliche und sonstige Gruppen) haben mehr ostdeutsche als westdeutsche Tatverdächtige angehört. So war etwa jeder dritte Ostdeutsche in fremdenfeindliche Gruppen eingebunden im Vergleich zu etwa jedem Sechsten in den alten Ländern. Auf der Grundlage der – in diesem Punkt aus methodischen Gründen besonders problematischen – Ermittlungsakten der Polizeibehörden unterscheidet das Trierer Forscherteam vier Typen von Gewalttätern: Rechtsextreme, Ethnozentristen, Schläger und Mitläufer. Allein der erste Typus verfüge über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und setze Gewalt strategisch für politische Zwecke ein. Demgegenüber agiere der Ethnozentrist stärker expressive Bedürfnisse aus und richte sie allein gegen Ausländer bzw. Fremde. Der Schläger, dessen Biographie durch eine Anhäufung familiärer und außerfamiliärer Probleme und Vorstrafen bestimmt sei, verübe Gewalt routinemäßig und für ihn fungierten Ausländer lediglich als neues Feindbild. Während Willens u.a. lediglich beim Typus des Rechtsextremen von einem – *nomen est omen* – rechtsextremen Weltbild ausgehen, findet sich in der Sekundärliteratur eine Neuinterpretation der Daten. Danach wäre zwischen einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (Typus Rechtsextremer), einem diffusen rechtsextremen Weltbild (Typus Ethnozentrist und Typus Schläger) und einem fehlenden diesbezüglichen Weltbild beim Typus des Mitläufers zu unterscheiden (*Neureiter* 1996:105; anders *Eckert/Willems/Würtz* 1996:161).

Oftmals entwickelt sich die rechtsextremistische Gewalt aus eher losen fremdenfeindlich orientierten Jugenddeliquen heraus und eskaliert schnell. Trotz eines stattlichen Anteils von desintegrierten und teils seit längerem kriminell auffälligen Tatverdächtigen ist eher die "Normalbiographie" und ihre Unauffälligkeit für diese Personengruppe charakteristisch: "Es sind bis dato politisch unauffällige, eher 'normale' Jugendliche und Ersttäter" (*Willems/Würtz/Eckert* 1994: 70). Eine spätere, unter anderem auf eine Jugendrichterbefragung in Sachsen und Nordrhein-Westfalen gestützte Untersuchung von 104 Urteilen in Jugendstrafverfahren bestätigt diese Erkenntnis auch für die Ausübung von Brandanschlägen. Danach "stand in den meisten Fällen die Normalität der Täterherkunft in auffälligem Gegensatz zur Schwere des begangenen Unrechts" (*Neubacher* 1998: 380).

III. Erklärungsmuster des ostdeutschen Rechtsextremismus

So zahlreich die Darlegungen zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind, so vielfältig präsentiert sich das Angebot auf dem "Theorienjahrmarkt" (*Kliche* 1996:64). Ange-

sichts der Fülle der Erklärungskraft beanspruchenden Titel gerät allzu leicht aus dem Blick, was denn überhaupt womit erklärt werden soll. Geht es um die theoretische Erfassung *des* Rechtsextremismus oder muss es angesichts der Unterschiede auf der Phänomenebene nicht vielmehr um die Erklärung *der* Rechtsextremismen gehen? Hier soll analytisch zwischen drei Erscheinungsformen des Rechtsextremismus differenziert werden: den rechtsextremen Einstellungen, der Wahl rechtsextremer Parteien (und der Sympathie für sie) sowie den rechtsextremen, vor allem fremdenfeindlichen Gewalttaten. Die drei Bestandteile des Erklärungsgegenstands stehen dabei in einem Zusammenhang dergestalt, dass die Einstellungen bzw. Orientierungen dem Handeln, sei es gewaltfrei oder gewalttätig, vorgeschaltet sind. In Bezug auf das Wahlverhalten und die Ausübung von Gewalt bzw. die Gewaltbereitschaft haben rechtsextreme Einstellungen daher den Charakter eines Erklärungsfaktors.

Bei der Erörterung der teils komplementären, teils konkurrierenden Ursachenanalysen zum ostdeutschen Rechtsextremismus ist davon auszugehen, dass sie von generellen Erklärungsmustern nicht zu trennen sind. Allerdings kann von stärker auf Ostdeutschland orientierten Erklärungsansätzen erwartet werden, dass sie die Spezifika rechtsextremer Erscheinungsformen in den neuen Ländern in besonderer Weise zu erklären vermögen. Als solche Besonderheiten seien hier genannt:

- die im Vergleich zu den alten Bundesländern bei weitem höhere Quote rechtsextremistischer Gewalttaten, im Fall fremdenfeindlicher Übergriffe bei gleichzeitig erheblich geringerem Ausländeranteil,
- die überdurchschnittliche Bereitschaft zur Wahl bzw. die tatsächliche Wahl (Sachsen-Anhalt 1998) von rechten Flügelparteien etwa bei jungen Männern und in der Arbeiterschaft und
 - eine generell stärkere Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen, vor allem im Kontext perzipierter Konkurrenzsituationen.

Sowohl die Kategorisierung als auch die Gewichtung der Erklärungsansätze sind umstritten. Bei einer sehr groben Untergliederung lassen sich – wie etwa für Fremdenfeindlichkeit geschehen – personenbezogene und strukturbezogene Zugangsweisen unterscheiden (Winkler 2000:368). Alternativ dazu kommt eine starke Ausdifferenzierung der Theorienlandschaft bei zusätzlicher Hierarchisierung innerhalb einzelner Erklärungsmodelle in Frage (Neureiter 1996). Daneben wäre eine Unterscheidung hinsichtlich der Reichweite der Erklärungen möglich, also danach, ob lediglich rechtsextreme Einstellungen oder auch Wahlverhalten und Gewalt erhellt wird. Im Folgenden wird mit der Skizze von fünf Ansätzen ein Mittelweg beschritten. Im Vergleich zu anderen Einteilungen (so bei Pfahl-Traughber 1995) fehlen hier einige Theoriestränge wie etwa der faschismustheoretische, weil er als historisches Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges gelten kann und heute kaum noch Bedeutung hat, und der extremismustheoretische, weil jenseits der Strukturierung des Forschungsfelds seine Erklärungskraft eng begrenzt ist.³²

1. Sozialpsychologische Ansätze: Autoritäre Persönlichkeit

Gemeinsamkeit besteht hier in der Annahme, dass sich rechtsextreme Einstellungen und unter Umständen auch rechtsextremes Handeln auf im vorwiegend kindlichen Sozialisationsprozess erworbene Persönlichkeitsmerkmale zurückführen lassen. Während im Fall der autoritären

³² Diese Urteile bedürfen einer ausführlichen Begründung, die schon aus Platzgründen an dieser Stelle nicht erfolgen kann. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass sich die Auswahl der skizzierten Erklärungsmodelle auch an den Fragestellungen des Thüringen-Monitors orientiert.

Persönlichkeit implizit der Kontext einer so verstandenen spätkapitalistischen Gesellschaft und letztlich der Nationalsozialismus und seine sozialpsychologischen Nachwirkungen vorausgesetzt werden, wird für den ostdeutschen Fall der Bezug zum Herrschaftssystem der DDR hergestellt. Der vormundschafliche Staat sei durch ein hochgradig autoritäres Erziehungssystem geprägt gewesen, das die freie Entwicklung der Persönlichkeit behindert und jede Abweichung von der realsozialistischen Norm negativ sanktioniert habe. Im Rahmen der staatlichen Erziehung, deren Stellung gegenüber der familiären u.a. durch das flächendeckende Netz von Kinderkrippen deutlich stärker war als in westlichen Gesellschaften, seien Autoritätshörigkeit und Konformismus verlangt worden. In Verbindung mit der umfassenden staatlich-parteilichen Kontrolle sämtlicher Lebensbereiche hätte dies zur Ausbildung von autoritären Persönlichkeiten geführt.

Seit der deutschen Vereinigung habe sich das autoritaristische Einstellungssyndrom vor allem in einer aggressiv ablehnenden Haltung gegenüber Ausländern ausgedrückt. Für die verbreitete Fremdenfeindlichkeit – so ließe sich die Argumentation fortführen – seien durch die Ausländerpolitik der DDR zusätzlich günstige Voraussetzungen geschaffen worden. Ausländer – überwiegend aus befreundeten sozialistischen Staaten – wurden zumeist als Arbeitskräfte ins Land geholt, hatten kein unbeschränktes Aufenthaltsrecht (Vertragsarbeiter) und wurden von der DDR-Bevölkerung möglichst getrennt untergebracht. Eine gesellschaftliche Integration war nicht beabsichtigt. Mit anderen Worten: Ein soziales Lernen im Umgang mit fremden Kulturen hat im SED-Regime nicht oder allenfalls in schwachen Ansätzen stattfinden können (und sollen).

Dem sozialpsychologischen Deutungsansatz des ostdeutschen Rechtsextremismus liegen zumindest zwei – kaum jemals explizierte – Annahmen zugrunde. Erstens wird von einer Strukturparallele zwischen politischem System, gesellschaftlicher Ordnung und Erziehungswesen auf der einen Seite und individuellen Orientierungen auf der anderen Seite ausgegangen. De facto wird damit jedenfalls tendenziell eine im Sinne des Systems erfolgreiche (Sekundär-)Sozialisation unterstellt (kritisch dazu etwa *Friedrich* 1993). In Verbindung damit wird zweitens impliziert, dass die primäre (familiäre) Sozialisation dem Autoritarismus der staatlichen Erziehung entweder gefolgt sei oder jedenfalls keine nennenswerte Alternative dazu geboten habe – etwa im Sinne eines sozialen Refugiums gegen staatliche Ansprüche (Stichwort Nischengesellschaft). Eine radikale Variante der Erklärung rechtsextremen Denkens und Handelns als Erblast der autoritären Erziehung und Sozialisation im SED-Staat sieht in den fremdenfeindlichen Gewaltexzessen das Resultat jahrelanger Repression und erzwungener Anpassung (*Maaz* 1991, *Maaz* 1993). Faktisch pathologisiert diese Denkrichtung die gesamte ostdeutsche Gesellschaft – und erklärt die jahrzehntelange Unterdrückung von Eigenständigkeit, Selbstentfaltung und des konstruktiven Umgangs mit Aggressionen zum Infektionsherd des Rechtsextremismus.

Die empirische Bestätigung des Theorems der autoritären Persönlichkeit erweist sich mit Blick auf den ostdeutschen Rechtsextremismus als problematisch. Idealerweise hätten möglichst in den frühen 90er Jahren (um einigungsbedingte Einflüsse auszuschließen) vergleichende repräsentative Untersuchungen über autoritäre Einstellungen in Ost- und Westdeutschland unter Ausklammerung der Rentner-Generation (denn deren kindliche Sozialisation ist in die Zeit des Nationalsozialismus gefallen) durchgeführt werden müssen. In einem zweiten Schritt wäre zu prüfen gewesen, ob die vorzugsweise über mehrere Fragen erfassten autoritären Persönlichkeitsmerkmale in einem statistischen Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen.

Faktisch erfüllt keine der zahlreichen Befragungen in den 90er Jahren dieses Desiderat. Repräsentative Mehrthemenbefragungen etwa von *Emnid* und *Infratest* enthielten nicht mehr als

zwei Fragen zum Autoritarismus und ergaben in Ost- wie Westdeutschland hohe Werte für die älteren Jahrgänge und für Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau. Demnach würde der Einfluss des autoritären DDR-Systems hinter der Prägung durch das Dritte Reich bzw. durch schichtspezifische Sozialisationsmuster zurücktreten. Eine Reihe von Jugend- und Schüleruntersuchungen haben zugleich hohe Autoritarismus-Werte unter ostdeutschen Jugendlichen aufgewiesen (für Nachweise *Lillig* 1994: 79-87). Zumeist handelte es sich nicht um vergleichende Untersuchungen, und Repräsentativität beanspruchten sie erst gar nicht. Auf der Grundlage ihrer 1990 (Westdeutschland) und 1991 (Ostdeutschland) durchgeführten Schülerbefragungen konstatiert Lederer einen etwas stärkeren Autoritarismus ostdeutscher Jugendlicher. Zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen erwies sich dieser Unterschied jedoch als untauglich, da es unter ostdeutschen Jugendlichen kein Einstellungssyndrom im Sinne der autoritären Persönlichkeit gibt, sondern Autoritarismus, Antisemitismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in einem lediglich schwachen Zusammenhang standen (*Lederer* 1991).

Eine grundsätzliche Kritik bestreitet die Erklärungskraft der autoritären DDR-Erziehung für den Rechtsextremismus mit dem psychologischen Argument, dass autoritäre Persönlichkeitsmerkmale nicht das Produkt einer Anpassung an ein erzwingendes Herrschaftssystem seien, sondern entstünden, "wenn Menschen aus Angst und Verunsicherung heraus Sicherheit und Schutz suchen und sich aus diesen Gründen den unterwerfen, die die Macht haben" (*Oesterreich* 1993: 183). Ob sich die vermeintlich freiwillige Unterwerfung unter eine wie auch immer geartete Macht so deutlich von staatlicher Repression und einer autoritätsbetonten Erziehung trennen lässt, kann zumindest bezweifelt werden. Seine eigene Untersuchung, eine Befragung Ost- und West-Berliner Schüler an Gymnasien/EOS und Berufsschulen 1991, bestätigte allerdings Oesterreichs Hypothese der Systemindifferenz von Autoritarismus. Signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten traten nicht zu Tage.

Eine diametral entgegengesetzte Position wird vom Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Pfeiffer vertreten. Nach seinem in einem Teil der Medienlandschaft als "Töpfchen-Theorie" kolportierten Erklärungsansatz geht speziell der gewaltförmige Rechtsextremismus in Ostdeutschland auf die kollektivistische, jede Individualität erstickende DDR-Krippenerziehung zurück. Den statistischen Hintergrund dieser Überlegungen bildet die weit überdurchschnittliche Belastung der neuen Länder mit ausländerfeindlicher Gewaltkriminalität bei einer gleichzeitig viel niedrigeren Ausländerquote. Eine wissenschaftliche Elaborierung dieses Ansatzes ist jedoch – soweit ersichtlich – bislang unterblieben. Dies trifft auch für die ebenfalls qua Publizistik popularisierte, inhaltlich jedoch gegenläufige These der (Teil-)Verantwortlichkeit der antiautoritären Erziehung für die Gewaltbereitschaft der "89er-Generation" zu (*Leggewie* 1993a). Ihre Überzeugungskraft wird schon dadurch gravierend reduziert, dass die Studentenrevolte Ende der 60er Jahre kaum Wirkungen auf die DDR-Gesellschaft entfaltet hat und dass ihre Erziehungsziele in den Schichten, aus denen der Großteil der rechtsextremistischen Straftäter kommt, keine nennenswerte Resonanz gefunden hat. Insofern auf der schmalen Datenbasis überhaupt Aussagen über die Immunisierungswirkung von Erziehungsstilen gegenüber rechtsextremen Orientierungen und rechtsextremem Gewalt getroffen werden können, kann diese allein einer demokratischen sowie durch Zuneigung, Gewaltfreiheit und Berechenbarkeit geprägten Erziehung attestiert werden (*Ahlheim/Heger* 1999:79-89; eine weitgehende Selbstkorrektur bei *Leggewie* 1993b).

Summa summarum sind die (empirischen) Befunde zur Bedeutung der Sozialisation unter den autoritären Auspizien des SED-Regimes für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungsmuster und entsprechender Handlungsweisen widersprüchlich. Weder lässt sich generell eine stärkere autoritäre Prägung der früheren DDR-Bürger nachweisen noch ist der Zusammenhang von autoritärer Persönlichkeit und Rechtsextremismus evident. Ebenso wenig allerdings

erlauben die spärlichen Daten eine Widerlegung dieser Variante eines sozialpsychologischen Erklärungsansatzes.

2. Modernisierungstheoretische Ansätze: "Aufstand" der Desintegrierten

Modernisierungstheoretische Ansätze werden mit teils anderer Etikettierung zur Analyse einer breiten Vielfalt sozialer Phänomene herangezogen. Als ihr gemeinsames Merkmal kann gelten, dass Prozesse des technischen Fortschritts, des wirtschaftlichen Wandels und damit verbunden die Ab- oder Auflösung solchermaßen herausgeforderter traditioneller gesellschaftlicher Strukturen und Regelungsmechanismen im Zentrum des Interesses stehen. Dieser Theoriestrang ist schon früh zur Deutung des Rechtsextremismus herangezogen worden. Bereits Mitte der 60er Jahre erkannten Sozialwissenschaftler im strukturellen Wandel der Industriegesellschaften die Voraussetzung für die Entstehung rechtsextremer Orientierungen (*Scheuch/Klingemann* 1967; eine alternative konflikttheoretische Zuordnung des Ansatzes bei *Neureiter* 1996:234-236). Ein entsprechendes Potenzial werde dadurch produziert, dass die den Industriegesellschaften eigene Dynamik bei den Individuen zu einem Spannungsverhältnis zwischen den in der frühen Sozialisation internalisierten Werten und der (neuen) gesellschaftlichen Werteordnung führe. Außerdem würden den Individuen beständig die Überprüfung und Anpassung ihrer Orientierungen abverlangt, was einen Teil von ihnen überfordere und dann zu pathologischen Reaktionen etwa im Sinne eines rigiden Denkens oder der autoritären Persönlichkeit führen könne. In der Konsequenz erscheint Rechtsradikalismus (so die damals vorherrschende Terminologie) als "'normale' Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften" (*Scheuch/Klingemann* 1967:12f.)

Die Popularisierung der modernisierungstheoretischen Deutung des Rechtsextremismus weit über die Grenzen der Fachwelt hinaus erfolgte in den achtziger Jahren durch die Schriften des Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Sein Erklärungsansatz bezog sich (zunächst) auf die Genese des Rechtsextremismus in der als moderne kapitalistische Gesellschaft perzipierten (alten) Bundesrepublik. Als Datenbasis dienten eigene sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegte Erhebungen zur Sozialisation von Jugendlichen. Den theoretischen Anknüpfungspunkt boten Becks Ausführungen zur Individualisierung und zur Diversifizierung der Lebensstile.

Heitmeyer fragt nach den gesellschaftlichen Folgen von Individualisierungsprozessen und betrachtet sie als ursächlich für die Herausbildung rechtsextremer Einstellungen und für entsprechend motiviertes Handeln. Die konstatierte Erosion sozialer Milieus und die schwindende Bindungskraft einstmalig integrationsfähiger Institutionen (z.B. Familie, Kirche, Gewerkschaften) infolge ökonomischer Veränderungen sowie wachsender beruflicher und sozialer Mobilität mündet aus dieser Sicht in zunehmende Desintegrationserfahrungen. Zumal unter Jugendlichen drückten sich diese in wachsender Handlungsunsicherheit, Ohnmachtserfahrungen und einer zunehmenden Vereinzelung aus. Ein Teil der Betroffenen verarbeite diese Erfahrungen der Verunsicherung mit der Suche nach Gewissheit und Einbindung in ein starkes Kollektiv sowie mit Gewaltbereitschaft. Für derartige Verarbeitungsstrategien böten schließlich rechtsextreme Organisationen so genannte Anschlusskonzepte etwa in Gestalt von Vorurteilen gegen Ausländer, nationalen Überlegenheitsgefühlen und dem Ideologem vom Recht des Stärkeren. Rechtsextremismus entsteht im Ergebnis nicht an den Rändern der Gesellschaft, obwohl er dort zuerst sichtbar sein mag, sondern in ihrer Mitte. Er ist – stark vereinfacht formuliert – ein Produkt der "Grundmechanismen der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft" (*Heitmeyer* 1993:4) und insofern eine Begleiterscheinung der Modernisierung.

In besonderem Maße anfällig für rechtsextremes Denken und Handeln müssten dieser Logik zufolge die Modernisierungsverlierer sein, also die von den Desintegrationsprozessen objektiv am stärksten betroffenen Gruppen. Tatsächlich wird diese Argumentation von Heitmeyer zunächst auch vertreten. Sie erweist sich im empirischen Test interessanter Weise bei einer Erscheinungsform des Rechtsextremismus als erklärungsstark, die der Bielefelder Soziologe gar nicht im Blick gehabt hat: der Verbundenheit mit und der Wahl rechtsextremer Parteien (Falter 1994:157). Verschiedene (durchweg nichtrepräsentative) Jugendstudien bestätigen das Theorem der überproportionalen Neigung der Modernisierungsofper zum Rechtsextremismus jedoch nicht (z.B. Held et al. 1992). Die Befunde zu den rechtsextremen Gewalttätern zeigen, dass mit den so genannten Schlägern lediglich eine überdies eher schwach politisierte Tätergruppe zu den Modernisierungsverlierern gerechnet werden kann.

In Reaktion auf die seiner Hypothese teils entgegen stehenden Befunde hat Heitmeyer im Kontext einer Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation von 31 Jugendlichen eine Kehrtwende vorgenommen. Danach seien vor allem diejenigen Jugendlichen für Rechtsextremismus anfällig, die, obgleich in den Arbeitsmarkt integriert und in formal intakten Familien aufgewachsen, instrumentalistische Arbeitsbeziehungen und entsprechende Beziehungsmuster verinnerlicht hätten (Heitmeyer 1992a:595-604). Die Ausbildung beider Orientierungen werde wiederum durch Modernisierungsprozesse stimuliert. In der Konsequenz müssten gerade die Modernisierungsgewinner bzw. ein Teil derselben besondere Affinität zu rechtsextremem Denken und Handeln aufweisen.

Zur Erklärung des ostdeutschen Rechtsextremismus bietet sich auf den ersten Blick vor allem der ursprüngliche modernisierungstheoretische Ansatz an. Die Häufung fremdenfeindlicher Einstellungen und rechtsextremistischer Gewalt in den neuen Ländern wäre dann aus dem ostdeutschen Transformationsprozess als einer spezifischen Form der Modernisierung abzuleiten. Konkret müssten demnach die "Einheitsverlierer", denen mit dem Ende der DDR und ihres Institutionensystems die materielle Basis und darüber hinaus ihr integrierender Bezugsrahmen (im Sinne DDR-spezifischer Milieus) verloren ging, in besonderer Weise zum Rechtsextremismus neigen. Aus den Reihen der ihrer Orientierung, Berufsperspektive etc. beraubten Jugendlichen müsste sich entsprechend das Gros der Gewalttäter rekurrieren. Hinreichende Daten zur empirischen Überprüfung dieser Kausalbeziehung fehlen soweit ersichtlich noch. Während Meinungsumfragen auf einen Zusammenhang zwischen vereinigungsbedingter Desintegration und rechtsextremen Einstellungen hindeuten, scheint er sich für die fremdenfeindlichen Gewalttaten eher nicht zu bestätigen. Heitmeyer selbst hat sein Analysekonzept nur mit beträchtlichen Einschränkungen auf Ostdeutschland übertragen. An die Seite der vereinigungsbedingten Desintegrations- und Verunsicherungsprozesse trat – im Widerspruch zum eigenen Modell – eine sozialpsychologische Deutung im Sinne der autoritären Erblast des SED-Regimes (Heitmeyer 1992b).

3. Konzepte der relativen (politischen) Deprivation

Im Zentrum von Konzepten der relativen Deprivation steht die Unzufriedenheit von Personen oder Gruppen, die sich aus dem wahrgenommenen Auseinanderklaffen von eigenen Ansprüchen auf materielle oder immaterielle Güter und deren tatsächlicher Verfügbarkeit ergibt. Relativ ist der Mangel insofern, als er sich auf Vergleichsgruppen bezieht, wobei es sich häufig um sozial höher stehende Referenzgruppen handelt. Relative Deprivation kann aber auch gegenüber sozial schlechter Gestellten empfunden werden, etwa wenn diese als potenzielle Konkurrenten erscheinen oder ihr Anteil (z.B. an Sozialleistungen etc.) als unzulässig hoch

gilt. Eine spezifische Form stellt die politische Unzufriedenheit bzw. die politische Entfremdung dar. Sie tritt auf, wenn Erwartungen gegenüber der Politik – dem politischen System und/oder seinen Akteuren (Parteien, Amts- und Mandatsträger) – nicht erfüllt bzw. die Leistungen des politischen Systems als unzureichend wahrgenommen werden.

Die relative und politische Deprivation lässt sich im Prinzip zur Erklärung sämtlicher Erscheinungsformen des Rechtsextremismus heranziehen, allerdings bedarf es für das Umschlagen von Unzufriedenheit in Gewalt- oder sonstiges Handeln zusätzlicher Annahmen. Trotz mancher Gemeinsamkeiten mit der Modernisierungstheorie, etwa hinsichtlich der Bedeutung sozialstruktureller Faktoren und Entwicklungen, bestehen mindestens zwei wesentliche Unterschiede: Erstens argumentieren modernisierungstheoretische Erklärungen mit objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen wie z.B. Desintegrationsprozessen, während Konzepte der relativen Deprivation von subjektiven Wahrnehmungen ausgehen. So können den Modernisierungsgewinnern Zuzurechnende ihrer eigenen Einschätzung zufolge benachteiligt sein bzw. sich gegenüber anderen Gruppen ungleich behandelt fühlen (*Kowalsky/Schroeder* 1994). Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass im Rahmen des Konzepts der politischen Deprivation die Entstehung von Ungleichheitsgefühlen nur geringe Aufmerksamkeit erfährt, während zumindest ein Teil der Modernisierungstheorie Deprivation direkt mit systemischen Merkmalen sowie mit politischen Strukturen und Prozessen in Verbindung bringt.

Den ostdeutschen Rechtsextremismus aus kollektiven Empfindungen der Unzufriedenheit und der ungerechten Behandlung zu erklären, scheint insofern nahe zu liegen, als nach der Vereinigung ausweislich verschiedener Umfragen ein beträchtliches Unzufriedenheitspotenzial in den neuen Ländern bestand und auf niedrigerem Niveau bis heute fortbesteht. Die hohen ökonomischen wie politischen Erwartungen, die im Wahljahr 1990 noch zusätzlich stimuliert worden waren, konnten teils nicht erfüllt werden. Zudem provozierte die tendenziell deutlich bessere Lage in der westdeutschen Referenzgesellschaft (höhere Löhne, geringere Arbeitslosigkeit etc.) Gefühle der Benachteiligung. Sie vermögen die kontinuierlich hohe und gegenüber Westdeutschland signifikant stärkere sozioökonomische Ausländerfeindlichkeit (z.B. Ausweisung von Ausländern bei Arbeitsplatzknappheit) ostdeutscher Befragter zu erklären: Die durch relative Deprivation gegenüber den Westdeutschen hervorgerufene Unzufriedenheit richtet sich gegen diejenigen (schwächeren) Gruppen, die als Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Arbeitsplätze oder Sozialleistungen wahrgenommen werden. Gleichzeitig wächst der Druck auf die politischen Entscheidungsträger, die vermeintliche politische Benachteiligung gegenüber den fremden Konkurrenten zu beenden.

Implizit ist damit das Theorem der relativen Deprivation bereits mit einer Sündenbockthese verbunden worden. Damit tritt das grundsätzliche Problem zu Tage, dass das Vorliegen relativer und politischer Deprivation noch keine Aussage darüber erlaubt, gegen wen sich die bestehende Unzufriedenheit richtet bzw. ob sie sich überhaupt artikuliert. Insbesondere für rechtsextremes Protest- und Gewalthandeln ist zu bezweifeln, dass es allein aus der perzipierten Benachteiligung bzw. einem Unzufriedenheitsgefühl hervorgeht. Vielmehr bedarf es zusätzlicher Bedingungen, die etwa in der Form von rechtsextremen Anschlusskonzepten (siehe unter Modernisierungstheorie) oder Wahlangeboten bestehen können. Stehen diese in "attraktiver" Form zur Verfügung, sind relative und politische Deprivation etwa kombiniert mit einem niedrigen Bildungsniveau eine wesentliche Ursache der Wahl der REP (*Hennig* 1994) und zumindest mitverursachend für fremdenfeindliche Gewalt. So konstatiert eine Analyse fremdenfeindlicher Straftäter die wichtige Rolle von "Vorstellungen von Verteilungs-Ungerechtigkeiten und einer [als] illegitim wahrgenommenen 'Privilegierung' ausländischer Bevölkerungsgruppen durch den Staat" (*Willems/Würtz/Eckert* 1994:75).

4. Rechtsextremismus als Subkultur: Modebegriff "Rechts"

Anders als beispielsweise die Modernisierungstheorie beansprucht der Subkultur-Ansatz keine Erklärung sämtlicher Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Untersuchungsgegenstand sind allein Merkmale und Ideologien gewaltgeneigter, rechtsextrem geprägter Subkulturen. Dass es sich dabei im Wesentlichen um männliche Jugendkulturen handelt, ist bereits ausgeführt worden (vgl. oben Kap. II.2.4). Überwiegend lose strukturierte Gruppen oder Cliques mit starker Gewaltbereitschaft vor allem gegen Fremde entstanden ab 1990 quasi flächendeckend in ganz Ostdeutschland; an einigen Orten konnten sie an bereits zu DDR-Zeiten bestehende Skinhead-Gruppen o.ä. anknüpfen. Begünstigt durch die Infragestellung vieler bislang individuell wie gesellschaftlich verbindlicher Normen, die geringe Reputation und schlechte technische Ausstattung der Sicherheitskräfte, eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten sowie Alkoholkonsum und gruppeninterne Prozesse wurde die Gewalt gegen Ausländer, vor allem Asylbewerber, und für undeutsch befundene Inländer zum "normalen" Betätigungsfeld derartiger Gruppen, darunter überwiegend Skinhead-Banden. Die Straflosigkeit vieler Übergriffe setzte eine regelrechte Gewaltspirale in Gang, deren Höhepunkte die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock bildeten.

Obwohl nur ein Teil der Gruppen und auch nur eine Minderheit ihrer Mitglieder über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügte, waren und sind rechtsextreme und vor allem ausländerfeindliche Einstellungen weit verbreitet: "Auf ideologischer Ebene kommt der Fremdenfeindlichkeit eine Art Scharnierfunktion zu. Sie bildet einen elementaren Anknüpfungspunkt für die Übernahme rechtsextremistischer Ideologie und hat gleichzeitig einen hohen Mobilisierungseffekt für Gewaltaktionen" (von Berg 1994:111f.). Obwohl die personelle Verflechtung und die Vernetzung mit rechtsextremen Organisationen zugenommen hat, konnten die Skinhead- und sonstigen Gruppen bislang nicht in die Strukturen des organisierten Rechtsextremismus eingebunden werden.

Die rechtsextreme jugendliche Subkultur mit den Skinheads als ihrem Kern begann frühzeitig, öffentliche Präsenz zu zeigen und das als eigenes beanspruchte Terrain abzustecken. Die symbolische Besetzung öffentlicher Plätze, von Kneipen über Parks bis hin zu ganzen Stadtvierteln, wurde zu einer verbreiteten Erscheinung vor allem, aber nicht ausschließlich in ostdeutschen Kleinstädten und Dörfern (eine impressionistische "dichte Beschreibung" bei Schröder 1997). Das okkupierte Territorium wurde fortan gegen tatsächliche oder vermeintliche Eindringlinge verteidigt und vor allem "ausländerfrei" gehalten. Die mindestens zeitweilig und partiell erfolgreiche Selbstermächtigung als Ordnungsmacht trug mit dazu bei, dass "'Rechts' .. zu einem Mode- und Elitenbegriff" (Erb 1994:142) avancierte und sich regional eine rechtsextreme Dominanzkultur unter Jugendlichen herausbilden konnte. Eine politische Strategie etwa im Sinne der von Teilen des organisierten Rechtsextremismus propagierten Schaffung "national befreiter Zonen" verband sich damit nicht, wie überhaupt die Existenz derartiger Zonen im Sinne der ursprünglichen Konzeption des "Nationaldemokratischen Hochschulbunds" bezweifelt werden muss (Pfahl-Traughber 2000:10f.).

Der übereinstimmende Befund, dass die Gewaltausübung vielfach spontan erfolgte und ihr gruppenspezifische Eskalationsprozesse vorausgingen, spricht in der Mehrzahl der Fälle gegen eine langfristige Strategie. Bestimmend war oftmals die Logik der Situation, d.h. situative Faktoren begünstigten bzw. ermöglichten die Gewalt. Dazu zählte neben der zeitweiligen Schwäche der staatlichen Ordnungsmacht und dem Fehlen einer – etwa in westdeutschen Großstädten durchweg stark entwickelten – Gegenöffentlichkeit insbesondere die vermutete, in Hoyerswerda und Rostock auch offensichtliche Unterstützung durch breite Teile der Bevölkerung. Als Legitimation fungierten auch der politische Diskurs über Ausländer und Ein-

wanderung sowie die von vielen Medien aufgegriffene Diskussion über den Missbrauch des Asylrechts (*Erb* 1994:152f.; *Scherr* 1999:78f.). Zugespitzt: "Die Konstruktion des 'Scheinasyllanten' im öffentlichen Diskurs hat deutliche Züge einer symbolischen Zurichtung eines legitimen Aggressionsobjekts." (*Willems* 1993:234). Ob und inwiefern auch konkrete Unterbringungsprobleme in den Kommunen und damit reale, mit der Einwanderung verknüpfte Probleme gewaltauslösend oder -eskalierend gewesen sind, lässt sich nicht präzise bestimmen. Mindestens in sechs Fallstudien (nicht nur in Ostdeutschland) konnte nachgewiesen werden, dass die erheblichen Konflikte zwischen Asylbewerbern, Anwohnern und Verwaltung sowie die Tatenlosigkeit der lokalen Behörden mitverantwortlich für die Gewaltexzesse waren (*Willems* 1993:211-223).

Die Sozialstruktur der Täter, die in ihrer Mehrheit als gesellschaftlich integriert gelten können, aber ein niedriges Bildungsniveau aufweisen und mehrheitlich aus sozial schwächeren Herkunftsfamilien kommen, hat verschiedentlich zur Charakterisierung des subkulturellen Rechtsextremismus als "demonstrative Abwehr von Modernisierungszumutungen" (*Scherr* 1999:79), wie sie sich besonders sichtbar in der Einwanderung ausdrücken, bzw. als "nationalistische Protestbewegung gegen die moderne Gesellschaft" (*Erb* 1994:159) geführt. Ein solches Verständnis des Rechtsextremismus in (Ost-)Deutschland legt es nahe, seine Erscheinungsformen und Entwicklungsrichtungen zukünftig verstärkt im europäischen Vergleich zu untersuchen.

5. Thematisierungskonzepte: Eskalation durch Berichterstattung

Die Auseinandersetzung mit den Wirkungen der Medienberichterstattung auf Rechtsextremismus ist neueren Datums. Sie verdankt sich der gewachsenen Bedeutung von Massenmedien in der modernen Kommunikationsgesellschaft, daneben auch der auf diese Entwicklung reagierenden Disziplin Medienwissenschaften. Potenziell kann der Einfluss der Medien auf den Rechtsextremismus – und nur diese Wirkungsrichtung ist hier relevant – auf zweierlei Art und Weise geschehen. Eine primäre Wirkung läge vor, wenn die Berichterstattung von Funk, Fernsehen, Printmedien etc. die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen und Handlungen (mit-)verursachen oder umgekehrt ihre Entstehung verhindern würde (zur Darstellung von Ausländern in den Medien *Ruhrmann* 1995, *Ruhrmann/Demren* 2000)³³. So könnte beispielsweise die Art und Weise, in der Ausländer in den Medien dargestellt werden, ihre Wahrnehmung durch die Bevölkerung mitbestimmen, sei es im Sinne der Entwicklung oder Bestätigung von Vorurteilen, sei es durch Informationen zu Herkunftsländern und Lebenslage der Betroffenen oder durch Sympathiewerbung.

Die hier interessierende sekundäre Wirkung geht von der Medienberichterstattung über Rechtsextremismus und namentlich über fremdenfeindliche Gewalt aus. Unabhängig von den Intentionen der Journalisten (u.U. auch im diametralen Gegensatz dazu) schafft die mediale Bearbeitung und Darstellung entsprechender Ereignisse eine neue Wirklichkeit, die auf der Rezipientenseite als Anlass und Auslöser für eigenes Handeln fungieren kann. Die Medien sind in diesem Kontext immer wieder dem Verdacht ausgesetzt, mit ihrer Berichterstattung zur Eskalation von ausländerfeindlichen Übergriffen beizutragen, "Bilder und Kommentare gegeben [zu haben], die wie Streichhölzer an den Benzinflaschen der rechten Gewalttäter wirken konnten" (*Meyn*, zit. nach *Brosius/Esser* 1996:205). Selbst wenn die – ganz im Stil der Medienberichterstattung gehaltene – zitierte Formulierung überpointiert erscheint, lässt sich

³³ Derzeit läuft unter der Leitung von Professor Ruhrmann am Institut für Medienwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein Projekt zur Berichterstattung über Ausländer in den thüringischen Printmedien.

anhand von Zeitreihenanalysen nachweisen, dass nach den Schlüsselereignissen der kollektiven Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte in Hoyerswerda (1991) und Rostock (1992) sowie der Brandanschläge mit Todesfolge in Mölln (1992) und Solingen (1993) jeweils eine immense Zahl von Nachahmungstaten verübt wurden und so die ausländerfeindliche Gewalt eskalierte (*Brosius/Esser* 1995; 1996).

Die Zahl der fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttaten nahm in zeitlicher Nähe zu den besonders stark in den Medien thematisierten Schlüsselereignissen jeweils erheblich zu. In den Fällen von Hoyerswerda und Rostock trugen sowohl die medial vielfach dokumentierte Unterstützung der Gewalttäter durch die Anwohner als auch die aus der Sicht der Kriminellen als Erfolg zu wertende Verbringung der Asylbewerber in andere Orte zur Gewalteskalation bei. Aber selbst nach den acht Todesopfern von Mölln und Solingen, der weniger sensationalistischen und in der Tendenz die Taten scharf verurteilenden Medienberichterstattung und der zahlreichen Lichterketten nahm die rechtsextreme Gewalt zu. Selbst "durch eine verantwortungsvolle, aufklärende Berichterstattung [konnte] Nachahmung kaum verhindert werden" – so das ernüchternde Fazit von Brosius/Esser (1996: 217).

Detailliertere Untersuchungen differenzieren diese Erkenntnisse, ohne aber ihre zentralen Aussagen in Frage zu stellen. So wird betont, dass – gemessen an der Zahl von Brandanschlägen und Angriffen auf Personen und nicht derjenigen fremdenfeindlicher Straftaten allgemein – die Gewaltkurve nach dem Anschlag von Mölln nicht gestiegen ist, sondern "lediglich" ihr Abfallen stagniert hat, und auch ihr Anstieg nach Solingen weit schwächer ausgefallen ist im Vergleich zur Situation nach Hoyerswerda und Rostock (*Ohlemacher* 1998: 321). Diese deutliche Abschwächung der von Schlüsselereignissen in Gang gesetzten Gewaltspirale wird mit den Todesopfern in beiden westdeutschen Städten, dem langjährigen Aufenthalt der Opfer in der Bundesrepublik, den Tatumständen und der veränderten Medienberichterstattung in Verbindung gebracht. Darüber hinaus hätten sich u.a. durch den Wandel des gesellschaftlichen Klimas die "Kosten" ausländerfeindlicher Gewalt aus der Perspektive der Täter erhöht (*Liedemann/Erzberger* 1994).

Bezieht man neben der Medienberichterstattung als der veröffentlichten Meinung auch die öffentliche Meinung mit ein, so erscheinen die Schlüsselereignisse in einem etwas anderen Licht. Sie sind nicht mehr als Auslöser, sondern als Katalysatoren der Gewalteskalation zu betrachten, da sich das gesellschaftliche Klima gegenüber Asylbewerbern bereits im Vorfeld der Angriffe in Hoyerswerda und Rostock erheblich verschlechtert hat (*Ohlemacher* 1994). Allerdings ist die Datenbasis zur Messung des gesellschaftlichen Klimas dünn, da lediglich die zwischen Oktober 1991 und Dezember 1992 gestellte POLITBAROMETER-Frage nach dem Missbrauch des Asylrechts herangezogen wurde. Gleichwohl gelangt Ohlemacher zu dem mindestens plausiblen Ergebnis, dass die Gewalteskalation durch Schlüsselereignisse nur unter der Voraussetzung eines öffentlichen Meinungsklimas und eines fremdenfeindliche Übergriffe legitimierenden – und einmal mehr durch die Medien transportierten – Diskurses ermöglicht wird (*Ohlemacher* 1998:327). Mit der Verschärfung des Asylrechts – so seine umstrittene Behauptung – sei dieser Legitimationsdiskurs beendet worden und die Gewaltkurve entsprechend abgefallen.

IV. Resümee: Leistungen und Desiderate der Rechtsextremismusforschung

Die kursorische Sichtung der politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur zum Rechtsextremismus in Ostdeutschland dürfte verdeutlicht haben, dass es sich bei diesem Gegenstand bzw. diesen Gegenständen keinesfalls um ein Stiefkind der Forschung handelt. Auch ohne den von interessierter Seite bei Gelegenheit (indirekt) geforderten Lehrstuhl für Rechtsextremismusforschung (*Stöss* 1994:23) ist in den zehn Jahren seit der deutschen Vereinigung Beträchtliches geleistet worden. Selbst wenn das Diktum, "nicht die theoretisch angeleitete systematische Datenerhebung, sondern die journalistische Recherche" (*Stöss* 1994:23) sei für das Forschungsfeld bestimmend, noch zutreffen sollte, so liegen – nicht zuletzt dank des zitierten Kritikers – inzwischen eine ganz Reihe wissenschaftlich fundierter Arbeiten zu unterschiedlichen Teilaspekten vor.³⁴

Damit sollen freilich die andauernden Defizite der Rechtsextremismusforschung nicht geleugnet werden. Sowohl die Unfähigkeit, eine auch nur ansatzweise Übereinstimmung bezüglich der Terminologie – wie sie etwa in der Transformationsforschung weitgehend besteht – herzustellen, als auch die stellenweise Abschottung vom Diskussionsstand sind ein Ärgernis. Hinzu tritt die Tendenz zur Isolierung spezifischer Fragestellungen und die Dominanz empirischer Detailuntersuchungen. Beides geht zu Lasten einer weiten, auf Theoriebildung und Theorieüberprüfung angelegten Forschungsperspektive. Schließlich fallen Ungleichgewichte bei der Behandlung einzelner Forschungsgegenstände ins Auge: Während etwa der jugendliche Rechtsextremismus, insofern die Ebene der Einstellungen betroffen ist, als geradezu überforscht gelten muss angesichts einer kaum noch überschaubaren Vielfalt empirischer Jugend- und Schülerstudien, stellen die Mitglieder der rechtsextremen Parteien oder auch der Umgang von Staat und Gesellschaft mit dem Rechtsextremismus eher weiße Flecken auf der Landkarte der politikwissenschaftlichen Forschung dar.

Hinsichtlich der empirischen Erfassung und Erklärung rechtsextremer Einstellungen besteht ein Desiderat in Gestalt von Längsschnittuntersuchungen im Ost-West-Vergleich, die so angelegt sind, dass sie die Prüfung von einzelnen Theoremen, wie etwa die Wirkung von Erziehungsstilen, ermöglichen. Angesichts der immer wieder als Erklärung für den ostdeutschen Rechtsextremismus angeführten Umbrüche in den neuen Ländern muss überraschen, wie wenig systematisch der Transformationsprozess in seinen Wirkungen auf rechtsextreme Orientierungen, Wahlverhalten und Gewalt analysiert worden ist. Diese Einschätzung spiegelt sich auch darin wider, dass es an Vergleichen mit den Entwicklungen in anderen Transformationsgesellschaften mangelt.

Wenn man Rechtsextremismus vorwiegend als ein gegen die Moderne und ihre Erscheinungsformen gerichtetes Produkt der Modernisierung versteht (was nicht identisch ist mit dem Theorem der Modernisierungsverlierer), drängt sich generell eine stärker vergleichende Perspektive auf. Rechtsextremistische Erscheinungen in Ost- und Westdeutschland lassen sich dann nicht mehr isolieren von europaweiten und teils auch darüber hinaus reichenden Entwicklungen. Insbesondere wäre damit zugleich der zentrale Kontext vorgegeben, innerhalb dessen es Rechtsextremismus zu diskutieren gilt: Modernisierungsprozesse und – als ihre vielleicht wichtigste politische Begleiterscheinung – die Ethnisierung politischer Konflikte. Entlang ethnischer Linien aufbrechende Gegensätze sind in dieser Perspektive nicht auf die Dritte

³⁴ Ob in anderen Forschungsfeldern, die eine ähnliche Nähe zu tagespolitischen und parteipolitisch kontroversen Fragen aufwerfen und darüber hinaus den Konjunkturen der staatlichen Förderung in gleicher Weise unterliegen, die Bilanz so viel besser aussieht, wird man zumindest bezweifeln können.

Welt in Europa, die Balkan-Region, oder auf multiethnische Staaten begrenzt. Sie diffundieren sogar in ethnisch eher homogene Staaten und schaffen Konfliktpotenzial auch in nicht erklärten Einwanderungsstaaten.

Dass damit zugleich politische Entscheidungsträger in einer besonderen Verantwortung stehen, sei hier nur angedeutet. Modernisierung und Globalisierung bloß zur Hälfte zu vertreten und zu kommunizieren, während die prekäre zweite Hälfte in Form ethnischer Spaltungslinien unerwähnt bleibt, scheint kein dauerhaftes Erfolgsrezept zu sein.

Literatur

- Ahlheim, Klaus / Heger, Bardo (1999): Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde, Schwalbach
- Backes, Uwe / Jesse: Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 4. Aufl.
- Befragung (2000) von Jenaer Schülern – im Auftrag des Jugendamts der Stadt Jena durchgeführt von der FSU Jena, Kommunikationspsychologie, o.O. (Jena), unveröffentl. Ms.
- Best, Heinrich u.a. (2000): Jenaer Jugendstudie 1999, Jena, unveröffentl. Ms.
- BfV (1999): Entwicklungen im Rechtsextremismus in den neuen Ländern, Köln
- BMI (2000): Verfassungsschutzbericht 1999, Bonn
- Brosius, Hans-Bernd / Esser, Frank (1995): Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, Wiesbaden / Opladen
- Brosius, Hans-Bernd / Esser, Frank (1996): Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, in: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27), Opladen, 204-218
- Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt
- Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft / Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin (Hg.) (2000): Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 11. August 2000, http://www.polwiss.fu-berlin.de/osi/osz/for_rechts.htm [Login: 4.9.2000]
- Druwe, Ulrich (1996): "Rechtsextremismus". Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff, in: Jürgen W. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Winkler, Jürgen (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27/1996), Opladen, S. 66-80
- Eckert, Roland / Willems, Helmut / Würtz, Stefanie (1996): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Jürgen W. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen Winkler (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27/1996), Opladen, 152-167
- Erb, Rainer (1994): Gruppengewalt und Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, S. 140-164
- Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen (Hg.) (1996): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27/1996), Opladen
- Falter, Jürgen W. (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien im vereinigten Deutschland, München
- Farin, Klaus / Seidel-Pielen, Eberhard (1993): Skinheads, München
- Friedrich, Walter (1993): Einstellungen zu Ausländern bei ostdeutschen Jugendlichen. "Autoritäre Persönlichkeit" als Stereotyp, in: Hans-Uwe Otto / Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn, S. 189-199
- Frindte, Wolfgang (Hg.) (1995): Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit, Münster/Hamburg

- Frindte, Wolfgang u.a. (1993): Soziale Konstruktionen des Rechtsextremismus. Studien zu politisch relevanten Orientierungen Thüringer Jugendlicher (= Jenaer Arbeiten aus der Forschungsgruppe "Systemische Sozialpsychologie" 8), Jena
- Frindte, Wolfgang (Hg.) (1992): Soziale Konstruktionen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Thüringen (=Jenaer Arbeiten aus der Forschungsgruppe "Systemische Sozialpsychologie" 4), Jena
- Fromm, Rainer (1998): Die "Wehrsportgruppe Hoffmann", Frankfurt a.M.
- Fromm, Rainer (1993): Rechtsextremismus in Thüringen, Marburg
- Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München
- Gessenharter, Wolfgang / Fröchling, H. (Hg.) (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen
- Heitmeyer, Wilhelm (1993): Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: APuZ B 2-3, S. 3-13
- Heitmeyer, Wilhelm (1992a): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim / München
- Heitmeyer, Wilhelm (1992b): Die Widerspiegelung von Modernisierungsrückständen im Rechtsextremismus, in: Karl-Heinz Heinemann / Wilfried Schubarth (Hg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln, S. 100-115
- Hennig, Eike (1994): Politische Unzufriedenheit – ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?, in: Wolfgang Kowalsky / Wolfgang Schröder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 339-378
- Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999
- Holtmann, Everhard (1998): Protestpartei am rechten Rand. Die DVU in der Wählerschaft Sachsen-Anhalts, hg. v. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Infratest dimap (1999): Landtagswahl in Thüringen 12. September 1999, Berlin
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen
- Jesse, Eckhard (1996): Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität, in: Jürgen W. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen Winkler (Hg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS-Sonderheft 27/1996), Opladen, S. 514-529
- Kliche, Thomas (1996): Interventionen, Evaluationsmaßstäbe und Artefaktbildung. Zehn Thesen zur Konstruktion von Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland / Christian Lüdemann (Hg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen, S. 57-84
- Köderitzsch, Peter / Müller, Leo A. (1990): Rechtsextremismus in der DDR, Göttingen
- Kowalsky, Wolfgang / Schröder, Wolfgang (1994): Einleitung, in: dies. (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 339-378
- Lederer, Gerda et al. (1991): Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR, in: DA 24, S. 587-596
- Leggewie, Claus (1993a): Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus. Fünf Thesen zur Diskussion, in: Oesterreich, Detlef, Leben die häßlichen Deutschen im Osten? Vergleich von

- Ost- und Westberliner Jugendlichen, in: Hans-Uwe Otto / Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn, S. 120-125
- Leggewie, Claus (1993b): Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität, in: DIE ZEIT vom 5.3.1993, S. 93
- Lillig, Thomas (1994): Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen, Mainz 1994
- Lipset, Seymour M. (1962): "Faschismus" – rechts, links und in der Mitte, in: ders.: Soziologie der Demokratie, hg. v. H. Maus / F. Fürstenberg, Neuwied / Berlin, S. 131-190
- Lüdemann, Christian / Erzberger, Christian (1994): Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland. Zur zeitlichen Entwicklung und Erklärung von Eskalationsprozessen, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 15, S. 169-190
- Maaz, Hans-Joachim (1991): Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1991
- Maaz, Hans-Joachim (1993): Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern, in: Hans-Uwe Otto / Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn, S. 176-181
- Mantino, Susanne (1992): Die "Neue Rechte" in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M.
- Mantino, Susanne (1999): Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungs-konzept, Baden-Baden
- Narr, Wolf-Dieter (1993): Vom Extremismus der Mitte, in: PVS 34, S. 106-113
- Neubacher, Bernd (1996): NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner. Ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder, Köln
- Neubacher, Frank (1998): Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Mönchengladbach
- Neubacher, Frank (1994): Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Vor und nach der Wende, Bad Godesberg
- Neureiter, Marcus (1996): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg
- Obszerninks, Britta (1999): Nachbarn am rechten Rand. Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster
- Obszerninks, Britta / Schmidt, Matthias (1999): DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie?, Münster
- Oesterreich, Detlef (1993): Leben die häßlichen Deutschen im Osten? Vergleich von Ost- und Westberliner Jugendlichen, in: Hans-Uwe Otto / Roland Merten (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn, S. 182-188
- Ohlemacher, Thomas (1998): Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten, 1991-1997, in: Soziale Welt 49, S. 319-332
- Ohlemacher, Thomas (1994): Public Opinion and Violence Against Foreigners in the Reunited Germany, in: ZfS 23, S. 222-236
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: APuZ B 39, S. 3-14

- Pfahl-Traughber, Armin (1999): Der "zweite Frühling" der NPD zwischen Aktion und Politik, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.): Extremismus und Demokratie 11 (1999), Baden-Baden, 146-166
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): "Konservative Revolution" und "Neue Rechte". Rechts-extremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen
- Pfahl-Traughber, Armin (1995): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, 2. Aufl.
- Pfeiffer, Christian (2000): "Mut machen gegen rechte Gewalt", in: SZ vom 29.08.2000, S. 11
- Pfeiffer, Christian (1999): Anleitung zum Haß, in: DER SPIEGEL 1999, H. 12
- Poutrus, Patrice G. / Behrends, Jan C. / Kuck, Dennis (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: APuZ B 39, 15-21
- Ruhrmann, Georg (1995): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit, Opladen
- Ruhrmann, Georg / Demren, S. (2000): Wie Medien über Migranten berichten, in: Heribert Schatz / Christina Holtz-Bacha / Jörg-Uwe Nieland (Hg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Opladen, S. 69-81
- Scherr, Albert (1999): Befunde der Rechtsextremismusforschung: Gründe und Ursachen der Attraktivität rechtsextremer Orientierungen für Jugendliche, in: Frieder Dünkel / Bernd Geng (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach, S. 69-88
- Scheuch, Erwin K. / Klingemann Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, S. 11-29
- Schieren, Stefan (1998): Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: "Magdeburger Modell" mit einigen Mängeln, in: ZParl 29, S. 56-78
- Schröder, Burkhard (2000): Rechtsextremismus im Internet, in: APuZ B 39, S. 49-54
- Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek
- Schröder, Burkhard (1995): Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen, Reinbek
- Schumann, Frank, Glatzen am Alex (1990): Rechtsextremismus in der DDR, Berlin
- Siegler, Bernd (1991): Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin
- Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn [überarbeitete Neuauflage i.E.]
- Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky / Wolfgang Schröder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 23-66
- Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998 (= Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums 1), Berlin 1998
- Süß, Walter (1993): Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin
- ThI (2000): Verfassungsschutzbericht Thüringen 1999, Weimar
- Thränhardt, Dietrich (1998): Die DVU: eine virtuelle Partei, durch manipulierbares Wahlrecht begünstigt – ein Plädoyer zur Wahlrechtsreform, in: ZParl 29, 441-448

- von Berg, Heinz Lynen (1994): Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende, in: Wolfgang Kowalsky / Wolfgang Schröder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen, S. 103-126
- Waibel, Harry (1996): Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln
- Werz, Nikolaus (1998): Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: Gegenwartskunde 47, S. 419-424
- Wetzel, Juliane (1999): Das Internet als Propagandamedium der Rechtsextremen, in: Peter Widmann / Rainer Erb / Wolfgang Benz (Hg.): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin, S. 259-278
- Willems, Helmut / Würtz, Stefanie / Eckert, Roland (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftaten, hg. v. BMI, Bonn
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen – Täter – Konflikteskalation, Opladen
- Winkler, Jürgen (2000): Formen und Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jan van Deth / Hans Rattinger / Edeltraud Roller (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, S. 359-382

Anhang I

Tabellarische Übersichten

- A 1 Vorteile oder Nachteile der Einheit
- A 2 Wirtschaftliche Lage besser als 1990?
- A 3 Persönliche wirtschaftliche Lage besser als 1990?
- A 4 Rechtssicherheit besser als 1990?
- A 5 Kriminalität besser als 1990?
- A 6 Wirtschaftliche Lage in Thüringen
- A 7 Eigene finanzielle Lage
- A 8 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 9 Sozialismus ist eine gute Idee
- A 10 Zufriedenheit mit der Demokratie
- A 11 Demokratie besser als andere Staatsideen?
- A 12 Demokratie sorgt für hohes Maß an Freiheit
- A 13 Demokratie sorgt für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit
- A 14 Vertrauen zur Bundesregierung
- A 15 Vertrauen zur Landesregierung
- A 16 Vertrauen zu den Gerichten
- A 17 Vertrauen zur Polizei
- A 18 Politiker verdienen mehr Respekt
- A 19 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 20 In der Politik geht es nur um Macht
- A 21 In der Politik wird zuviel geredet
- A 22 Bei einer Unterschriftensammlung mitmachen
- A 23 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 24 An einer Demonstration teilnehmen
- A 25 An einer Demonstration teilnehmen, auch bei Gewalt

- A 26 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen
- A 27 Die meisten über politische Fragen informiert
- A 28 Volksentscheid bei wichtigen Fragen
- A 29 Thüringen ist meine Heimat
- A 30 Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen
- A 31 Identifikation
- A 32 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser
- A 33 Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland
- A 34 Gesetze gegen Gebrauch englischer Ausdrücke
- A 35 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- A 36 Wegen Arbeitslosigkeit Ausländer zurück in die Heimat
- A 37 Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen
- A 38 Menschenrechte für Ausländer konsequent durchsetzen
- A 39 Nationale Interessen offensiver vertreten
- A 40 Deutsche anderen überlegen
- A 41 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 42 Die Juden passen nicht zu uns
- A 43 Der Stärkere soll sich durchsetzen
- A 44 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 45 Wahl rechtsextremer Parteien
- A 46 Ausländer mit Gewalt in die Schranken weisen
- A 47 Wir brauchen eine starke Hand
- A 48 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 49 Bedrohung durch Rechstradikale
- A 50 Kontakt zu Ausländern

Tabelle A1

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile oder Nachteile der Einheit			
		Vorteile überwiegen	weder / noch	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	68	14	17	1
Geschlecht					
Männer	480	74	11	15	1
Frauen	521	63	17	19	2
Alter					
18-24 Jahre	103	78	8	13	2
25-34 Jahre	165	70	13	15	2
35-44 Jahre	199	67	16	17	1
45-59 Jahre	247	64	13	23	0
60 Jahre und älter	277	70	16	14	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	252	74	13	13	1
10. Klasse	415	73	8	16	4
Abitur	100	32	15	53	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	69	16	14	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	518	74	13	13	1
in Ausbildung	51	73	8	16	4
arbeitslos	88	32	15	53	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	69	16	14	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	318	58	17	25	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	73	13	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	77	12	11	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	75	9	14	2
Religionsgemeinschaft					
keine	678	65	14	20	1
evangelisch	243	75	12	12	1
katholisch	71	76	15	8	0

Eine Frage zur deutschen Einheit:

Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage besser als 1990?

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	17	48	9	17	8	2
Geschlecht							
Männer	480	22	51	7	14	6	1
Frauen	521	13	44	11	20	9	3
Alter							
18-24 Jahre	103	20	52	7	11	3	8
25-34 Jahre	165	18	53	7	15	6	1
35-44 Jahre	199	17	47	12	16	6	3
45-59 Jahre	247	20	40	10	17	12	1
60 Jahre und älter	277	12	51	9	20	8	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	14	44	9	19	12	2
10. Klasse	415	14	50	10	18	6	1
Abitur	100	26	43	4	12	8	7
(Fach-) Hochschulabschluss	224	22	49	10	11	6	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	21	50	8	12	7	1
in Ausbildung	51	20	51	14	4	0	12
arbeitslos	88	6	29	15	30	17	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	13	48	9	21	7	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	13	43	10	22	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	15	50	10	15	8	3
höh.-leit. Ang./Beamte	152	24	51	6	14	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	26	51	2	11	8	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	16	47	9	17	8	3
evangelisch	243	18	49	8	16	8	1
katholisch	71	25	51	9	10	1	4

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der wirtschaftlicher Lage in Thüringen?

Tabelle A3

		Persönliche wirtschaftliche Lage besser als 1990?					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	18	40	22	13	6	2
Geschlecht							
Männer	480	22	41	18	12	5	1
Frauen	521	13	39	25	14	6	2
Alter							
18-24 Jahre	103	24	48	16	6	4	3
25-34 Jahre	165	29	36	15	14	2	4
35-44 Jahre	199	20	43	16	16	5	2
45-59 Jahre	247	15	34	22	17	11	0
60 Jahre und älter	277	9	44	32	9	5	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	11	37	31	13	7	1
10. Klasse	415	15	44	19	15	6	1
Abitur	100	32	38	12	12	4	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	24	38	21	9	5	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	26	43	17	9	4	1
in Ausbildung	51	19	54	17	4	0	6
arbeitslos	88	3	16	22	35	22	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	9	39	31	15	5	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	16	37	26	19	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	22	41	20	10	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	22	44	22	7	3	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	25	37	13	13	10	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	17	40	21	14	7	1
evangelisch	243	18	43	23	11	4	2
katholisch	71	23	35	23	13	3	4

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage?

Tabelle A4

		Rechtssicherheit besser als 1990?					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	3	21	23	31	15	6
Geschlecht							
Männer	480	5	23	26	27	15	5
Frauen	521	2	19	21	35	15	8
Alter							
18-24 Jahre	103	3	26	32	25	5	9
25-34 Jahre	165	1	35	29	18	10	7
35-44 Jahre	199	6	24	24	32	9	6
45-59 Jahre	247	4	17	20	39	16	5
60 Jahre und älter	277	3	14	21	32	25	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	2	16	19	35	21	8
10. Klasse	415	3	26	25	31	11	5
Abitur	100	4	17	28	27	14	10
(Fach-) Hochschulabschluss	224	4	22	23	29	16	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	4	25	25	30	11	7
in Ausbildung	51	2	31	39	15	10	4
arbeitslos	88	1	17	24	36	18	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	2	16	20	34	22	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	4	23	24	30	15	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	3	19	23	31	15	9
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	23	24	28	17	5
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	26	19	39	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	3	23	21	31	16	5
evangelisch	243	4	18	29	29	11	9
katholisch	71	4	14	24	35	15	8

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der Rechtssicherheit?

Tabelle A5

		Kriminalität besser als 1990?					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	0	5	13	38	42	2
Geschlecht							
Männer	480	0	7	16	37	37	3
Frauen	521	0	3	10	39	46	2
Alter							
18-24 Jahre	103	0	11	16	35	33	6
25-34 Jahre	165	1	6	15	49	28	2
35-44 Jahre	199	0	6	14	39	40	2
45-59 Jahre	247	0	4	10	37	48	2
60 Jahre und älter	277	0	3	11	34	50	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	0	2	10	34	53	2
10. Klasse	415	0	7	12	41	38	2
Abitur	100	0	4	15	42	38	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	0	5	15	36	40	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	0	6	14	40	37	3
in Ausbildung	51	0	10	16	31	35	8
arbeitslos	88	0	5	6	39	49	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	0	4	12	35	49	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	0	7	12	40	39	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	0	5	13	36	44	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	0	4	13	41	41	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	6	14	26	48	5
Religionsgemeinschaft							
keine	678	0	6	13	38	42	2
evangelisch	243	0	5	14	36	43	2
katholisch	71	1	3	7	44	41	4

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der Kriminalität?

Tabelle A6

		Wirtschaftliche Lage in Thüringen				
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	1	37	49	11	2
Geschlecht						
Männer	480	1	42	47	10	2
Frauen	521	0	34	51	12	3
Alter						
18-24 Jahre	103	0	55	40	4	1
25-34 Jahre	165	1	41	44	13	1
35-44 Jahre	199	0	36	54	10	0
45-59 Jahre	247	1	32	49	17	0
60 Jahre und älter	277	1	35	52	6	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	2	33	51	10	4
10. Klasse	415	0	41	44	12	2
Abitur	100	1	42	49	8	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	0	34	56	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	1	40	51	9	0
in Ausbildung	51	0	65	31	4	0
arbeitslos	88	0	23	48	28	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	1	35	49	10	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	1	36	47	14	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	0	40	50	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	1	32	54	10	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	0	28	58	11	3
Religionsgemeinschaft						
keine	678	1	35	50	12	2
evangelisch	243	0	39	49	7	5
katholisch	71	0	58	38	4	0

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A7

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	Eigene finanzielle Lage				
		sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	4	55	31	10	1
Geschlecht						
Männer	480	5	56	30	9	1
Frauen	521	3	54	33	11	1
Alter						
18-24 Jahre	103	7	49	30	14	1
25-34 Jahre	165	1	64	27	7	1
35-44 Jahre	199	4	54	34	7	2
45-59 Jahre	247	5	45	32	18	0
60 Jahre und älter	277	4	60	32	4	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	3	46	35	16	0
10. Klasse	415	2	55	34	8	1
Abitur	100	6	56	30	7	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	5	64	22	7	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	5	63	26	5	1
in Ausbildung	51	2	44	35	19	0
arbeitslos	88	0	15	43	42	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	4	53	36	7	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	2	40	43	15	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	6	61	27	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	5	68	17	9	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	59	33	3	3
Religionsgemeinschaft						
keine	678	3	53	32	11	1
evangelisch	243	3	58	31	8	0
katholisch	71	9	58	25	9	0

Wie beurteilen Sie zur Zeit Ihre eigene heutige wirtschaftliche Lage?

Tabelle A8

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	11	10	50	12	16	1
Geschlecht							
Männer	480	10	9	48	14	19	0
Frauen	521	13	11	51	11	13	0
Alter							
18-24 Jahre	103	9	7	43	10	24	9
25-34 Jahre	165	9	9	49	17	16	0
35-44 Jahre	199	11	12	52	13	12	1
45-59 Jahre	247	11	11	49	13	17	0
60 Jahre und älter	277	14	9	51	11	15	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	18	13	47	11	10	0
10. Klasse	415	9	9	53	11	17	1
Abitur	100	8	7	44	19	19	4
(Fach-) Hochschulabschluss	224	10	9	47	14	20	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	8	10	49	14	18	1
in Ausbildung	51	8	8	43	11	21	9
arbeitslos	88	22	15	49	6	9	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	15	10	50	11	14	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	12	13	51	10	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	8	9	53	13	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	11	7	49	15	18	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	12	6	39	17	26	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	11	11	50	11	16	1
evangelisch	243	11	7	50	16	15	1
katholisch	71	14	7	39	18	20	1

Das DDR-System hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A9

Sozialismus ist eine gute Idee

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	30	18	27	9	14	2
Geschlecht							
Männer	480	27	14	27	13	18	1
Frauen	521	33	21	28	6	10	3
Alter							
18-24 Jahre	103	18	21	32	18	7	3
25-34 Jahre	165	23	20	29	11	15	2
35-44 Jahre	199	26	19	30	10	16	1
45-59 Jahre	247	41	15	21	6	15	2
60 Jahre und älter	277	32	18	29	7	13	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	34	15	30	9	10	3
10. Klasse	415	28	16	30	9	16	1
Abitur	100	29	25	16	15	13	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	30	21	24	9	15	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	27	18	28	11	15	1
in Ausbildung	51	26	14	31	18	10	2
arbeitslos	88	44	21	23	2	8	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	32	18	27	7	13	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	35	14	29	8	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	28	22	27	9	13	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	33	15	24	11	16	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	21	17	33	8	18	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	33	19	26	10	11	2
evangelisch	243	21	17	33	7	20	2
katholisch	71	32	14	19	10	22	3

Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.

Tabelle A10

		Zufriedenheit mit der Demokratie					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	teils / teils	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	2	14	54	19	11	1
Geschlecht							
Männer	480	2	15	53	18	11	1
Frauen	521	2	14	55	19	10	0
Alter							
18-24 Jahre	103	0	14	57	17	13	0
25-34 Jahre	165	1	8	56	21	14	0
35-44 Jahre	199	2	12	51	27	9	1
45-59 Jahre	247	2	11	55	18	15	0
60 Jahre und älter	277	4	23	53	13	6	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	2	18	55	16	8	1
10. Klasse	415	1	12	53	22	12	1
Abitur	100	2	16	58	7	17	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	4	14	53	20	9	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	1	11	55	21	11	1
in Ausbildung	51	0	12	58	15	15	0
arbeitslos	88	1	9	46	21	23	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	3	21	54	15	7	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	2	11	52	22	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	1	14	57	18	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	4	24	51	12	9	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	11	49	31	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	2	13	53	20	11	1
evangelisch	243	3	16	56	16	9	0
katholisch	71	3	20	52	13	10	3

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A11

Demokratie besser als andere Staatsideen?

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	18	24	49	4	4	1
Geschlecht							
Männer	480	23	29	40	3	4	2
Frauen	521	13	20	57	5	5	1
Alter							
18-24 Jahre	103	13	31	49	1	7	0
25-34 Jahre	165	18	24	49	5	4	0
35-44 Jahre	199	16	29	49	4	2	1
45-59 Jahre	247	22	20	46	5	6	1
60 Jahre und älter	277	18	21	51	3	5	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	14	14	57	5	7	2
10. Klasse	415	13	24	54	5	4	0
Abitur	100	30	24	42	1	2	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	26	35	34	1	2	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	21	27	44	4	3	1
in Ausbildung	51	10	39	46	2	4	0
arbeitslos	88	14	13	58	8	7	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	16	20	54	3	5	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	13	20	56	5	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	16	25	50	5	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	28	28	39	0	5	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	25	38	28	6	2	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	18	25	47	4	5	1
evangelisch	243	19	20	53	3	4	2
katholisch	71	16	30	49	3	1	1

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage "Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen" voll und ganz zu, überwiegend zu, teils-teils lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie voll und ganz ab?

Tabelle A12

Demokratie sorgt für hohes Maß an Freiheit

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	25	25	39	5	5	1
Geschlecht							
Männer	480	27	24	37	4	6	2
Frauen	521	22	26	41	5	5	1
Alter							
18-24 Jahre	103	24	23	40	2	9	2
25-34 Jahre	165	17	22	47	5	5	4
35-44 Jahre	199	20	28	41	5	5	1
45-59 Jahre	247	26	26	37	5	7	0
60 Jahre und älter	277	31	25	35	5	4	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	31	25	35	5	3	2
10. Klasse	415	20	23	45	4	7	1
Abitur	100	28	34	27	3	6	2
(Fach-) Hochschulabschluss	224	25	25	40	5	5	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	21	26	40	5	6	2
in Ausbildung	51	26	20	45	4	6	0
arbeitslos	88	17	18	47	5	10	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	31	25	36	4	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	24	23	40	4	7	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	21	27	42	5	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	35	28	28	3	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	20	19	45	8	8	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	23	25	41	4	6	1
evangelisch	243	29	24	37	6	3	2
katholisch	71	24	26	32	4	10	4

Die Demokratie in Deutschland sorgt für ein hohes Maß an persönlicher Freiheit.

Tabelle A13

Demokratie sorgt für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	14	18	44	13	11	1
Geschlecht							
Männer	480	17	21	39	10	12	1
Frauen	521	10	14	48	15	12	1
Alter							
18-24 Jahre	103	21	21	41	8	9	0
25-34 Jahre	165	17	17	36	14	15	2
35-44 Jahre	199	9	19	47	14	11	1
45-59 Jahre	247	11	18	47	11	14	0
60 Jahre und älter	277	16	16	44	14	10	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	15	15	44	11	13	2
10. Klasse	415	13	16	46	14	12	0
Abitur	100	12	20	37	19	11	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	15	22	43	9	10	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	13	20	43	12	11	1
in Ausbildung	51	27	27	37	6	4	0
arbeitslos	88	9	7	50	11	20	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	14	15	44	15	11	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	16	14	45	12	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	12	17	44	16	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	16	27	34	9	14	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	11	15	51	12	9	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	13	18	45	12	12	1
evangelisch	243	16	17	41	14	11	0
katholisch	71	16	18	39	11	11	4

Die Demokratie in Deutschland sorgt für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit.

Tabelle A14

		Vertrauen zur Bundesregierung					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	5	16	49	17	14	0
Geschlecht							
Männer	480	6	19	46	15	14	0
Frauen	521	4	13	51	18	13	0
Alter							
18-24 Jahre	103	4	28	39	15	15	0
25-34 Jahre	165	0	9	53	18	19	0
35-44 Jahre	199	2	13	51	20	13	1
45-59 Jahre	247	6	14	50	17	13	0
60 Jahre und älter	277	9	21	46	13	11	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	8	17	46	13	15	0
10. Klasse	415	3	13	51	18	14	0
Abitur	100	5	21	41	21	12	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	4	19	49	16	11	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	3	15	50	18	13	0
in Ausbildung	51	4	19	50	14	14	0
arbeitslos	88	1	11	49	19	19	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	9	19	46	14	13	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	5	14	48	17	17	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	4	17	50	17	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	8	23	51	11	8	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	8	48	25	16	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	5	18	47	16	15	0
evangelisch	243	5	16	50	17	11	0
katholisch	71	6	6	59	20	10	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? A. Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A15

		Vertrauen zur Landesregierung					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	8	24	49	11	7	1
Geschlecht							
Männer	480	11	21	48	12	9	0
Frauen	521	6	26	51	10	6	1
Alter							
18-24 Jahre	103	12	30	48	5	5	1
25-34 Jahre	165	2	24	59	7	7	1
35-44 Jahre	199	6	20	55	12	8	1
45-59 Jahre	247	9	21	43	19	9	0
60 Jahre und älter	277	13	27	44	8	7	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	12	23	44	10	11	1
10. Klasse	415	8	24	52	8	7	1
Abitur	100	3	32	49	10	6	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	6	22	50	17	5	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	5	24	52	13	6	0
in Ausbildung	51	14	28	53	2	2	2
arbeitslos	88	6	20	45	18	12	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	13	25	46	7	9	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	11	20	49	10	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	6	26	50	11	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	9	28	44	13	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	31	43	17	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	7	24	49	12	9	0
evangelisch	243	11	26	49	9	5	1
katholisch	71	16	16	54	10	4	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? B. Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A16

Vertrauen zu den Gerichten

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	7	23	40	15	7	8
Geschlecht							
Männer	480	9	25	37	15	7	8
Frauen	521	5	21	43	16	8	8
Alter							
18-24 Jahre	103	14	33	35	13	4	2
25-34 Jahre	165	7	27	43	10	7	7
35-44 Jahre	199	7	27	43	14	5	5
45-59 Jahre	247	5	20	37	18	12	8
60 Jahre und älter	277	5	16	42	18	7	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	6	18	38	18	9	12
10. Klasse	415	7	22	45	12	7	8
Abitur	100	12	25	39	14	7	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	5	29	34	19	7	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	7	28	40	13	7	5
in Ausbildung	51	14	21	39	17	6	4
arbeitslos	88	5	14	38	22	14	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	6	18	41	17	7	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	6	20	44	11	11	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	5	25	42	17	5	7
höh.-leit. Ang./Beamte	152	11	19	31	20	8	11
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	34	39	14	6	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	7	23	40	15	8	7
evangelisch	243	7	23	38	16	7	10
katholisch	71	4	24	45	17	1	9

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? C. Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A17

		Vertrauen zur Polizei					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	14	36	36	6	5	3
Geschlecht							
Männer	480	17	38	30	7	7	2
Frauen	521	12	35	42	4	3	5
Alter							
18-24 Jahre	103	16	34	36	3	12	0
25-34 Jahre	165	8	41	39	7	3	2
35-44 Jahre	199	10	41	37	6	5	2
45-59 Jahre	247	15	37	30	8	6	4
60 Jahre und älter	277	20	32	37	4	2	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	19	31	35	3	7	5
10. Klasse	415	10	40	38	5	4	3
Abitur	100	22	34	24	11	8	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	13	38	37	9	1	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	11	39	37	7	4	2
in Ausbildung	51	12	33	29	6	21	0
arbeitslos	88	18	35	30	7	9	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	20	34	36	4	2	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	15	36	36	5	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	12	35	43	6	2	4
höh.-leit. Ang./Beamte	152	22	38	26	5	5	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	11	48	29	11	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	13	33	39	6	6	3
evangelisch	243	18	42	27	6	3	4
katholisch	71	13	47	38	1	0	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? D. Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A18

Politiker verdienen mehr Respekt

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	7	10	41	18	24	1
Geschlecht							
Männer	480	9	9	40	16	26	0
Frauen	521	5	10	41	19	23	1
Alter							
18-24 Jahre	103	4	9	30	20	37	0
25-34 Jahre	165	2	5	33	26	34	0
35-44 Jahre	199	2	10	36	22	30	1
45-59 Jahre	247	9	7	44	15	25	1
60 Jahre und älter	277	13	16	49	11	10	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	10	12	45	13	20	1
10. Klasse	415	6	8	35	19	32	1
Abitur	100	7	3	43	21	26	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	6	13	45	20	16	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	5	8	39	21	27	1
in Ausbildung	51	0	10	22	18	51	0
arbeitslos	88	7	5	39	19	31	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	11	14	46	13	15	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	6	10	36	20	27	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	6	9	45	17	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	13	13	42	17	15	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	6	36	14	38	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	7	10	39	17	27	0
evangelisch	243	7	11	41	23	17	2
katholisch	71	6	3	57	7	25	3

Die Politiker verdienen mehr Respekt.

Tabelle A19

Parteien wollen nur Stimmen der Wähler

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über-wiegend zu	teils / teils	lehne über-wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	34	18	37	5	5	2
Geschlecht							
Männer	480	33	17	38	5	5	2
Frauen	521	34	19	35	6	5	1
Alter							
18-24 Jahre	103	21	15	44	12	9	0
25-34 Jahre	165	38	21	35	1	3	1
35-44 Jahre	199	30	21	38	6	5	2
45-59 Jahre	247	40	16	34	6	2	2
60 Jahre und älter	277	32	19	35	5	7	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	33	14	36	8	7	2
10. Klasse	415	37	20	33	4	5	1
Abitur	100	25	12	51	8	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	31	24	37	5	2	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	35	19	37	5	3	1
in Ausbildung	51	22	10	39	16	14	0
arbeitslos	88	33	19	35	6	3	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	33	19	35	5	6	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	39	16	33	6	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	33	19	37	4	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	26	20	45	3	4	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	37	32	23	8	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	33	19	37	6	5	1
evangelisch	243	34	19	36	6	4	2
katholisch	71	39	14	35	1	8	3

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A20

In der Politik geht es nur um Macht

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	39	16	36	4	5	0
Geschlecht							
Männer	480	36	18	38	3	6	0
Frauen	521	41	15	35	4	4	1
Alter							
18-24 Jahre	103	23	20	43	4	10	0
25-34 Jahre	165	31	18	45	2	4	0
35-44 Jahre	199	38	19	35	5	3	1
45-59 Jahre	247	43	15	37	2	4	0
60 Jahre und älter	277	46	14	28	5	6	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	47	13	29	5	6	1
10. Klasse	415	40	16	36	4	4	0
Abitur	100	28	15	46	3	8	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	33	21	39	2	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	35	19	39	3	4	0
in Ausbildung	51	26	6	52	4	12	0
arbeitslos	88	42	18	36	3	1	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	45	13	30	4	7	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	43	15	35	4	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	38	17	38	3	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	33	16	39	2	9	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	44	21	27	6	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	38	17	37	3	5	0
evangelisch	243	42	16	32	5	4	1
katholisch	71	36	11	42	6	6	0

In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.

Tabelle A21

In der Politik wird zuviel geredet							
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	45	14	36	2	2	1
Geschlecht							
Männer	480	43	16	35	2	3	0
Frauen	521	46	11	37	3	2	1
Alter							
18-24 Jahre	103	37	29	31	0	4	0
25-34 Jahre	165	48	13	36	1	2	0
35-44 Jahre	199	47	13	36	2	2	0
45-59 Jahre	247	49	13	34	3	2	0
60 Jahre und älter	277	42	10	40	4	3	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	47	8	40	2	1	2
10. Klasse	415	50	15	30	2	2	0
Abitur	100	34	17	41	2	6	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	38	16	41	2	3	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	45	15	35	2	3	0
in Ausbildung	51	33	33	33	0	2	0
arbeitslos	88	56	11	27	3	2	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	44	9	41	3	2	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	51	13	34	1	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	44	11	37	4	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	37	16	41	3	5	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	44	23	27	2	2	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	47	14	34	2	3	0
evangelisch	243	41	12	43	3	2	1
katholisch	71	45	14	37	3	1	0

In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.

Tabelle A22

Bei einer Unterschriftensammlung mitmachen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ganz sicher tun	ziemlich sicher tun	vielleicht tun	eher nicht tun	bestimmt nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	50	18	22	4	7	1
Geschlecht							
Männer	480	49	21	21	3	6	0
Frauen	521	51	15	23	4	7	1
Alter							
18-24 Jahre	103	35	28	33	2	2	0
25-34 Jahre	165	56	16	21	4	4	0
35-44 Jahre	199	53	21	19	4	5	0
45-59 Jahre	247	55	19	18	3	4	0
60 Jahre und älter	277	46	11	24	5	14	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	43	13	25	4	15	0
10. Klasse	415	56	17	19	3	3	0
Abitur	100	45	30	16	5	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	48	17	24	4	5	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	52	21	20	4	4	0
in Ausbildung	51	31	23	44	2	0	0
arbeitslos	88	56	16	19	2	7	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	49	12	22	4	12	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	53	18	20	3	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	50	17	22	4	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	51	17	17	5	7	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	47	18	23	6	6	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	53	18	19	3	6	1
evangelisch	243	45	17	26	4	8	0
katholisch	71	39	17	31	6	8	0

Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, welche der folgenden Dinge würden Sie dann ganz sicher tun, ziemlich sicher tun, vielleicht tun, eher nicht tun oder bestimmt nicht tun?
A. Bei einer Unterschriftensammlung mitmachen.

Tabelle A23

		In einer Bürgerinitiative mitarbeiten					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ganz sicher tun	ziemlich sicher tun	vielleicht tun	eher nicht tun	bestimmt nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	27	15	34	11	13	0
Geschlecht							
Männer	480	30	15	35	10	10	0
Frauen	521	25	15	32	12	15	0
Alter							
18-24 Jahre	103	24	15	49	9	3	0
25-34 Jahre	165	19	21	41	13	6	0
35-44 Jahre	199	28	17	35	11	10	0
45-59 Jahre	247	34	14	34	7	10	0
60 Jahre und älter	277	28	11	22	15	24	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	29	9	28	10	24	0
10. Klasse	415	28	16	37	11	8	0
Abitur	100	21	22	40	8	8	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	29	18	31	13	9	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	28	20	36	10	7	0
in Ausbildung	51	14	4	71	10	2	0
arbeitslos	88	28	13	36	8	15	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	29	11	25	13	22	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	26	11	40	11	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	27	20	32	10	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	33	16	25	11	16	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	25	19	31	19	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	29	16	33	10	12	0
evangelisch	243	24	14	37	12	13	0
katholisch	71	28	14	28	13	17	0

Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, welche der folgenden Dinge würden Sie dann ganz sicher tun, ziemlich sicher tun, vielleicht tun, eher nicht tun oder bestimmt nicht tun?

B. In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Tabelle A24

		An einer Demonstration teilnehmen					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ganz sicher tun	ziemlich sicher tun	vielleicht tun	eher nicht tun	bestimmt nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	27	17	26	12	17	1
Geschlecht							
Männer	480	28	19	25	12	16	1
Frauen	521	26	15	27	13	18	1
Alter							
18-24 Jahre	103	16	24	38	11	12	0
25-34 Jahre	165	23	23	30	15	9	0
35-44 Jahre	199	34	22	25	10	9	0
45-59 Jahre	247	36	15	25	9	14	1
60 Jahre und älter	277	22	8	21	17	31	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	25	11	19	12	32	2
10. Klasse	415	31	18	25	13	13	1
Abitur	100	17	21	32	13	16	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	28	18	34	12	8	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	31	18	30	13	9	0
in Ausbildung	51	19	27	23	8	23	0
arbeitslos	88	25	22	25	7	18	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	23	12	21	14	29	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	27	20	25	12	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	28	15	29	10	17	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	29	11	20	21	19	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	24	17	32	17	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	29	18	27	11	15	1
evangelisch	243	25	14	26	14	20	1
katholisch	71	22	14	21	21	22	0

Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, welche der folgenden Dinge würden Sie dann ganz sicher tun, ziemlich sicher tun, vielleicht tun, eher nicht tun oder bestimmt nicht tun?

C. An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A25

		An einer Demonstration teilnehmen, auch bei Gewalt					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ganz sicher tun	ziemlich sicher tun	vielleicht tun	eher nicht tun	bestimmt nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	3	4	12	16	65	0
Geschlecht							
Männer	480	4	5	14	19	57	0
Frauen	521	2	2	10	14	73	0
Alter							
18-24 Jahre	103	2	10	8	20	60	0
25-34 Jahre	165	4	4	16	24	52	0
35-44 Jahre	199	4	3	12	19	63	1
45-59 Jahre	247	4	4	14	15	63	0
60 Jahre und älter	277	0	2	10	9	78	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	2	2	8	6	82	0
10. Klasse	415	4	4	13	17	63	0
Abitur	100	1	8	19	17	55	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	4	4	12	27	53	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	4	4	15	21	56	0
in Ausbildung	51	0	8	12	15	65	0
arbeitslos	88	3	2	9	15	70	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	2	2	9	10	78	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	4	3	11	15	67	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	2	3	12	18	64	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	5	2	12	16	65	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	0	9	19	14	56	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	3	4	11	17	64	0
evangelisch	243	3	4	13	14	67	0
katholisch	71	0	4	15	13	68	0

Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, welche der folgenden Dinge würden Sie dann ganz sicher tun, ziemlich sicher tun, vielleicht tun, eher nicht tun oder bestimmt nicht tun?

D. An einer Demonstration teilnehmen, auch wenn mit Gewalt gerechnet werden muss.

Tabelle A26

		Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ganz sicher tun	ziemlich sicher tun	vielleicht tun	eher nicht tun	bestimmt nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	4	2	10	16	68	1
Geschlecht							
Männer	480	5	3	13	18	61	1
Frauen	521	2	2	8	14	74	1
Alter							
18-24 Jahre	103	2	6	23	14	53	2
25-34 Jahre	165	3	4	9	26	58	0
35-44 Jahre	199	5	1	10	15	69	1
45-59 Jahre	247	3	2	7	13	76	0
60 Jahre und älter	277	5	2	10	12	70	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	6	3	12	8	72	0
10. Klasse	415	4	2	11	16	66	0
Abitur	100	1	1	10	19	67	2
(Fach-) Hochschulabschluss	224	2	3	8	21	65	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	3	3	10	19	65	1
in Ausbildung	51	0	0	24	22	51	4
arbeitslos	88	6	1	13	8	72	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	5	2	9	11	73	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	5	2	13	14	66	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	2	2	10	16	69	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	3	5	18	71	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	9	2	9	21	58	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	4	3	11	14	68	0
evangelisch	243	4	1	10	17	67	1
katholisch	71	3	1	11	21	63	0

Wenn Sie in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten, welche der folgenden Dinge würden Sie dann ganz sicher tun, ziemlich sicher tun, vielleicht tun, eher nicht tun oder bestimmt nicht tun?

E. Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A27

Die meisten über politische Fragen informiert						
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	6	21	52	19	3
Geschlecht						
Männer	480	8	21	53	17	2
Frauen	521	4	21	51	19	5
Alter						
18-24 Jahre	103	5	18	63	13	1
25-34 Jahre	165	5	19	55	20	1
35-44 Jahre	199	3	21	56	19	2
45-59 Jahre	247	7	20	48	22	3
60 Jahre und älter	277	7	24	46	16	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	6	21	45	20	8
10. Klasse	415	6	23	52	17	2
Abitur	100	7	15	58	19	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	4	19	56	19	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	5	19	55	19	2
in Ausbildung	51	8	22	61	8	2
arbeitslos	88	9	19	42	28	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	5	24	48	16	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	9	24	46	19	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	3	20	58	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	152	7	20	51	19	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	15	52	26	5
Religionsgemeinschaft						
keine	678	6	20	53	18	3
evangelisch	243	4	22	52	18	5
katholisch	71	3	24	49	24	0

Was halten Sie von der Auffassung, dass die meisten Leute in Deutschland hinreichend informiert sind, um über komplizierte politische Fragen zu entscheiden?

Tabelle A28

Volksentscheid bei wichtigen Fragen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	58	21	16	3	2	0
Geschlecht							
Männer	480	55	22	17	4	2	0
Frauen	521	61	20	16	2	1	0
Alter							
18-24 Jahre	103	47	27	21	5	0	0
25-34 Jahre	165	57	26	13	4	1	0
35-44 Jahre	199	58	26	12	3	1	0
45-59 Jahre	247	62	19	15	2	3	0
60 Jahre und älter	277	59	16	20	3	2	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	60	16	18	3	2	0
10. Klasse	415	65	22	11	1	1	0
Abitur	100	58	16	20	5	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	44	28	22	5	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	57	24	14	3	2	0
in Ausbildung	51	49	33	18	0	0	0
arbeitslos	88	60	22	14	1	3	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	61	15	19	3	2	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	65	18	13	3	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	56	23	18	2	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	51	23	16	8	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	58	24	12	2	3	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	60	21	16	2	2	0
evangelisch	243	56	22	14	7	2	0
katholisch	71	51	24	23	0	3	0

Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?

Tabelle A29

Thüringen ist meine Heimat

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	85	8	5	1	2	0
Geschlecht							
Männer	480	82	10	6	1	2	0
Frauen	521	88	7	4	1	1	0
Alter							
18-24 Jahre	103	80	14	7	0	0	0
25-34 Jahre	165	81	12	4	1	3	0
35-44 Jahre	199	86	7	4	2	2	0
45-59 Jahre	247	85	8	5	1	1	0
60 Jahre und älter	277	88	5	5	0	2	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	89	6	6	0	0	0
10. Klasse	415	90	6	3	1	1	0
Abitur	100	76	13	5	2	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	75	14	8	0	3	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	84	10	4	1	2	0
in Ausbildung	51	86	6	6	0	2	0
arbeitslos	88	84	9	3	0	2	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	87	6	6	0	2	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	87	6	5	1	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	83	10	5	1	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	84	7	4	0	5	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	81	9	8	2	0	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	86	8	5	1	1	0
evangelisch	243	84	8	5	0	3	0
katholisch	71	79	11	6	1	3	0

Thüringen betrachte ich als meine Heimat.

Tabelle A30

Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	22	9	21	14	33	2
Geschlecht							
Männer	480	24	10	22	14	27	3
Frauen	521	20	8	19	13	38	2
Alter							
18-24 Jahre	103	52	10	15	15	8	0
25-34 Jahre	165	18	12	33	12	25	8
35-44 Jahre	199	15	10	29	16	29	1
45-59 Jahre	247	21	7	18	17	36	0
60 Jahre und älter	277	19	9	12	10	46	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	15	9	14	14	43	6
10. Klasse	415	22	9	23	14	33	1
Abitur	100	38	13	18	14	17	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	23	9	26	13	26	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	19	9	26	16	29	1
in Ausbildung	51	55	10	26	6	4	0
arbeitslos	88	23	9	15	16	35	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	22	9	13	10	41	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	19	10	23	15	31	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	19	10	21	14	34	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	24	7	18	13	36	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	22	8	19	9	42	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	24	9	21	13	31	2
evangelisch	243	18	9	24	13	35	2
katholisch	71	16	13	13	19	36	4

Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.

Tabelle A31

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon
Insgesamt	1001	45	15	30	9	1
Geschlecht						
Männer	480	41	16	30	12	1
Frauen	521	49	14	30	7	1
Alter						
18-24 Jahre	103	33	9	44	15	0
25-34 Jahre	165	45	18	27	9	1
35-44 Jahre	199	48	16	25	11	1
45-59 Jahre	247	46	17	28	8	1
60 Jahre und älter	277	47	12	34	7	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	53	11	29	6	1
10. Klasse	415	50	13	30	7	1
Abitur	100	37	19	31	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	31	21	31	15	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	43	15	31	10	1
in Ausbildung	51	36	14	36	14	0
arbeitslos	88	55	21	18	6	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	47	13	32	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	53	13	28	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	43	14	32	10	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	42	17	29	12	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	37	14	35	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine	678	47	15	29	10	1
evangelisch	243	42	16	35	7	0
katholisch	71	41	13	31	16	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A32

Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	10	12	45	13	12	8
Geschlecht							
Männer	480	12	14	45	11	10	8
Frauen	521	8	11	45	14	13	8
Alter							
18-24 Jahre	103	13	10	42	19	8	9
25-34 Jahre	165	4	14	54	8	17	4
35-44 Jahre	199	10	13	47	14	10	7
45-59 Jahre	247	10	12	46	13	13	7
60 Jahre und älter	277	14	13	39	12	10	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	12	11	40	13	14	10
10. Klasse	415	8	10	50	13	13	7
Abitur	100	8	15	49	15	6	8
(Fach-) Hochschulabschluss	224	15	16	38	12	10	8
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	10	14	49	11	12	5
in Ausbildung	51	10	6	42	16	12	14
arbeitslos	88	2	7	52	16	14	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	14	12	38	14	10	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	9	11	46	13	14	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	10	12	48	12	11	8
höh.-leit. Ang./Beamte	152	9	21	40	13	9	9
Landw./Selbst./Freiber.	65	20	13	36	16	8	8
Religionsgemeinschaft							
keine	678	9	13	44	13	12	9
evangelisch	243	12	10	48	15	11	5
katholisch	71	17	17	44	6	8	8

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A33

Jugendliche teilweise Ausbildung im Ausland							
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	18	14	33	14	18	2
Geschlecht							
Männer	480	20	15	30	15	18	2
Frauen	521	17	14	36	13	18	2
Alter							
18-24 Jahre	103	13	15	39	18	14	0
25-34 Jahre	165	16	20	37	18	10	0
35-44 Jahre	199	19	15	30	14	20	2
45-59 Jahre	247	20	11	36	10	22	1
60 Jahre und älter	277	19	14	29	15	17	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	10	10	30	18	27	5
10. Klasse	415	12	14	36	17	20	1
Abitur	100	34	14	36	8	7	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	32	22	30	9	6	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	20	17	35	11	15	1
in Ausbildung	51	24	10	26	26	16	0
arbeitslos	88	8	10	34	19	28	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	17	13	32	16	18	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	9	12	32	19	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	18	17	36	12	14	3
höh.-leit. Ang./Beamte	152	31	19	26	12	12	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	24	15	33	9	15	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	19	15	32	14	19	2
evangelisch	243	15	16	36	17	12	4
katholisch	71	24	10	34	14	18	0

Jugendliche sollten einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen.

Tabelle A34

		Gesetze gegen Gebrauch englischer Ausdrücke				
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	29	21	27	20	4
Geschlecht						
Männer	480	30	20	25	21	4
Frauen	521	27	23	28	18	4
Alter						
18-24 Jahre	103	8	15	39	38	0
25-34 Jahre	165	15	21	40	21	3
35-44 Jahre	199	22	26	31	19	3
45-59 Jahre	247	39	23	19	17	2
60 Jahre und älter	277	40	20	17	16	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	29	19	25	19	8
10. Klasse	415	26	22	28	20	4
Abitur	100	16	16	36	30	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	37	25	22	15	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	24	23	31	19	3
in Ausbildung	51	10	22	28	41	0
arbeitslos	88	32	19	26	16	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	37	19	20	17	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	26	23	28	18	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	27	22	29	18	4
höh.-leit. Ang./Beamte	152	41	21	19	16	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	22	25	22	25	8
Religionsgemeinschaft						
keine	678	30	22	27	18	4
evangelisch	243	25	19	30	23	4
katholisch	71	29	26	14	24	7

In Frankreich gibt es Gesetze gegen den Gebrauch englischer Ausdrücke, um die französische Sprache zu schützen. Sind Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, solche Vorschriften in Deutschland einzuführen?

Tabelle A35

Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	19	11	34	13	22	1
Geschlecht							
Männer	480	16	10	33	13	27	1
Frauen	521	21	12	35	13	17	2
Alter							
18-24 Jahre	103	18	14	38	18	10	2
25-34 Jahre	165	15	10	31	16	27	2
35-44 Jahre	199	16	8	37	16	22	1
45-59 Jahre	247	17	11	30	11	30	0
60 Jahre und älter	277	24	13	35	11	15	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	28	14	29	10	16	2
10. Klasse	415	20	12	40	12	16	0
Abitur	100	15	7	32	15	30	2
(Fach-) Hochschulabschluss	224	7	9	30	18	35	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	14	10	33	15	28	0
in Ausbildung	51	26	18	37	14	6	0
arbeitslos	88	19	16	35	6	19	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	25	12	35	12	15	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	23	13	36	10	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	18	10	32	18	20	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	11	11	32	11	34	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	15	6	48	5	26	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	18	10	35	12	24	1
evangelisch	243	18	16	32	17	16	1
katholisch	71	27	10	31	13	16	4

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A36

Wegen Arbeitslosigkeit Ausländer zurück in die Heimat

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	13	7	38	18	24	0
Geschlecht							
Männer	480	10	5	33	21	31	0
Frauen	521	16	8	43	15	18	1
Alter							
18-24 Jahre	103	17	8	37	18	21	0
25-34 Jahre	165	14	9	39	16	22	0
35-44 Jahre	199	12	8	36	20	25	0
45-59 Jahre	247	15	4	34	21	26	0
60 Jahre und älter	277	10	6	43	16	24	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	19	8	37	16	20	1
10. Klasse	415	15	7	45	12	20	0
Abitur	100	7	8	29	23	32	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	5	3	30	29	33	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	11	6	35	20	28	0
in Ausbildung	51	18	8	43	20	12	0
arbeitslos	88	20	7	44	14	16	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	13	7	41	17	22	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	17	7	42	14	20	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	12	7	41	18	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	7	3	25	30	34	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	5	44	17	30	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	13	6	38	18	25	0
evangelisch	243	14	6	42	19	19	1
katholisch	71	10	8	32	17	33	0

Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Tabelle A37

Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	11	8	52	13	15	1
Geschlecht							
Männer	480	10	8	53	13	15	1
Frauen	521	12	7	51	14	15	2
Alter							
18-24 Jahre	103	6	5	59	18	12	0
25-34 Jahre	165	9	4	62	10	14	0
35-44 Jahre	199	12	7	54	14	13	1
45-59 Jahre	247	10	11	50	15	13	2
60 Jahre und älter	277	13	9	45	11	19	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	16	8	46	13	15	2
10. Klasse	415	12	8	59	9	11	1
Abitur	100	3	4	50	23	20	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	6	8	48	18	18	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	10	7	56	13	13	1
in Ausbildung	51	4	4	60	19	13	0
arbeitslos	88	12	8	56	14	10	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	13	10	44	13	19	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	12	10	54	12	11	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	10	6	52	16	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	9	7	53	12	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	11	6	59	8	15	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	11	7	52	14	16	1
evangelisch	243	10	10	55	11	13	2
katholisch	71	14	7	48	17	14	0

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A38

Menschenrechte für Ausländer konsequent durchsetzen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	49	19	26	3	3	1
Geschlecht							
Männer	480	56	16	23	2	2	1
Frauen	521	42	21	29	4	5	0
Alter							
18-24 Jahre	103	46	16	27	8	4	0
25-34 Jahre	165	50	18	26	2	2	2
35-44 Jahre	199	42	22	28	4	5	0
45-59 Jahre	247	53	17	27	1	2	0
60 Jahre und älter	277	51	20	21	4	4	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	45	18	28	3	6	1
10. Klasse	415	42	19	32	4	3	1
Abitur	100	67	13	15	1	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	59	22	16	2	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	50	18	26	4	3	1
in Ausbildung	51	46	19	29	2	4	0
arbeitslos	88	41	22	28	2	5	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	50	19	24	3	4	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	48	15	28	4	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	47	23	25	3	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	59	15	20	4	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	45	22	29	3	0	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	49	19	26	3	4	0
evangelisch	243	48	19	26	5	2	0
katholisch	71	57	10	24	3	4	3

Die Menschenrechte für Ausländer sollen hier konsequent durchgesetzt werden.

Tabelle A39

Nationale Interessen offensiver vertreten

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	34	17	30	4	10	2
Geschlecht							
Männer	480	35	16	31	7	11	1
Frauen	521	33	18	29	8	8	3
Alter							
18-24 Jahre	103	29	29	29	12	1	1
25-34 Jahre	165	33	19	32	6	8	2
35-44 Jahre	199	31	13	33	8	14	2
45-59 Jahre	247	33	16	32	7	11	2
60 Jahre und älter	277	39	16	26	8	9	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	42	16	29	4	5	4
10. Klasse	415	41	19	28	4	8	1
Abitur	100	18	14	33	20	13	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	19	17	34	12	16	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	30	17	32	8	12	1
in Ausbildung	51	31	22	33	10	2	2
arbeitslos	88	38	23	25	6	6	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	39	15	27	7	9	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	45	17	26	4	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	30	18	31	10	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	25	18	34	5	18	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	28	23	29	11	8	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	34	17	30	7	11	1
evangelisch	243	34	19	29	8	6	4
katholisch	71	35	14	32	6	10	3

Deutschland sollte seine nationalen Interessen viel offensiver vertreten.

Tabelle A40

		Deutsche anderen überlegen					
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	2	4	19	16	58	1
Geschlecht							
Männer	480	1	3	14	17	64	1
Frauen	521	4	4	26	16	52	2
Alter							
18-24 Jahre	103	2	3	23	15	57	0
25-34 Jahre	165	1	3	12	18	66	0
35-44 Jahre	199	3	3	18	18	58	1
45-59 Jahre	247	1	2	17	14	66	0
60 Jahre und älter	277	5	6	25	16	46	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	5	7	33	12	40	3
10. Klasse	415	2	4	20	20	55	0
Abitur	100	0	1	12	9	78	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	1	1	5	17	75	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	1	2	14	17	66	0
in Ausbildung	51	4	6	28	6	57	0
arbeitslos	88	3	3	30	15	47	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	5	6	22	16	49	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	4	5	26	17	46	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	2	3	16	18	60	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	3	11	12	71	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	3	11	23	60	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	2	4	18	16	59	1
evangelisch	243	4	3	21	19	51	2
katholisch	71	3	1	21	8	67	0

Die Deutschen sind anderen Völkern von Natur aus überlegen.

Tabelle A41

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	5	5	20	17	52	2
Geschlecht							
Männer	480	4	4	17	18	56	2
Frauen	521	6	5	23	15	48	3
Alter							
18-24 Jahre	103	6	5	32	12	45	1
25-34 Jahre	165	6	3	21	12	56	3
35-44 Jahre	199	5	3	22	17	52	2
45-59 Jahre	247	5	3	15	17	59	2
60 Jahre und älter	277	5	8	18	20	48	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	8	9	23	12	46	2
10. Klasse	415	6	4	24	13	52	2
Abitur	100	4	2	14	19	61	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	1	2	11	26	57	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	4	3	17	16	58	2
in Ausbildung	51	4	6	40	2	46	2
arbeitslos	88	11	5	29	17	36	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	5	7	19	18	48	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	8	6	26	15	44	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	4	5	18	17	54	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	2	10	19	62	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	2	20	26	46	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	6	4	19	17	54	1
evangelisch	243	4	6	21	17	49	3
katholisch	71	4	1	28	14	49	3

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A42

Die Juden passen nicht zu uns

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	3	2	15	16	59	4
Geschlecht							
Männer	480	3	3	13	16	62	4
Frauen	521	4	2	17	16	57	4
Alter							
18-24 Jahre	103	1	6	26	21	46	0
25-34 Jahre	165	2	1	12	14	64	7
35-44 Jahre	199	4	2	12	15	66	2
45-59 Jahre	247	4	3	8	16	66	3
60 Jahre und älter	277	5	2	21	15	52	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	4	3	24	12	51	6
10. Klasse	415	4	2	15	15	60	4
Abitur	100	3	2	6	17	71	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	2	2	9	22	64	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	2	3	11	16	67	3
in Ausbildung	51	4	8	25	12	48	4
arbeitslos	88	9	1	17	21	49	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	5	2	20	15	53	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	4	2	21	15	55	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	4	2	12	16	63	3
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	2	10	16	66	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	0	6	14	21	53	6
Religionsgemeinschaft							
keine	678	3	2	14	15	62	3
evangelisch	243	3	3	17	19	55	4
katholisch	71	6	0	16	9	59	11

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A43

Der Stärkere soll sich durchsetzen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	6	6	22	15	50	0
Geschlecht							
Männer	480	4	5	21	16	54	1
Frauen	521	9	7	23	15	47	0
Alter							
18-24 Jahre	103	6	7	36	8	44	0
25-34 Jahre	165	6	5	19	18	53	0
35-44 Jahre	199	6	4	16	18	56	1
45-59 Jahre	247	5	2	17	16	60	0
60 Jahre und älter	277	9	9	28	14	39	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	11	9	28	14	38	0
10. Klasse	415	8	5	21	14	52	0
Abitur	100	2	3	21	9	65	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	1	4	18	21	55	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	4	4	19	15	58	1
in Ausbildung	51	8	8	31	10	43	0
arbeitslos	88	10	6	28	15	42	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	9	8	25	17	41	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	10	8	26	14	42	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	6	5	19	17	53	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	3	3	22	14	58	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	3	14	22	55	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	6	4	23	15	51	0
evangelisch	243	7	10	20	15	47	1
katholisch	71	7	3	21	15	54	0

Wie in der Natur sollte sich auch unter Menschen immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A44

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	14	8	17	7	52	2
Geschlecht							
Männer	480	11	5	19	8	56	1
Frauen	521	16	11	15	7	48	3
Alter							
18-24 Jahre	103	10	9	29	9	44	0
25-34 Jahre	165	11	6	11	7	65	0
35-44 Jahre	199	11	6	18	10	55	1
45-59 Jahre	247	14	4	15	7	59	1
60 Jahre und älter	277	18	14	18	6	40	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	21	11	23	6	34	5
10. Klasse	415	14	8	19	6	54	1
Abitur	100	9	7	7	6	68	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	7	6	11	13	63	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	9	5	13	9	62	1
in Ausbildung	51	12	0	47	0	41	0
arbeitslos	88	16	12	28	3	41	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	20	12	16	7	42	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	15	9	27	6	43	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	16	9	10	8	55	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	8	6	13	9	63	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	9	11	11	9	57	3
Religionsgemeinschaft							
keine	678	13	8	17	9	52	1
evangelisch	243	15	10	16	6	51	3
katholisch	71	15	0	21	1	63	0

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A45

Wahl rechtsextremer Parteien

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	kann ich mir vorstellen	schließe ich für mich aus	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	1	6	92	1
Geschlecht					
Männer	480	2	6	91	1
Frauen	521	1	6	93	1
Alter					
18-24 Jahre	103	1	13	85	1
25-34 Jahre	165	2	7	91	0
35-44 Jahre	199	2	8	87	3
45-59 Jahre	247	0	3	96	0
60 Jahre und älter	277	0	4	95	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	252	0	6	93	1
10. Klasse	415	2	7	91	1
Abitur	100	2	4	93	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	0	5	94	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	518	1	7	91	1
in Ausbildung	51	0	10	89	2
arbeitslos	88	1	8	91	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	0	4	95	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	318	3	7	89	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	1	6	92	1
höh.-leit. Ang./Beamte	152	0	3	97	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	0	5	94	2
Religionsgemeinschaft					
keine	678	1	6	92	1
evangelisch	243	1	6	92	1
katholisch	71	0	6	94	0

Bei Wahlen treten ja meistens auch Parteien des rechten Flügels an (z.B. die DVU, die NPD oder Die Republikaner). Haben Sie schon einmal eine dieser Parteien gewählt, oder können Sie sich das für die Zukunft vorstellen, oder schließen Sie das für sich aus?

Tabelle A46

Ausländer mit Gewalt in die Schranken weisen

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	teils / teils	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	14	7	25	14	39	2
Geschlecht							
Männer	480	11	7	26	15	40	2
Frauen	521	16	8	25	12	38	2
Alter							
18-24 Jahre	103	7	4	28	20	41	0
25-34 Jahre	165	9	3	23	20	45	1
35-44 Jahre	199	12	9	20	14	44	1
45-59 Jahre	247	13	7	27	12	42	0
60 Jahre und älter	277	20	11	28	8	30	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	21	8	32	6	30	3
10. Klasse	415	12	6	27	14	42	0
Abitur	100	14	5	22	14	45	1
(Fach-) Hochschulabschluss	224	9	9	16	22	42	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	9	6	22	17	45	1
in Ausbildung	51	14	0	37	12	37	0
arbeitslos	88	13	13	27	14	34	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	21	9	28	8	32	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	15	9	31	13	33	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	16	8	21	13	41	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	9	4	24	16	43	3
Landw./Selbst./Freiber.	65	8	6	22	14	49	2
Religionsgemeinschaft							
keine	678	12	7	25	14	40	2
evangelisch	243	17	7	26	14	36	0
katholisch	71	16	9	27	7	42	0

Wenn ein Deutscher das Gefühl hat, dass ein Ausländer ihm etwas antun könnte, dann kann ich gut verstehen, dass er den Ausländer mit Gewalt in die Schranken weist.

Tabelle A47

Wir brauchen eine starke Hand

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	32	17	23	10	16	2
Geschlecht							
Männer	480	27	16	23	13	20	1
Frauen	521	38	17	23	8	13	1
Alter							
18-24 Jahre	103	17	33	31	9	10	1
25-34 Jahre	165	24	18	27	13	16	2
35-44 Jahre	199	28	14	26	12	21	0
45-59 Jahre	247	32	13	20	13	22	1
60 Jahre und älter	277	47	14	18	5	12	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	48	16	17	7	8	4
10. Klasse	415	33	16	27	10	14	0
Abitur	100	22	16	22	10	28	3
(Fach-) Hochschulabschluss	224	18	18	22	14	27	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	24	16	25	14	21	0
in Ausbildung	51	27	25	29	14	6	0
arbeitslos	88	30	25	19	9	12	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	47	14	20	4	12	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	41	18	23	7	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	32	15	22	12	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	152	23	18	20	12	26	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	22	14	28	14	23	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	31	16	23	11	18	1
evangelisch	243	35	18	22	8	14	3
katholisch	71	39	16	25	7	10	3

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A48

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über- wiegend zu	teils / teils	lehne über- wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	28	17	34	9	12	0
Geschlecht							
Männer	480	28	16	37	9	10	0
Frauen	521	29	18	31	9	13	1
Alter							
18-24 Jahre	103	19	22	35	14	10	0
25-34 Jahre	165	8	17	45	13	18	0
35-44 Jahre	199	19	15	40	10	17	1
45-59 Jahre	247	28	14	36	9	13	0
60 Jahre und älter	277	49	20	23	3	5	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	252	44	22	25	4	4	0
10. Klasse	415	26	16	35	9	14	0
Abitur	100	18	12	35	14	22	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	19	15	43	10	13	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	518	17	15	40	11	17	0
in Ausbildung	51	26	18	33	16	8	0
arbeitslos	88	26	17	36	5	16	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	46	20	25	4	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	318	35	20	28	9	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	24	16	38	8	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	23	17	37	9	14	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	20	9	46	11	14	0
Religionsgemeinschaft							
keine	678	27	15	36	9	13	0
evangelisch	243	33	18	31	8	11	0
katholisch	71	25	29	29	6	11	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A49

Bedrohung durch Rechtsradikale				
Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	6	94	0
Geschlecht				
Männer	480	5	95	0
Frauen	521	7	94	0
Alter				
18-24 Jahre	103	17	84	0
25-34 Jahre	165	5	95	0
35-44 Jahre	199	7	94	0
45-59 Jahre	247	4	96	0
60 Jahre und älter	277	3	97	0
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	252	3	97	0
10. Klasse	415	5	95	0
Abitur	100	14	86	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	5	95	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	518	6	94	0
in Ausbildung	51	18	82	0
arbeitslos	88	6	94	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	4	96	0
Berufsgruppe				
Arbeiter	318	4	96	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	6	95	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	8	92	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	99	0
Religionsgemeinschaft				
keine	678	6	94	0
evangelisch	243	5	96	0
katholisch	71	8	92	0

Fühlen Sie sich persönlich von Rechtsradikalen bedroht?

Tabelle A50

Kontakt zu Ausländern

Zeile %	Zahl der Befragten (abs.)	Familie / Freundeskreis	Nachbarschaft	Arbeitsplatz	keine Kontakte	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1001	21	5	14	60	0
Geschlecht						
Männer	480	23	5	17	55	0
Frauen	521	19	4	11	66	0
Alter						
18-24 Jahre	103	40	5	9	47	0
25-34 Jahre	165	25	6	20	50	0
35-44 Jahre	199	18	4	25	54	0
45-59 Jahre	247	17	6	16	61	0
60 Jahre und älter	277	17	4	4	76	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	252	17	2	5	76	0
10. Klasse	415	21	5	16	58	0
Abitur	100	34	9	14	44	0
(Fach-) Hochschulabschluss	224	20	6	20	55	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	518	20	4	23	52	0
in Ausbildung	51	35	6	10	50	0
arbeitslos	88	19	7	5	69	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	338	20	5	3	72	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	318	20	5	13	61	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	398	22	3	15	60	0
höh.-leit. Ang./Beamte	152	13	8	20	60	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	26	5	9	61	0
Religionsgemeinschaft						
keine	678	20	6	14	60	0
evangelisch	243	24	2	14	60	0
katholisch	71	21	7	14	58	0

Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in ihrer eigenen Familie, in Ihrer Nachbarschaft bzw. an Ihrem Arbeitsplatz?